REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 445 · 21.12.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Zwischen den Stühlen. Interviews mit Belgrader Oppositionellen - Pflichtlektüre für Linke - Hennig Böke
2. Der schöne Schein der Parität. Der EU-Gipfel von Nizza stärkt die deutsche Führungsrolle - Bernhard Schmid
3. Baraks letzte Chance - Achim Rohde
4. Sebnitz: Die Wahrheit interessiert niemanden - Christoph Seils
5. Lamettaregen für Lambsdorf & Co. Die Gelder für NS-Opfer bleiben weiterhin gesperrt - Rolf Surmann
6. Der Clan der Verschwiegenen. Hessen-CDU vertuscht beharrlich weiter - Thomas Klein
7. "Die eigene politische Positionierung kenntlich machen." Diskussionspapier anlässlich der Prozesse gegen die Revolutionären Zellen
8. Türkei: Todesfasten gegen Isolationshaft - Peter Nowak
9. "Irgendjemand möchte, dass sie sterben" - Hans Peter Kartenberg, Libertad
10. Im roten Bereich. Die französische KP-Zeitung L"Humanité ist in der Krise - Bernhard Schmid
11. Ganz Managua wird zu Hertylandia. Nicaragua nach den Kommunalwahlen (Andreas van Baaijen - Informationsbüro Nicaragua)
12. Zwischen Drogenkampf, Korruption und Unterordnung. Die Armee und ihre Rolle im neuen Mexiko (Interview mit Carlos Montemayor)
13. Absurde Vorwürfe gegen Streikaktivisten (Interview mit Ricardo Martinez, UNAM)
14. Kim Dae Jung als Peacebroker? Südkoreas Präsident erhielt den diesjährigen Friedensnobelpreis - Reiner Werning
15. "Revolution" in Serbien. Das Schwierigste ist vorbei, das Schlimmste kommt noch - Dragomir Olujic Oluja
16. Geschichtspolitik als Wahlkampfthema. Der italienische Historikerstreit geht weiter - auch um die faschistische Gefahr - Js.
17. Folter im Namen der Republik. Frankreich debattiert über seine Verbrechen im Algerienkrieg - Bernhard Schmid
18. Die Nahostpolitiker von Altona. "konkret", der Fundamentalismus und das anti-israelische Komplott - Js.
19. Build your enemy. Während die NPD durch Berlin marschieren darf, bastelt die Polizei am Feindbild Antifaschismus - Joachim Kolb
20. Nazimob als Hilfsgesellen. Mit Schönbohm kippt die brandenburgische Innenpolitik nach rechts - Joachim Kolb
21. Immer mehr Hot Air. Klimaschutz mutiert zum Bestandsschutz für eine etablierte Minderheit - Annette Littmeier
22. Atomstromboykott in Hamburg - DSe
23. Bundesregierung novelliert Strahlen - Thomas Dersee
24. B wie Brücke - DSe
25. Ahaus oder nicht Ahaus? - DSe
26. Rot-Grüner Ausstieg: PKA wird genehmigt - DSe
27. Strahlende Aussichten in Gorleben - Wolfgang Ehmke
28. Atomenergie von Ost nach West. Temelin ist keine tschechische Angelegenheit - Josef Pühringer
29. Interimsmäßige Zwischenlösungen - Matthias Mauser
30. Augen auf und durch. ver.di und die Linke - Martin Dieckmann
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Alltag der bezahlten und unbezahlten Arbeit
32. Russlands informelle Ökonomie. Kai Ehlers im Gespräch mit dem Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Teodor Schanin - Kai Ehlers
33. Ein Buch für Millionen. Bankraub - Theorie, Praxis, Geschichte - sk
34. Anna Seghers und die Deutschen. Zum 100. Geburtstag: Werbung für einen unterschätzten Roman - Js.
35. Popmusik im ersten Jahr des neuen Jahrhunderts. Von Trendsettern und alternden Stars - Tommy Schröder
36. Strategie mit und ohne Subjekt. Eine Replik auf das Antirassismus-Büro Bremen - Dirk Hauer

37. Nietzsche und die Linke. Von den Schwierigkeiten einer Nietzsche-Lektüre - Thomas Seibert
38. Prostitution - eine Arbeit wie jede andere? Ein Kommentar zum Berliner Prostitutions-Urteil - Anke Schwarzer
39. Herrschaft oder Kommunismus eine falsche Frage? (1) - Detlef Georgia Schulze
40. Proteste in der rechten Hochburg - Bernhard Schmid
41. LESERBRIEF
42. Neue Orte, ein Update und eine Postkarte
43. AUFGEBLÄTTERT
44. ak-Redakteurin gesucht!
45. KALENDER
46. Weiter so ... damit wir auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.
47. Europas Machtbalance gerät ins Wanken
48. Quelldatei sp001215.htm
49. Ein Büttel der Klassenjustiz
50. Immer noch kein Geld für NS-Opfer

1. Zwischen den Stühlen. Interviews mit Belgrader Oppositionellen - Pflichtlektüre für Linke

Autor: Hennig Böke · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:32

Für viele Deutsche war Jugoslawien einst sonniges Urlaubsland, für die Linke jedoch ein "dunkler Kontinent". Den moskautreuen Kommunisten wegen seines eigenständigen Sozialismuskonzepts ein Dorn im Auge, den Maoisten zu revisionistisch, den Linksradikalen zu normal, verschwand das Land spätestens nach dem Tode Titos ganz aus der politischen Wahrnehmung, um, zum Torso schrumpfend, in den Neunzigern als Schauplatz ethnischer Kriege und Objekt imperialistischer Strategien wieder Aufmerksamkeit zu erwecken. Katja Diefenbachs Buch Belgrad Interviews, erschienen im Oktober 2000 im Berliner Verlag b_books, vermittelt Innenansichten, deren Kenntnis Standard jeder Diskussion über Jugoslawien sein sollte.

Für viele Deutsche war Jugoslawien einst sonniges Urlaubsland, für die Linke jedoch ein "dunkler Kontinent". Den moskautreuen Kommunisten wegen seines eigenständigen Sozialismuskonzepts ein Dorn im Auge, den Maoisten zu revisionistisch, den Linksradikalen zu normal, verschwand das Land spätestens nach dem Tode Titos ganz aus der politischen Wahrnehmung, um, zum Torso schrumpfend, in den Neunzigern als Schauplatz ethnischer Kriege und Objekt imperialistischer Strategien wieder Aufmerksamkeit zu erwecken. Katja Diefenbachs Buch Belgrad Interviews, erschienen im Oktober 2000 im Berliner Verlag b_books, vermittelt Innenansichten, deren Kenntnis Standard jeder Diskussion über Jugoslawien sein sollte.

Das Buch erschien in den Tagen des Machtwechsels, der Teilen der deutschen Linken den vermutlich insgeheim lange ersehnten Anlass zur Wiederbelebung der Verschwörungstheorien bot, die man nach 1989 hatte aufgeben müssen. Dumpfe Gemüter wiederholten in schnörkellosen Leserbriefen an die junge Welt und die UZ, was die Leitartikler dieser Blätter mit subtileren Formulierungen nahe gelegt hatten: Es handele sich um die Wiederholung der Vorgänge von 1989, als die Konterrevolution von außen in die DDR eingeführt wurde... Dabei waren sich unsere Milosevic-Freunde nie so recht einig, was sie denn eigentlich an dessen Regime verteidigen wollten: Stand es für eine eigenständige bürgerlich-demokratische Entwicklung - so der Tenor in der jW -, oder gab es in Restjugoslawien noch einen Restsozialismus? Zumindest angedeutet war letztere Interpretation in den Ausführungen des DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr im UZ-Interview vom 2. Juli 1999: Es gebe in Jugoslawien keine Marktwirtschaft, da die Produktionsmittel überwiegend Staats- und Kollektiveigentum seien. Vergessen scheint hier die frühere Kritik am jugoslawischen "Revisionismus", die ja darauf zielte, dass das Staatseigentum auf einzelbetrieblicher Basis verwaltet und der reelle Vergesellschaftungszusammenhang weitgehend über den Markt, mit Konkurrenz und Gewinnmaximierung der Betriebe, hergestellt wurde.

Jugoslawische Geschichtsmythen

Die Belgrad Interviews konterkarieren die Illusion, Jugoslawien sei in den letzten zehn Jahren eine Gegenkraft zur globalen Restauration gewesen. Katja Diefenbach führt in ihren Berichten und Gesprächen mit Personen aus diversen oppositionellen Strömungen eindrucksvoll vor Augen, dass die Entwicklungen in Jugoslawien und im Westen zwei Ausprägungen der gleichen Tendenz waren: "Hat die Positivität von 1968 Fiatbesetzung, Unistreik und den Kampf um das Schicksal des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus zusammengeschweißt, müsste die soziale Negativität der 90er die Kritik am Krieg der neuen Mitte und am Sieg des Nationalismus in Jugoslawien zusammenbringen" (S. 27).

Das Einleitungskapitel umreißt diesen Prozess, dessen Resultate der Ausgangspunkt der 1999 in Belgrad geführten Gespräche sind. Titos Jugoslawien unterschied sich von den Ländern des sowjetischen Blocks durch ein weniger zentralistisches ökonomisches System, das Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung und eine erheblich größere innenpolitische Liberalität. Es gab freilich bestimmte Tabus: Die "Einigkeit und Brüderlichkeit" war erkauft mit Geschichtsmythen, welche die Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs auf den antifaschistischen Partisanenkampf reduzierten und das Wirken nationalistischer, monarchistischer und faschistischer Bewegungen verdrängten.

Nationalisierung des Sozialen

In Jugoslawien konnten sich gesellschaftliche Tendenzen widersprüchlicher Art entfalten, die Tito von Zeit zu Zeit repressiv eindämmte. Mitte der 60er Jahre formierte sich in der Zeitschrift Praxis eine linke Opposition aus Intellektuellen, die Entfremdungserscheinungen im Sozialismus kritisierten, die Vertiefung der Selbstverwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen forderten und die marktwirtschaftlichen Reformen von 1965 ablehnten. 1968 entstand eine Protestbewegung ähnlich der im Westen. Auch die neue studentische Linke, weniger am utopischen Humanismus der Praxis-Gruppe, sondern eher an Althussers strukturalem Marxismus und Lacans Psychoanalyse orientiert, lehnte die Marktwirtschaft ab. In der Folge bildeten sich neue soziale Bewegungen und Subkulturen heraus, die ebenfalls in vieler Hinsicht denen des Westens ähnelten. Diesen Bewegungen gelang es nicht, die nationalistischen Strömungen aufzuhalten, die, genährt von ökonomischen Krisenerscheinungen und Deregulierungen, nach Titos Tod zum Durchbruch gelangten. "Die Marginalisierung einer radikalen Kapitalismuskritik nach 1974 hat dazu geführt, dass Punk, Alternativszene und civil-society-Diskurs zwar Veränderungen anstoßen konnten, aber nicht in der Lage waren, die Nationalisierung des Sozialen zu verhindern" (S. 22).

Das Buch verfolgt einen poststrukturalistischen Ansatz, der "die analyse mit der beobachtung des kleinen und das begreifen mit der verbindung differenter linien des geschichtlichen, politischen, sexuellen, ökonomischen und begehrenden" beginnen lässt. Politisch reicht das Spektrum der von den GesprächspartnerInnen vertretenen Orientierungen von linksliberalen bis zu marxistisch-leninistischen Positionen. Das Politische und seine Leerstellen werden entfaltet vor dem Hintergrund des Alltagslebens, dem eine Ethnisierung des Sozialen eingeschrieben wurde. Vom Techno-Underground, der sich im unabhängigen Belgrader Stadtradio B-92 Gehör verschaffte, bis zu den rechtsradikalen Fußball-Hooligans der populären Mannschaft Roter Stern Belgrad, die eine wesentliche Rolle bei der Rekrutierung paramilitärischer Einheiten spielten, erstreckt sich das Feld der soziokulturellen Gegensätze. Wie sich im Westen rechte Jugendkulturen herausbildeten, so erfolgte auch in Jugoslawien eine Nationalisierung der Popkultur. "Turbofolk" dominiert die serbische Unterhaltungsindustrie: Sängerinnen, die aussehen wie Britney Spears, tragen national-folkloristischen Kitsch zu seichtem Popsound vor. "Es wäre falsch", sagt die Antikriegsaktivistin Teodora Tabacki, "diese Mischung aus westlichen Disco-Images und serbischem Folk als Widerspruch zu beschreiben. Die Turbofolk-Queens haben das Bild des Westens in einer vollkommen regionalistischen Subkultur inkorporiert ... Jetzt ist Ceca Velickovic zur Metapher des Weiblichen geworden ... ein perfekter schlanker Körper, der die neue Kriegsordnung ästhetisiert. Turbofolk ist zum neuen Lifestyle der Neunziger geworden. Die Jungs, die dieser Bewegung angehören, tragen street-wear-Markenkleidung von Diesel und Nike, haben Glatzen und folgen dem Bodybuilder-Image, wobei es ziemlich populär geworden ist, mit Knarre rumzulaufen" (S. 57). Die Popsängerin Ceca ist mit dem berüchtigten Paramilitär "Arkan" Raznatovic verheiratet.

"Mercedes fahren, Lagerfeld tragen, Whisky trinken und die neue Weltordnung verachten": So charakterisiert Borka Pavicevic vom Zentrum für kulturelle Dekontamination den "ästhetischen Kern des neuen nationalistischen Modells", die Mentalität der Profiteure der Schattenwirtschaft. "Die neue Elite hat alles aufgegessen, das ganze Land und seine Einrichtungen. Und auf die Ruinen des Gesellschaftlichen hat sie ihren Kitsch gepflanzt, diese Turbofolk-Ästhetik, diesen Kriegsgewinnler-Schick" (S. 87). Unter der Losung "Alle Macht dem Volke" hat Milosevics "antibürokratische Revolution" von 1987/88 der Unterwerfung des Landes unter mafiöse Strukturen den Weg geebnet. Nachdem infolge der durch die Blockade des Westens verursachten Schwierigkeiten die Privatisierungspolitik gestoppt wurde, erfolgte eine Art inoffizieller Privatisierung der Betriebe durch Cliquen des Apparats, welche sich dann politisch in erster Linie in der JUL-Partei organisierten, die in fataler Weise eine "linke" Symbolik und Rhetorik für sich in Beschlag nahm und ihre Losungen auf hellblau-rosafarbenen Plakaten verbreitete. In diesem Sinne nennt Obrad Savic vom Belgrader Kreis, einem intellektuellen Oppositionszirkel, der den Nationalismus der bürgerlichen Oppositionskräfte um Draskovic, Kostunica und Djindjic immer scharf angegriffen hat, Serbien ein "postmodernes Land": Alles ist mit allem kombinierbar. Weil unter diesen Bedingungen keine Idee des Fortschritts mehr greifbar ist, argumentiert Borka Pavicevic, ist eine linke Position schwer definierbar. Sie begreift das Ende des alten Bundesstaats als die entscheidende Niederlage und hebt die Mitschuld des Westens an dieser Entwicklung hervor. Eine detaillierte Analyse der NATO-Strategie und ihrer verheerenden Auswirkungen gibt Dusan Djordjevic vom Belgrader Kreis.

Nach Milosevic - alle Fragen offen

Den Analysen der Intellektuellen steht die Hilflosigkeit der AktivistInnen gegenüber, die praktische Spielräume für eine grundlegende Kritik des Nationalismus und seiner Ursachen kaum sehen und deshalb die Akzeptanz eines vermeintlich harmlosen "Patriotismus" mit Hoffnungen auf eine liberale Normalisierung verbinden. "In diesem unmöglichen Traum einer Ankunft" in der "Gemeinschaft des Westens", schreibt Katja Diefenbach mit Blick auf die Forderungen des studentischen Bündnisses Otpor, "wird verdrängt, dass der so genannte ‚Westen` eine analoge Geschichte von Scheitern und Integration der 68er Generation, von der Marginalisierung der neuen sozialen Bewegungen und der Geburt eines nationalistischen Mainstreams zu erzählen hat" (S. 23). Aber auch die sozialistischen Oppositionskräfte gestehen diese Verlegenheit ein: "Leider befinden wir uns nicht auf dieser Ebene der gesellschaftlichen Diskussion", erwidert Emilia Andrejevic von der Sozialdemokratischen Jugend Belgrad auf Katja Diefenbachs Hinweis, dass "auch der softeste Patriotismus" auf der Überlagerung von Differenzen sozialer und geschlechtlicher Art durch eine "Master-Differenz Nationalität" beruht: "Differenzen über Sexualität, über komplexere theoretische oder politische Fragen, sind im Moment nicht als Probleme zugelassen ... Ich weiß, dass wir irgendwann auch wieder Aktionen gegen Homophobie oder gegen Rassismus machen werden. Es ist hart, das auszusprechen, aber mir kommt es so vor, als ob unsere Gesellschaft im Moment diese Fragen nicht stellt" (S. 140). Nenad Glisic von der marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kragujevac betont einerseits die Priorität des Kampfes gegen die "Ethnifizierung der Situation" und begründet andererseits die Zusammenarbeit seiner Organisation mit allen Oppositionsgruppen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, damit, dass keine Staatsführung nach Milosevic eine solche Machtkonzentration wie dessen Regime erlangen könne.

Die Illusion vom "harmlosen" Patriotismus

Das erschütterndste Dokument des Buches ist das Gespräch mit Dragoljub Ackovic von der Roma Kongress Partei, der aus der Perspektive der Schwächsten spricht. Die Vertreibung der Roma durch die UCK war ja für die deutschen Slobo-Freunde aller Couleur ein gefundenes Fressen. Ackovic informiert über Fakten, die eine Instrumentalisierung des Schicksals der Roma für solche strategischen Planspiele verbieten. "Roma hatten auch vor Milosevic große ökonomische und gesellschaftliche Probleme. Seit Milosevics Aufstieg in der Politik haben sie sich allerdings verschärft. Die Lösung liegt allein darin, in Serbien eine fortschrittliche, basisdemokratische Gesellschaft zu organisieren" (S. 125). Die albanische Aggression gegen die Roma wurde gefördert durch Behauptungen der serbischen Propaganda, die den Roma die Schuld an anti-albanischen Ausschreitungen zuschrieb.

Kurz vor der Drucklegung der Belgrad Interviews stürzte Milosevic. "Hinter diesem lang ersehnten Horizont des Minimalkonsenses und der Er-ist-erledigt!-Rufe beginnt erneut das Land des Politischen und der ungeklärten Fragen sozialer Transformation - für eine Gesellschaft, die zwischen Vergangenheit und Zukunft von Nationalismus und Kapitalisierung bescheuert eingeklemmt ist" (S. 211).

Henning Böke

Belgrad Interviews. Jugoslawien nach NATO-Angriff und 15 Jahren nationalistischem Populismus. Gespräche, Texte, Fotos. Texte: Katja Diefenbach, Fotos: Katja Eydel. b_books, Berlin 2000. 224 Seiten, 28 DM

2. Der schöne Schein der Parität. Der EU-Gipfel von Nizza stärkt die deutsche Führungsrolle

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:34

Historische Tagung oder erbärmlicher Flop? Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte, aber mit Sicherheit näher bei der letztgenannten Variante. Zwar kam es in nächtlicher Sitzung und fast zwei Tage später als geplant doch noch zu einem Abkommen. Die großen Hoffnungen, die Frankreich als amtierende EU-Ratspräsidentschaft in einen "Traité de Nice" gesetzt hatte, waren bereits im Vorfeld zusammengestrichen worden. Eine Reihe wichtiger Entscheidungen sind schlicht vertagt worden.

Der Hauptstreitpunkt des Nizzaer Gipfels war die Neuverteilung der machtpolitischen Gewichte innerhalb der Europäischen Union. Erstens sollte die Vertretung der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Kommission - in gewissem Sinne dem Exekutivorgan der EU - neu geregelt werden, da die absehbare Erweiterung der Union von derzeit 15 auf bis zu 27 Einzelstaaten eine "Aufblähung" der Kommission und damit Handlungsunfähigkeit befürchten lässt. Ursprünglichen Plänen zufolge sollte dieses Problem dadurch gelöst werden, dass die kleineren EU-Staaten nicht mehr ständig in der Kommission vertreten wären. Das hatte auf der Vorbereitungskonferenz Mitte Oktober in Biarritz bereits zu heftigen Konflikten vor allem mit Belgien, Luxemburg und Portugal geführt. Zum zweiten sollten die Stimmengewichte im Ministerrat - eine Art Parlament der EU, das allerdings aus Vertretern der nationalen Regierungen besteht - mit Blick auf die Erweiterung neu austariert werden. Und zum dritten standen Reformschritte auf der Tagesordnung, die die Entscheidungsfindung in der EU beschleunigen sollten. Denn einerseits sollte auf einer Reihe von Themenfeldern vom Einstimmigkeitsprinzip abgerückt werden; auf der anderen Seite sollten so genannte "vertiefte Kooperationen" zwischen einzelnen Mitgliedsländern verstärkt zugelassen werden.

Insbesondere der dritte Punkt zeigt deutlich, dass es darum ging und geht, ein "Gravitationszentrum" zu schaffen, welches künftig das Integrationstempo bestimmen wird, wobei die "langsameren" Mitgliedsländer in einer Art konzentrischer Kreise rund um das Zentrum gruppiert sind. Der Übergang zum - qualifizierten - Mehrheitsentscheid bedeutet konkret, dass das Vetorecht einzelner EU-Staaten gegen Beschlüsse, die sie als konträr zu ihren Interessen empfinden, entfällt. Zugleich bietet er einer Regierung, die - auf Grund sozialer Proteste - Probleme mit der Durchsetzung bestimmter Beschlüsse bekommt, die Gelegenheit, sich glänzend aus der Affäre zu ziehen - finden sich genügend andere Regierungen ein, um den Beschluss zu verabschieden, so kann sie risikolos dagegen stimmen.

Abkehr vom Konsensprinzip

Tatsächlich ist das Vetorecht gegenüber der Einrichtung "vertiefter Kooperationen" in Nizza nunmehr gefallen. Allerdings ist letztere auch nach dem jüngsten Gipfel mit einer Reihe von Auflagen und Bedingungen versehen - die Europäische Kommission muss ihrem Zustandekommen zustimmen, auf Antrag von mindestens acht Mitgliedsstaaten. Was den Übergang zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung betrifft, so ist diese nur auf einigen Themenfeldern erreicht worden, auf anderen wichtigen Gebieten hingegen auf Grund der Opposition bestimmter Staaten gescheitert oder verschoben. Auf dem wichtigen Feld der Handelsabkommen, des Austauschs von Dienstleistungen (für den Warenaustausch galt bereits bisher der Mehrheitsentscheid), der Patent- und Autorenrechte - unter diese Rubrik fällt insbesondere die heikle Problematik der Gen-Patentierungen - und der Investitionen ist das Einstimmigkeitsprinzip gefallen. Hingegen scheiterte die Abkehr vom Konsensprinzip bspw. auf den Gebieten der Steuer- und der Sozialpolitik am Veto Großbritanniens, das sein strikt neoliberales Modell unter keinen Umständen aufgeweicht sehen will. In der Einwanderungs-, Visa- und Asylpolitik war es Deutschland, das keine zu schnelle Aufgabe des Vetorechts wünschte.

Zur Frage der Repräsentanz der Mitgliedsländer, und insbesondere der "kleinen" in der EU-Kommission wurden Beschlüsse vertagt. Einstweilen bleiben alle (alten und neu beitretenden) Mitgliedsstaaten in der Kommission vertreten, doch nach dem Beitritt von zwölf EU-Kandidaten soll erneut über eine Verkleinerung der Kommission abgestimmt werden. Deutschland hatte schließlich vorgeschlagen, stattdessen lieber die Präsidentschaft der EU-Kommission zu stärken. Entsprechend ist diese mit mehr Vollmachten ausgestattet

worden, und sie wird künftig ihrerseits mit qualifizierter Mehrheit (und nicht mehr per Einstimmigkeit) gewählt werden.

"Vertiefte Kooperationen"

Die Neuverteilung der Stimmengewichte im Ministerrat war es, die am Ende zur Krise führte. Frankreich (60 Millionen Einwohner) wollte in jedem Falle die symbolische Stimmengleichheit zu Deutschland (80 Millionen) gewahrt wissen, da die gesamte deutsch-französische Beziehung der Nachkriegszeit auf der Idee der Gleichheit beider Länder aufbaut und die politische Klasse Frankreichs das ökonomische und demographische Übergewicht Deutschlands fürchtet. Ebenso bestand Belgien (10 Millionen Einwohner) darauf, die Stimmengleichheit gegenüber den Niederlanden (15 Millionen) beizubehalten. Bis zuletzt leistete Frankreich hinhaltenden Widerstand gegen die Forderung der Deutschen, im Ministerrat künftig mit mehr Stimmen als Frankreich oder Großbritannien vertreten zu sein. Belgien seinerseits wollte nur dann gegenüber dem holländischen Nachbarn zurückstehen, wenn die Bevölkerungszahl für alle Beteiligten gleichermaßen - und damit auch für das deutsch-französische Verhältnis - berücksichtigt werde.

Letztendlich errang die französische Delegation einen Pyrrhussieg. Zwar blieb die symbolisch wichtige Stimmengleichheit gegenüber Deutschland im Ministerrat (mit jeweils 29 Stimmen) bestehen. Doch handelte Berlin im Gegenzug, laut Aussage von Teilnehmern der deutschen Delegation, weit größere Zugeständnisse als erwartet aus. So erhalten die bevölkerungsreichen Staaten - allen voran Deutschland - ein neuartiges Vetorecht zugestanden. Künftig muss ein Votum, um die Hürde der "qualifizierten Mehrheit" zu erreichen, nicht mehr nur 50 Prozent der Mitgliedsstaaten und 74,5 Prozent der abgegebenen Stimmen repräsentieren, sondern auch mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung. Damit wird auf Umwegen Deutschlands höhere Bevölkerungszahl doch berücksichtigt. Daneben wird Deutschlands Vertretung im Europäischen Parlament stark ausgebaut - Deutschland blieben (wie bisher) 99 Europaparlamentarier, während die Zahl der französischen, britischen und italienischen Abgeordneten von 87 auf 72 reduziert wird.

Galten bisher Deutschland und Frankreich gemeinsam als treibende Kräfte der EU, so ist erweist sich nun im Wesentlichen Deutschland allein als Machtzentrum der EU. Dabei konnten sich die deutschen Delegierten in Nizza vornehm zurückhalten und die präsidierenden Franzosen alle Ungeschicklichkeiten vor allem gegenüber den kleineren Mitgliedsstaaten begehen lassen, als deren Schirmherren sich die Deutschen aufspielen konnten, bspw. in der Frage der Zusammensetzung der EU-Kommission. Auch die osteuropäischen Beitrittskandidaten setzen vorwiegend auf Berlin, um ihre Wünsche in der Union berücksichtigt zu sehen.

Die französische Presse war sich am Morgen "nach Nizza" weitgehend einig: "Chirac hat nur den Anschein der Parität (gegenüber der BRD) gerettet" (Libération); "Frankreich hat einen hohen Preis für die Parität mit Deutschland bezahlt" (die Wirtschaftszeitung Les Echos); "Warum Frankreich gegenüber Deutschland nachgegeben hat" (Le Figaro). Und die Pariser Abendzeitung Le Monde, traditionell zurückhaltend kommentierend, berichtet, dass Kanzler Schröder im Vorfeld des Gipfels "parallel zu Chirac eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte durchführte, um den Vermittler zu spielen" - eine Rolle, die traditionell der EU-Ratspräsidentschaft vorbehalten ist.

Schröder spielt den Vermittler

Zu den weiteren Beschlüssen des Gipfels gehört eine - seit 30 Jahren in Verhandlung befindliche - Neuerung auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts, die künftig transnationale Fusionen von Unternehmen und eine europaweite Aktivität der Konzerne erleichtern wird. Als Europäische Aktiengesellschaft können sie eine einheitliche Rechtsform annehmen, wobei sie jedoch nach wie vor das steuerpolitisch vorteilhafteste Land für den Konzernsitz wählen können. Im Gegenzug müssen die Konzerne eine Form der Mitbestimmung akzeptieren, die weitgehend an das deutsche System angelehnt ist und Arbeitnehmer-Vertretern ein Drittel der Sitze im Aufsichtsrat sichert.

In der Militärpolitik beschloss der Gipfel die Bereitstellung von 100.000 Mann für eine künftige "Europäische Verteidigungskraft" und die Einrichtung europäischer Befehlsstrukturen: Generalstab, Militärisches Komitee, Sicherheitspolitisches Komitee. In der heiklen Frage des Verhältnisses der künftigen EU-Streitmacht gegenüber der (US-dominierten) NATO mussten die Verfechter eigenständiger europäischer Ambitionen jedoch auf britischen Druck einen Rückzieher machen. Enthielt die ursprüngliche Textfassung die explizite

Formulierung einer "Unabhängigkeit" der EU-"Verteidigungskraft" von der NATO, so hält der verabschiedete Text statt dessen fest: "Eine europäische Verteidigungsidentität stärkt die NATO."

Bernhard Schmid,

Nizza

3. Baraks letzte Chance

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:40

Nach Ehud Baraks vergeblichen Bemühungen, doch noch eine neue mehrheitsfähige Koalition zu schmieden, waren in Israel vorgezogene Neuwahlen unumgänglich geworden. Baraks Rücktritt war ein taktisches Manöver, um den Wettstreit mit dem Likud auf eine Direktwahl des Ministerpräsidenten zu beschränken und allgemeine Neuwahlen zu vermeiden. Alle Umfragen sehen den Likud-Block als klaren Gewinner solcher Wahlen. Thematisch wird der Wahlkampf von der neuen palästinensischen Intifada und den damit verbundenen Fragen dominiert werden.

Hinter Baraks Rücktritt steckt auch der Versuch, eine Kandidatur Benjamin Netanjahus zu verhindern. Nach dem bislang gültigen Wahlgesetz kann dieser gar nicht für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren, da er nicht der Knesset angehört. Diese aber reagierte schnell und brachte bereits in erster Lesung eine auf Netanjahu persönlich zugeschnittene Änderung des Wahlgesetzes auf den Weg, wonach Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nicht mehr unbedingt aus den Reihen des Parlaments kommen müssen.

Die Israelis sind um diese Wahl nicht zu beneiden. Auf Seiten der Arbeitspartei steht ein Technokrat, der sämtliche Wahlversprechen - Frieden mit den Palästinensern, Sicherheit und innergesellschaftlicher Ausgleich - gebrochen, ja in ihr Gegenteil verkehrt hat. Baraks autistischer Regierungsstil hat die besten politischen Freunde gegen ihn eingenommen. Er verknüpft Außen- und Innenpolitik in offen manipulatorischer Absicht und verfolgt beide doch nur halbherzig: Als sein Verhandlungskurs mit der palästinensischen Administration in Camp David Schiffbruch erlitt, erfand Barak die "säkulare Revolution", also die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen nach westeuropäischem Muster, als neue Trumpfkarte. Diese Avancen an einen zivilgesellschaftlichen Diskurs sollen Baraks säkulare Stammwählerschaft versöhnen und gleichzeitig den Likud in Argumentationsnöte bringen, da solche Forderungen auch in bedeutenden Teilen seiner Wählerschaft auf Zustimmung stoßen.

Nach den Umfragen besteht kein Zweifel daran, dass Netanjahu das Rennen um die Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten gegen den Likud-Vorsitzenden Ariel Sharon gewinnen wird. Netanjahu kommt als hemdsärmeliger Volkstribun daher. Seine dreijährige Amtszeit (1996-1999) war ein Desaster. Er versteht es, innergesellschaftliche Konflikte zu schüren und diese für das eigene politische Überleben zu instrumentalisieren. Durch Günstlingswirtschaft und Korruption hat er die formalen demokratischen Strukturen in Israel ausgehöhlt. Unter Netanjahu war Israel international isoliert, und die Wirtschaft erlebte eine Rezession. Politisch hat er nichts anzubieten, was in der jetzigen Situation weiterhelfen könnte. Er wird die Intifada noch härter, aber genauso erfolglos bekämpfen wie Barak; ein historischer Kompromiss mit den Palästinensern liegt ihm fern.

Barak hat nur eine Chance gegen Netanjahu: Er muss den WählerInnen klar machen, dass es einen Unterschied zwischen ihnen beiden gibt! Dazu muss er bis zu den Wahlen (irgendwann in der ersten Jahreshälfte 2001, wahrscheinlich im Februar) einen Vertrag mit der palästinensischen Administration abgeschlossen haben, der zu einer deutlichen Beruhigung der Lage in den besetzten Gebieten führt. Soll heißen, er muss aufhören, einen Dialog mit sich selbst zu führen, und endlich Zugeständnisse an die Forderungen der Palästinenser machen. Sollte er in den Umfragen nicht bald aufholen, könnte er sogar noch einen innerparteilichen Gegenkandidaten bekommen, etwa den weithin geachteten Parlamentspräsidenten Avraham Burg. Anders als der politisch unerfahrene Außenminister Shlomo Ben-Ami ist der ebenfalls dem Peres-Flügel in der Arbeitspartei zugerechnete Burg stets auf Abstand zu Barak geblieben.

Netanjahu vor dem Comeback?

Unter dem Eindruck der blutigen Unruhen vom Oktober, bei denen zwölf palästinensische Bürger Israels ums Leben kamen, wird die palästinensische Minderheit die Wahlen zum Ministerpräsidenten überwiegend boykottieren oder für einen eigenen Kandidaten stimmen. Shas ihrerseits muss bei den nächsten Parlamentswahlen erstmals ohne ihr Zugpferd Arie Der'i antreten, der mittlerweile wegen Korruptionsdelikten im Gefängnis sitzt. Der'i ist damit zum Märtyrer der Bewegung aufgestiegen, doch innerhalb der Partei wurde er kaltgestellt. Dies könnte den Höhenflug der Partei bremsen. Sollte Barak mit seiner "säkularen Revolution" auf Wahlkampftour gehen, wird Shas auf jeden Fall Netanjahu unterstützen.

Die Mehrheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten steht diesen Wahlen gleichgültig gegenüber oder zieht sogar eine Likud-Regierung vor. Das Vertrauen in die israelischen Sozialdemokraten als Verhandlungspartner ist endgültig dahin. Die Siedlungen wuchsen unter Barak in schwindelerregendem Tempo, die israelische Armee wütet gegenwärtig in den Gebieten wie nie zuvor - und die Drohung Baraks, wenn Arafat nicht endlich nachgebe, würde er es mit Netanjahu zu tun bekommen, beeindruckt niemanden mehr.

Unter dem Eindruck dieser allgemeinen Stimmung in der palästinensischen Öffentlichkeit setzen Arafat und sein Umfeld seit Beginn der neuen Intifada ausschließlich auf eine Internationalisierung des Konfliktes, etwa in Form von UN-Beobachtern und durch eine stärkere Einbindung der EU in die Verhandlungen. Arafats Kalkül: Ein Ministerpräsident Netanjahu wäre Garant für noch mehr erschossene palästinensische Kinder - allerdings auch für die sichere Isolierung Israels auf internationalem Parkett. Gleichzeitig würde eine Rückkehr Netanjahus die Kriegsgefahr in der Region auf unabsehbare Weise erhöhen. Arafats Strategie ist daher nicht nur zynisch, sondern auch gefährlich, denn der Weg zu einer Internationalisierung des Konfliktes ist noch weit, derjenige zum nächsten regionalen Krieg aber nicht.

Achim Rohde

4. Sebnitz: Die Wahrheit interessiert niemanden

Autor: Christoph Seils · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:16

Die Umstände, unter denen Joseph Abdulla im Freibad von Sebnitz umgekommen ist, werden nicht mehr geklärt werden. Außer der Mutter können damit alle gut leben.

Politik und veröffentlichte Meinung haben ihr Urteil gesprochen. Renate Kantelberg-Abdulla ist eine verwirrte, tragische Lügnerin. Ihre Zeugen hat sie bestochen und die Stadt Sebnitz besudelt. Um ihre eigenen Schuldgefühle und die ihrer Tochter zu verdrängen, hat sie sich verzweifelt in die Tätersuche geflüchtet. In einem Nebensatz wird vielleicht erwähnt, dass nichts sicher ist, dass leider niemand weiß, wie Joseph Abdulla im Sommer vor drei Jahren im Freibad von Sebnitz zu Tode gekommen ist. Dennoch stempeln dieselben Journalisten, die tagelang distanzlos an Renate Kantelberg-Abdullas Lippen klebten, sie nun zur Täterin.

Drei Tage lang schrie vor allem die Boulevard-Journaille "Mord! Mord! Mord!", um Renate Kantelberg-Abdulla anschließend mit einem kräftigen "Spinnerin" öffentlich zu enthaupten. Derselbe sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der sich zunächst erschüttert zeigte, spricht nun fast frei jeden Zweifels von einem Unfall. Und die Einwohner der Stadt Sebnitz, die der sächsische Verfassungsschutz eine braune Hochburg nennt, waschen sich kollektiv rein. Dabei kann derzeit niemand die entscheidende Frage beantworten: Wie ist Joseph Abdulla unter Wasser geraten? Ist er gefallen, gestoßen oder geworfen worden? Wurde er ertränkt oder ist er ertrunken? War es ein tragischer Unfall, eine Folge unglücklicher Umstände oder ein rassistischer Mord?

Ziemlich viel spricht dafür, dass die Dinge nicht so waren, wie Renate Kantelberg-Abdulla und Bild vor zehn Tagen der Öffentlichkeit weismachen wollten. Aber kann eine einzige Frau dreißig Zeugen manipulieren? Stellen wir uns einen kurzen Moment vor, die Mutter von Joseph hätte mit ihren Vorwürfen Recht. Nicht in allen Einzelheiten, vielleicht hat sie sich in eine bestimmte Version der Ereignisse hineingesteigert. Aber stellen wir uns vor, Joseph Abdulla sei nicht in das Schwimmbecken gefallen und ertrunken. Stellen wir uns vor, er sei nicht von 50, aber von einigen wenigen rechten Jugendlichen gequält und ins Wasser gestoßen worden. Und stellen wir uns vor, dass nicht 300 Menschen zugeschaut, sondern ein paar Freibadbesucher etwas gesehen oder gehört, aber anschließend geschwiegen hätten.

Wer außer der Mutter hätte nach zehn Tagen hysterischer Skandalisierung, politischer Schuldzuweisungen und medialer Selbstzerknirschung noch ein Interesse daran, dies zu erfahren? Die Sebnitzer nicht, die sächsische Justiz nicht, die Politik nicht und auch nicht die Medien. Innerhalb einer Woche ist der Fall Joseph Abdulla zu einem Spielball unterschiedlichster Interessen geworden. Es geht nicht mehr um die Wahrheit, sondern um Gesichtswahrung. Nicht mehr um Gewissheit, sondern um Überzeugungen. Der Fall Joseph Abdulla wurde zur Projektionsfläche für alle Vorurteile über den rassistischen Osten und zum Albtraum der Ostdeutschen, denen einmal mehr jede Scheußlichkeit zugetraut wurde. Er ist zum politischen Zankapfel zwischen CDU und SPD verkommen - und zu einer peinlichen Justizposse.

Schon jetzt ist der Ermittlungszeitraum ungewöhnlich lang. Zunächst wurde einseitig und oberflächlich ermittelt. Mögliche Zeugen wurden nicht befragt, die Obduktion schlampig durchgeführt. Schließlich war es nicht Bild, die den Startschuss im Fall Joseph Abdulla gab. Noch vor der ersten Medienveröffentlichung wurden drei Personen unter dringendem Tatverdacht festgenommen. Dieselben Zeugen aber, deren Aussagen nach der ersten richterlichen Befragung einen Haftbefehl begründeten, stellt die Staatsanwaltschaft jetzt als gekaufte Lügner hin. Haben die Richter bei den ersten Vernehmungen nicht intensiv genug nachgefragt? Oder wäre es denkbar, dass die Zeugen erst jetzt lügen, weil sie durch den Zorn der Nachbarschaft, durch Neonazi-Drohungen und den Druck einer polarisierten Öffentlichkeit eingeschüchtert wurden?

Spätestens seit sich die Politik des Todes von Joseph bemächtigt hat, seit Kurt Biedenkopf gegen den designierten niedersächsischen Justizminister Christian Pfeiffer (SPD) polemisiert, seit sich der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder gegen die Kritik des CSU-Generalsekretärs Goppel wehren muss, ist der Fall ein Politikum und damit juristisch tot. Aus Sorge um den Ruf Sachsens und seiner Justiz hat sich vor allem der Ministerpräsident in unzulässiger Weise in die Ermittlungen eingemischt. Es gebe für alles "wahrscheinlich eine ganz einfache Erklärung", erklärte Biedenkopf quasi ex cathedra die Sicht des Landes,

um sich dann in Andeutungen zu flüchten. Ohne einen einzigen Beweis vorzulegen, verkündete er, die neonazistischen Störer, die vor dem Haus der Familie Kantelberg-Abdulla aufmarschiert waren, seien von Journalisten angestiftet worden.

Auch Sachsens Justizminister Manfred Kolbe glaubt an einen Badeunfall und erörtert die Möglichkeiten einer Schadenersatzklage in Millionenhöhe - gegen den Springer-Verlag. Die Botschaft ist klar: Jeder, der jetzt noch über einen rechten Mord spekuliert und sich so auf die Seite der Mutter schlägt, könnte sich schon bald lächerlich machen oder gar regresspflichtig werden. So macht man Kritiker mundtot und nimmt Ermittlungsergebnisse vorweg. Nach dieser politischen Intervention in die laufenden Ermittlungen ist die sächsische Justiz nicht mehr unabhängig. Jedes andere Ermittlungsergebnis als ein Badeunfall würde nicht nur einen Justizskandal auslösen, sondern auch eine Freistaatskrise.

Wie bequem ist es da für die Justiz, die Politik, die Sebnitzer und die Medien, sich dahingehend rauszureden, dass dreieinhalb Jahre nach dem Fall Joseph Abdulla die Umstände seines Todes und mögliches Fremdverschulden nicht mehr zweifelsfrei geklärt werden können. Wie bequem ist es, die Mutter für unzurechnungsfähig zu erklären und alle Zeugen - noch immer gibt es einige, die auf der Mordversion beharren - per se als unglaubwürdig hinzustellen. Schließlich könnten sie ja nicht mehr unterscheiden, was sie tatsächlich gesehen, was ihnen von Renate Kantelberg-Abdulla eingeredet wurde und was sie in den letzten Tagen in den Medien aufgeschnappt haben. Todesursache hysterisierte Gesellschaft sozusagen. Außer der sozial und politisch isolierten Mutter können damit alle gut leben.

Schon behaupten CDU-Politiker, in Sebnitz hätte sich gezeigt, dass die SPD ein instrumentelles Verhältnis zum Thema rechte Gewalt habe. Der Fall Joseph Abdulla spaltet die parteiübergreifende Koalition gegen rechts - und die Ostdeutschen sehen sich einmal mehr darin bestätigt, dass der braune Osten nichts als ein Medienkonstrukt ist. Für die Bekämpfung des Rechtsextremismus wäre ein solches Ende fatal. Die vermeintlich gutmeinende Skandalisierung hätte genau das Gegenteil erreicht.

Christoph Seils

5. Lamettaregen für Lambsdorf & Co. Die Gelder für NS-Opfer bleiben weiterhin gesperrt

Autor: Rolf Surmann · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:31

Zwangsarbeit lohnt sich. Dies scheint das Signal der Stiftungsinitiative an die deutsche Wirtschaft zu sein. Von den spärlichen Geldern des Fonds wurde bislang noch kein Pfennig ausbezahlt. Deutsche Wirtschaft und Regierung wollen sich absichern, um weitere Zahlungen an NS-Verfolgte zu verhindern. Mit dem "Globalabkommen" soll nun der finale Schlussstrich gezogen werden.

Wie steht es wirklich um die (viel zu späten) materiellen Leistungen für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter im Augenblick? Ist das Thema nicht längst abgehakt? Dies könnte zumindest meinen, wer die Meldungen liest, dass Bundespräsident Johannes Rau dem deutschen Unterhändler Otto Graf Lambsdorff für seine Verdienste das Großkreuz, den höchsten deutschen Orden, überreicht hat. Einige Tage später geht bezüglich der österreichischen Unterhändlerin ähnliches durch die Presse. Orden werden üblicherweise für vollbrachte Taten verliehen. Ist das Thema also abgeschlossen?

Wohl kaum. Doch diese Ordensverleihungen sind ein Zeichen. "Für uns" ist das Thema jetzt abgeschlossen, sollen sie wohl signalisieren. Die Orden bilden einen symbolischen Schlussstrich und sind deshalb, angesichts der aktuellen Situation, nicht nur ein falsches Signal, sondern eine Frechheit. Denn während man sich in der Tätergesellschaft gegenseitig auf die Schultern klopft, wird die Zahlungssperre gegenüber den NS-Verfolgten weiterhin aufrechterhalten. Wohlgemerkt handelt es sich dabei nur um den Bruchteil von Geldern, die den Opfern dieser Gesellschaft seit mehr als 55 Jahren vorenthalten werden. Laut Stiftungserklärung der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1999 hätte das Geld ab Herbst desselben Jahres ausgezahlt werden sollen. Nach Aussagen, die zu Beginn dieses Jahres zu vernehmen waren, hieß es, dass Gelder zumindest bis Ende dieses Jahres freigegeben sein würden.

Orden für vollbrachte Taten?

Um einen Bruchteil handelt es sich deswegen, weil von den Anspruchsberechtigten nur noch zirka zehn Prozent leben. Zudem sind die Angehörigen der Verstorbenen vor dem Stichdatum "Stiftungserklärung" von Leistungen ausgeschlossen worden. Gleichzeitig sterben Tausende von Überlebenden wegen ihres hohen Alters Monat für Monat. Ohne Anerkennung. Ohne Geld.

Ein falsches Signal sind diese Orden aber auch deswegen, weil die Dinge keineswegs geregelt sind. Ein zentrales Problem ist der skandalöse Umstand, dass die deutsche Wirtschaft, obwohl sie nach Abzug ihrer Steuergutschrift von 50 Prozent mit 2,5 Milliarden Mark nur ein Viertel zur Fondssumme beiträgt, diesen Betrag immer noch nicht aufgebracht hat. Ihr Bruttoergebnis stagniert bei 3,3 Milliarden Mark, und die Herren auf den Kommandohöhen der "Global Players" sind seit Wochen nicht in der Lage, die Restsumme beizubringen.

Ein weiteres "Problem" liegt aber auch bei der US-Justiz. Trotz des "Statement of Interest" seitens ihrer Regierung nimmt sie sich das Recht, die Frage zu prüfen, ob die durch die Stiftung bereitgestellte Summe ausreicht, um die in den Sammelklagen erhobenen Forderungen zu erfüllen. Das Ergebnis ist offen.

Monat für Monat sterben die Überlebenden

Zwar werden die Sammelklagen gegen deutsche Versicherer mittlerweile nicht mehr verhandelt, da die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ihre Klagen zurückgenommen haben, um die Auszahlung der Stiftungsmittel nicht zu gefährden. Doch die für Vermögensfragen zuständige Richterin hat erst einmal ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es soll bis Ende Januar klären, ob die bereitgestellte Milliarde Mark ausreicht, um die Vermögensschäden zu regulieren. Ungeklärt ist auch, ob etwaige Kläger selbst dann noch auf den Stiftungsfonds verwiesen werden können, wenn dieser gar nicht mehr zahlungsfähig ist. Eine solche Situation kann sowohl durch die zeitlich eng begrenzten Antragsfristen eintreten als auch durch schlichten Geldmangel. Obwohl bereits bestimmte Verfolgtengruppen explizit ausgeschlossen worden sind, bleibt die vertraglich zugesicherte Summe äußerst knapp bemessen. Eine Nachschusspflicht wird kategorisch abgelehnt.

Dennoch liegt auf der Hand, dass diese Probleme leicht zu lösen wären, wenn die deutsche Seite ihrer historischen Pflicht nachkommen und ihren Opfern wenigstens jetzt zukommen lassen würde, was sie ihnen über Jahrzehnte verweigert hat. Doch haben die Verhandlungen gezeigt, dass nur Leistungen erbracht werden, wenn der internationale Druck steigt.

Statt rasch zu zahlen werden nun diejenigen für die untragbare Lage verantwortlich gemacht, die für die historische deutsche Schuld und Verantwortung garantiert nicht zur Rechenschaft gezogen werden können: Aktuell kursieren unter Überschriften wie "Die Drückeberger" oder "Who is who der Schamlosen" (taz) Listen von Unternehmen, die bisher in den Wirtschaftsfonds nicht eingezahlt haben. Die Besonderheit dieser Aufzählung besteht darin, dass ein großer Teil von ihnen mit den Verbrechen in der NS-Zeit nicht das geringste zu tun hat. Sie wurden entweder erst nach 1945 gegründet oder sind Tochterunternehmen ausländischer Konzerne wie Toshiba, McDonalds oder Renault. Ihre "Verantwortung" für die NS-Verbrechen resultiert einzig aus dem Umstand, dass sie heute in Deutschland tätig sind.

Gleichzeitig wird mit Schweigen übergangen, dass die akademische Forschung es bis heute nicht geschafft hat, einen halbwegs vollständigen Überblick über die Vernutzung von Zwangsarbeit in der NS-Zeit zu geben. Deshalb machen von Zeit zu Zeit "Überraschungen" die Runde, wie etwa die Rolle der Kommunen oder der Kirchen. Desinteresse herrscht ebenso hinsichtlich des Umstands, dass entgegen internationaler Forderungen die Täter über ihre Firmenarchive frei verfügen können. Sie bleiben weiterhin geschlossen. Lediglich genehme Forscher erhalten die Erlaubnis zur Einsichtnahme.

Damit wird eine Vorgehensweise fortgesetzt, die bereits zu Beginn der Verhandlungen unter dem Stichwort "Rechtssicherheit" die tatsächlichen Verhältnisse konterkarierte. Man erweckte den Eindruck, als pressten die NS-Verfolgten rechtschaffenen deutschen Wirtschaftskreisen finanzielle Leistungen ab, die ihnen nicht zustünden, und als bräuchten deutsche Unternehmen deshalb "Schutz".

Mit der Behauptung, es läge an den US-Gerichten, dass noch keine Zahlungen an die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter möglich seien, verhält es sich ähnlich. Die Argumentation, es könne erst dann gezahlt werden, wenn die deutsche Seite ihre Ultimaten restlos durchgesetzt hat, ist nicht nachvollziehbar. Erst recht ist damit nicht beantwortet, warum mit den Auszahlungen nicht begonnen wurde, als die Sammelklagen wegen Zwangsarbeit zurückgezogen wurden und "Rechtssicherheit" in dieser Hinsicht hergestellt war.

Der Grund für diese Haltung ist leicht zu benennen: Die alten Menschen haften für den glimpflichen Ausgang der Regelung von Vermögensschäden. Dennoch dürfte die Annahme falsch sein, dass das Vertragswerk wegen unzureichender Vereinbarungen und skandalöser Vorgehensweise letztendlich scheitern könnte. Die Mehrheit der NS-Verfolgten ist bereit, das ihnen Mögliche zu tun, um die deutsche Blockadepolitik zu überwinden. Dabei leitet sie nicht das Gefühl der Zufriedenheit mit dem Erreichten. Sie gelangten vielmehr zu der traurigen Erkenntnis, dass es für sie keine vertretbare Alternative gibt. Denn käme diese politische Lösung nicht zu Stande, hätte der größte Teil von ihnen keine Chance, seine Forderungen geltend zu machen. Nur eine verschwindend geringe Minderheit hat nämlich die Möglichkeit zur Klage. Und selbst diese - vor allem vermutlich US-Bürger - wären nicht nur den Fallstricken eines Zivilprozesses ausgesetzt, sondern hätten auch den langen, unabsehbaren Weg durch die Instanzen zu gehen. Für die anderen bliebe bestenfalls die Hoffnung auf erneut auszuhandelnde politische Lösungen.

Die Aufmerksamkeit aber nur darauf zu richten, welche skandalösen Unzulänglichkeiten den Stiftungsfonds prägen und wann mit den Auszahlungen endlich begonnen wird, greift zu kurz. Der Fonds hat auch eine grundsätzliche Bedeutung für die Entschädigungspolitik. Das Wort "Globalabkommen" gehört zu seinen prägnantesten Schlüsselbegriffen. Es signalisiert die feste Entschlossenheit, das Ende jeglicher Form von Entschädigungspolitik jetzt endgültig durchzusetzen.

Bereits Mitte der 60er Jahre war mit dem Bundesentschädigungs-Schlussgesetz (BEG) versucht worden, sich den Entschädigungsleistungen für NS-Verfolgte zu entziehen. Die geforderten Zahlungen wurden als von den Alliierten aufgezwungene Pflicht empfunden, während Gelder für sogenannte Heimatvertriebene, Kriegsopfer oder politisch belastete Beamte nie strittig waren.

Diese Haltung setzte sich im Prinzip durch, auch wenn wegen der vielen Ausschlussklauseln immer wieder neue Zugeständnisse gemacht werden mussten. Diese lagen allerdings weit unterhalb des (unzureichenden) BEG-Niveaus. Sie führten zu dem berüchtigten Almosensystem mit niedrigen Pauschalzahlungen. Das

Wörtchen "Globalabkommen" soll nun aller Welt klar machen, dass selbst hiermit jetzt Schluss ist. Alle Forderungen der NS-Verfolgten sollen endgültig abgegolten sein. Wer aus dem Stiftungsfonds Leistungen beziehen will, wird deshalb gezwungen, auch persönlich seinen Verzicht auf weitere mögliche Ansprüche zu erklären. Das, was der Wirtschaftswunder-Kanzler, Ludwig Erhard, einst anstrebte, versucht Gerhard Schröder jetzt mit beträchtlichem Timelag durchzusetzen.

Geschlossene Firmenarchive

Zahlreiche "Rechnungen" sind aber noch offen: Vor allem handelt es sich um Forderungen von NS-Verfolgten, die außerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs Opfer deutscher Verbrechen wurden. Deren Ansprüche wurden 1953 auf der Londoner Schuldenkonferenz auf die Zeit nach einem Friedensvertrag mit Deutschland vertagt. Das im Augenblick am meisten beachtete Beispiel für diese Problematik sind die Wehrmachtsopfer des griechischen Dorfes Distomo. Dort wurden im Zuge einer "Vergeltungsaktion" Säuglinge, Kinder, Frauen, Männer, Greise von Landsern auf brutale Weise niedergemetzelt. "Distomos" gibt es allein in Griechenland Hunderte. Griechische Gerichte haben in den letzten Jahren als Konsequenz aus dem 2+4-Vertrag Nachfahren und Überlebenden das Recht auf Entschädigung zugesprochen, das jedoch seitens der Bundesregierung nicht anerkannt wird. Sie hält die griechische Gerichtsbarkeit für nicht zuständig und erklärt grundsätzlich das Thema für erledigt. Die Forderungen dieser Menschen sind deshalb eine Art Pilotprojekt für die unzähligen NS-Verfolgten, die unter dem Stichwort Reparationen aus rechtstechnischen Gründen von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen sind. Welche finanzielle Dimension diese Forderungen haben, machte der Historiker Ulrich Herbert am Beginn der Verhandlungen über die Entschädigung für Zwangsarbeit mit einem Vergleich deutlich: Von den etwa 100 Milliarden Mark, die bisher gezahlt worden sind, haben zirka 10 Prozent - vor allem deutsche NS-Verfolgte - 90 Prozent der Summe erhalten. Die übrigen 90 Prozent mussten sich die restlichen 10 Prozent des Geldes teilen.

Pilotprojekt Distomo

Die Regierungsparteien sehen in ihrem Koalitionsvertrag die Einrichtung einer Bundesstiftung für "vergessene Opfer" vor. Damit haben sie sich selbst die Aufgabe gestellt, insbesondere die auf Sozialhilfe oder ähnliche Leistungen angewiesenen NS-Verfolgten wenigstens im hohen Alter etwas besser zu stellen. Sollten sie das überhaupt je ernst gemeint haben, so zeigen sie trotz UMTS-Milliardeneinnahmen jedenfalls keine Eile, die Pläne auch umzusetzen.

Ebenso verhält es sich mit anderen Anträgen aus ihrer Oppositionszeit. So sind beispielsweise die Deserteure aus der Wehrmacht entgegen eines weit verbreiteten Missverständnisses bis heute nicht grundsätzlich rehabilitiert. Sie müssen sich weiterhin der berüchtigten Einzelfallprüfung unterwerfen. (Auf die Almosen, die sie als "Entschädigung" erhalten und auf den Ausschluss ihrer Angehörigen - im Gegensatz zur Behandlung von "Kriegerwitwen" etwa - sei gar nicht erst näher eingegangen.)

Es bleibt also die Forderung bestehen, die Lage derjenigen zu verbessern, die das jetzt verabschiedete "Globalabkommen" ausgeschlossenen oder nur unzureichend berücksichtigt hat. Zumindest deren Anwälte werden diesen Punkt im Auge behalten. Insgesamt ist dieser Versuch, einen Schlussstrich zu ziehen, so unangemessen wie es früher ähnliche Versuche waren. Darum bleibt zu hoffen, dass auch dieser in ähnlicher Weise scheitern wird.

Rolf Surmann

6. Der Clan der Verschwiegenen. Hessen-CDU vertuscht beharrlich weiter

Autor: Thomas Klein · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:06

Reden ist Silber - schweigen ist Gold. Dieses Motto machten sich in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche hessische CDU-Politiker zu eigen. Sie schwiegen beharrlich vor dem Wiesbadener Untersuchungsausschuss, der zur Aufklärung der Finanz-Affäre beitragen soll. Und so ist Roland Koch immer noch Ministerpräsident einer von einem Skandal zum nächsten wankenden CDU-FDP-Landesregierung. Dabei wurde in den letzten Wochen durch Recherchen von Journalisten und die Befragungen im Ausschuss eine derartige Fülle von brisanten Details zusammengetragen, dass in Stellungnahmen von SPD- und Grünen-Politikern teils nur noch das pure Erstaunen darüber zum Ausdruck kommt, mit welcher Hartnäckigkeit die hessische Unionsführung, und hier vor allem Roland Koch, neue Erkenntnisse schlicht ignoriert oder zu Nebensächlichkeiten umdeutet.

Der ehemalige Justizminister Rupert von Plottnitz (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte bereits vor Monaten: "Roland Koch ist und bleibt der einzige Ministerpräsident der Bundesrepublik, der immer noch im Amt ist, obwohl er über Wochen hinweg einen Betrugsversuch zum Nachteil des Bundes und des Bundestagspräsidenten unternommen hat". In diesem Satz spiegelt sich auch eine zunehmende Verbitterung wider. Die hessischen Oppositionspolitiker haben sich mittlerweile daran gewöhnen müssen, dass Roland Koch auf die Nibelungentreue seines kleinen Koalitionspartners FDP setzen kann. Bislang sind alle Versuche gescheitert, den des Betrugs und der Täuschung der Öffentlichkeit überführten Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu bewegen, und den Weg für vorzeitige Neuwahlen freizumachen.

Die Liste der dubiosen, mal die politische Glaubwürdigkeit in Frage stellenden, mal gegen Gesetze verstoßenden Vorgänge der Hessen-CDU ist mittlerweile sehr lang. Selbst langjährige politische Beobachter können sich nicht daran erinnern, in einem so kurzen Zeitraum mit einer derartigen Flut von heiklen Sachverhalten konfrontiert worden zu sein: Millionenbeträge aus schwarzen Kassen, die als Vermächtnisse aus "jüdischen Kreisen" bezeichnet wurden. Ein ehemaliger Landesvorsitzender, der einräumt, zusammen mit dem Finanzberater und einem langjährigen Schatzmeister der hessischen CDU ein System von schwarzen Konten aufgebaut zu haben. Ein amtierender Ministerpräsident, der zugeben musste, fingierte Darlehen in den Rechenschaftsbericht der Partei eingefügt und andere Manipulationen am Rechenwerk seiner Partei zugelassen zu haben. Spenden von hessischen Firmen, die nicht in der offiziellen Buchführung auftauchten. Ein Kassenbuch, das angeblich im Affekt von einer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle vernichtet wurde. Fingierte Belege in einem nachträglich angefertigten Kassenbuch. Ein von der CDU beauftragter Wirtschaftsprüfer, der zu Protokoll gab, von dem Ministerpräsidenten mit falschen Angaben zur Ausstellung eines Testats bewegt worden zu sein. Ein ehemaliger Buchhalter, der 2,2 Millionen Mark auf sein Konto abzweigte, von den schwarzen Kassen wusste und nun - nach der Zahlung eines "Schweigegeldes", so die Opposition - keine Auskunft zu weiteren Mitwissern erteilt.

Für die Obleute der Opposition im Wiesbadener Untersuchungsausschuss, Jürgen Walter (SPD) und Rupert von Plottnitz, verdichtet sich immer mehr der Eindruck, dass es in der hessischen CDU zugehe wie bei der "Mafia" und die Partei durch "ein System gegenseitiger Erpressbarkeit zusammengeschweißt" werde. Und das Nachrichtenmagazin Spiegel bilanzierte vor einigen Wochen, es sei zumindest erkennbar, "dass Koch die Kumpane aus seiner Amtszeit, die bereits über die Affäre gestürzt sind, auffallend schont."

System gegenseitiger Erpressbarkeit

Zwar übernimmt der ehemalige Landesvorsitzende der Hessen-CDU Manfred Kanther nun die Verantwortung für den Transfer der Millionenbeträge und die illegalen Zuflüsse auf CDU-Konten, gleichzeitig versucht er allerdings, Koch aus der Schusslinie heraus zu halten. Die anfangs bei der hessischen CDU betriebene Strategie, alles zu leugnen, ist heute so nicht mehr möglich. Doch geben die Beteiligten nur das zu, was nicht länger vertuscht werden kann. Es ist offensichtlich, dass man hier mit einer mafia-ähnlich organisierten Struktur - Koch selbst benutzt das Bild eines "geheimbündlerischen Systems", (bei dem er "natürlich" keine Rolle gespielt haben will) - zu tun hat. Der Untersuchungsausschuss steht insofern vor dem Problem, dass - solange diese Struktur funktioniert - möglichen Mitwissern nur durch schriftliche Belege beizukommen ist. Die

Befragungen im Ausschuss können den Beteiligten nicht gefährlich werden, so lange sie sich auf das Schweigen und Vertuschen der anderen verlassen können. Und so bleibt vieles schlicht Spekulation, ist nahe liegend, aber nicht sicher belegbar.

Neben schweigsamen Zeugen wie Horst Weyrauch - "Ich sage nur meinen Namen" - oder solchen wie dem Koch-Vertrauten und ehemaligen Leiter der hessischen Staatskanzlei, Franz Josef Jung, der sich bei seiner Vernehmung in Berlin an viele Vorgänge "nicht mehr erinnern" konnte, hat der Ausschuss noch mit anderen Widrigkeiten zu tun. So weigert sich bis dato der hessische Justizminister Christian Wagner hartnäckig, die von der Wiesbadener Staatsanwaltschaft beschlagnahmten CDU-Akten komplett herauszugeben. Für den Vorsitzenden des Berliner Ausschusses Neumann (SPD) ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Konsequenz: Der Berliner Parteispenden-Untersuchungsausschuss beschloss, die Koch-Regierung in Wiesbaden auf Herausgabe der staatsanwaltlichen Ermittlungsakten zu verklagen.

Schwarzgeld für Kochs Wahlkampf

In Hessen ist dieses Verhalten von führenden CDU-Leuten mittlerweile keine Überraschung mehr. So hatte Justizminister Wagner mit seinen Vorstellungen davon, was ein "rechtsstaatliches Verfahren" ist, schon vor Monaten für Furore gesorgt. Er erklärte in einem Interview Mitte Januar dieses Jahres, der Manfred Kanther habe sich im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Schwarzgeld-Systems keines Straftatbestandes schuldig gemacht. Die Staatsanwaltschaft kam vor einigen Tagen zu einem anderen, wenn auch vorläufigen Ergebnis: Kanther müsse sich wegen des Tatbestands der Untreue verantworten und habe bis Ende des Monats Zeit dazu Stellung zu nehmen.

Der Obmann der SPD im Wiesbadener Ausschuss Jürgen Walter stellte seinerzeit zu Wagners Ausführungen ernüchtert fest: "Selbst ein Jura-Student im zweiten Semester" könne aus Kanthers Verhalten eine ganze Reihe von Straftatbeständen erkennen. Und für den ehemaligen hessischen Innenminister Gerhard Bökel (SPD) waren damals die Tage von Wagner gezählt, denn ein Justizminister, der genau zu dem Zeitpunkt, als die Staatsanwälte aktiv werden, behauptet, es gebe gar keinen Straftatbestand, sei "nicht tragbar". Inzwischen wissen sowohl die Oppositionsparteien als auch die Öffentlichkeit, dass unter der Koch-Regierung noch ganz andere Dinge "tragbar" sind.

Die recht kuriosen Vorstellungen Wagners und des gesamten Wiesbadener Kabinetts führen nun dazu, dass der selbst ernannte "brutalstmögliche Aufklärer" Koch per Klage zur Herausgabe von Unterlagen gezwungen werden musste. Und dass sich Oppositionspolitiker bis heute mit geschwärzten Akten begnügen müssen. Der Hintergrund dieses Vorgehens liegt für sie klar auf der Hand: "Wir sind uns sicher", so Rupert von Plottnitz und Jürgen Walter, "dass in den Unterlagen weitere, die CDU-Führungsriege belastende Sachverhalte zu finden sind". Genau deshalb versuche die CDU/FDP-Regierung mit allen Mitteln die Herausgabe der Akten zu verhindern oder zumindest zu verzögern.

Für das weitere Schicksal der Koch-Regierung dürfte inzwischen ein anderes Ereignis von zunehmender Bedeutung werden: Im Frühjahr will das Wahlprüfungsgericht sein Urteil bekannt geben, ob die letzte Landtagswahl gegen die "guten Sitten" verstoßen hat. Gegenüber dem Hessischen Rundfunk erklärte zu Beginn der Woche Bernhard Heitsch, Vorsitzender des Gremiums, zu Beginn des nächsten Jahres werde das Gericht entscheiden. Dass in Kochs Wahlkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft offenkundig Schwarzgeld zum Einsatz kam, hatte das Wahlprüfungsgericht bereits im Frühjahr dieses Jahres als "sittenwidrig" und damit als Verstoß gegen die hessische Verfassung bezeichnet. Es überrascht nicht, dass die CDU-FDP-Regierung inzwischen die Rechtmäßigkeit des Wahlprüfungsgerichts in Frage stellt.

Nun beginnt demnächst eine mündliche Verhandlung, deren Ausgang CDU und FDP-Politikern mehr Kopfzerbrechen bereiten dürfte als die vielen Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Immerhin ist inzwischen der Nachweis erbracht, dass im Rahmen einer nicht nur nach Meinung von Flüchtlingsinitiativen und Menschenrechtsgruppen, sondern selbst nach Ansicht von Oppositionspolitikern "üblen, ausländerfeindliche Stimmung anheizenden Kampagne" Gelder aus schwarzen Kassen verwendet wurden. Hinzu kommt, dass, so die Oppositionsparteien im Wiesbadener Landtag, diese Kampagne nach Auswertung von Umfragen (aber auch nach Selbsteinschätzungen von CDU-Politikern) angesichts des hauchdünnen Vorsprungs der heutigen Regierungsparteien wahlentscheidend war.

Thomas Klein

7. "Die eigene politische Positionierung kenntlich machen." Diskussionspapier anlässlich der Prozesse gegen die Revolutionären Zellen

Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:35

Dokumentation:

"Die eigene politische Positionierung kenntlich machen."

Diskussionspapier anlässlich der Prozesse gegen die Revolutionären Zellen

Im folgenden dokumentieren wir ein Diskussionspapier von "einigen Autonomen aus Berlin und Frankfurt". Wir haben den Text um ein Drittel kürzen müssen. Weggefallen sind dadurch Passagen, in denen sich die Autoren mit dem Verhältnis legale und bewaffnete Linke im allgemeinen und RZ und Autonome im besonderen beschäftigen. Dieses Papier zeigt u.E. anschaulich, welche Probleme Teile der (autonomen) Linken haben, sich gegenüber dem staatlichen Vorgehen in den gegenwärtigen und anstehenden RZ-Prozessen zu verhalten. Eine vollständige Fassung des Papiers soll demnächst unter www.freilassung.de abrufbar sein.

Wenn die Zeichen auf Verzagtheit stehen, wenn das alles schon ewig rum ist, wenn wir gar nicht direkt betroffen sind, müssen wir uns die Frage gefallen lassen, warum wir eine Diskussionsgrundlage schaffen wollen für die Auseinandersetzung mit den in Frankfurt und Berlin laufenden RZ-Prozessen.

Mit diesem Positionspapier wollen wir weder für die Gefangenen sprechen noch für die Art von Solidaritätsarbeit, die sich einzig und alleine auf juristische Positionen der Rechtsanwälte zurückzieht. Wir möchten mit diesem Papier gleichwohl die Gefangenen wie auch alle die ansprechen, die ein Interesse daran haben, der politischen Anklage etwas entgegenzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass jede Art von Agieren auf der juristischen Ebene, jede Aussageverweigerungskampagne als Reaktion auf eventuelle weitere Ermittlungsverfahren auch im politischen Sinne nur erfolgreich sein können, wenn sie die eigene politische Positionierung kenntlich machen.

Für die an der Diskussion beteiligten autonomen Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Teilen der BRD ergab sich die Notwendigkeit zu diesem Papier aus einem historischen wie politischen Interesse an der Klärung der Frage: Was für eine Bedeutung hatten die RZ/Rote Zora für die Autonomenbewegung und in welchem Wechselverhältnis stand Theorie und Politik der RZ/Rote Zora mit den verschiedenen militanten Ansätzen? Wir sind der Ansicht, dass eine militante Politik, die sich in die Zukunft hinein formulieren will, nicht umhin kann, sich mit der Theorie und Praxis der RZ/Rote Zora und ihren Erfahrungen auseinander zu setzen.

Wir wollen und können keine Handlungsanweisung verfassen weder für diese noch für kommende Prozesse. Unser Interesse ist eine politische Auseinandersetzung, jenseits von Unschuldskampagnen und dem Versuch, die linke, militante Politik der RZ auf die "Flüchtlingsfrage" zu reduzieren.

Was hat der anstehende Prozess in Berlin mit den Revolutionären Zellen zu tun?

Seit Oktober stehen Hans-Joachim Klein und Rudolf Schindler in Frankfurt vor Gericht. Verhandelt wird der OPEC-Überfall in Wien vor 25 Jahren, an der Hans Joachim Klein als RZ-Mitglied teilgenommen hat, und nach seiner Verhaftung 1999 Rudolf Schindler beschuldigte, ebenfalls als RZ-Mitglied an der OPEC-Aktion beteiligt gewesen zu sein. Anfang nächsten Jahres wird der Prozess gegen mehrere GenossInnen beginnen, die von Tarek Mousli beschuldigt werden, als Mitglieder einer Berliner RZ-Gruppe an verschiedenen Aktionen beteiligt gewesen zu sein.

Das Solidaritätskomitee zur "Freilassung.de" (1) sagt zu den erhobenen Vorwürfen im Berliner Verfahren: alles Konstrukt ... oder gar nichts. Selbst in dem Vorwurf des Verrats sieht es einzig und alleine eine Gefahr für die Konstrukt-Theorie - als bräuchte es zum Verrat die Wahrheit. Das mag eine juristische Entscheidung sein. Aber wir sind weder Rechtsanwälte, noch die Gefangenen. Für einige ist persönliche Betroffenheit Grund genug für Solidarität. Für uns bedeutet Solidarität die eigene politische Bezugnahme zu dem, was in diesem Prozess zur Anklage erhoben wird - unabhängig davon, wie viel an den Vorwürfen wahr oder unwahr ist. Denn

mit dem Verfahren wird nicht nur den GenossInnen der Prozess gemacht. Es geht auch darum, über die individuelle Tatzuweisung, unbehelligt und unwidersprochen RZ-Geschichte zu reimen. Die Revolutionären Zellen werden sich nicht zu Wort melden - sie haben sich faktisch 1992 selbst aufgelöst. In den Prozessen wird die Geschichte der RZ von 1973 bis 1992 aufgerollt, enthüllt, erfunden und neu zusammengefügt. Für die politische Bedeutung dieses Prozesses spielt es dabei keine entscheidende Rolle, wie viel von der Anklage Konstrukt ist, wie viel Tarek Mousli als Kronzeuge der Anklage tatsächlich weiß. Um Geschichte zu schreiben, braucht es nicht die Wahrheit, sondern die Macht des unwidersprochenen Redens. Allen Andeutungen folgend werden die Angeklagten dazu schweigen.

Wenn wir uns im folgenden zur Geschichte der RZ äußern, dann machen wir das folglich weder im Sinne der juristischen Anklage, noch im Sinne der Angeklagten. Wir wollen uns in Beziehung setzen zur politischen Bedeutung dieses Prozesses. Wir wollen weder das Reden über die RZ, noch die "Moral der Geschichte" dem Kronzeugen Tarek Mousli, dem Staatsanwalt und am Ende dem Richter überlassen.

Was haben wir mit der RZ/Rote Zora zu tun?

Für einige ist die RZ/Rote Zora, die sie nur vom Hörensagen kennen, Geschichte, lange her. Für andere war sie persönlicher und kollektiver Bezugspunkt innerhalb autonomer Bewegungen und Gruppenzugehörigkeit: Ausgangspunkt, sich dem RZ-Konzept verbunden zu fühlen. Anlass, einzelnen Aktionen mit Freude zuzustimmen, Anstoß, die eigenen politischen Entscheidungen zu hinterfragen, aber auch Kritik an der Theorie und Praxis der RZ zu üben.

Unabhängig von diesen verschiedenen Erfahrungshorizonten stellt sich uns gemeinsam die Frage, ob wir die Selbstauflösung der RZ, den Prozess gegen Rudolf Schindler und Hans Joachim Klein in Frankfurt, den anstehenden RZ-Prozess in Berlin als Schlussstrich unter diesen Teil militanter Geschichte begreifen - und schweigen.

Uns geht es nicht darum, die Geschichte der RZ zu (be-)hüten, sondern deren strategische Überlegungen, deren Praxis, deren Organisationsform als wichtige Erfahrung in all unsere zukünftigen Überlegungen und Einschätzungen lebendig zu halten. Sie wird als ein Teil militanter Geschichte präsent bleiben, wenn wir deren Stärken und Schwächen, deren Erfolge und Niederlage in dem berücksichtigen, was militante, autonome Politik heute und morgen sein kann und muss.

Die Geschichte der RZ lässt sich nicht wiederholen, weder als Bekenntnis noch als Beschwörung. So täuscht die Parole "Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle" (Plakat anlässlich der drei Verhaftungen in Berlin im Nov. 1999) eine Kontinuität und eine Identität vor, die es nicht gab und nicht gibt. Sich für die RZ entschieden zu haben, war nicht dasselbe, wie in einem besetzten Haus zu leben, in der Antifa oder in einer Frauengruppe aktiv (gewesen) zu sein. Wir halten es für falsch und gefährlich, diesen Unterschied zu verwischen. Das macht Solidarität nicht unmöglich, sondern klarer.

Es gibt nicht die RZ, zu der wir uns in Beziehung setzen wollen - so wenig es die Autonomen gibt. Tatsächlich lassen sich recht verschiedenen Konzepte, recht unterschiedliche Praxen, z.T. weit auseinanderliegende Zielsetzungen und Ausgangsbestimmungen nachzeichnen.

Ganz grob lassen sich vier Grundsäulen skizzieren, auf denen Theorie und Praxis der RZ/Rote Zora - wenn alles ganz gut lief- ruhten:

1. Die Notwendigkei, klandestiner, geschützter Strukturen leitete die RZ aus der staatlichen Repression ab, die der außerparlamentarischen Opposition Ende der 60 er/Anfang der 70er Jahre entgegenschlug. Die Antwort darauf sollte nicht nur eine breitere Verankerung des Widerstandes sein, sondern auch der Aufbau von Strukturen, die für eine Zerschlagung nicht offen zugänglich sind. Zum anderen ging es darum, neben der zu entwickelnden Massenmilitanz Aktionsformen zu entwickeln, die in der Lage sind, sich einer aussichtslosen direkten Konfrontation erfolgreich zu entziehen.

Diese Konsequenz sah - nicht nur - die RZ in den Ereignissen in Chile 1973 bestätigt, wo der parlamentarische, "friedliche" Weg zum Sozialismus durch einen Militärputsch blutig beendet wurde.

2. Das Konzept der RZ war darauf ausgerichtet, die Legalität nicht freiwillig preiszugeben, die persönlichen und politischen Lebenszusammenhänge so lange wie möglich darin einzubetten.

Der Aufbau klandestiner Strukturen wurde nicht mit Illegalität gleichgesetzt. In ihrem Verständnis war sie der letzt mögliche Schritt, um sich staatlicher Verfolgung zu entziehen.

3. Erklärter Bezugspunkt der RZ waren die radikale und autonome Linke, die sozialen Bewegungen, die (militanten) Kämpfe in der BRD und die (nationalen) Befreiungskämpfe und Unterklassen im Trikont. Ihre Aktionen verstanden sie als Unterstützung und Ermutigung. Aber sie sollten auch über das jetzt Mögliche und jetzt Erkannte hinausweisen.

Die RZ vermieden es, revolutionäre Politik daran festzumachen, dem Staat und seinen Repräsentanten den Krieg zu erklären, und damit einer militärischen Logik zu unterliegen, die unter den gegebenen Bedingungen nur in einer (militärischen) Niederlage münden konnte. Aus diesem Grunde lehnten sie Tötung von Vertretern des System ab.

4. Die RZ betonten die Gleichwertigkeit aller Formen des Widerstands. Eine richtige Aktionsform sollte sich weder an der Höhe des Sachschadens, noch mit der Höhe der Strafandrohung messen, sondern an der jeweils gemeinsamen Fähigkeit der Beteiligten, Möglichkeiten und Bedingungen genau zu bestimmen.

Die RZ lehnte eine Hierarchisierung des Widerstandes ab. Weder war für sie die Illegalität ein Kennzeichen für die "einzig richtige" politische Konsequenz, noch betrachteten sie den bewaffneten Kampf als ein höheres Etappenziel.

Diese grundsätzlichen Positionen fanden im Laufe der über 25 Jahre RZ/Rote Zora auf sehr verschiedene und z.T. sehr widersprüchliche Art und Weise Beachtung. Die Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit einzelner Positionen war nicht nur der inneren Dynamik der RZ-Gruppen ausgesetzt. Ihre unterschiedliche Hervorhebung spiegelt mit größter Wahrscheinlichkeit auch die verschiedenen Positionen innerhalb der radikalen Linken wieder.

Denn die RZ haben nicht nur versucht, in soziale Bewegungen (pädagogisch und/oder avantgardistisch) zu intervenieren. Sie sind auch immer wieder durch die dort gemachten Erfahrungen und dort geführten Auseinandersetzungen geprägt worden.

Verrat und Verräter

Die Nähen und Distanzen zwischen der Politik der RZ/Rote Zora und den autonomen Bewegungen scheinen nun exemplarisch und bedauerlich detailliert in der Person des Tarek Mousli sichtbar zu werden, der angibt, beiden angehört zu haben. Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in dem am 6.12.2000 begonnenen Prozess gegen Tarek Mousli sowie in den folgenden Prozessen gegen Sabine E., Harald G., Axel H. und Matthias B. wird im wesentlichen auf den Aussagen basieren, die Tarek Mousli gegenüber der Polizei (und Staatsanwaltschaft) gemacht hat. Auf tausenden Seiten machte er Angaben sowohl zu den Revolutionären Zellen als auch zu autonomer Politik der 1980er und frühen 1990er Jahre. Die (Vor-) Geschichte dieses in der Szene gemeinhin als Verrat bezeichneten Verhaltens und seiner bisherigen Folgen soll hier nicht nochmals nachgezeichnet werden. Sie ist nachlesbar (interim, Zitronenfalter).

Was wir leisten wollen, ist eine Diskussion und Kritik zum einen des gängigen Verständnisses von Verrat, zum anderen des Verhaltens von Tarek Mousli. Der Fokus soll hierbei auf dem ehemaligen Genossen Tarek liegen, und seinen Umgang sowie den der linksradikalen Szene mit der vergangenen gemeinsamen Geschichte reflektieren. Eine solche Kritik soll über eine leicht zu habende Abgrenzung von der verachtenswerten Person des "Verräters" hinausweisend zur Selbstverständigung über eine politische Haltung zum Verrat und den Umgang mit dem Verratenden wie dem Verratenen fruchtbar gemacht werden.

Hierzu sind verschiedene in der Diskussion und Verurteilung von Tarek Mouslis Verhalten bislang miteinander vermischte Ebenen zu unterscheiden. Zunächst einmal ist die Person des ehemaligen Genossen Tarek Mousli, von seiner konkreten Handlung, seinem Verhalten vor dem Staatsapparat zu trennen: sich selbst und andere durch Aussagen zu belasten. Der Faktor Zeit spielt eine Rolle - wann war Tarek Mousli Teil der autonomen Szene, wann (wie von ihm behauptet) der RZ? Wann machte er seine diesbezüglichen Aussagen? Die Reaktionen der Szene auf sein Verhalten schließlich verdient eine gesonderte Würdigung. Beginnen wir mit dieser.

Die Positionierung der radikalen Linken zum Phänomen des Verrates gibt Aufschluss über ihr Selbstbild, ihre politischen Kriterien, und bietet eine Möglichkeit der Positionsbestimmung und der Klärung von Begriffen und des Verständnisses von linker Politik, das sie beinhalten.

Die Versuche, die Person Tarek Mouslis im Nachhinein - durch die Denunziation seines Verhaltens als promisk und großmäulig - von einem von vielen geschätzten Genossen zu einer immer schon zwielichtigen Type umzudichten (vgl. interim Nr. 492), wurden rasch wieder eingestellt. Vermutlich, da diese bekannte linksradikale Strategie der Abgrenzung von Verrätern angesichts des Ansehens, das Tarek offenbar genoss, keinen ausreichenden Erfolg versprach. Beachtung verdient dieser Versuch allein deswegen, weil er so idealtypisch widerspiegelt, wie die radikale Linke gerne versucht, sich Verrat und Verräter dadurch vom Halse und aus dem Haus zu schaffen, dass sie den Verräter als den immer schon ganz anderen darstellt, der im Grunde eigentlich "keiner von uns" gewesen sein kann. Hierbei wird gerne tief in die Trickkiste linker Moral gegriffen, die doch so wenig mit dem Alltag der ProtagonistInnen gemein hat.

Diese essentialistische Denunziation eines Verräters (und weniger seines Verrates) ist eher religiös (Judasfigur) denn politisch. Gleichwohl ist es menschlich nur zu verständlich, dass ehemalige GenossInnen ihrem Zorn und ihrer Betroffenheit über das Verhalten eines ehemaligen Mitstreiters und Freundes Luft verschaffen und meinen, sich durch Abgrenzung vor ihm und der - neben eventuellen juristischen Folgen - persönlichen Verletzung, die sein Verhalten für sie bedeutet, schützen zu können. Sie fühlen sich persönlich verraten, verlassen, betrogen. An dieser Stelle ist die Vermischung von persönlicher Verletztheit mit einer politischen Diskussion des Verrates jedoch wenig hilfreich, um zu einem Verhalten zu gelangen, das dem Verrat und dem Verratenden die Stirn zu bieten vermag, ohne dafür die geteilte politische und persönliche Geschichte leugnen zu müssen. Denn Verrat ist ja nur möglich auf Basis gemeinsamer Übereinkünfte. Da diese in der autonomen Szene in der Regel nicht verschriftlicht wurden (werden), sondern in Erfahrungen und Auseinandersetzungen entstehen, ist hierzu gerade eine gemeinsame Geschichte notwendig. Jemand, mit dem keine gemeinsame Übereinkunft besteht, kann keinen Verrat begehen. Zu diskutieren ist, ob jemand, der gemeinsame Übereinkünfte nicht mehr teilt, als "Verräter" bezeichnet werden kann.

Nun mag es konsequent erscheinen, die Person des Verräters dadurch unglaubwürdig machen zu wollen, dass geleugnet wird, er sei je Teil der Szene gewesen. Das wird sich nicht durchhalten lassen, und ähnelt eher einer Vogelstraußpolitik, oder, psychoanalytisch gesprochen, dem vielpraktizierten Versuch des Verdrängens durch "Ungeschehen-Machen". Auch hier wieder: als erste Reaktion auf den Schock, den ein Verrat darstellt: verständlich. Wenn eine solche Haltung zur Strategie wird, ist dies politisch fatal. Die skizzierte Haltung dient dann faktisch dazu, sich der politischen Auseinandersetzung zu entziehen und jegliche Kritik abzuwehren. Sie will sich so einerseits unangreifbar machen und kann sich andererseits alle juristischen Handlungsmöglichkeiten offen halten. Entscheidend ist für uns demgegenüber, den heutigen Blick der linksradikalen Szene auf die mit Tarek Mousli geteilte Geschichte zu dessen Version eben dieser Geschichte in Kontrast zu setzen!

Geschichte ist nichts Statisches, Festgeschriebenes, autonome Geschichte allemal nicht. Das Erzählen von Geschichte(n), sei es von der Staatsanwaltschaft oder auf einer autonomen Veranstaltung zum Thema Verrat werden sich grundsätzlich voneinander unterscheiden, sind vom gegenwärtigen Interesse der Erzählenden geleitet. Was ist nun das Motiv eines ehemaligen Genossen, der sich von der Szene angeblich seit Jahren verabschiedet hatte, und nun in die Fänge des Staatsapparates geraten ist, Geschichte(n) zu erzählen? Ganz klar: Er will seine Haut retten. Hierzu mag bei vielen in ähnlichen Situationen eine Art foucaultscher Geständniszwang treten, die Lebensbeichte, der die kathartische Klärung des verwirrten Gemütes folgen möge. Ob auch Tarek Mousli diesem zugegebenermaßen kindlichen Wunsch an den juristischen Übervater, er möge die justiziabel gemachte Lebenserfahrung abstrafen und dem Delinquenten dadurch das Gewissen erleichtern, erlegen ist, kann getrost dahingestellt bleiben. Wir glauben es eher nicht, denn diese Vermutung impliziert tendenziell einen zumindest subjektiven Wahrheitsgehalt des Ausgesagten. Entscheidend ist für uns: Er will seine Haut retten. Dafür war er bereit, einiges zu sagen, was er glaubt zu wissen, und etliches herbeizulügen, was er nicht wissen konnte. Möglicherweise fühlte sich Tarek Mousli von ehemaligen GenossInnen selbst verraten, vielleicht hat er auch nur kühl kalkuliert. Es kann so aussehen, als sei er im Stich gelassen mit gemeinsamen Altlasten, die "als Leichen in seinem Keller" liegen blieben, nachdem alle anderen gegangen waren. Diese Vermutung enthebt Tarek jedoch keineswegs selbst der Verantwortung seiner Geschichte und den ehemaligen GenossInnen gegenüber. Tarek Mousli ist, wie wir alle, in Maßen und im

Rahmen gewisser Zwänge frei, sich zwischen Alternativen zu entscheiden. Zu verurteilen ist, wie er sich entschieden hat. Er ist kein Opfer linksradikaler Geschichte, auch wenn er sich - zur Selbstlegitimation, wie auch Hans-Joachim Klein das tat, vielleicht selbst so sehen mag. Er ist Mitproduzent der politischen Verhältnisse, von denen er sich nach seinem Szeneausstieg nun nochmals durch seine Aussagen distanzieren will. Er hat jedoch, wie alle politischen Subjekte, wissen können, dass sein Verhalten der Gegenwart und Vergangenheit Folgen für die Zukunft haben kann. Dass er davor offenbar die Augen verschloss, ist ihm nicht persönlich vorzuwerfen, dies ist "gute" schlechte Strategie eines großen Teils der radikalen Linken. Keinesfalls entschuldigt dies jedoch sein Verhalten und entbindet ihn nicht von der Schweigepflicht gegenüber dem Staatsapparat! Tarek Mouslis Verhalten aus einer Position der Nähe heraus zu kritisieren dient jedoch der Schärfung der eigenen Wahrnehmung: So anders als die meisten in der Szene ist der nicht!

Tarek Mousli ist wiederholt aufgefordert worden, seine gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft gemachten belastenden Aussagen zurückzunehmen. Dieser Text sollte ursprünglich für den der Sprache der Polizei inzwischen wohl hinreichend kundigen Tarek Mousli die sogenannte "dritte Aufforderung" formulieren, die eigene Positionierung zu überdenken, auf der Gegenseite das Feld zu räumen und vor Gericht keine belastenden Aussagen zu machen. Mit Konsequenzen im Falle der Weigerung wird nicht gedroht. Aus der Szene hat Tarek sich bereits selbst ausgeschlossen und das Beispiel der Ermordung von als Verräter bezeichneten (ehemaligen) Genossen, das der "2. Juni" 1974 einführte, als er Ulrich Schmücker erschoss, hat in der Geschichte der radikalen Linken in der BRD glücklicherweise nicht Schule gemacht. Wozu also die "dritte Aufforderung"? Sie wird den zum Bullenassistenten gewordenen Tarek Mousli kaum mehr erreichen, jedoch: Sie dient der eigenen Positionierung. Zu Aussagen vor der Polizei kommt es nach Verhaftungen aus vielerlei Gründen immer wieder. Von Verrat zu sprechen ist unserer Meinung nach angebracht, wenn jemand endgültig die Seiten gewechselt hat. Die letzte Instanz, vor der gemachte Aussagen aufrecht erhalten oder noch immer zurückgenommen werden können, ist das bürgerliche Gericht. Wenn ein ehemaliger Genosse seine Aussagen vor Gericht aufrechterhält und damit justiziabel macht, ist von Verrat zu sprechen. Bis dahin besteht noch immer die Möglichkeit, belastende Aussagen zurückzunehmen, auch wenn sein Verhalten bis zu diesem Zeitpunkt bereits zu erheblichen Unannehmlichkeiten für die von ihm Belasteten geführt hat. Die Trennungslinie, die zwischen Verräter und Szene gezogen wird, ist eine endgültige. Sie darf nicht gezogen werden, solange der Verratende sich nicht unwiderruflich selbst zur völligen Abkehr von ehemals gemeinsamen Fundamenten entschieden hat. Eine Szene, die Aussagen vor der Polizei mit der Keule des "ganz anderen" bekämpft, nimmt sich selbst politisch nicht ernst. Unserer Ansicht nach sollten gemachte oder zurückgezogene belastende Aussagen vor Gericht das Kriterium sein, nach dem der Begriff "Verrat" vergeben wird und nicht die "Schwere" von Aussagen bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft. Inzwischen hat Tarek, wie zu erwarten, zuerst am 30.11.2000 im Frankfurter OPEC-Prozess vor Gericht andere belastende Aussagen gemacht und u. a. versucht, Rudolf Schindler die Schüsse auf Hollenberg und Korbmacher, sowie Sabine E. und Rudolf Schindler den tödlichen Anschlag auf Karry in die Schuhe zu schieben. Und selbst jetzt: Solange die Gerichtsverfahren in Sachen RZ/Rote Zora gegen ihn und andere laufen besteht noch immer die Möglichkeit, diese Aussagen zurückzunehmen. Wir fordern Tarek Mousli daher ausdrücklich auf, die belastenden Aussagen zurückzunehmen und sich der politischen Auseinandersetzung über sein Verhalten zu stellen!

Weiter zum Faktor Zeit: Kann jemand eine gemeinsame Idee verraten, die er nicht mehr teilt? Ist von Verrat zu sprechen, wenn eine/r ehemalige GenossInnen bei den Bullen verpfeift, die ihm und denen er nicht mehr Genosse ist? Können sich Privatiers gegenseitig verraten? Wenn das politische Kollektiv, demgegenüber private Bedürfnisse (nach der Freiheit, nicht im Knast zu sitzen) zurückstehen sollen, nicht mehr existiert, kann dieses dann noch verraten werden? Ist es also noch möglich, die RZ zu verraten?! Fragen dieser Art sind wichtig für eine linksradikale Kritik des Verrates, für das politische und persönliche Selbstverständnis einer Szene, die bald mehr Altlasten als Mitglieder zu haben scheint. Moralisch scheint Tarek Mousli kaum mehr zu verurteilen zu sein. Ihn voller Wut ein Schwein zu schimpfen ist ebenso richtig wie folgenlos, politisch zu begegnen ist seinen Belastungen aber umso mehr:

Lassen wir die oben gestreiften Fragen einmal beiseite, so bleibt allein das Faktische: Tarek Mousli hat in seinen Aussagen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht, bei dem Versuch, aus seinem juristischen Interesse heraus (er will seine Haut retten) mit dem dafür dienlichen Blick andere und sich selbst erheblich belastet. Diesem Verhalten lässt sich auf der faktischen-juristischen wie auf der politischen Ebene erwidern.

Wer zur Aussageverweigerung aufruft und zur politischen Anklage schweigt, macht das Schweigen zur gemeinsamen Basis und nicht unseren Widerstand

Was hindert die Betroffenen, gegenwärtig die als RZ/RoteZora-Mitglieder Angeklagten (künftig möglicherweise auch Autonome ...) daran, nun ihrerseits mit entlastenden Aussagen, Richtigstellungen des Faktischen zu betreiben?

Im Zuge der Aussagen des heutigen Kronzeugen Tarek Mousli wurden und werden ZeugInnen vorgeladen. Dagegen eine Aussageverweigerungskampagne zu stellen ist richtig. Doch wer keine blinde Solidarität fordern will, muss benennen, was mit unserem Schweigen politisch geschützt werden soll. Wer von ZeugInnen erwartet, dass sie schweigen, und damit Zwangsgelder bis hin zur Erzwingungshaft riskieren, muss das bescheidene "Risiko" auf sich nehmen, sich selbst in Beziehung zur politischen Anklage zu setzen - ohne Hilfe suchend und fluchtartig auf die Gefangenen und/oder ihre RechtsanwältInnen zu verweisen.

Die Aussageverweigerung markiert eine Grenze, unsere grundsätzliche Weigerung mit der Justiz nach ihrer Wahrheit zu suchen. Meist wird dann eine Aussageverweigerungskampagne zum Leben wiedererweckt, wenn eine(r) belastende Aussagen gemacht hat, und damit GenossInnen Verhaftungen und Knast droht. So auch dieses Mal: Der jetzige Kronzeuge Tarek Mousli ist auf Grund seiner Aussagen bereits für vier Verhaftungen, zwei internationale Haftbefehle, mehrere Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren verantwortlich. Mit der Aussageverweigerungskampagne soll das Karussell aus Aussagen, Widersprüchen, vermeintlichen Richtigstellungen und Selbstentlastungen gestoppt werden. Aus gutem Grund: in Ermittlungsverfahren hat unsere Wut über Verrat, unsere Suche nach Erklärungen und Fehlern nichts zu suchen. Im Stadium der Anklageerhebung dient jede Aussage lediglich der Präzisierung der Anklage.

Die Grenzen der Aussageverweigerungs kampagne

Nichts spricht dafür, dass wir irgendwo noch Tarek Mousli mit unseren Vorstellungen von Militanz, Verrat und gemeinsamen Fehlern konfrontieren können. Alles spricht dafür, dass Tarek Mousli die Auseinandersetzung um die Geschichte der RZ in den Gerichtsaal verlegt hat. Wir sind heute nicht in der Lage, andere Orte für eine solche Auseinandersetzung zu wählen. Angesichts dieser Schwäche werden wir Wege finden müssen, dem Kronzeugen Tarek Mousli zu folgen, wohin er die Geschichte der RZ getragen hat: vor Gericht. Im Schutze der Aussageverweigerungskampagne deutet der Kronzeuge Tarek Mousli - unwidersprochen - mit Belastungen Genossinnen und Genossen für jahrelange Haftstrafen heraus. Wir sind nicht bereit, ihm mit unserem Schweigen diese unfreiwillige Deckung zu geben. Aus diesem Grunde begrüßen wir Entlastungen - auch vor Gericht. Voraussetzung dafür sind kollektive Absprachen und eine politische Bestimmung juristischer Interventionen. Denn jede noch so richtige und Erfolg versprechende Entlastung muss immer auch den Preis mitdenken, der bezahlt wird: die Glaubwürdigmachung des Gerichtssaales als den Ort, wo Recht gesprochen wird.

Wenn wir mit dieser Position deutlich machen, dass wir dem Kronzeugen das Terrain des Gerichtssaales nicht überlassen wollen, dann meinen wir das nicht nur im juristischen Sinne. Die Zeugenaussage des ehemaligen RZ-Mitgliedes Gerd Schnepel im OPEC-Prozess hat nicht nur Rudolf Schindler entlastet. Sie hat vor allem das bleierne Schweigen über die RZ durchbrochen, hat Platz geschaffen, sich an die Erfolge militanten Widerstandes zu erinnern und Voraussetzungen geschaffen, über Fehler und Schwächen zu reden - anstatt die Rede dem Terrorismus-Bekämpfer Daniel Cohn-Bendit und seinem "Sohn" Hans-Joachim Klein zu überlassen.

Wohlgemerkt: Sinn kann nicht sein, sich selbst zum Werkzeug des Staatsapparates zu machen und nun Tarek Mousli zu belasten. "Wir wissen um die ohnmächtige Wut derer, die von diesen Belastungen betroffen sind" schrieben 1988 Autonome Gruppen in einer "Plattform zu den 2.11. Prozessen" zu den Aussagen des Andreas Eichler, und weiter: "Sich gegen diese Belastungen zur Wehr zu setzen, heißt, im Prozess u.U. Aussagen zu machen, unser Schweigen zu brechen. Unsere Solidarität mit diesen Angeklagten spürbar zu machen, heißt, in diesem konkreten Fall uns als Entlastungszeugen zur Verfügung zu stellen (...) Voraussetzung allerdings für Entlastungsaussagen überhaupt ist ein gemeinsames Konzept, das statt individualisierter Absprachen den gesamten Prozess im Blick hat."

Vor zwölf Jahren wurde dies realisiert, mit der Folge, dass der Beklagte Andreas Eichler, der Frank Hoffmann beschuldigte, mit einer Sig Saur-Pistole auf die vorrückenden Polizeiketten an der Startbahn West geschossen

zu haben, alleine zu fünfzehn Jahren Haft wegen Totschlag verurteilt wurde, während Frank Hoffmann frei kam ...

Auf der politischen Ebene ist den Belastungen Tarek Mouslis, die autonome Politik betreffen, durch einen offensiven Umgang mit der eigenen Geschichte und ihren Erfordernissen zu begegnen. Was hindert uns daran, zu Aktionen Stellung zu nehmen, die allemal verjährt sind? Was hindert uns daran, öffentlich zu erklären, dass zum Gelingen einer (militanten) Demo ein Demoschutz ebenso wie das Abhören des Polizeifunks notwendig sind? Was hindert uns daran, zu offensivem militantem Verhalten als Mittel autonomer Politik zu stehen?

Klar, niemand möchte alleine im Rampenlicht mit zum privaten Outing geratenden Bekenntnissen stehen. Das ist auch nicht gemeint. Dieser Text versucht demgegenüber sowohl die unpolitische und sogar juristisch unkluge, weil zu kurz greifende Haltung des Solidaritätsbündnisses, wie auch den individualisierten Umgang Einzelner mit den Folgen der Belastungen durch Tarek Mousli zu durchbrechen. Wir wollen eine Selbstverständniserklärung formulieren, anhand derer und zu der sich möglichst viele positionieren können, und so dazu beitragen, dass die politische Diskussion über die Ereignisse vorangebracht wird.

Einige Autonome

aus Berlin und Frankfurt

Dezember 2000

Anmerkung:

1) Gemeint ist das Berliner Bündnis für Freilassung mit seiner Homepage www.freilassung.de.

8. Türkei: Todesfasten gegen Isolationshaft

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:08

Seit dem 20. Oktober befinden sich fast 1.000 politische Gefangene in der Türkei im Hungerstreik. Damit protestieren sie gegen die Errichtung neuer Hochsicherheitsgefängnisse und die Einführung der Isolationshaft. Nachdem mittlerweile 300 Gefangene zum Todesfasten übergegangen sind, spitzt sich die Situation dramatisch zu.

Zahlreiche Journalisten und Fernsehkommentatoren hatten sich am 14. Oktober in der Bibliothek der geräumigen Wohnung der Dramatikerin Bilgesu Erenus in der Innenstadt von Istanbul versammelt. Doch das Interesse galt nicht der bekannten türkischen Künstlerin, sondern vier Frauen, die sich mit weißen Kopftüchern und roten Bändern in der Sitzecke platziert haben. Agdas Sükran gehört zu ihnen. Mit trauriger Stimme beginnt sie zu erzählen: "Bis zum 13. Mai 1996 war ich unpolitisch. An diesem Tag hat die Polizei meinen 15-jährigen Sohn erschossen, als er auf der Straße die linke Zeitung Kurtulus verkauft hat. Es dauerte noch eine längere Zeit, bis ich mich entschloss, für die Ziele weiter zu kämpfen, für die mein Sohn gestorben ist." Das meint sie im wahrsten Sinne des Wortes todernst. Agdas hat mit drei anderen Frauen einen unbegrenzten Hungerstreik begonnen. Sie wollen die fast 1.000 politischen Gefangenen in verschiedenen türkischen Gefängnissen unterstützen, die seit dem 20. Oktober die Nahrung verweigern.

Zugeständnisse, die keine sind

Mittlerweile sind über 300 Gefangene zum Todesfasten übergegangen, d.h. sie werden ihre Aktion erst dann beenden, wenn ihre Forderungen erfüllt sind. Sie protestieren damit gegen die von der türkischen Regierung geplante Einführung von Isolationsgefängnissen, den sogenannten F-Typ-Zellen. (vgl. ak 442) Bisher sind es vor allem einige Künstler, Intellektuelle und die in der Organisation Tayad zusammengeschlossenen Angehörigen der politischen Gefangenen, die sich um das Leben der Hungerstreikenden sorgen. "Monatelang haben wir die Öffentlichkeit über die Folgen der Einführung der Isolationsgefängnisse informiert. Doch seit Beginn des Hungerstreiks haben wir gemerkt, dass unsere Arbeit noch längst nicht ausreichend war", sagt eine Tayad-Aktivistin mit Bitterkeit in der Stimme.

Doch ganz erfolglos war die bisherige Arbeit der Angehörigen nicht. Am 25. November demonstrierten über 8.000 Menschen in Ankara gegen die Isolationszellen. Über Weihnachten wird ein Kongress von Lyrikern gegen die F-Typ-Zellen stattfinden. Bereits zwischen dem 10. und 12. November gab es einen Kongress der Angehörigenorganisation Tayad über die Situation in den Gefängnissen. Mehr als 300 Personen nahmen daran teil, darunter viele Prominente. Der Kongress stand unter dem Motto "Realität der Gefängnisse - Konflikte und Lösungsvorschläge". Begonnen hatte er mit künstlerischen Darbietungen. Im Anschluss daran stellten verschiedene Juristen die gesetzlichen Grundlagen von Isolationshaft und Anti-Terrorgesetzgebung genauer vor. Ein Mitglied der Istanbuler Architektenkammer gab einen kurzen historischen Abriss über die Geschichte der Gefängnisbauten vom antiken Labyrinth bis zum modernen Hochsicherheitsgefängnis.

Das ehemalige Mitglied der Bewegung 2. Juni, Ilse Schwipper, berichtete über ihre Erfahrungen mit der Isolationshaft in der BRD, die für sie mehr als 6 Jahre dauerte. Wegen Haftunfähigkeit wurde sie schließlich aus dem Knast entlassen. "Sie sind aus der Isolationshaft wieder herausgekommen. Das gibt uns Mut, dass wir auch unsere Angehörigen wieder in Freiheit sehen werden", meinte eine Tayad-Aktivistin. Am Ende erarbeitete der Kongress einen Forderungskatalog, der über die Ablehnung der Isolationshaft hinaus alternative Modelle eines reformierten Strafvollzugs beinhaltete. Abschaffung der Zensur gehörte ebenso dazu wie eine angemessene medizinische Betreuung der Gefangenen und ein regelmäßiges Besuchsrecht. Ob die Regierung allerdings die Vorschläge überhaupt zur Kenntnis nehmen wird, muss bezweifelt werden. Erst kürzlich wurde die polizeikritische Menschenrechtsbeauftragte des türkischen Parlaments gegen ein Mitglied der mitregierenden rechtsradikalen MHP ersetzt.

Die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei halten unvermindert an. "Folter steht hier weiterhin auf der Tagesordnung", so Saban Subesi vom Internationalen Menschenrechtsverein (IHD) in Istanbul. Und auch der Fall des seit Jahren in politischen Verfahren engagierten Rechtsanwalts Sekci Rüzgar spricht eine deutliche Sprache. Zwar wurde Rüzgar nach internationalen Protesten auf freien Fuß gesetzt. Seine Anwaltspraxis hat er aber verloren, das Land darf er nicht verlassen und die Anklage gegen ihn läuft weiter. Dabei kann er

detailliert nachweisen, dass das Belastungsmaterial gegen ihn vom Staatsschutz fabriziert wurde. "Dass ich zur Zeit in Freiheit bin, verdanke ich den internationalen Protesten", meint Rüzgar.

Seit Anfang Dezember nimmt der Druck auf die türkische Regierung zu, einen Kompromiss mit den Gefangenen zu suchen und Tote zu verhindern. Prominente Intellektuelle haben in mehreren türkischen Städten mit Solidaritätshungerstreiks begonnen und ihre Vermittlung in dem Konflikt angeboten. Auch die Ärztekammer sowie verschiedene linke Parteien haben sich mit den Forderungen der Gefangenen solidarisiert. Vor diesem Hintergrund muss die Rede des türkischen Ministerpräsidenten Ecevit verstanden werden, der am 8. Dezember ankündigt hat, die Einführung der Isolationszellen werde vorerst verschoben, und gleichzeitig die Freilassung kranker Gefangener in Aussicht stellte. Für die Sprecherin des europaweit agierenden Komitees gegen die Isolationshaft (IKM) Selda Delgiz enthalten diese Vorschläge keine wirklichen Zugeständnisse. Schon mehrmals machten Regierungsvertreter klar, dass für die Einführung der Isolationszellen noch Schulungen von Personal und Gesetzesänderungen notwendig seien, die noch einige Monate brauchen würden.

Auch die Amnestie von einigen Tausend Gefangenen, die in den letzten Tagen angekündigt wurde, ist schon seit längerem erbittertes Streitthema in der türkischen Regierungskoalition. Justizexperten weisen darauf hin, dass für die gegenwärtig über Zehntausend politischen Gefangenen niemals genügend Einzelzellen zur Verfügung stünden. Die geplante Amnestie soll in erster Linie Gefangenen der türkischen Mafia und noch inhaftierten Terroristen der faschistischen Grauen Wölfen zugute kommen. Linke Gefangene werden allerdings nur in den Genuss der Amnestie kommen, wenn sie sich verpflichten, die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse anzuerkennen und ihren ursprünglichen politischen Zielen abzuschwören. Ob die Gefangenen des Öcalan-Flügels der kurdischen Arbeiterpartei PKK in den Genuss der Amnestie kommen sollen, ist in Ankara noch nicht entschieden. Das Militär und die MHP wollen davon nichts wissen. Sicher ist auf jeden Fall, dass alle führenden Aktivisten und Aktivistinnen der noch aktiven revolutionären Organisationen von der Amnestie ausgeschlossen blieben. Sie sind die eigentliche Zielgruppe für die neu errichteten Isolationsgefängnisse nach EU-Norm.

Insofern ist es auch mehr als fraglich, ob Ecevits Rede Bewegung in den Konflikt zwischen der türkischen Regierung und den Gefangenen bringt. Der Hungerstreik der Gefangenen geht vorerst weiter. In verschiedenen europäischen Ländern haben öffentliche Solidaritätshungerstreiks begonnen. Doch die Zeit wird knapp. Das Leben vieler Gefangener, die sowieso durch vorangegangene Widerstandsaktionen sowie polizeiliche Folter in schlechter gesundheitlicher Verfassung waren, ist mittlerweile akut bedroht. Viele Angehörige befürchten, dass sich wiederholen könnte, was 1996 geschah. Damals starben zwölf Gefangene, bevor die Regierung ihren Forderungen nachgegeben hat.

Peter Nowak

Infos über Solidaritätsaktionen gibt es über: gruppe mücadele, c/o Asta der FU-Berlin, Otto-Simson-Str. 24 , 14195 Berlin;

Email: gruppe.muecadele@gmx.de;

www.freeech.org/blues/muecadele

9. "Irgendjemand möchte, dass sie sterben"

Autor: Hans Peter Kartenberg, Libertad · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:48

Nach über hundert Tagen Hungerstreik droht argentinischen politischen Gefangenen der Tod. Sie kämpfen für etwas, das ihnen die Regierung längst versprochen, aber bislang nicht gewährt hat: einen neuen, fairen Prozess.

Weihnachten 2000 wird der Argentinier Enrique Gorriarán ein politischer Gefangener sein, der glücklich sein kann, wenn er noch am Leben ist. 1995 aus Mexiko nach Argentinien entführt, ist Gorriarán zu mehrmals lebenslanger Haft verurteilt. Mit zehn seiner Mitgefangenen liegt er in einem Krankenhaus in Buenos Aires. Seit über hundert Tagen sind die Mitglieder der linken Gruppe "Movimiento Todos por la Patria" (MTP) in einem Hungerstreik. Die unspektakulär klingende Forderung: die argentinische Regierung möge die Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission umsetzen.

1990 waren die MTP-Mitglieder auf Grund eines eigens geschaffenen "Gesetzes zur Verteidigung der Demokratie" zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Die Anklage: im Januar 1989 hatte eine Gruppe MTP-AktivistInnen den Armeestützpunkt La Tablada besetzt, nachdem sie Hinweise auf Planungen für einen Militärputsch erhalten hatten. Die Armee schoss das Gelände in Brand, tötete 28 BesetzerInnen und verhaftete 22. Neun AktivistInnen "verschwanden" auf dem Weg zur Polizeistation - drei der Leichen wurden im August diesen Jahres aus einem anonymen Grab geborgen.

Die Gefangenen erhoben gegen das Urteil Klage vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission - und bekamen Recht. Die Kommission, an deren Empfehlungen Buenos Aires völkerrechtlich gebunden ist, forderte die Regierung 1997 auf, die "schweren Menschenrechtsverletzungen" bei der Festnahme aufzuklären und den Verurteilten einen neuen, fairen Prozess zu ermöglichen. Doch bis Ende 1999 geschah nichts. Als Präsident Fernando de la Rúa, der während des Wahlkampfes versprochen hatte, den Empfehlungen der Kommission nachzukommen, zunächst nichts unternahm, entschlossen sich die Tablada-Gefangenen, den neuen Präsidenten mit einem Hungerstreik an sein Versprechen zu erinnern.

Als eine Regierungsdelegation Gorriarán versicherte, im August 2000 eine Änderung des "Gesetzes zur Verteidigung der Demokratie" im Parlament zu beschließen, brachen sie ihre Aktion nach 46 Tagen ab. Doch das Parlament überwies den Antrag lediglich in die Ausschüsse. Daraufhin erklärte Gorriarán am 5. September den Beginn eines zweiten Hungerstreiks, der bis heute andauert und der die elf Gefangenen an die Schwelle des Todes gebracht hat.

Präsident de la Rúa wird nicht müde zu betonen, dass sein Land die völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllen müsse. Die Regierung hat mehrere Gesetzesvorschläge ins Parlament eingebracht, die aber alle die nötige Mehrheit verfehlten. De la Rúa versuchte, das gegen die Gefangenen 1990 ergangene Urteil als verfassungswidrig einstufen zu lassen. Doch auch das scheiterte.

"Irgendjemand möchte, dass sie sterben", fasste Miguel Bonasso, angesehener Kommentator der linksliberalen Tageszeitung pagina 12, nach hundert Tagen Hungerstreik den Ernst der Lage zusammen. Und dieser jemand, so Bonasso, ist Lopéz Murphy - der Verteidigungsminister, der sich schützend vor die amnestierten Offiziere der Diktatur stellt. Gäbe die Regierung de la Rúa der Menschenrechtskommission nach, könnten für die Verbrecher der Diktatur unruhige Zeiten anbrechen. Deshalb, so vermutet Bonasso, haben die Generäle die La Tablada-Gefangenen dazu auserkoren, zum Prüfstein der Loyalität der neuen Regierung zu werden.

Die Kommission hat der Regierung nun bis Weihnachten eine Frist eingeräumt, auf die Forderungen der Hungerstreikenden einzugehen. Sollte dies geschehen, könnte das Ergebnis eine Regierungskrise und freie Gefangene sein. Für Gorriarán und seine Frau Ana Sivori allerdings werden sich die Tore nicht öffnen. 1990 wurden diejenigen amnestiert, die für die Diktatur gefoltert hatten, aber auch jene, die sie bekämpft hatten. Aber Gorriarán, Sivori und einige andere prominente GuerillaführerInnen wurden ausgenommen. Bittere Weihnachten.

Hans Peter Kartenberg,

(Libertad!)

Aktuelle Informationen auf der Tablada-Solidaritätsseite: www.libertad.de

10. Im roten Bereich. Die französische KP-Zeitung L"Humanité ist in der Krise

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:04

"L`Humanité verlässt den roten Bereich nicht", übertitelte die linksliberale Tageszeitung Libération jüngst, leicht spöttisch, ihre Medienseite. Unterdessen riet das stockreaktionäre Wirtschaftsmagazin Valeurs actuelles herablassend: "Das Dilemma von L`Humanité liegt darin, dass sie im doppelten Sinne aus dem Roten herauskommen müsste."

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die Existenz der kommunistischen Tageszeitung L`Humanité ist akut bedroht. Nicht zuletzt, weil es am lieben Geld mangelt. Aber wenn es nur das wäre, dann könnten die Blattmacher in der Rue Jean Jaurès der Pariser Vorstadt Saint-Denis sich schon beinahe beruhigt zurücklehnen. Realistischer ist die Problembeschreibung, die die Pariser Abendzeitung Le Monde vornimmt: "Der Kommunistischen Partei fehlt es an Ideen, Leitungskraft und an Geld." Und vor allem auch an Lesern für ihre (offiziell: ehemalige) Parteizeitung.

L`Humanité, was sich sowohl mit "Die Menschheit" als auch "Die Menschlichkeit" übersetzen lässt, ist ein Traditionsmedium. 1904 von dem Sozialistenführer Jean Jaurès gegründet, ging die Zeitung bei der Spaltung im Dezember 1920 zusammen mit der Parteimehrheit zum kommunistischen Flügel über. Ab diesem Zeitpunkt wurde L`Huma, wie sie von ihren LeserInnen genannt wird, zum Sprachrohr und alsbald zum "Zentralorgan" des Parti Communiste Français (PCF). Sie soll der Arbeiterklasse und den Unterdrückten überhaupt "die Wahrheit" verkünden - die Wahrheit über ihre Situation und den Charakter der Klassengesellschaft. Doch im Zuge der autoritären Deformierung des Parteikommunismus - die bereits in den zwanziger Jahre ihre Schatten zeigt und in den dreißigern evident wird - wird "die Wahrheit" zunehmend identisch mit der gerade dominierenden Parteilinie.

L'Huma als Verkünderin

der Wahrheit

An der Seite des parteiförmig organisierten französischen Kommunismus erlebt L`Humanité ihre Sternstunde unmittelbar am Ende des Zweiten Weltkriegs. 1946, auf ihrem Höhepunkt, erhält die Partei 28 Prozent der Stimmen. Parallel dazu wird die kommunistische Presse, mit über einer Million Auflage, zum wahrhaften Massenmedium. Der weitaus wichtigste Titel ist natürlich L`Humanité, doch ihr stehen mehrere KP-Regionalzeitungen zur Seite, von den zahllosen Betriebspublikationen einmal ganz zu schweigen. Zum populären Charakter des Mediums gehört auch eine gute Sportberichterstattung, und für die Unterhaltung des Publikums sorgt die Comicfigur Pif le chien, der Hund Pif. Namhafte Intellektuelle und Kulturschaffende drücken sich in der Zeitung aus, so Pablo Picasso, der der KP 1944 beigetreten ist und des öfteren die Titelseite mit Zeichnungen beehrt.

Bis in die siebziger Jahre hinein genießt L`Humanité ein erhebliches Prestige bis hinein in intellektuelle Kreise. Doch in jenem Jahrzehnt beginnt der Abstieg des französischen Parteikommunismus, zeitgleich mit dem einsetzenden Prestigeverlust des "real existierenden Sozialismus". In den achtziger Jahren bricht die "Eiszeit" an: Der Parteiapparat, und mit ihm L`Humanité, zieht sich hinter vermeintlich feststehende historische Gewissheiten zurück. Man wartet ab, bis die "ehernen Gesetze der Geschichte" erneut ihre Wirkung zeigen, wonach es notwendig mit dem Sozialismus (dem real existierenden) aufwärts und mit dem Kapitalismus bergab gehen müsse.

L`Humanité wird mehr und mehr zum Verkünder dogmatischer Lehrsätze und Gewissheiten, deren Abstand zur Realität wächst. Dennoch behält die Zeitung zwei Trümpfe: Der eine ist das einzigartige und noch immer dichte Netz von Basis- und vor allem Betriebskorrespondenten. Der zweite ist die Beziehung zu einer aktiven (Partei-)Basis: alljährlich kommen beim Pressefest der Zeitung - der Fète de l`Huma - Hunderttausende zusammen. Erst in den letzten beiden Jahren geht es nunmehr auch damit bergab: Waren 1992 rund 700.000 Eintrittskarten für das Riesenfest verkauft worden, so waren es in diesem Jahr nur noch 150.000.

Der inhaltliche Tiefpunkt der Zeitung war zweifellos in den frühen neunziger Jahren erreicht, als die Partei ihres "real existierenden" Gesellschaftsmodells verlustig gegangen war und der Apparat orientierungslos um sich

selbst kreiste. Um den Jahreswechsel 1992/93, Gipfel der Peinlichkeiten, berichtete L`Huma über Leser- und Parteireisen in die Volksrepublik China, wo manche Kader sich auf die Suche nach einem neuen Gesellschaftsmodell begaben.

Mitte der Neunziger leitete die KP mit einer Serie innerparteilicher Reformen den Versuch eines Neuanfangs ein, auf der Basis des proklamierten "Bruchs mit dem sowjetischen Modell" und der Öffnung zu den in der Gesellschaft vorhandenen Bewegungspotenzialen. L`Huma begleitete diesen Prozess. Zur Mitte des Jahrzehnts hatte die Tageszeitung durchaus eine Rolle als Informationsmittler und Mobilisierungsträger inne, als sich eine Reihe sozialer und politischer Protestbewegungen gegen die konservative Regierung Juppé formten. Die häufig altbackene Form der Berichterstattung und der Aufmachung bildeten jedoch strukturelle Probleme der Zeitung.

Die Probleme spitzten sich zu, als die KP zur Jahresmitte 1997 plötzlich zur Regierungspartei befördert wurde. Welchen Spielraum gab es nunmehr für eine parteiergreifende, aber auch (im organisatorischen Sinne) parteigebundene Berichterstattung, für Kritik? Erste Weichenstellungen der Regierung Jospin wurden zum Testfeld für die neue Verhaltens"linie" der Zeitung.

Und diese enttäuschte einen beträchtlichen Teil der Leserschaft. Zunächst versuchte die Redaktion, die neuen Realitäten schönzureden. Als Premierminister Jospin im Sommer 1997 - in flagrantem Bruch eines Wahlversprechens - beschloss, nunmehr die französische Telekom doch teilzuprivatisieren, jubelte L`Huma auf der Titelseite, dass "der Staat Herr bei France Télécom bleibt", da er mindestens 51 Prozent der Kapitalanteile behalten werde. Unter einer rechten Regierung hätte dasselbe Blatt keine Minute gezögert, eine solche Teilprivatisierung als Einfallstor für Rentablitätskriterien und Abkehr von der Konzeption der öffentlichen Dienstleistung zu geißeln.

Ja, und dann kam jene Woche im August 1997, die vielen (ehemaligen) LeserInnen der linken Traditionszeitung in besonders unangenehmer Erinnerung geblieben ist. Damals vollzogen sich in Paris zwei Ereignisse, die weltweit die Medienöffentlichkeit bewegten. Zuerst donnerte ein Mercedes mit Lady Diana und Dody el-Fayed gegen einen Brückenpfeiler unter der Seine. Kurz darauf traf der Papst, und mit ihm mehrere hunderttausende Katholiken, zu den "Welttagen der Jugend" (französisch JMJ) in Paris ein. Als die LeserInnen ihre L'Huma aufschlugen, fanden sie dort eine Berichterstattung vor, die jener in den bürgerlichen Medien glich wie ein Ei dem anderen. Da wurde Lady Di als Wohltäterin der Menschheit beschrieben, deren tragisches Verscheiden jedermann in Trauer versetze. Dort wurden das so tief bewegende Ereignis, das die JMJ darstellten, und die Kraft des katholischen Glaubens in kräftigen Farben ausgemalt. In dem Bestreben, eine unverkrampfte und undogmatische Zeitung zu machen, war den L'Huma-Redakteuren nichts anderes eingefallen, als an der medialen Einheitssuppe mitzukochen.

Anpassung an

den Mainstream

In der Folgezeit begann die Zahl der LeserInnen (35 Prozent sind weiblich) mehr und mehr abzubröckeln, nachdem bereits Mitte der Neunziger nurmehr zwischen 60.000 und 70.000 Exemplare pro Ausgabe - und etwas über 100.000 am Wochenende - verkauft worden waren. Im Durchschnitt des Jahres 1999 waren noch 54.000 Leser übrig, für das laufende Jahr 2.000 ist von 45.000 die Rede.

Die Veränderung der Form sollte - wie so oft, wo es an einem inhaltlichen Projekt fehlt - den mangelnden inhaltlichen Sinn ersetzen und neue Leserschichten erschließen helfen. Anlässlich der umfassenden Neugestaltung der Zeitung im März 1999 verschwanden der Untertitel (Zeitung des PCF) ebenso wie Hammer und Sichel. Bunter, aufgelockerter und in etwas größerem Format sollte die Zeitung erscheinen. Der Neugier-Effekt bewirkte, dass zwischen März und Mai 1999 vorübergehend der negative Trend umgekehrt werden konnte. Doch schon nach zwei Monaten war die Anziehungskraft des äußerlich Neuen bereits wieder verpufft.

Innerhalb der Redaktion standen sich zwei Zeitungsmodelle gegenüber. Die älteren Journalisten, deren hauptsächlicher Qualifikationsausweis ihre KP-Mitgliedskarte ist, würden gern versuchen, als Richtungszeitung weiterzumachen, wenngleich sie sich der Schwierigkeit bewusst sind, dass es die "Linie" im alten Sinne nicht mehr gibt. Die jüngeren Redaktionsmitglieder hingegen verfügen meist über den Abschluss einer

Journalistenschule und wurden auf dieser Basis rekrutiert, sind dafür oft nicht in der Partei. Viele unter ihnen würden am liebsten einfach "eine normale Zeitung machen".

Natürlich läuft nicht alles schlecht bei dieser Zeitung. Ein paar Male ist es ihr in den letzten Monaten gelungen, Themen in der französischen Medienlandschaft durchzusetzen. Das gilt für die Enthüllungskampagne zu den Geschäftspraktiken großer Versicherungskonzerne, die Behinderte oder AIDS-Kranke als Kostenfaktor vom Versicherungsschutz ausschließen. Verdienstvoll ist auch die andauernde Informationskampagne zur jüngeren französischen Vergangenheit, nämlich dem massiven Einsatz der Folter im Algerienkrieg. (vgl. Artikel in dieser ak-Ausgabe). Diese Beispiele zeigen, dass L`Huma durchaus eine spezifische Rolle zu spielen hätte, würde sie ihren Platz in der Medienlandschaft offensiv nutzen.

Insgesamt aber überwiegen die Probleme der Zeitung gegenüber ihren Erfolgen. Im November war es so weit. Nach Krisensitzungen der Führungsinstanzen der Partei sprach Michel Laurent, Vorsitzender des Aufsichtsrats von L`Huma - der den einzigen Aktionär, die KP, vertritt - Klartext: "Die finanzielle Zukunft dieser Zeitung ist nicht gesichert. Und ich spreche nicht von einer fernen Zukunft, sondern von den nächsten sechs oder noch weniger Monaten."

Die Partei bietet der Zeitung nunmehr an, ihr jährlich drei Millionen Francs (500.000 Euro) zuzuschießen - aber unter der Bedingung, dass diese ihre Bilanz in die schwarzen Zahlen bringt, ohne auf eine hypothetische Erhöhung der Verkaufsziffern zu setzen. Entlassungen stehen daher an, von 40 ist bisher die Rede (bei 300 MitarbeiterInnen), und auch einer "Harmonisierung der Lohnpolitik im Sinne des tatsächlichen Werts der Arbeitsleistung" wird das Wort gesprochen. Zugleich hat die Partei die drei führenden Köpfe der Zeitung (Chefredakteur, Generaldirektor und Verlagschef) ausgetauscht.

Die künftige Entwicklung der Zeitung soll in zwei Richtungen gehen. Einerseits soll neues Geld hereingeholt werden. Die Partei, der die Zeitung zu 100 Prozent gehört, soll eine Sperrminorität von 40 Prozent behalten; weitere Anteile sollen durch eine Lesergesellschaft, durch die Mitarbeiter und eine Genossenschaft (an der Anteile verkauft werden) übernommen werden. Und schließlich sollen 10 Prozent über eine "Investment-Gesellschaft Humanité Pluralismus" an private Investoren angeboten werden, auch an andere Medienunternehmen.

Die Quadratur

des Kreises

Auf der anderen Seite soll, politisch und redaktionell, die Zeitung wieder stärker unter die Fuchtel der Partei genommen werden, wobei zugleich beharrlich beteuert wird, die Partei sei "nicht Eigentümerin des Kommunismus", und das politische Projekt solle mit anderen Akteuren geteilt werden. Im übrigen sei "ein Ausweg aus der Krise möglich", unter anderem wegen der steigenden "Sympathie für die Partei, deren Strategie anfängt, besser verstanden zu werden." Die Selbstbeweihräucherung im alten realsozialistischen Stil - derzufolge die Probleme der Partei lediglich daher rühren, dass die blöden Massen ihre "Strategie" nicht "verstanden" haben - wird hier glatt zum Selbstbetrug. Steht doch heute die kleine trotzkistische Partei Lutte Ouvrière ("Arbeiterkampf") in allen Umfragen deutlich vor der KP, die ernsthaft Gefahr läuft, ihren zentralen Platz auf der Linken endgültig einzubüßen.

Ein L'Huma-Journalist erklärt zugleich gegenüber Libération, KP-Chef Robert Hue wünsche sich eine Zeitung, die stärker die Sichtweisen der Partei vermittele, "vor allem in Wahlperioden". Eine anpasserische Anlehnung an das mediale Einerlei soll vermieden werden, aber zugleich müssen wohl zu scharfe Regierungs-Kritiken ebenfalls unterbleiben. Künftig darf man sich denn wohl auf den Versuch einer Quadratur des Kreises gefasst machen.

Bernhard Schmid,

Paris

11. Ganz Managua wird zu Hertylandia. Nicaragua nach den Kommunalwahlen (Andreas van Baaijen

Autor: Informationsbüro Nicaragua) · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:05

Es findet sich zur Zeit in Nicaragua wohl niemand, der die Zukunft des Landes nicht in düstersten Farben zeichnen würde. In Berichten zur aktuellen Situation des Landes überboten sich NGOs verschiedenster Bereiche kurz vor den Kommunalwahlen am 5. November in pessimistischen Analysen und Anklagen. Zwar mag der Ausgang der Wahlen für die FSLN erfreulich sein - Auswege aus der politischen Misere weist er kaum.

Was als Betrug begann, wird als Betrug enden", titelte envío im Oktober. In der Bevölkerung wurden die Wahlen, die im Vorfeld bereits durch den skandalösen Ausschluss einer großen Zahl von Parteien und das Verbot freier kommunaler Listen diskreditiert waren, mit entsprechender Gleichgültigkeit erwartet. Dementsprechend lag dann die Wahlbeteiligung am 5. November im Landesdurchschnitt bei kaum mehr als 60%. Nur vier Parteien waren zur Wahl zugelassen worden: die Regierungspartei PLC, die FSLN, der Partido Conservador (PC) und die 1996 erfolgreich als neuer Stern am Parteienhimmel erschienene Camino Cristiano (CC). In den beiden Atlantikregionen kamen zwei regionale Gruppierungen - PIM und PAMUC - hinzu.

Die Wahlkampfthemen waren fast überall auf die beiden Parteichefs Ortega (FSLN) und Alemán (PLC) zugeschnitten: "Der Wahlkampf macht keine Anzeichen, als hätte er relevante Veränderungen im so düsteren nationalen Panorama erreichen können. (...) Die Wahlergebnisse sind vorhersehbar, die paktierenden Parteien werden die Bürgermeisterämter unter sich aufteilen", schrieb die renommierte Menschenrechtsorganisation CENIDH bereits im September.

Bei den Wahlen hat die regierende PLC eine deutliche Niederlage hinnehmen müssen. Zwar konnte sie in den ländlichen Gemeinden ihre Mehrheiten behaupten, die meisten Städte Nicaraguas jedoch werden nun sandinistisch regiert. Insbesondere das politisch so bedeutsame Amt des Bürgermeisters der Hauptstadt Nicaraguas, wo fast 40% der Wahlberechtigten leben, ist, nach zehn Jahren der Opposition, an die FSLN gefallen. Der neue Bürgermeister Herty Lewites ist Betreiber des populären Vergnügungsparks Hertylandia. 1996 noch für die MRS (Movimiento Renovador Sandinista) angetreten, gewann er nun das Rennen für die Frente mit 44% der Stimmen - ein unerwartet hoher Sieg. Beinahe wäre die regierende PLC mit ihrem Kandidaten Wilfredo Navarro sogar nur auf dem dritten Platz gelandet: Die PC lag mit 25% der Stimmen nur 4 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der Liberalen.

Lewites hatte mit seinem Wahlkampf, der ganz auf ihn persönlich zugeschnitten war und zu Partei und Daniel Ortega stets auf Distanz blieb, das vorexerziert, was Strategen schon lange als einzige Chance der Frente sehen. Mobilisierung der gesamten Stimmen des so genannten sandinismo amplio (also all derjenigen, die sich in der Tradition der revolutionären 80er Jahre sehen, ob mit oder gegen die Partei) plus derjenigen, die sich trotz anderer politischer Herkunft noch gewinnen lassen.

Wie dem auch sei, die gewählten FSLN-Bürgermeister (es scheint, als ob keine einzige FSLN-Frau zum Stadtoberhaupt gewählt worden sei) und StadträtInnen können sich jedenfalls einen großen politischen Erfolg zuschreiben. Denn in Nicaragua gibt es keine politische Mitte. Du bist schwarz oder weiß, gut oder schlecht, sandinistisch oder liberal-konservativ. Insofern ist es bei diesen Wahlen der Frente bzw. den KandidatInnen vor Ort gelungen, die hegemoniale Blockade des Rechtskonservatismus zu durchbrechen. Freilich gegen den Preis politischer Öffnung zur Mitte und durch den glücklichen Umstand, dass das rechte Lager erstmals seit der Wahlniederlage der FSLN 1990 gespalten zur Wahl antgetreten ist. Ob dies im nächsten Jahr zur Präsidentschaftswahl wieder der Fall sein wird, darf bezweifelt werden. Das antisandinistische Lager ist sich genau bewusst, dass es nur vereint die Präsidentschaft erringen wird.

Alles in allem hat die FSLN bei den Kommunalwahlen von der desolaten Lage der Regierungspartei PLC profitiert: Austritte und Rausschmisse, Korruption und Skandale in nie gesehener Dimension haben sie zerrüttet. Der "Pakt" zwischen PLC und FSLN (Der Pakt umfasst im wesentlichen drei Punkte: 1. das von FSLN-Funktionären 1990 erworbene Staatseigentum bleibt unangetastet, 2. im Gegenzug deckt die FSLN die Korruption der Aléman-Riege, 3. soll ein Zwei-Parteiensystem durch Änderung der Wahlgesetzgebung und der

Verfassung eingerichtet werden), dramatische makroökonomische Zahlen ("Aus ökonomischer Sicht war 1999 das schlechteste der letzten zehn Jahre", so CENIDH), die lächerliche Figur, die der Präsident auf internationalem Parkett macht, taten ein Übriges. Das liberale Lager Nicaraguas ist in einem geradezu erbärmlichen Zustand. Eigentlich hätte Alemán gerne alleine gegen die FSLN die Wahlen bestritten. Auf Grund US-amerikanischen Drucks musste dann aber die PC - von den Pellas, der reichsten Familie Nicaraguas, protegiert - doch noch zugelassen werden. Damit waren die konservativen Stimmen im Land geteilt. Als sich dann auch noch Pedro Solorzano, populärer Kommunalpolitiker aus Managua, dem durch einen Trick der Paktparteien eine eigene Kandidatur verunmöglicht worden war, zum Präsidenten der PC hatte wählen lassen, war es mit der Mehrheit der antisandinistischen Stimmen für die PLC vorbei.

Auch wenn der Ausgang der Wahlen kaum Interessantes erwarten ließ, so fokussierten sich im Wahlkampf die aktuellen Auseinandersetzungen um die Machtverteilung im Staat. Insbesondere im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im November 2001 werden schon jetzt Startpositionen bezogen. Der FSLN geht es dabei so gut wie schon lange nicht mehr, nach dem Wahlsonntag erscheint sie wie in neuem Licht. In einem genialen Streich ist es Ortega gelungen, den ehemaligen Obersten Rechnungsprüfer Augustín Jarquín und seine Partei Unidad Social Cristiana (USC) zu einer Allianz zu bewegen. Es sei "notwendig, die Hoffnung für das nicaraguanische Volk zurückzubringen", sagte Jarquín kurz nach Bekanntwerden des Bündnisses. Die USC verfügt über exzellente Kontakte zur internationalen Christdemokratie (darunter zu der mexikanischen Regierungspartei PAN, der chilenischen DC von Eduardo Frei und der Regierungspartei von Costa Rica). Augustín Jarquín hatte sich im Amt des Obersten Rechnungsprüfers gute Beziehungen mit den Geberländern und bestes Prestige im eigenen Lande geschaffen - für die FSLN ein Glücksgriff.

Alles scheint offen in diesen Tagen der politischen Krise, die durch die Änderungen der Verfassung und des Wahlgesetzes ausgelöst wurde. "Die Absicht der paktierenden Parteien, die staatlichen Institutionen gemäß ihren eigenen Interessen umzubauen, führte in ihrer Konsequenz zu einer allgemeinen Krise des politischen Systems selbst", so die NGO Red Nicaragüense por la Democracia el Desarrollo Local (Red) in einer Analyse kurz vor den Wahlen. Die Krise des Staates findet sich auf allen Ebenen, der ökonomischen, der politischen, der sozialen.

Gemäß des Berichts der Vereinten Nationen "Lage der Entwicklung der Menschheit" leben in Nicaragua 72,6% aller Haushalte in Armut. Die katastrophale ökonomische Lage wird noch dadurch verschärft, dass das Land seit Jahren fortwährend klimatischen und geologischen Extremen ausgesetzt ist: Die Trockenzeit in diesem Jahr war dramatisch, in vielen Landesteilen verdorrte die Ernte. Als dann die Regenzeit einsetzte, schwemmte der Wirbelsturm Keith die Nachernte weg und zerstörte Häuser und Brücken. Noch immer sind 25.000 Familien, die durch den Hurrican Mitch 1998 obdachlos wurden, ohne Bleibe. Masaya ging im Juli nur knapp an einer Katastrophe vorbei, als ein Erdbeben mit der Stärke 5,9 in nur 6 km Entfernung die Stadt erschütterte. Tausende von Personen blieben obdachlos, etwa 1.500 Gebäude wurden zerstört.

Auf der anderen Seite ist die Entwicklung der nationalen Ökonomie mehr denn je von Entscheidungen abhängig, die außerhalb des Landes gefällt werden. Die ersten sechs Monate des Jahres 2000 - verkündet als Schlüsselzeitraum für die Aufnahme in die Entschuldungsstrategie HIPC - spielten sich ausschließlich vor dem Hintergrund der Fortschritte und Verzögerungen zu diesem Thema ab. Das zentrale Ziel war, den decision point bis Mai zu erreichen. Die Bedingungen allerdings, die die internationalen Finanzinstitutionen auf den Gebieten des transparenten und effizienten Regierungshandelns (good governance) und bei der Erarbeitung eines PRSP (poverty reduction strategy paper) auferlegten, waren der Regierung zu viel. Sie veröffentlichte eine Presseerklärung, in der sie sich gegen die Einmischung in die souveränen Angelegenheiten Nicaraguas verwahrte und gab das Ziel - so freudig noch vor weniger als einem Jahr gefeiert - kurzerhand wieder auf. Die Beziehungen mit den Geberländern sind auf einem Tiefpunkt angelangt. Zwar hat Alemán wieder moderatere Töne angeschlagen, für eine Neuaufnahme der Verhandlung über den decision point gibt es aber zur Zeit noch keinen Termin.

International stehen sich zwei Positionen gegenüber. Auf der einen Seite Weltbank, IWF und die USA, die zwar die Nichterfüllung wichtiger Punkte kritisieren, den raschen Eintritt Nicaraguas in die HIPC aber dennoch befürworten. Auch das PRSP spielt für sie im Grunde nur rhetorisch eine Rolle. Sie befürchten, dass eine weitere Verzögerung Nicaragua ökonomisch, sozial und politisch noch mehr aus dem Gleichgewicht bringen würde, bis hin zu einer Situation, die nicht mehr kontrollierbar wäre. Außerdem läuft das Schuldenmoratorium des Club von Paris aus, das nach Mitch eingeräumt worden war. Ohne Eintritt in die HIPC müsste im nächsten

Jahr der Schuldendienst wieder aufgenommen werden - schlichtweg katastrophal für ein Land, das im Grunde nur noch durch internationale Kredite und die remesas, die Überweisungen der ExilnicaraguanerInnen in USA und Costa Rica, am Leben erhalten wird. (Bis zu 1,5 Mio. von rund 4,6 Mio. NicaraguanerInnen leben im Ausland. Ihre Überweisungen an die Familienangehörigen erreichen jährlich mehr als 700 Mio. US-$.)

Demgegenüber steht die Position der EU-Staaten, die ohne Fortschritte in good governance und Korruptionsbekämpfung keine weiteren Schritte einleiten möchten. Am liebsten würden sie einen Schuldenerlass erst mit dem Amtsantritt einer neuen Regierung - im November 2001 sind Wahlen zur Nationalversammlung - beginnen lassen.

Laut Ulrich Lächler, Vertreter der Weltbank in Nicaragua, ist die Krise des nicaraguanischen Finanzsystems das zentrale Hindernis zum Eintritt in die HIPC-Initiative. Der (kurzzeitige) Bankrott der Interbank, der zweitgrößten Bank des Landes, die mehrheitlich in Händen sandinistischen Kapitals ist, hatte im Spätsommer eine Krise des gesamten Bankensystems eingeläutet. Einerseits stand die Bank durch ungesicherte Kreditvergabe, Veruntreuung und schlechtes Management tatsächlich vor dem Ruin. Andererseits nutzte Alemán diesen Umstand genüsslich aus: Er war es, der die Nachricht öffentlich machte, die Finanzkrise zu einem politischen Skandal zu machen suchte und einen Ansturm der KleinanlegerInnen auf die Kassen der Bank auslöste. Kurz darauf wurde die Bank durch einen Unterstützungskredit der Zentralbank über 60 Mio. US-$ gerettet. Der nächste Bankrott ließ nicht lange auf sich warten: Bancafé, eine weitere Großbank mit einem bedeutenden Anteil kleiner und mittlerer AnlegerInnen, brach Mitte November zusammen. 45.000 kleine SparerInnen und viele lokale NGOs warten seitdem auf die Erfüllung der Zusicherung der Regierung, wenigstens die Auszahlung bis zu einer gewissen Höhe zu garantieren.

"Seit nunmehr zehn Jahren werden die ökonomischen und sozialen Grundrechte der NicaraguanerInnen systematisch verletzt. In den letzten zwei Jahren kommt hierzu ein kalkulierter und direkter Missbrauch der politischen Grundrechte", konstatierte im Herbst die Menschenrechtsorganisation CENIDH. Das politische Szenario ist ernüchternd, die Situation im Land fatal.

Andreas van Baaijen

Informationsbüro Nicaragua

Kommunalwahlen 2000 in Nicaragua

(in Prozent,, die drei wichtigsten Parteien), +, +, +

TABELLENTEXT, BODY MITTE, BODY MITTE, BODY MITTE

Hauptstädte der

Departamentos, PLC, FSLN, PC

Managua, 29,48, 43,73, 25,20

Rivas, 48,28, 39,81, 10,34

Granada, 31,43, 32,57, 33,75

Jinotepe, 49,42, 41,60, 6,91

Masaya, 42,11, 36,67, 14,72

León, 38,54, 55,45, 2,91

Chinandega, 29,82, 38,77, 10,94

Jalapa, 48,01, 50,78, 0,30

Madriz - Somoto, 45,22, 52,69, 0,91

Estelí, 43,09, 54,37, 1,84

Jinotega, 45,16, 47,17, 5,11

Matagalpa, 42,91, 42,77, 11,11

Boaco, 45,76, 28,94, 18,48

Chontales - Juigualpa, 35,32, 38,77, 23,70

Río San Juan - San Carlos, 43,08, 51,41, 2,22

RAAS - Bluefields, 38,50, 44,63, 2,40

RAAN - Prinzapolka, 67,16, 29,85, 0,86

Vorläufiges Endergebnis: Stand 15.12.2000, +, +, +

Creation date: 12-17-2000-

12. Zwischen Drogenkampf, Korruption und Unterordnung. Die Armee und ihre Rolle im neuen Mexiko (Interview mit Carlos Montemayor)

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:42

Wenige Wochen vor dem Amtsantritt des ersten mexikanischen Präsidenten, der nicht aus der über 70 Jahre herrschenden Staatspartei PRI hervorging, entstand das folgende Interview mit Carlos Montemayor. Montemayor ist Historiker, Schriftsteller und Experte in Fragen der mexikanischen Guerillabewegung und der Armee. Über die Rolle der Armee zwischen Drogenbekämpfung und Politik, über die Aufklärung der Beteiligung der Armee und der Präsidialgarde bei der Aufstandsbekämpfung in den 60er und 70er Jahren und über deren Einbindung in den US-amerikanischen Plan Colombia sprach Jutta Klass mit Carlos Montemayor.

Mit der Verhaftung der beiden Generäle Francisco Quirós Hermosillo und Mario Arturo Acosta Ende September rückte die Frage nach der Unterwanderung der mexikanischen Armee durch die heimische und internationale Drogenmafia, bzw. die Verbindungen der Armee mit den Drogenkartellen erneut in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion. Sind die mexikanischen Streitkräfte bereits von den narcos unterwandert?

Carlos Montemayor: Die Frage der Verbindungen zwischen der mexikanischen Armee und den nationalen und internationalen Drogenkartellen ist ein Teilaspekt eines viel komplexeren Problems. In der Vergangenheit konnte die mexikanische Armee im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Armeen eine relative Autonomie gegenüber den USA behaupten. Veränderungen in dieser relativen Autonomie ergaben sich u.a. durch die Entscheidung der USA, den Kampf gegen den Drogenhandel als Teil ihrer nationalen Sicherheit zu definieren. Der Einsatz der Armee bei der Drogenbekämpfung widerspricht eigentlich ihren Aufgaben. Doch dieser Einsatz wurde in den vergangenen Jahren in allen lateinamerikanischen Ländern immer stärker ausgeweitet. Damit verbunden ist die Gefahr einer möglichen Korruption und Unterwanderung. Die einzige Armee, die nicht im eigenen Land zur Drogenbekämpfung eingesetzt wird, ist die US-Armee. Barry McGaffrey, führender US-Drogenbekämpfer, hat wiederholt erklärt, dass der Hauptgrund darin besteht, zu vermeiden, dass die US-Armee erpressbar und korrumpierbar wird.

Es fällt auf, dass bislang fast ausschließlich Mitglieder der mexikanischen Armee, darunter etliche Generäle, wegen Korruption, Drogenhandel bzw. Unterstützung der Drogenkartelle verurteilt wurden, obwohl seit Jahren in zahlreichen Untersuchungen und in der systemkritischen Presse auf die Zusammenarbeit von Politikern, Funktionären, Bankiers, hohen Polizeibeamten etc. mit der Drogenmafia hingewiesen wird. Doch kaum ein Mitglied dieser politischen, ökonomischen und finanziellen Strukturen wurde bisher angeklagt. Warum? Es sieht so aus, als ob es die Strategie der Regierung wäre, sicherzustellen, dass nur Militärs verurteilt werden, die politische Elite jedoch vor Verfolgung geschützt bleibt.

Das Militär ist nicht nur auf Grund der Verstrickungen mit den Drogenkartellen in die Kritik geraten, sondern auch wegen der Rolle bei der Aufstandsbekämpfung in den 60er und 70er Jahren, dem schmutzigen Krieg damals und heute und der gewaltsamen Unterdrückung sozialer Bewegungen. Wird es zu der immer wieder geforderten Untersuchung über die Rolle der Armee bei den Massakern von Tlatelolco und anderen Massakern kommen? Siehst du Chancen für eine Art "Wahrheitsfindungskommission"?

Für eine umfassende Untersuchung über die Rolle der Armee im schmutzigen Krieg der Aufstandsbekämpfung sehe ich derzeit keine Anzeichen. Kein Militär wurde bislang zur Rechenschaft gezogen, obwohl seit über 30 Jahren diese Forderung gestellt wird. Ich glaube nicht, dass für Vicente Fox die Einrichtung einer derartigen Untersuchungskommission Priorität hat. Voraussetzung für die Einrichtung dieser Kommissionen müsste die Erfüllung folgender Bedingungen sein: ein breiter parlamentarischer Konsens, die Unterstützung durch den Präsidenten und durch die Justiz. Solange dies nicht der Fall ist, bleiben diese Untersuchungskommissionen Teil der Forderungen einer relativ kleinen Zahl von Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen.

In einem Beitrag in "La Jornada" zum Thema "68" und dem Massaker von Tlatelolco am 2. Oktober 1968 hast du auf die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen der mexikanischen Armee und der Präsidialgarde (Estado Mayor Presidencial) hingewiesen. Letztere trägt - so deine These - die Hauptverantwortung am

Massaker. Wie und warum konnte die Präsidialgarde diese Macht bekommen? Wie würdest du das Verhältnis zwischen Armee und Präsidialgarde charakterisieren?

Die Armee ist Resultat der mexikanischen Revolution und den daran anschließenden bewaffneten Kämpfen um die Macht. Ich spreche von fast zwei Jahrzehnten: 1910-1929. Mit der Gründung der PNR, der nationalen revolutionären Partei im Jahre 1929, später in PRI umgetauft, wurde ein Mechanismus geschaffen, um die Frage des Machtwechsels zwischen den revolutionären Generälen mit anderen als den bislang vorherrschenden militärischen Mitteln wie Aufständen, Morden, bewaffneten Auseinandersetzungen etc. auszutragen. Die Gründung der PNR war meiner Ansicht nach die erste demokratische Transition (Übergang) in Mexico. Innerhalb dieser Partei wurde seitdem mit politischen Mitteln wie Absprachen, Verhandlungen, Konsensbildung die Frage des Machtwechsels, die Frage des nächsten Präsidenten entschieden. Folge dieser Machtbeschränkung des Militärs war die Stärkung der politischen Rolle des Präsidenten. Mit dem bewussten Ausbau des Präsidialsystems gelang es, die bis dahin fast absolute Macht des Militärs einzuschränken und die Unabhängigkeit des Präsidenten zu gewährleisten. Unter Lázaro Cárdenas (vorletzter Präsident Mexicos, der aus dem Militär kam) erfolgten die entscheidenden Maßnahmen zur Eindämmung der Macht der Generäle durch die Neueinteilung der militärischen Zonen und Regionen.

Warum gab es keinen Aufstand des Militärs gegen seine Entmachtung? Was erhielten sie im Gegenzug?

Es war ein gradueller Übergang, unterstützt durch einen Generationswechsel. Die wichtigsten militärischen Führer der nachrevolutionären Phase brachten sich entweder gegenseitig um oder sie starben eines natürlichen Todes. Die wichtigsten militärischen Figuren der Revolution waren Ende der zwanziger Jahre bereits tot. Die meisten Überlebenden hatten nicht die Intelligenz, den Mut und die Fähigkeit, die ab 1929 getroffenen Entscheidungen in Frage zu stellen. Ziel der Neueinteilung der Militärregionen war es, zu vermeiden, dass eine Gruppe von Generälen Macht über das ganze Land oder größere Teile erlangen könnte.

Es handelte sich sowohl um eine Maßnahme der nationalen als auch der präsidialen Sicherheit. Ergänzt wurden diese Entscheidungen durch die Einrichtung der sogenannten Präsidialgarde, ursprünglich eine kleine Gruppe von Militärs zum Schutz des Präsidenten, die nur ihm unterstanden und nicht in die militärische Struktur des Verteidigungsministeriums integriert waren. Der Ausbau dieser faktischen Spezialeinheit ist ein Indiz für die Widersprüche, Ungleichheiten und Spannungen, die es innerhalb der mexikanischen Armee in den letzten fünf Jahrzehnten gab. Es handelt sich bei der Präsidialgarde jedoch nicht um eine Armee innerhalb der Armee, sondern um eine militärische Kraft am Rande der Armee.

Ende der 40er Jahre war das Militär aufgrund der politischen, ökonomischen und demographischen Entwicklung überzeugt, dass das Zeitalter der bewaffneten Revolution zu Ende war und die Epoche der institutionellen und zivilen Revolutionäre begonnen hatte. Dieser Prozess bildet die zweite Transformation und Transition: die friedliche Übergabe der politischen Macht an Nicht-Militärs. Mexico ist das einzige Land auf dem Kontinent, das zu dieser Transition fähig war. Heute erleben wir eine dritte Transition: den Machtwechsel zwischen politischen Parteien. Und parallel zur Machtübernahme durch zivile Präsidenten erhielt die Präsidialgarde eine zunehmende, aber für das Land gefährliche Bedeutung.

Welche Beweise gibt es, dass der "Estado Mayor Presidencial" für das Massaker 1968 in Tlatelolco verantwortlich war?

Die einzigen Beweise sind die, die ich detailliert in meinem Buch Rehacer la Historia aufführe und analysiere. Es sind u.a. die Erklärungen des damaligen Verteidigungsministers, die Aussagen der Militäreinheiten, die am 2. Oktober im Einsatz waren, die freigegebenen Dokumente der militärischen Nachrichtendienste der USA und filmisches Material. Ich denke, es handelt sich um eine sehr genaue und minutiöse Analyse. Es gibt eine weitere Untersuchung und Analyse, die vom Team des TV-Kanals 2. Juli vorgenommen wurde und die die Grundlage bildete für den Film Operation Galeana, der vor kurzem Premiere hatte. Dies sind die einzigen Untersuchungen der neuen Dokumente und Quellen.

Welche Rolle spielt das Militär heute, bzw. wird es wahrscheinlich unter Fox spielen? Welche Bedeutung haben die Gerüchte über interne Widersprüche und Auseinandersetzungen?

Die Zukunft der Armee in der aktuellen Übergangsphase ist nicht sehr erfreulich und zwar aus drei Gründen: Erstens: Die aktuelle Transition begann nicht am 2. Juli (dem Tag der Präsidentschaftswahl), sondern bereits

im Juli 1982, als mit der Wahl von Miguel de la Madrid zum Präsidenten die Wirtschaftspolitik Mexicos radikal verändert wurde. Der Inhalt der damals eingeleiteten wirtschaftspolitischen Veränderungen widersprach vollkommen den seit 1929 formulierten Zielen mexikanischer Politik. Carlos Salinas und später Ernesto Zedillo setzten diese veränderte Wirtschafts- und Sozialpolitik fort. Der Sieg von Vicente Fox garantiert deren Fortsetzung. Kurz: Der politische (und ökonomische) Machtwechsel hatte bereits vor Fox begonnen.

Zweitens: Das Konzept und Projekt der nationalen Sicherheit der USA fordert die Unterordnung der mexikanischen Streitkräfte unter die Ziele und politischen Entscheidungen der USA. Durch die Ausbildung mexikanischer Militärs in den USA, die 1982 begann, gibt es heute einen wachsenden Einfluss der USA auf die mexikanische Armee. Und der gewählte Präsident Vicente Fox zeigt eine große Fähigkeit, Mexico dazu zu zwingen, sich den USA auf allen wirtschaftlichen und politischen Gebieten unterzuordnen. Zu erwarten ist, dass er Mexico nicht nur eine Art FBI aufzwingen wird, sondern auch dazu beitragen wird, die Strukturen der mexikanischen Armee, die bislang eine relative Autonomie gegenüber den USA ermöglicht haben, aufzulösen, bzw. so zu verändern, dass die Unterordnung unter die Programme der USA erleichtert wird. Unter Vicente Fox besteht also die Gefahr, dass die mexikanische Armee zu einer fast vollständigen Abhängigkeit von den Konzepten der nationalen Sicherheit der USA gezwungen wird.

Drittens: Dass die Armee durch den Kampf gegen den Drogenhandel in den Verdacht der Korruption gerät und Militärs auch verurteilt werden, während die politischen und finanziellen Eliten Straffreiheit genießen, habe ich schon gesagt. Deshalb spreche ich von einer systematischen Politik des seit 1982 dominierenden Systems gegen das mexikanische Militär mit dem Ziel, die relative Autonomie zu zerstören und die Unterordnung und Abhängigkeit von den USA zu erreichen.

Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der "Plan Colombia" für Mexico?

Der "Plan Colombia" ist der Ausgangspunkt des großen US-Projektes der kontinentalen Sicherheit. Kurz- und mittelfristiges militärisches Ziel der USA ist die Umwandlung der lateinamerikanischen Streitkräfte in "Komplementärkräfte", d.h. die Aufgabe ihrer autonomen Rolle als nationale Streitkräfte. Faktisch bedeutet dies die Übernahme von Funktionen einer spezialisierten Polizeieinheit. Das langfristige Ziel ist dabei, die US-Armee zur einzigen auf dem amerikanischen Kontinent bestehenden militärischen Streitmacht auszubauen. Dies ist das militärische Sicherheitskonzept der US-amerikanischen Modernität mit den bereits beschriebenen Folgen für die mexikanischen Streitkräfte. Für mich: keine erfreulichen Aussichten.

"Die einzige Armee, die nicht im eigenen Land zur Drogenbekämpfung eingesetzt wird,

ist die US-Armee."

"Unter Vicente Fox besteht also die Gefahr, dass die mexikanische Armee zu einer fast vollständigen Abhängigkeit von den Konzepten der nationalen Sicherheit der USA gezwungen wird."

13. Absurde Vorwürfe gegen Streikaktivisten (Interview mit Ricardo Martinez, UNAM)

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:41

Zehn Monate hielt die Besetzung der Nationalen Universität von Mexiko-Stadt (UNAM) an. Auch fast ein Jahr nach der Räumung im Februar 2000 sind die Forderungen der Studierenden (keine Erhöhung der Studiengebühren, keine Privatisierung der Hochschulen, Rücknahme der Zulassungsbeschränkungen) immer noch nicht erfüllt. Stattdessen plant der Rektor der Uni, Ramòn de la Fuerte, im März einen Kongress, auf dem über den weiteren Weg der UNAM diskutiert werden soll. Offenheit soll so signalisiert werden. Die Repression gegen Aktivisten des Streiks geht allerdings unvermindert weiter. Ricardo Martinez war während des Streiks im zentralen Streikrat (CGH) aktiv. Im Mai/Juni 2000 war er, zusammen mit Julia Escalante, in mehreren deutschen Städten und berichtete über die Streikerfahrungen (siehe ak 439). Wir sprachen in Mexiko D.F. mit Ricardo Martinez, der sich absurden Vorwürfen

ausgesetzt sieht.

ak: Erzähl uns bitte was zu den jüngsten Fällen von Repression an der UNAM.

Ricardo: Mit der polizeilichen Besetzung der Uni im Februar 2000 haben die Behörden dieses Landes mit dem Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien angefangen. Unseren damals verhafteten GenossInnen wurden verschiedene Delikte angehängt, wie Aufruhr, Diebstahl etc. Für uns war klar, dass hier der Widerspruch, die Dissidenz, kriminalisiert wird. Noch heute müssen sich einige GenossInnen mit den Anklagen von damals rumstreiten. Jetzt ist die Kriminalisierung der anders Denkenden aber in eine andere Phase eingetreten. Dies betrifft konkret einen Genossen aus der Fakultät für Sozialarbeit und mich. Ich bin angeklagt, am 25. Oktober diesen Jahres in der Universität einen Wachmann der UNAM verletzt zu haben.

Dieser Vorwurf ist absolut falsch. Obwohl diese Universität immer über sehr gute Kontakte verfügt, wenn sie etwas veröffentlichen will, findet sich in der Tagespresse nichts über den Vorfall. Zu meiner großen Verwunderung erhielt ich am 10. November 2000 einen Anhörungsbescheid, in dem ich der genannten Vergehen gegenüber dem Wachmann Francisco Bernardo Sánchez beschuldigt werde. M. E. ist dies eine konstruierte Anklage, für die es keine Rechtsgrundlage gibt und die im Rahmen der weiterhin vorhandenen Konflikte an dieser Uni gesehen werden muss.

ak: Aber eigentlich ist es fast schon witzig, da die Anklage gegen dich doch jeglicher Grundlage entbehrt?

Alles, was gegen mich vorgebracht wird, ist absolut erfunden, da ich zu der Zeit des angeblichen Geschehens Unterricht hatte. Aber das ist auf die als "Null-Toleranz"-Politik zu bezeichnende Haltung zurückzuführen. Anstatt anzuerkennen, dass sich diese Uni gerade durch unterschiedliche Meinungen, durch Kritik, unterschiedliches Wissen und verschiedene Ideen auszeichnet, werden diese Prinzipien durch das repressive Vorgehen rigoros geleugnet. Zweitens muss darauf hingewiesen werden, dass hier das "Gesetz" zur Kriminalisierung von Oppositionellen instrumentalisiert wird, dass im Übrigen auch in der restlichen Gesellschaft angewandt wird.

ak: Du sprachst von weiteren Fällen?

Während der Bewegung wurden in den Medien viele Leute als "Führung" hingestellt, obwohl bekannt ist, dass dieses eine horizontale und demokratische Bewegung mit kollektiven Strukturen war, in der es keine "Führung" gab. Dennoch beharrten die Medien auf der Existenz dieser "Führungsstruktur" und die so Bezeichneten bekommen die Auswirkungen davon bis heute zu spüren. Der bereits erwähnte Genosse der Fakultät für Sozialarbeit wurde von einem universitätsinternen Gremium für drei Monate von der Uni relegiert. In meinem Fall handelt es sich um eine von außen kommende Repression, veranlasst von der Staatsanwaltschaft. Die Unileitung hat jedoch nicht ausgeschlossen, das Ergebnis der Anklage in der Zukunft gegen mich zu verwenden.

ak: Die Unileitung scheint derzeit für März 2001 die Durchführung eines Unikongresses vorzubereiten. Siehst du hier einen Zusammenhang?

Es ist natürlich klar, dass die Unileitung in der gegenwärtig sehr sensiblen Situation der Uni versucht, die Öffentlichkeit für ihre nicht gerade demokratischen Belange einzunehmen. Die Repression, der einige von uns derzeit ausgesetzt sind, können wir gar nicht anders als in diesem Rahmen betrachten. Ich denke, sie versuchen gerade all denen Zangen anzulegen, die an der Bewegung teilgenommen haben. Dabei nutzen sie die Tatsache aus, dass sich die Bewegung gerade in einem Tal befindet, schwächer geworden ist. Sie schlagen an verschiedenen Stellen gegen die unterschiedlichen Flügel des ehemaligen CGH zu. Aber es sind dennoch allgemein gegen die Bewegung gerichtete Schläge. Ich denke, dass versucht wird, uns sowohl mit Zwangsmitteln, als auch mit Kooperationsmitteln uns unter Druck zu setzen und uns von der Durchsetzung unserer Forderungen abzuhalten.

ak: Was unternehmt ihr als CGH oder Gruppe hier an der Fakultät gegen die Entwicklung?

Ich denke, das muss von der studentischen Gemeinschaft im Vorlauf dieses Kongresses diskutiert und entschieden werden. Aber im Prinzip sollte natürlich ein großes Bündnis mit den BeschäftigtInnen der UNAM, den ProfessorInnen, mit Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsorganisationen geknüpft werden, um diese Repressionsversuche zu verhindern. Zweitens denke ich, dass es wichtig ist, jeglichen Repressionsversuch gegen irgendeineN StudentIn der Uni scharf zurückzuweisen und entsprechende Handlungsweisen zu entwickeln. Drittens ist es wichtig, sich an die Erfahrungen der vergangenen StudentInnenbewegung zu erinnern und zu sehen, dass es trotz der Repression möglich war, sich zu koordinieren und zu vereinheitlichen und die Repression abzuwehren.

ak: Vielen Dank für das Gespräch, Ricardo.

Danke und viele Grüße an die deutschen UnterstützerInnen.

Höflich formulierte Solidaritätsbriefe gegen die Kriminalisierung der StudentInnen in Englisch oder Spanisch können geschickt werden an:

Centro de Derechos Humanos Pro Juárez Fax: 00-52-55356892,

e-mail: prodh@sj.social.org,

www.sjsocial.org\PRODH

oder an die "Unabhängigen StudentInnen der Fakultät für Politische und Sozialwissenschaften der UNAM"

e-mail: janikamarela@hotmail.com,

covoz@servidor.unam.mx

14. Kim Dae Jung als Peacebroker? Südkoreas Präsident erhielt den diesjährigen Friedensnobelpreis

Südkoreas Präsident erhielt den diesjährigen Friedensnobelpreis - sein Kollege ging leer aus

Autor: Reiner Werning · Rubrik: Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:10

Als Kim Dae Jung am 25. Februar 1998 ins Blaue Haus, das Präsidentenpalais in Seoul, einzog, erfüllte sich für ihn ein lang gehegter Traum. Sämtliche Tiefen und Höhen hat dieser Mann durchlebt. Vor politischen Windungen und Wendungen schreckte er nicht zurück, sofern diese seinen Ehrgeiz stillten. Der 74-jährige hat es zu etwas gebracht: Bauernsohn, Underdog aus der von traditionellen Ostküsten-Politikern abschätzig behandelten Provinz Süd-Cholla im Südwesten des Landes, Parlamentsabgeordneter, streitbarer Demokrat, von der Militärjunta geächteter und zum Tode verurteilter Oppositioneller, langjähriger politischer Häftling, mehrfach gescheiterter Präsidentschaftskandidat, Elder Statesman, knapper Sieger der Präsidentschaftswahl vom 18. Dezember 1997 und Friedensnobelpreisträger 2000.

In der Nähe der südlichen Hafenstadt Mokpo ist Kim Dae Jung unter ärmlichen Bedingungen aufgewachsen. Mit der Heirat einer Tochter aus gutem Hause gelangte er zu Geld und avancierte zum Zeitungsverleger und Chefredakteur, dessen Leitartikel glühende Pro-Demokratie-Funken sprühten. 1961 glückte ihm der Sprung in die Nationalversammlung. Doch als der junge Abgeordnete nach feucht-fröhlichem Zechgelage in der Hauptstadt seinen Parlamentssitz einnehmen wollte, musste er feststellen, dass sich bereits kurz zuvor der Fallschirmjägergeneral Park Chung Hee an die Macht geputscht hatte.

18 lange Jahre hielt sich die Militärjunta an der Macht. Als Kim 1971 für das Präsidentenamt kandidierte, entging er nur knapp einem Attentat. Park Chung Hees Schergen verschleppten den mittlerweile landesweit bekanntesten Oppositionspolitiker aus einem Hotel in Tokio. Nur die Intervention Washingtons bewahrte Kim Dae Jung damals vor der Todesstrafe, die statt dessen in eine lange Haftstrafe umgewandelt wurde.

Als im Mai 1980 ein Aufstand gegen die Militärdiktatur in der südwestlich gelegenen Stadt Kwangju vom Militär blutig unterdrückt wurde - offizielle Stellen sprechen von 200, oppositionelle Stimmen von 2.000 Toten -, galt Kim Dae Jung als Rädelsführer. Auch diesmal bewahrten ihn US-amerikanische Politiker vor dem Tod. Insgesamt verbrachte Kim 14 Jahre im Gefängnis und unter Hausarrest.

Für die zwischenzeitlich erstarkte außerparlamentarische Widerstandsbewegung war er zur Galionsfigur geworden. Als solche sah er sich, auf dem Höhepunkt der Demokratiebewegung 1987, legitimiert, seinen Anspruch auf das höchste Staatsamt anzumelden. Der Schönheitsfehler: Sein Rivale und Amtsvorgänger Kim Young Sam (1993-98) trat ebenfalls an. Lachender Dritter war damals ausgerechnet der Ex-General Roh Tae Woo (Amtszeit von 1988-93), der in Kwangju an der Wiederherstellung von "Ruhe und Ordnung" beteiligt war.

Nachdem Kim Young Sam 1993 als zwischenzeitlich politisch kooptierter Protegé des Ex-Generals Roh Tae Woo ins Blaue Haus eingezogen war, verabschiedete sich Kim Dae Jung schmollend von der "offiziellen" Politik. Doch bereits im Sommer 1994 antwortete er auf die Frage, ob er nicht wieder in die Arena der "großen" Politik zurückzukehren wolle: "Nur wenn sich die Politik des Präsidenten (Kim Young Sams; R.W.) als schlecht erweist." Es war lediglich eine Frage der Zeit, sein politisches Comeback vorzubereiten.

Zwischenzeitlich hatte er das Geschäft politischen Taktierens und Lavierens meisterhaft erlernt. Von den Militärdiktatoren - zu Unrecht - als kommunistenfreundlich und unwägbarer Geselle gescholten, nutzte er skrupellos deren Erbe, um seine eigenen Ambitionen zu verfolgen. Er übernahm nicht nur den Vorsitz einer Organisation zum Gedenken Park Chung Hees, sondern verbündete sich mit dem südkoreanischen Fossil des Kalten Krieges par excellence, Kim Jong Pil. Dieser hat nicht nur während der Militärdiktatur den Herrschenden als Korsettstange gedient. Auch den wegen Menschenrechtsverletzungen im In- wie Ausland heftig attackierten KCIA - dem koreanischen CIA und Vorläufer der jetzigen Agency for National Security Planning (ANSP) - hatte er aus der Taufe gehoben. Ausgerechnet dieser Kim Jong Pil hat denn auch Kim Dae Jung im Dezember 1997 aus dem konservativen, rechten Lager die für dessen knappen Sieg (40,27 gegenüber 38,74 Prozent für den unterlegenen Regierungskandidaten Lee Hoi Chang) entscheidenden Stimmen zugeführt.

Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember dürfte Kim Dae Jung endlich zu sich selbst und für andere zur Ruhe gekommen sein. Mag seine "Sonnenschein-Politik" gegenüber dem Norden ihm außenpolitisch Anerkennung beschert haben, innenpolitisch ist und bleibt er umstritten. Vor allem in der Arbeiterschaft der einst mächtigen chaebol, den staatlich protegierten Wirtschafts- und Finanzkonglomeraten, und unter den Anhängern der jungen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist der Präsident auf Grund seiner Bewunderung für Deregulierung und Globalisierung Zielscheibe der Kritik geworden. Dabei scheute er sich nicht, ebenso wie seine Vorgänger auch, gegen streikende ArbeiterInnen Polizei aufmarschieren und knüppeln zu lassen.

Verwunderlich ist, dass das Osloer Komitee entgegen seiner Gewohnheit, beide Parteien im Prozess einer Friedens- oder Entspannungspolitik zu würdigen und auszuzeichnen, wie beispielsweise in den Fällen Vietnam/USA, Israel/Palästina, Nordirland und Südafrika, ausgerechnet im Jahr 2000 von dieser Praxis abwich. Auch auf der koreanischen Halbinsel hat die Entspannung und Annäherung zwei Väter. Gastgeber des ersten gemeinsamen, historischen Gipfels in Pjöngjang Mitte Juni war Kims nordkoreanischer Kollege Kim Jong Il. Und der ging, da noch nicht zum Realkapitalismus konvertiert, jetzt leer aus.

Rainer Werning

15. "Revolution" in Serbien. Das Schwierigste ist vorbei, das Schlimmste kommt noch

Autor: Dragomir Olujic Oluja · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:43

Dragomir Olujic Oluja, der in Belgrad lebt, gibt eine Einschätzung zu den jüngsten Entwicklungen in Serbien. Als "Dissident" und konsequenter linker Antinationalist verbrachte er in den letzten 30 Jahren immer wieder einige Monate im Gefängnis. Er hat diesen Text, der von ak gekürzt und überarbeitet wurde, bereits am 10. Oktober geschrieben.

Die neuere Geschichte Serbiens, also die Zeit seit 1987, als Slobodan Milosevic die Macht übernommen hat, wird in zwei Perioden eingeteilt werden: die Zeit vor und nach dem 5. Oktober 2000, dem Tag der Erstürmung des Parlaments.

Die große Bedeutung des "D-Day", um eine Formulierung von General Nebojsa Pavkovic (1) aufzugreifen, steht außer Frage. Am 5. Oktober wollten die Bürger Serbiens mit öffentlichen Aktionen das verteidigen, was sie bereits in den geheimen Präsidentschaft- und Parlamentswahlen Jugoslawiens sowie in den Provinzwahlen in Vojvodina und den Kommunalwahlen in Serbien am 24. September entschieden hatten. Obwohl der Sturz Milosevics so lange herbeigesehnt wurde, überraschte der Kollaps nun sowohl die Bevölkerung Serbiens als auch die ganze Welt.

In Belgrad war die Absetzung Milosevics ziemlich leicht, eine Aufgabe, die in ein paar Stunden erledigt war. Die Mehrheit jubelte, eine nicht zu vernachlässigende Minderheit war jedoch enttäuscht. Die Verankerung Milosevics und seiner Politik in der serbischen Gesellschaft ist aber noch immer stärker als es den Anschein hat. Sonst wäre es für ihn unmöglich gewesen, so lange zu regieren. Auch die "Opposition" unterstützte ihn, offen oder verdeckt: erstens Vojislav Seselj (2), zweitens Vuc Draskovic (3), drittens Zoran Djindjic (4). Die einzige "Oppositions"-Persönlichkeit mit einer Distanz zu Milosevic, obwohl er dessen Nationalismus ohne Abstriche teilte, war Vojislav Kostunica.

Wahn der nationalen Mythen

Ein großer Teil der Verantwortung für Milosevics lange Machtausübung trägt auch die internationale Gemeinschaft. Diese hatte noch bis kurz vor dem Krieg das eine gesagt und das andere getan. Verbale Verurteilung ging Hand in Hand mit praktischer Unterstützung für Milosevic. Das war weder ein Unfall noch eine Unbeholfenheit oder Verwirrung der internationalen Gemeinschaft. Es handelte sich dabei um überlegte Politik.

Milosevic liegt mit seiner Einschätzung richtig, dass er auch nach Kostunicas Machtübernahme noch viel zu sagen hat. (5) Die Behörden der serbischen Republik stehen zum Teil noch unter seiner Kontrolle, und in Jugoslawien zählt der Einfluss auf die Verwaltung in den Republiken mehr als der auf die föderalen Institutionen. Ein bedeutender Teil der Armee und der Polizei bleibt Milosevic loyal verbunden. Auch das Management-Establishment der Großbetriebe unterstützt ihn noch immer. Zudem verfügt Milosevic über eine gut organisierte Partei. Zur Zeit ist er zwar in der Defensive, aber bald wird er seinen Einfluss in der neuen Situation festigen können.

Um es einfacher auszudrücken: Milosevic hat den "friedlichen" Weg gewählt, weil ihm nichts anderes übrig blieb. Er hält sich die Rückkehr in die serbische Politik offen. Das kann sehr schnell gehen kann. Er wird sich wieder zurückmelden, wenn es Kostunica und der Demokratischen Opposition Serbiens DOS (6) nicht gelingen wird, in der ersten Welle der "nationalen Revolution" die alten Machtstrukturen zu zerschlagen. Das wird trotz der Ereignisse des 5. Oktober nicht einfach sein.

Die Oppositionsallianz war eigentlich nie eine echte Opposition. Sie hat niemals Milosevics Ziele - vor allem die nationalistischen und militärischen, insbesondere in Kosova - abgelehnt. Es handelte sich um eine Opposition, die stets versuchte, die Bevölkerung in der Art des olympischen Wettstreits davon zu überzeugen, dass sie mit ihr "höher, schneller, weiter" geführt werden könnte als unter Milosevic. In allen jugoslawischen Kriegen stand diese serbische Opposition, mit einigen ehrenwerten Ausnahmen, auf der Seite Milosevics. Der einzige

Unterschied zwischen ihnen und ihm bestand darin, dass er selbst die nationale und kriegerische Politik führte und sie eben nicht.

Die Bürger, gefangen im Wahn der nationalen Mythologie, hatten keine echte Wahl. Die sogenannte Opposition verfügte über kein unabhängiges Programm. Ihre Beteiligung an allen Wahlen war der einzige Weg für sie, sich als Opposition zu legitimieren. Jetzt haben die Wähler große Hoffnungen, dass DOS einen radikalen Wechsel bringt, aber sie kann nur innerhalb des alten Paradigmas handeln. Jetzt müssten wir beispielsweise an der Wiederbelebung der Arbeiterselbstverwaltung arbeiten; aber statt dessen werden wir von nationalistischen und neoliberalen Parteien regiert.

Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis dieser Opposition wie auch des Verhaltens der Bürger. Die Demonstrationen im Winter 1996-97 (7) und die aktuellen Proteste, als zwei hervorstechende Beispiele, sind nicht das Resultat der harten Arbeit dieser Opposition, sondern ein Ausdruck der katastrophalen Zustände in Serbien und der spontanen Reaktion der wütenden Bürger.

In den ersten Tagen nach der Wahl hörten wir lautstarke Siegeshymnen. Niemand war sich sicher gewesen, dass DOS gewinnen würde, vor allem in einer so spektakulären Weise. Alle waren verwirrt und wussten nicht, was sie tun sollten.

Am 5. Oktober gab es keinen entscheidenden Wechsel und schon gar keine revolutionären Veränderungen. Die Bezeichnung "Revolution" wird jetzt benutzt, um die Unfähigkeit der neuen Machthaber zu überdecken. Es geht dabei auch darum, ihre schwache Position in der gesamten Machtstruktur auf lokaler und regionaler Ebene zu maskieren.

Die größten Opfer des alten, aber nicht wirklich verschwundenen Regimes waren die jungen Menschen und die Arbeiterklasse. Sie haben am meisten zum Sieg der Opposition beigetragen. Wie in Kroatien und Slowenien trugen junge Leute die schwerste Last der Vorwahlkampagne zur Mobilisierung der Wähler. Sie sammelten sich in der Bewegung "Otpor" ("Widerstand") (8) sowie in verschiedenen Nichtregierungsorganisationen und Rockbands.

"Otpor" ist eine weitere große Illusion in der politischen Szene Serbiens. "Otpor"-Mitglieder vertreten ebenfalls die nationalistische "serbische Geschichte". "Otpor" bedrohte Milosevic nicht deshalb, weil sie eine Alternative zu ihm ist, sondern weil sie als eine politische Kraft in der Lage war, eine eigene Nationalismusvariante anzubieten. Genau das war es, was der Rest der Opposition nicht vermochte. Obwohl sie von dem alten Regime verfolgt werden, stehen "Otpor"-Aktivisten für die Kontinuität des "alten" Serbiens.

Gute Perspektiven in Sicht?

Die Unabhängigen Gewerkschaften opferten die Interessen ihrer Mitglieder und der Arbeiterklasse als sozial, ökonomisch und politisch unterdrückter Gruppe. Sie traten DOS bei, in deren Programm man kein einziges Wort über die Probleme der Arbeiterklasse findet. Auch die nationalistische "Assoziation Freier und Unabhängiger Gewerkschaften" (ASNS) ist Mitglied bei DOS.

Auch die Gewerkschaft "Nezavisnost" ("Unabhängigkeit") führte eine Kampagne für Kostunica und DOS. Es würde mich nicht wundern, wenn "Nezavisnosts" Präsident, Branislav Canak, Minister für Arbeit und Soziales in der neuen Regierung werden würde. Sowohl ASNS als auch "Nezavisnost", die sich immer wieder im Konflikt miteinander befinden, waren daran beteiligt, den Generalstreik zu organisieren.

In Belgrad gibt es folglich eine Kombination des tschechischen und des rumänischen Modells des "Wechsels". Der Sieg der "nationalen Revolution" in Serbien wurde von unten erkämpft, ähnlich wie in Prag und Timisoara. Eine Zeit lang werden Prag und Timisoara in Belgrad überwintern. Fraglich ist, wo der Samen hinfallen wird. Es ist jedenfalls ein fruchtbares Land für verschiedene politische Ideen.

Dabei haben die DOS und Kostunica einige Vorteile. Der erste Mann der DOS ist ohne Zweifel Djindjic. Alle anderen, auch Kostunica selbst, sind seine Marionetten. Djindjic ist bereit, noch mehr Kompromisse einzugehen als er es ohnehin schon tut. Nicht zuletzt wegen seiner Ausbildung in Deutschland (9) weiß er sich richtig zu vermarkten und kann seine verschiedenen Masken verkaufen. Er ist ein geschickterer Broker als Milosevic, und niemand innerhalb von DOS hat eine Chance gegen ihn.

Die "Gruppe 17 Plus" ist sozusagen der Think Tank der DOS. Sie besteht aus neo-liberalen und neo-keynesianischen Wirtschaftswissenschaftlern, die in der Lage sind, die ökonomischen Verhältnisse in Serbien zu analysieren. Aber sie verstehen wenig von den Ursachen. Ihre "Lösungen" halten lediglich Allgemeinplätze bereit, zum Beispiel, dass "mehr Investitionen" notwendig seien. Der politische Ehrgeiz der "Gruppe 17 Plus", vor allem ihres Direktors, Mladjen Dinkic, ist größer als ihre Fähigkeiten.

Die neue Regierung versucht, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Denn für jede neue Autorität ist das Gefährlichste die Selbstorganisation der Bürger. Hier liegt Zündstoff für Konflikte. Auch der "kosovarische Knoten" bleibt ungelöst. Die Politik der Ex-Opposition gegen Kosova war dieselbe wie die von Milosevic. Auch jetzt noch, mit wenigen Ausnahmen, wird jeder Oppositionsaktivist sagen: Serbien den Serben. Kostunica setzt Milosevics Interpretation der "serbischen Geschichte" fort. Das stimmt nicht gerade optimistisch. Auch die Beziehung zwischen Serbien und Montenegro bleibt gespannt.

Die internationale Gemeinschaft ist nicht hier, um sich für unsere Interessen oder Hoffnungen einzusetzen. Sie ist hier, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Interessen des Weltkapitals zu wahren. Kostunica und die an die Macht gelangte ehemalige Opposition sind dabei kleine Zahnrädchen. Mit der mageren internationalen Finanzhilfe, welche jetzt zu erwarten ist, können zwar ein paar Löcher gestopft werden, das ist alles. Wenn sich die Hoffnungen aber in Luft auflösen, die Realität zu Tage tritt und die sozialen Probleme ungelöst bleiben, was dann?

Dragomir Olujic Oluja

Anmerkungen:

1) Letzter Stabschef der Jugoslawischen Armee (JNA) unter Milosevic, der auch von der neuen Kostunica-Regierung getragen wird.

2) Führer der Serbischen Radikalen Partei (SRS), einer chauvinistisch-rechtsextremen Partei, welche sich in der Koalitionsregierung Serbiens mit Milosevics Sozialistischer Partei (SPS) und Mira Markovics Jugoslawischer Vereinigter Linken (JUL) befand.

3) Chef der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO), einer royalistisch-nationalen Organisation, welche jahrelang die stärkste Oppositionskraft bildete. Während des NATO-Krieges trat Draskovic der Milosevic-Regierung bei.

4) Chef der Demokratischen Partei (DS), der neoliberal ausgerichteten zweitgrößten Ex-Oppositionspartei.

5) Milosevic ließ sich im November wieder zum Chef der SPS wählen und kandidiert für das Parlament bei den Wahlen am 23.12.2000.

6) Parteienbündnis der Opposition, das Kostunica unterstützt.

7) Wochenlange Massenproteste gegen einen Wahlbetrug bei Kommunalwahlen.

8) "Otpor" spielte bei den Mobilisierungen gegen Milosevic eine entscheidende Rolle. "Optor" verfügt über eine Netzwerkstruktur und mehrere tausend jugendliche AktivistInnen. Ihr Symbol ist eine Faust.

9) Djindjic, der 1952 in Bosnien geboren wurde, studierte in Belgrad Philosophie. Nach seiner Graduierung 1974 gründete er eine oppositionelle Studierendenorganisation und wurde inhaftiert. Der damalige SPD-Bundeskanzler, Willy Brandt, intervenierte persönlich bei Tito für seine Freilassung. Ab 1977 arbeitete Djindjic als Assistent von Jürgen Habermas an der Universität Konstanz. Dort promovierte er 1979. Bis 1990 arbeitete er an verschiedenen Universitäten und als Geschäftsmann in Deutschland.

16. Geschichtspolitik als Wahlkampfthema. Der italienische Historikerstreit geht weiter - auch um die faschistische Gefahr

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:03

Während hier zu Lande um Begriff und Inhalt einer ominösen "deutschen Leitkultur" gestritten wird, ist in Italien die geschichtspolitische Debatte um den Faschismus neu entbrannt - Wahlkampf ist auch Kulturkampf.

Ausgelöst wurde die aktuelle Debatte von den Neofaschisten der Alleanza Nazionale (AN). Ihr wortgewaltiger Anführer ist Francesco Storace, der im Mai zum Präsidenten der Region Latium gewählt wurde. Auf Initiative des 41-jährigen AN-Spitzenpolitikers beschloss das Regionalparlament Mitte November die Einrichtung einer Kommission, die angeblich "marxistisch orientierte" Schulbücher, insbesondere für das Fach Geschichte, ausfindig machen und durch neue, "ausgewogenere" ersetzen soll. Dass es dabei vor allem um die Rehabilitierung des Faschismus geht, ist offensichtlich. Giampaolo Pansa, der Star-Kolumnist des Wochenmagazins L'Espresso, hat nicht Unrecht, wenn er der Provokation eine positive Seite abgewinnt: "Auf diese Weise ist der Vorhang über der Fassade der Partei Gianfranco Finis gefallen: Es sind immer noch die selben, die von AN: Sie waren Faschisten, und sie bleiben Faschisten." Daran habe auch der angebliche Wende-Parteitag von Fiuggi im Januar 1995 nichts geändert. Damals hatte sich die neofaschistische Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) in Alleanza Nazionale umbenannt; ihr ultrarechter Rand um den des Terrorismus verdächtigen Pino Rauti spaltete sich ab und gründete seine eigene Partei Fiamma Tricolore.

Auch in den nördlichen Regionen Piemont, Lombardei und Venetien sowie auf Sardinien und Sizilien versuchen die Neofaschisten, missliebige Schulbücher auf den Index zu setzen. Dabei handelt es sich keineswegs um isolierte Machenschaften ultra-reaktionärer Hardliner: Auch die beiden starken Männer des Rechtsblocks, Silvio Berlusconi (Forza Italia) und Gianfranco Fini (AN), äußerten anfangs Sympathie für Storaces Vorstoß. Erst nach heftigen Gegenreaktionen der demokratischen Öffentlichkeit gingen sie auf Distanz. Storace seinerseits will keinen Zentimeter weichen, notfalls zurücktreten - und für den erheblich prestigeträchtigeren Posten des Bürgermeisters von Rom kandidieren. Das ist allem Anschein nach mit Parteichef Fini abgesprochen, der zwar am liebsten als Biedermann auftritt, aber auch weiß, was er an Draufgängern wie Storace hat. Letzteres gilt auch für Berlusconi, der Storace 1994 zum Oberaufseher über das staatliche Fernsehen bestellt hatte. In diesem Amt verdiente sich Storace umgehend den Namen Epurator, der Säuberer, getreu seinem Grundsatz: "Der Faustschlag unterstreicht die Idee."

Kampf um die kulturelle Hegemonie

Mit Recht weist Storace darauf hin, dass er in der Sache keineswegs isoliert ist, denn nicht nur Alleanza Nazionale, sondern auch Spitzenpolitiker aus dem christdemokratischen Lager (darunter Ex-Staatspräsident Cossiga sowie die Parteivorsitzenden Buttiglione und Mastella) versuchen seit längerem, Einfluss auf die Auswahl der Lernmittel zu nehmen. Das Zentralorgan des Vatikans, L'Osservatore Romano, wies den Zensurvorwurf pauschal zurück und geißelte stattdessen die Linken: Diese würden wieder einmal jede abweichende Meinung als faschistisch denunzieren. Insgesamt geht es den Rechten darum, die angebliche kulturelle Hegemonie der Linken zu brechen. Dass es sich dabei weitgehend um ein Fantasieprodukt handelt, hat Umberto Eco in einem längeren Artikel für die römische Tageszeitung La Repubblica klar gestellt. Nicht der Marxismus, sondern vielmehr eine breite laizistische Strömung, in der Kommunisten und Sozialisten nur ein Teil waren, prägte jahrzehntelang die politische Kultur des Landes. Die besonderen Anstrengungen der Linken auf kulturellem Gebiet waren nur Versuche, der ideologischen Übermacht der katholischen Kirche und ihres weltlichen Arms, der Democrazia Cristiana, eine fortschrittliche Alternative entgegenzusetzen. Das war vor allem deshalb erfolgreich, weil die kulturellen Angebote der Linken, ihre Zeitschriften und Bücher, auch für viele junge Katholiken attraktiver waren als die christdemokratische Parteipresse.

Die heute in Italien dominierende Kultur bezeichnet Eco dagegen als "mystisch, traditionalistisch, neospiritualistisch, am New Age orientiert und revisionistisch". Die Helden der staatlichen Fernsehprogramme seien der Papst, die Madonna von Fatima und der "wundertätige" Kapuziner Padre Pio, nicht aber Giordano Bruno, Rosa Luxemburg oder die Opfer des Wehrmachtsmassakers von Marzabotto. Auch in den übrigen

Massenmedien stoße man häufiger auf die Tempelritter als auf die Partisanen. Dass deren Kampf eine wesentliche Voraussetzung der italienischen Nachkriegsdemokratie war, gehört heute wieder zu den meist verschwiegenen Wahrheiten. Der Antifaschismus wurde weitgehend durch einen "antitotalitären Konsens" ersetzt.

Das geschah nicht im Selbstlauf. Es ist vielmehr Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe um die Deutung der faschistischen Vergangenheit. Protagonisten einer "antitotalitären" Umwertung der Geschichte waren, wie in (West-)Deutschland auch, Historiker und Publizisten der politischen "Mitte". Renzo De Felice, der führende italienische Geschichtsrevisionist und 1975 Auslöser des italienischen "Historikerstreits", ist allerdings nicht mit seinem deutschen Pendant Ernst Nolte auf eine Stufe zu stellen. Denn Noltes These von einem "kausalen Nexus" zwischen stalinistischem Terror und nazistischem Judenmord war eine solche Provokation, dass sie - zumindest unverwässert und im ersten Anlauf - nicht mehrheitsfähig war.

De Felices Interpretation des Faschismus dagegen ist eine Mischung aus Geschichtsfälschung und Halbwahrheiten. Zu den Fälschungen gehört die Darstellung des Faschismus als "revolutionäre Bewegung", die - angeblich unabhängig von den herrschenden Eliten - die notwendige Modernisierung Italiens auf den Weg gebracht hätte; außerdem der Quasi-Freispruch für Mussolini, der - laut De Felice - selbst mit der Verkündung der antisemitischen "Rassengesetze" (1938) und als Hitlers Marionette in der "Sozialrepublik" von Salò (1943-45) nur Schlimmeres hätte verhindern wollen. Bestenfalls Halbwahrheit ist De Felices Kritik an der Resistenza, die in der Tat eine Minderheit war, aber dennoch einen - nicht militärisch, sondern politisch - entscheidenden Beitrag zum Sieg über den Faschismus und die deutsche Besatzungsmacht leistete.

"Antitotalitärer" Konsens statt Antifaschismus

Allein in einem Punkt ist De Felices Revisionismus diskutabel: Im Unterschied zur jahrzehntelang gängigen linken Geschichtsschreibung hebt er die Bedeutung des Massenkonsenses hervor, der das faschistische Regime trug. Allerdings entwertet er diese richtige Erkenntnis gleich wieder, wenn er Mussolini zu einem gleichsam "demokratisch" legitimierten Vollstrecker des Volkswillens umdeutet - dass der Massenkonsens eine gleichgeschaltete Propagandamaschinerie ohne jegliche legale Opposition zur Voraussetzung hatte, bleibt in seiner Darstellung des Faschismus ausgespart.

Hinzu kommt, dass De Felice, gelernter und anerkannter Historiker, öffentlich stets als Geschichtspolitiker mit dezidiert anti-linkem Programm aufgetreten ist. So warnte er 1975, als er mit seinem "Interview über den Faschismus" den bis heute andauernden italienischen Historikerstreit auslöste, vor einer Koalition der Christdemokraten mit den längst nicht mehr revolutionären Kommunisten: Die italienische Geschichte nach dem faschistischen "Marsch auf Rom" im Oktober 1922 habe bewiesen, dass "Extremisten", gleich welcher Couleur, nicht durch Regierungsbeteiligung zu zähmen seien. Und nach dem Umbruch der Jahre 1989 bis 1991 ermunterte er seine zahlreichen Anhänger in Parteien, Institutionen und Medien, die Gunst der Stunde zu nutzen und endlich das (angebliche) linke Interpretationsmonopol über den Faschismus zu brechen.

Die Mahnung wurde erhört und auch nach De Felices Tod im Jahre 1996 auf unterschiedliche Weise zur Richtschnur revisionistischer Geschichtspolitik. Leider reagierte der Gegner, die Linke, nicht immer so einhellig ablehnend wie angesichts des derzeitigen neofaschistischen Zensurvorhabens. So ruft der linksdemokratische Parlamentspräsident Luciano Violante (früher PCI) bei jeder Gelegenheit zur "nationalen Versöhnung" auf und mahnt immer wieder Linke wie Rechte, die "alten Gräben zuzuschütten". Solche Appelle hat AN-Sekretär Fini auch in der aktuellen Affäre um Storace dankbar aufgegriffen - er und seine Partei seien ja zur Versöhnung bereit, allein die unverbesserlichen Linken würden aus taktischem Kalkül die Schlachten der Vergangenheit noch einmal schlagen. Ausweichen will Fini dem Streit nicht: "Vor uns liegen viele Monate voll Gift und Galle" - im kommenden Frühjahr wird das Parlament neu gewählt. Wie es aussieht, wird die faschistische Vergangenheit eines der zentralen Wahlkampfthemen sein.

Linke warnen

vor einem neuen Faschismus

Erfreulich ist, dass das regierende Mitte-Links-Bündnis die Herausforderung angenommen hat. Der greise Philosoph und Senator auf Lebenszeit, Norberto Bobbio, der früher ebenfalls Versöhnungsappelle lancierte, hat dabei besonders scharfe Worte gefunden. In einem Brief an eine Tagung der Pietro-Nenni-Stiftung gegen

den Geschichtsrevisionismus erklärt es es zur "moralischen Pflicht", den Wahlsieg der Rechten zu verhindern. Schon jetzt habe man es mit einem "Papst der Anti-Reformen" zu tun, und in einer Regierung unter Berlusconi und Fini werde am Ende Storace Bildungsminister. Bobbios Brief stieß in der gesamten rechten Presse- und Parteienlandschaft auf einhellige Ablehnung. Die darin enthaltene Warnung wurde von der linken Tageszeitung il manifesto auf den Punkt gebracht: Bei einem Wahlsieg der Rechten würde sich in Italien eine Art Klerikalfaschismus etablieren. Mit dieser "maßlosen" Anklage, geiferte Ex-Staatspräsident Cossiga, habe sich der 91-jährige Bobbio zum "neuen Leader des Mitte-Links-Bündnisses" aufgeschwungen.

Bemerkenswert ist, dass die für gewöhnlich allzu nachgiebigen Spitzenpolitiker des Regierungslagers Bobbio in der Sache Recht geben. So erklärte Walter Veltroni, Sekretär der Linksdemokraten (DS), man müsse dessen Warnung sehr ernst nehmen. Die linksdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Fabio Mussi und Gavino Angius gingen noch weiter: Der Rechtsblock unter Berlusconi und Fini verströme "den üblen Geruch des Faschismus".

Js.

Ein ausführlicher Artikel über den italienischen Geschichtsrevisionismus erschien in ak 407 (23.10.1997): "Die guten Absichten des Duce. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 1: Historikerstreit all'italiana"

17. Folter im Namen der Republik. Frankreich debattiert über seine Verbrechen im Algerienkrieg

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:07

In Frankreich ist eine Debatte über den Kolonialkrieg in Algerien entbrannt. Dass französische Militärs damals auch gefoltert haben, ist seit längerem bekannt. Aktuell besonders umstritten ist, ob der französische Staat sich für diese Verbrechen offiziell entschuldigen soll.

Die Affäre begann im Juli dieses Jahres in einem kleinen elsässischen Städtchen. Das Kommunalparlament von Trimbach hatte beschlossen, eine Straße nach dem General Bigeard zu benennen, seines Zeichens Militär im Ruhestand und "Held" des Algerienkriegs. Dieser Krieg dauerte von 1954 bis 1962, als Frankreich gegen die algerische Unabhängigkeits-Bewegung FLN (Front de Libération Nationale) kämpfte. Auf algerischer Seite kam dabei etwa eine Million Menschen ums Leben, auf französischer gab es etwa 30.000 Tote (zivile Opfer jeweils eingerechnet).

Anlässlich der Trimbacher Straßen-Umbenennung erinnerten sich einige Zeitzeugen, dass damals noch etwas gewesen war - und zwar etwas sehr Anrüchiges. So tauchte die Aussage der algerischen Unabhängigkeits-Kämpferin Louisette Ighilahriz auf, die Bigeard beschuldigte, sie persönlich drei Monate hindurch gefoltert zu haben. Sie sei nur dank der Hilfe eines französischen Militärarztes vor dem sicheren Tod gerettet worden.

Der Altgeneral selbst beeilte sich, den schlimmen Verdacht zu bestätigen. In einem Interview mit der Regionalzeitung DNA (Dernières Nouvelles d'Alsace) vom 2. Juli antwortete er auf Fragen des Journalisten Jean-Christophe Solari. Zwar bezeichnete er die konkreten Vorwürfe gegen ihn als "Erfindung von A bis Z". Doch auf weitere Nachfragen, ob er nicht doch zu jener Zeit in Algerien zumindest mit der Folter "in Berührung gekommen" sei, legte der Militär im Ruhestand richtig los: "Gegenüber diesen Killern war das ein notwendiges Übel. (...) Wenn wir einen Plakatekleber schnappten, dann gab er uns den Namen seines Chefs heraus. Doch wenn man ein bisschen höher in der Organisation kam, dann gab der Mann keinen Namen mehr heraus. In dem Falle gab es die ‚Gégène`" - ein Apparat, mit dem Gefangenen Stromstöße in empfindliche Körperteile, bevorzugt in die Hoden, versetzt wurden; das aber nur eine von mehreren im Algerienkrieg angewandten Foltermethoden. Durchgeführt wurde sie, so Bigeard, "von einem Nachrichtenoffizier zusammen mit einem Arzt".

Diese unverblümten Äußerungen entfachten einen Skandal, der jedoch alsbald im Sommerloch versandete. Ein prominenter Kollege Bigeards, der General Massu, ließ sich sogar auf eine leise Selbstkritik ein. Vieles, was damals in Algerien gemacht worden sei, sei mit Sicherheit kritikwürdig, ließ dieser die Pariser Abendzeitung Le Monde wissen - doch die Verantwortung dafür trügen in erster Linie die politischen Auftraggeber. Das waren in den ersten vier Jahren - bis 1958 - übrigens vorwiegend sozialistische Regierungschefs, namentlich Guy Mollet. Massu persönlich könne nur sein spätes "Bedauern" ausdrücken.

Im September griff die KP-nahe Tageszeitung L'Humanité das Thema wieder auf und publizierte zunächst ein Gespräch mit Louisette Ighilahriz und - in voller Länge, als Beilage zu ihrer Wochenendausgabe - die berühmt gewordene Schrift "La question" (Die Frage) von Henry Alleg. Der kommunistische Aktivist und spätere Parlamentsabgeordnete hatte darin bereits 1957 eine scharfe öffentliche Abrechnung mit der systematischen Anwendung der Folter in Algerien vorgenommen.

Ab da gab es plötzlich kein Halten mehr: Aussagen von Überlebenden und Zeitzeugen strömten herein. L'Humanité begann, eine öffentliche Informationskampagne zu dem Thema zu entwickeln und reserviert seit Ende September jeden Tag eine Doppelseite für das Thema. Damalige Wehrpflichtige und Militärs, die Zeugen der Ereignisse geworden waren, kamen plötzlich mit dem ihnen bekannten Stück der Wahrheit ans Licht, das sie jahrelang mit sich herumgetragen hatten. Einige berichteten, wie sie später Alkoholiker wurden oder auf andere Art der Realität zu entfliehen versuchten, um mit ihrer Erinnerung an jene Zeit fertig zu werden. Neben der kommunistischen Tageszeitung beteiligte sich schließlich auch Le Monde an der Aufklärungsarbeit und veröffentlichte Ende Oktober eine Doppelseite mit Zeugenaussagen.

Am 31. Oktober publizierte L'Humanité den Aufruf von zwölf prominenten Persönlichkeiten, darunter der Historiker Pierre Vidal-Naquet (der bereits während des Algerienkriegs zu den Kämpfern gegen den Kolonialismus und die Folterungen zählte) und die bekannte linke Anwältin Gisèle Halimi. Darin fordern sie eine offizielle Verurteilung der damals praktizierten Misshandlungen durch die Französische Republik.

Ende November beginnen die Ereignisse sich zu beschleunigen. In Le Monde vom 23. November erklärt der Altgeneral Jacques Massu sich mit der Forderung nach offizieller Verurteilung der damaligen Praktiken durch Frankreich einverstanden; Massu war immerhin Befehlshaber der "Schlacht von Algier" 1957 und damit verantwortlich für "Operationen zur Aufrechterhaltung der Ordnung", mittels derer die FLN-Kämpfer aus der Hauptstadt des Territoriums herausgedrängt werden sollten. In Le Monde berichtet er zugleich über seine Beteiligung an der Hinrichtung von 24 Personen in einem algerischen Dorf. Während der selben Woche verlangt die KP-Fraktion im französischen Parlament die Einrichtung eines offiziellen Untersuchungsausschusses, der die historische Wahrheit ergründen solle.

Premierminister Lionel Jospin hat sich mittlerweile auf dem Kongress seiner Sozialistischen Partei am vorigen Wochenende in Grenoble in die Debatte eingeschaltet. Dort erklärte er, es sei zwar klar, dass die Folter unmissverständlich zu verurteilen sei - doch werde es keine offizielle Entschuldigung durch den französischen Staat geben, denn "die Folter ist kein Problem, dessen sich Frankreich pauschal anklagen und für schuldig erklären könne". Dabei hat Jospin die kommenden Wahlen im Jahr 2002 fest im Blick - er will unbedingt Staatspräsident werden und möchte es sich auf keinen Fall mit einem größeren Teil der öffentlichen Meinung verscherzen.

Die konservative Opposition ihrerseits schwankt zwischen einem Kurs, der der Haltung Jospins nahe kommt, und einem aggressiven Gegenangriff auf die Kommunisten, von denen man "keine Lektionen zu empfangen" habe, nachdem diese "lange Zeit Komplizen eines Konzentrationslager-Systems waren" - so der national-populistische ehemalige Innenminister Charles Pasqua. In die, teilweise antikommunistisch motivierte Gegenoffensive ging auch die bürgerliche Tageszeitung Le Figaro, die zugleich abwiegelnde Interviews mit von ihr ausfindig gemachten Protagonisten publiziert - darunter auch General Bigeard.

Aus dem Interview mit dem seinerzeitigen Militärgeistlichen (und heutigen Priester in der Pariser Trabantenstadt Créteil) Maurice Cordier erfährt man, dass die generelle Verurteilung der Folter "leider nicht realistisch" sei. Im Fall eines Konflikts mit Terroristen beispielsweise - wie das in Algerien der Fall gewesen sei - sei "sie ein Übel, das der Vermeidung eines schlimmeren Übels dient. Aber nicht jede Folter ist zulässig. Dies ist meine Meinung als Priester, der die Absolution zu erteilen oder verweigern hat."

Bernhard Schmid, Paris

18. Die Nahostpolitiker von Altona. "konkret", der Fundamentalismus und das anti-israelische Komplott

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:17

Hermann L. Gremliza hatte in konkret 11/2000 die Linie vorgegeben: Schulterschluss mit Israels politischer Klasse, Scharon eingeschlossen, weil die Weltmächte den jüdischen Staat "beim Tanz um die heiligen Quellen des Islam" opfern und an die arabischen Nachbarn "verkaufen" würden; gleichzeitig schroffe, teilweise offen rassistische Abgrenzung von den palästinensischen "Horden". (vgl. ak 444).

Eine Nummer später darf die zweite Reihe auf dieser politischen Plattform ein Schwerpunktheft gestalten: "Wir sind alle Palästinenser", steht auf dem Cover, das in einer Fotomontage die grinsenden Gesichter von Arafat und Schröder zeigt. Horst Pankows Leitartikel mit derselben Überschrift behauptet "eine große Einigkeit deutscher Medien bei der Beurteilung der ‚Al-Aksa-Intifada`" und führt diese angebliche Einigkeit zurück auf den tief verwurzelten Antisemitismus. So erscheint die Anklage, israelische Soldaten würden palästinensische Kinder ermorden, dem Autor als Variation "christlicher Ritualmordlegenden"; und in der Feststellung, dass israelisches Militär auch schon von Palästinensern bewohnte Dörfer zerstört hat, sieht Pankow eine Neuauflage uralter "Erzählungen über jüdische Brunnenvergiftung".

Auf Tatsachen lässt sich der Autor gar nicht erst ein. Den Tod des 13-jährigen Mohammed, der an der Seite seines Vaters erschossen wurde, kann er auch so im Handumdrehen "aufklären": "... israelische Zeitungen berichten, dass der Einschusswinkel der tödlichen Verletzungen des Jungen auf einen palästinensischen Todesschützen schließen lasse". Der deutsche Kriegsberichterstatter übernimmt einfach diese Version und spricht schon im nächsten Satz von "den palästinensischen Schützen" und ihrer "zynischen Märtyrerproduktion". Dass die auf derselben Seite dokumentierte Skizze einen solchen Tathergang als so gut wie ausgeschlossen erscheinen lässt, stört ihn nicht weiter.

Dass konkret seiner Leserschaft derlei überhaupt zumuten kann, beruht auf einem simplen Trick: der Behauptung, man stehe allein gegen den pro-palästinensischen (und antisemitischen) Mainstream. Die konkret-Position ist zweifellos exzentrisch - den Beweis, dass die deutschen Medien einseitig pro-palästinensisch wären, kann die Zeitung aber nicht erbringen. Unbestreitbar ist, dass sich in der Berichterstattung und Kommentierung der Medien antisemitische Stereotypen finden; dieser Tatbestand wird aber durch die suggestive "Medienanalyse" von konkret eher vernebelt.

Die Selbststilisierung als Fels in der Brandung ist im übrigen ein Trick, den konkret schon während des zweiten Golfkrieges mit gewissem Erfolg angewendet hat. Damals befürwortete die konkret-Redaktion den Krieg gegen den Irak - Seite an Seite mit der erdrückenden Mehrheit der BRD-Bevölkerung. Gleichzeitig schlug man wild auf die Antikriegsbewegung ein; diese sei überzeugt, "der Angriff der verbündeten Streitkräfte auf den Irak gelte in Wahrheit den Deutschen und in ihm wiederhole sich die nationale Schmach der Niederlage von 1945"; in der deutschen Kritik am Krieg gegen den Irak äußere sich ein "trübes Gemisch von schlechtem Gewissen, Selbstmitleid und dem Verlangen nach Revanche, von Schuldgefühlen, Angst und Rachebedürfnissen" und so weiter und so fort.

War es 1991 die Kritik am Krieg, die konkret geißelte, so ist es heute die deutsche Einmischung. Glaubt man konkret, dann ist die BRD kurz davor, zur dominierenden Macht im Nahen Osten aufzusteigen. Als Indizien nennt Pankow: die Eröffnung eines bundesrepublikanischen Vertretungsbüros in den Autonomiegebieten; die Aufbauhilfe in Höhe von mehreren Hundert Mio. DM; Schröders Treffen mit Arafat - incl. Ordensverleihung an den Kanzler; palästinensische Pässe und Briefmarken aus der Bundesdruckerei; schließlich "der erste Schritt zur militärischen Zusammenarbeit" - gemeint ist "die medizinische Versorgung verwundeter Streetfighter in Deutschland"! Wenn die deutsche Großmacht sich weltweit auf diese Art von Einmischung beschränkte, könnten wir alle ruhiger schlafen.

Allein, die genannten Aktivitäten sind nur der Anfang, belehrt uns Jürgen Elsässer, und sie sind auch mit den übrigen Führungsmächten der "neuen Weltordnung" abgestimmt. Deren gemeinsames ideologisches Projekt sei die Förderung des "Fundamentalismus": "Gleich dem Faschismus in den 20er und 30er Jahren ist er nun zum Rammbock einer neuen Weltordnung geworden. Gotteskrieger und Selbstmordattentäter sind die

Sturmtruppen, die für das westliche Big Business die modernen Staaten, die im Unterhalt viel zu teuer sind, schleifen sollen. Bei Jugoslawien hat das schon geklappt. Nun ist Israel dran. Aber Massada wird, Gott sei Dank, besser verteidigt als das Kosovo." Damit endet der Artikel.

Wie die schurkischen Drahtzieher des "Big Business" heißen und wie sie es schaffen, sich die islamistischen Gotteskrieger dienstbar zu machen, wird wohl auf immer im Dunkel bleiben. Dass sie an der Heimatfront noch viel Arbeit zu leisten haben, macht ein Blick gerade in die auflagenstärksten deutschen Gazetten deutlich: Dort erfreut sich das Feindbild "islamischer Fundamentalismus" bleibender Beliebtheit. Sympathien mit Muslimen werden - zeitlich begrenzt - vor allem dann geäußert, wenn es aus übergeordneten politischen Erwägungen geboten scheint; so in den Fällen Bosnien und Kosovo. Im Fall Israel/Palästina wäre es eine lohnende Aufgabe, die Kommentierung der Medien wirklich zu untersuchen und die rassistischen, die antisemitischen und die anti-islamischen Anteile herauszuarbeiten. Die konkret-Leserschaft allerdings wird auf eine solche Medienanalyse, die diesen Namen auch verdient, wohl vergeblich warten.

Js.

19. Build your enemy. Während die NPD durch Berlin marschieren darf, bastelt die Polizei am Feindbild Antifaschismus

Während die NPD durch Berlin marschieren darf, bastelt die Polizei am Feinbild Antifaschismus

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:36

Mehreren Tausend AntifaschistInnen gelang es am 25. November, einen NPD-Aufmarsch durch Berlin vorzeitig zu stoppen. Die Berliner Polizei, die angesichts der internationalen Medienpräsenz davon Abstand nahm, den NPD-AnhängerInnen die Straße frei zu prügeln, musste die Neonazis vorzeitig mit S-Bahn-Sonderzügen aus der Stadt geleiten. Diese medientaktische Zurückhaltung endete noch am selben Abend. Auf der Gedenkdemonstration für Silvio Meier, der 1992 von Neonazis ermordet wurde, überfiel die Berliner Bereitschaftspolizei ohne erkennbaren Grund die Demonstration und prügelte nach Augenzeugenberichten gezielt auf jugendliche TeilnehmerInnen ein. Zwei DemonstrantInnen wurden dabei so schwer verletzt, dass sie bewusstlos am Boden liegen blieben. Selbst der Kontaktbeamte bei der Demoleitung wurde von dem brutalen Knüppeleinsatz seiner KollegInnen überrascht und musste sich in Sicherheit bringen.

Neu ist dieses brutale Vorgehen nicht, schon seit Jahren wird die antifaschistische Szene in der Hauptstadt ungewöhnlich hart angegangen. Besonders schwer von der staatlichen Repression betroffen ist die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB), die auch Hauptveranstalterin der alljährlichen Silvio-Meier-Demonstration ist. Die AAB, die im überregionalen Netzwerk Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) mitwirkt, gilt als die derzeit mitgliederstärkste und aktivste antifaschistische Gruppierung der Hauptstadt.

Einzelne BO-Mitgliedsgruppen waren in der Vergangenheit schon des öfteren Ziel staatlicher Verfolgungswut geworden: Nach mehrjähriger Ermittlungstätigkeit wurde Anfang 1996 gegen 17 AktivistInnen der Göttinger Antifa (M) ein Mammutverfahren wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" (§129 StGB) erhoben, das jedoch auf Grund der dürftigen Beweise der Staatsanwaltschaft einige Monate später nach Zahlung geringer Geldbußen eingestellt werden musste. Ebenfalls nach §129 wird seit Mai 1998 gegen 39 Personen ermittelt, die dem Umfeld der Antifaschistischen Aktion Passau (AAP) zugerechnet werden. Um das dünne Beweismaterial etwas aufzupeppen, wurden insgesamt 33 zum Teil unaufgeklärte Straftatbestände aus einem Zeitraum von acht Jahren kurzerhand der AAP zugeschrieben. Da einige der Beschuldigten schon seit Jahren nicht mehr in Passau wohnten, bot sich für die Staatsanwaltschaft damit die Gelegenheit, mit bundesweiten Hausdurchungen noch weitere BO-Gruppen in die Ermittlungen einzubeziehen. In Berlin durchsuchte die Polizei in diesem Zusammenhang fünf Wohngemeinschaften ehemaliger Passauer AntifaschistInnen. Dass ihnen mit dem §129-Konstrukt nun auch Straftaten zur Last gelegt werden, die zu einem Zeitpunkt in Passau begangen wurden, als sie die Stadt schon längst verlassen hatten, zeigt die ganze Absurdität des Ermittlungsverfahrens, in dem nach zweieinhalb Jahren noch immer keine Anklageerhebung in Sicht ist.

Ende Februar dieses Jahres präsentierte Berlines Innensenator Eckehard Werthebach eine vom Berliner Verfassungschutz herausgegebene Broschüre mit dem Untertitel "Antifaschismus als Deckmantel für Gewalt". Tenor des Heftchens: Mit dem Begriff Antifaschismus würden Gewalt, Straftaten und "unzweifelhaft terroristische Aktionen" gerechtfertigt. Federführend sei dabei in Berlin die militante AAB.

Bei näherer Betrachtung drängt sich allerdings der Eindruck auf, dass die AAB nicht wegen einer besonderen Militanz ins Fadenkreuz der Berliner Sicherheitsbehörden geraten ist, sondern wegen ihrer relativ erfolgreichen Arbeit: Die AAB, die nach Angaben des Verfassungsschutzes etwa 70 Mitglieder zählt, gehört zu den wenigen Gruppen, die die Unverbindlichkeit bisheriger autonomer Organisationsstrukturen hinter sich gelassen hat. Wegen ihrer plakativen Aktionen, die ihr den Titel "Pop-Antifa" einbrachten, sowie auf Grund der Vorwürfe, die AAB habe ein mackerhaftes Auftreten, ist die AAB auch innerhalb der autonomen Szene heftig umstritten. Bei Jugendlichen erfreut sie sich jedoch großer Beliebtheit. Da die in elf Städten vertretene AAB wenig

Berührungsängste gegenüber Bündnissen über das linksradikale Spektrum hinaus hat, konnte die Gruppe außerdem ihr Wirkungsfeld entscheidend vergrößern.

Diese Breitenwirkung der AAB ist es wohl auch, die Berlins oberstem Anti-Antifaschisten Kopfzerbrechen macht. Denn während die Sicherheitsbehörden der immer älter werdenden autonomen Szene ein langfristiges Austrocknen prognostizieren (so der Leiter des Berliner Staatschutzes, Peter-Michael Haeberer, in einem Interview mit der Berliner Morgenpost), versteht es die AAB als eine der wenigen linksradikalen Gruppen, für Nachwuchs zu sorgen. Konsequent versucht Werthebach daher, die AAB zu isolieren und ihren Wirkungskreis auf die autonome Szene zu beschränken. Dies wird auch in der oben erwähnten Broschüre zugegeben: "Fatal wäre es, wenn (...) militante Antifas als legitime Bündnispartner im Kampf gegen den Rechtsextremismus anerkannt würden." Der Hinweis auf die angebliche Militanz der AAB, der offensichtlich potenzielle Bündnispartner abschrecken soll, wird inzwischen bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Standardfloskel heruntergebetet. So wurden zum Beispiel mehrere von der AAB angemeldete Demonstrationen mit der Begründung verboten, die AAB sei "eine der führenden militanten linksextremistischen Gruppen in Berlin". Die "Beweisführung" für die angebliche Militanz verläuft stets nach demselben Strickmuster: Die AAB ist militant, weil es auf einigen der von ihr angemeldeten Demonstrationen zu Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen sei. Wer dafür verantwortlich war, spielt anscheinend keine Rolle mehr.

Nachdem die Verfassungsschutzbroschüre im Februar öffentlich vorgestellt wurde, kam es zu zahlreichen Maßnahmen gegen die AAB. Die Büroräume der Gruppe sowie Wohnungen angeblicher Mitglieder wurden durchsucht, Computer beschlagnahmt und einzelne Personen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angezeigt. Einem Antifaschisten wurde vom Mobilfunkanbieter E-Plus ein Handy-Vertrag mit dem Verweis auf seine politische Betätigung verweigert, obwohl über ihn keine öffentlich zugänglichen polizeilichen Einträge existieren. (Ein ähnlicher Fall ist auch in Leipzig bekannt geworden.)

Es steht zu befürchten, dass mit den Durchsuchungsaktionen und medienwirksamen Kriminalisierungsversuchen ähnlich wie Jahre zuvor in Göttingen und Passau ein §129-Verfahren eingeleitet werden soll. Solange die öffentliche Aufmerksamkeit am Neonazismus groß ist, wird es Werthebach schwer haben, ein solches Verfahren gegen eine antifaschistische Gruppierung wie die AAB zu rechtfertigen. Je mehr das Medieninteresse an dieser Thematik jedoch nachlässt, desto wahrscheinlicher wird ein solches Verfahren.

Joachim Kolb

20. Nazimob als Hilfsgesellen. Mit Schönbohm kippt die brandenburgische Innenpolitik nach rechts

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:18

Mit noch nicht einmal 8.000 Mitgliedern zählt die Brandenburgische CDU zu den schwächsten Landesverbänden der Partei. Eine Werbekampagne soll dies nun ändern. Zugpferd der Kampagne: Jörg Schönbohm, Bundeswehrgeneral a.D. und Innenminister Brandenburgs. Werbewirksam wird das populäre Bild des CDU-Landesvorsitzenden als Pragmatiker, der die Probleme erkennt und anpackt, bemüht. Dass dieses Zupacken nicht so sehr nach sachlich-pragmatischen Gesichtspunkten als vielmehr nach seiner stark rechtslastigen politischen Ideologie abläuft, wird dabei selten wahrgenommen. Schönbohm ist es gelungen, seine mit markigen Sprüchen verbundene Law-and-Order-Politik als konsequenten Kampf gegen den Rechtsextremismus in Brandenburg zu verkaufen, obwohl er nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass sein eigentlicher Feind links steht.

Schon kurz nach der Landestagswahl in Brandenburg im Herbst letzten Jahres fiel Schönbohm als neuer Innenminister mit der Ankündigung auf, künftig den Linksextremismus in Brandenburg verstärkt bekämpfen zu wollen. Auf die berechtigte Frage, wo denn in Brandenburg eine linksextreme Gefahr existieren solle, konnte er zwar bis heute keine sinnvolle Antwort geben. Dennoch wollte er das Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auch gegen das linksextremistische Phantom in Stellung bringen, um die "bestehende Einseitigkeit" aufzuheben. Dieses Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss des Landessportbundes, der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, der Mobilen Beratungsteams und anderer Organisationen. Nachdem Schönbohms Vorstoß am Widerstand des DGB gescheitert war, stieg das Innenministerium kurzerhand aus dem Aktionsbündnis aus und gründete mit dem Landespräventionsrat eine eigene Institution, die sich auch dem Häuflein versprengter Linksradikaler in Brandenburg widmen soll.

In Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam hatte der Ex-General wenig später den notwendigen Vorwand gefunden, um seinen Feldzug gegen Linke in Brandenburg beginnen zu können: Die HausbesetzerInnen-Szene der Stadt, die bisher von der Stadtverwaltung geduldet worden war, stelle eine Gefährdung für die Bundesgartenschau dar, die nächstes Jahr in Potsdam stattfinden wird. Zwar ist nicht ganz verständlich, weshalb die BewohnerInnen der bunten Häuser diese Blütenpracht beeinträchtigen sollten, doch Schönbohm versprach, die Stadt bis zum nächsten Jahr zu säubern, sprich "besetzerfrei" zu machen. Nachdem die Polizei in einem martialischen Einsatz Anfang Juni das erste Haus geräumt hatte, kam es in der Folge zu vielfältigen Protestaktionen seitens der BesetzerInnen - für Schönbohm die richtige Begleitmusik für die von ihm geplante Verschärfung des Brandenburgischen Polizeigesetzes: Mit der Gesetzesnovelle soll unter anderem die umfassende Videoüberwachung öffentlicher Plätze eingeführt werden.

Des Innenministers Big-Brother-Träume kosten allerdings eine Stange Geld, das an anderer Stelle wieder eingespart werden muss. Dafür bot sich die von ihm geplante Polizeistrukturreform in Brandenburg an. In deren Zuge soll nun ausgerechnet das Eberswalder Polizeipräsidium abgeschafft werden, das gegen nazistische Aktivitäten in Brandenburg noch am konsequentesten vorgegangen war. Die dort tätige Polizeipräsidentin Uta Leichsenring engagiert sich seit Jahren außerdem in unterschiedlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus. Da die als liberal geltende Bürgerrechtlerin nicht Schönbohms autoritäre Linie verfolgt, sondern die Neonazis durch die Förderung von Zivilcourage in der Bevölkerung zurückdrängen möchte, hatte sie sich schon vor einiger Zeit den Zorn des Ex-Generals zugezogen.

Bisheriger Höhepunkt von Schönbohms innenpolitischem Rechtsdrall: Er nutzt rechtsradikale Überfälle auf AusländerInnen und Flüchtlinge aus, um die Opfer abschieben zu können. So wurde einem der drei Ausländer, die Anfang 1999 von Neonazis durch Guben gehetzt wurden - mit tödlichem Ausgang für einen 28-jährigen Algerier - ein dauerhaftes Bleiberecht verweigert. Die Begründung des Brandenburger Innenministeriums: Auf Grund dieses "traumatischen Ereignisses" sei er nur "bedingt in der Lage, sein Leben eigenständig zu meistern." Ähnlich erging es einem Ägypter in Elsterwerda, dessen Pizzeria eines Nachts abgefackelt wurde. "Die Aufenthaltsbefugnis war stets an die Betreibung des Betriebes gebunden", heißt es lapidar in dem Bescheid von Schönbohms Behörde. Keine Pizzeria mehr, keine Aufenthaltserlaubnis! Selten war das

Zusammenspiel zwischen dem rassistischen Mob der Straße und staatlicher Politik so anschaulich wie in diesem Fall.

Wesentlich mehr Mitgefühl zeigte Schönbohm dagegen für die neonazistische Szene in Brandenburg. Nachdem er bereits im letzten Jahr den rechten Jugendtreff "Flash 29" in Cottbus auf ein Plauderstündchen besucht hatte und die Jugendlichen danach von jeglicher NS-Ideologie freigesprochen hatte, äußerte er vor kurzem in einem Gastbeitrag für den Berliner Tagesspiegel: "Was bringen ‚Konzerte gegen Rechts`, Lichterketten oder Fußballspiele ‚Gegen Nazis`? Sie grenzen aus und isolieren. Aber die Isolation ist es, welche diese Jugendlichen den braunen Verführern in die Arme treibt. Sie fühlen sich von der Gesellschaft ausgegrenzt und wenden sich gerade deshalb von ihr ab. Wir müssen anfangen, gemeinsam mit den rechten Jugendlichen Fußball zu spielen, als immer nur Fußballspiele gegen Rechts zu organisieren." Bei so viel zwischenmenschlichem Verständnis für rassistische Schlägertrupps bietet sich Schönbohm für das gemeinsame Spiel gleich auf mehreren Positionen als Idealbesetzung an: als Stürmer gegen die linke Flanke ebenso wie als rechter Verteidiger.

Joachim Kolb

21. Immer mehr Hot Air. Klimaschutz mutiert zum Bestandsschutz für eine etablierte Minderheit

Autor: Annette Littmeier · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:19

Was bleibt von den hehren Zielen des 1992 beschlossenen Rahmenvertrages für den Klimaschutz? Die Antwort könnte wie folgt zusammengefasst werden: Triff im eigenen Land Vorsichtsmaßnahmen gegen Waldbrände, bau ein Atomkraftwerk in Indien und verhindere eine wirtschaftliche Entwicklung in Russland, dann kannst so viel Auto fahren wie bisher. Das jedenfalls hatten sich USA, Kanada, Japan und Australien von den Klimaverhandlungen im November 2000 in Den Haag erhofft. Wir können uns glücklich schätzen, dass ein Teil der EU sich wenigstens so weit einig war, sich gegen diese Absichten zu stellen. Aber sind wir dem Klimaschutz einen Schritt näher gekommen? Wohl kaum. Und nachdem die Verhandlungspartner ohne eine Einigung auseinandergegangen sind, bleibt wenig Hoffnung auf die Nachverhandlungen im Mai 2001 in Bonn.

Dabei hatte alles mit relativ guten Absichten begonnen. Mit dem Kyoto-Protokoll von 1997 verpflichteten sich die Industrieländer, einschließlich der Transformationsländer Mittel- und Osteuropas zu einer Verminderung der Emissionen von Treibhausgasen bis spätestens 2012 um durchschnittlich 5,2% gegenüber 1990. Während Russland und die Ukraine ihre Emissionen auf dem Niveau von 1990 stabilisieren sollen, sind Entwicklungsländer zu keiner festgesetzten Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen verpflichtet. Aber selbst eine Reduzierung um 5,2% reicht nicht aus, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken, denn nach wissenschaftlichen Erkenntnissen wäre dazu eine Halbierung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2050 notwendig. Auch neueste wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, dass sich bis zum Ende diesen Jahrhunderts die Erde um 1 bis 6 Grad und nicht wie bisher angenommen um maximal 3,5 Grad erwärmen wird, machen deutlich, dass es höchste Zeit ist zu handeln.

Handel mit Emissionslizenzen

Deshalb hatten sich vom 13. bis 25. November 2000 Vertreter aus 160 Staaten in Den Haag versammelt, um die bisher offenen Punkte des Kyoto-Protokolls zu verhandeln. Mit dem Kyoto-Protokoll war festgelegt worden, dass ein Teil der jeweiligen Emissionsminderungen sowohl durch indirekte Maßnahmen erfolgen kann als auch durch Reduzierungen im Ausland. In Den Haag sollten die Vertragspartner sich diesbezüglich auf konkrete Regelungen einigen, damit das Kyoto-Protokoll rechtskräftig werden kann. Dazu wäre es notwendig, dass 55 Staaten, die 55% der Industrieländer-Emissionen repräsentieren, das Protokoll unterzeichnen.

Aber genau an der Festlegung bezüglich der flexiblen Maßnahmen, dazu zählen der Handel mit Emissionslizenzen, die Anrechnung von CO2-Senkungen, die gemeinsame Umsetzung und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung, ist die Konferenz in Den Haag gescheitert.

Die im Kyoto-Protokoll aufgeführten Vertragspartner können untereinander mit Emissionslizenzen handeln. Jedes Land, das die festgelegte Emissionsmenge unterschreitet, kann an den meistbietenden Käufer Emissionsrechte verkaufen. Der Käufer wiederum kann sich die erworbenen Emissionsrechte gutschreiben lassen und dementsprechend mehr CO2 produzieren.

Wer eine Minute über dieses Handelssystem nachdenkt, wird schnell erkennen, dass dies kein Instrument ist, um Anreize dafür zu schaffen, die Emissionen stärker als gesetzlich festgelegt zu mindern. Der Emissionshandel führt lediglich zu einer Verschiebung der globalen Emissionen, die, falls das Kyoto-Protokoll umgesetzt wird, etwas niedriger liegen als heute.

Der Emissionshandel funktioniert wie jeder andere Handel auch: Wer finanzielle Mittel hat, erkauft sich seine "Verschmutzungsrechte" und wer Geld braucht, der verkauft das wenige, was er zu bieten hat, sei es auch nur heiße Luft. Mit "Hot Air" werden die Emissionsreduzierungen bezeichnet, die sich in Russland, der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern auf Grund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ergeben. In diesen Ländern liegen die Emissionen heute 20-30 Prozent niedriger als 1990. Ob der Verkauf dieser Hot-Air-Lizenzen zulässig ist, sollte in Den Haag festgelegt werden.

Auch die Frage der Haftung blieb in Den Haag ungeklärt. Was passiert zum Beispiel, wenn ein Land Emissionslizenzen verkauft, obwohl es sein Reduktionsziel nicht unterschritten hat oder gar mehr

Treibhausgase ausgestoßen hat als erlaubt? Soll hier der Verkäufer haften oder auch der Käufer? Und wie sollen die Strafen festgesetzt werden? Darauf gibt es bisher keine Antworten.

Wundermittel

zur Rettung

des Klimas

Als wahre Wundermittel zur Rettung des Klimas entpuppten sich die nordamerikanischen Wälder. Dass Bäume CO2 binden, wissen wir schon aus der Schule. Dass wir die Klimaveränderungen durch Aufforstungen stoppen können, haben wir erst jetzt erfahren. Zunächst scheint der Zusammenhang und die daraus abgeleiteten Maßnahmen logisch. Je mehr Wälder existieren, um so mehr CO2 kann gebunden werden und um so schneller der Treibhauseffekt aufgehalten werden. Was die Amerikaner und Kanadier aber nicht bedacht haben, ist, dass Pflanzen CO2 nur speichern solange sie leben. Bei der Zersetzung toter Pflanzen wird das CO2 wieder an die Atmosphäre abgegeben. Dies kann im Fall von Schädlingsbefall oder Waldbränden sehr rasch erfolgen. Erinnern wir uns nur an die Waldbrände diesen Sommer in Nordamerika und Südeuropa. Letztendlich sind Wälder also CO2-neutral.

Bezüglich der Anrechnung von Senkungen haben die Verhandlungen in Den Haag absurde Formen angenommen, denn einige Länder wie z.B. Japan wollen zwar Aufforstungen als Emissionsminderung anrechnen, Holzernte jedoch nicht mit CO2-Emissionen gleichsetzen. Kanada machte sogar den Vorschlag, die Errichtung von Wachtürmen, die eine frühzeitige Erkennung und Bekämpfung von Waldbränden ermöglicht, als Klimaschutzmaßnahme anzurechnen.

Es steht auch zu befürchten, dass bei der Anrechnung von Wäldern als Klimaschutzmaßnahme Urwälder abgeholzt und durch Plantagen ersetzt werden, weil alte Waldbestände nicht so viel Biomasse produzieren wie junge Plantagen und dementsprechend weniger CO2 aus der Luft aufnehmen.

Da die Anrechnung von Senkungen auch im Rahmen der gemeinsamen Umsetzung und des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung möglich sein soll, müssten weltweit die Wälder mit einem nicht realisierbar hohem Aufwand wissenschaftlich erfasst werden.

Im Rahmen der gemeinsamen Umsetzung (Joint Implementation, JI) können Investitionen eines Industrielandes in einem anderen Industrieland dem Emissionskonto des Investorlandes gutgeschrieben werden. Hier ist zu erwarten, dass vor allem die Länder Osteuropas als Empfängerländer in Frage kommen. Ähnlich verhält es sich mit dem Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM), mit dem Unterschied, dass die Investitionen in einem Entwicklungsland stattfinden, wobei die Entwicklungsländer im Rahmen des Kyoto-Protokolls keine Reduktionsverpflichtungen übernommen haben. Bei beiden Instrumenten ist strittig, ob die Errichtung von fossilen Kraftwerken, Atom- und Wasserkraftwerken, sowie die Anrechnung von Senkungen zulässig ist.

Mai 2001

in Bonn

Bei Projekten in Entwicklungsländern besteht die Schwierigkeit festzustellen, wie hoch die CO2-Minderungen tatsächlich auf Grund dieses speziellen Projektes sind. Im Voraus müsste also eine Abschätzung darüber erfolgen, wie sich die wirtschaftliche Situation des Landes und der Ausstoß von Treibhausgasen entwickeln würde, wenn das jeweilige Projekt nicht stattfände. Grundsätzlich ist es problematisch, Emissionen in jenen Ländern zu ermitteln, in denen illegale Brandrodungen stattfinden, Kuhdung und Holz zum Kochen verbrannt wird, die Bevölkerungszahlen nicht genau ermittelt werden, etc.

Außerdem besteht die Gefahr, dass nicht zusätzliche Entwicklungshilfe-Projekte initiiert werden, sondern Projekte, die sowieso geplant sind, als Klimaschutzprojekte deklariert werden. Möglich wäre auch die Umschichtung von Entwicklungshilfemittel, denn durch das Kyoto-Protokoll könnte der Bau von Kraftwerken attraktiver werden als Investitionen in Bildung und medizinische Versorgung.

Nach den Verhandlungen 1997 in Kyoto konnte man den Vertragsstaaten noch guten Gewissens unterstellen, sie würden wenigstens versuchen, Klimaschutzmaßnahmen zu etablieren, wenn auch auf einem Level, mit

dem Umweltschutzgruppen nicht zufrieden sein können. In Den Haag wurde dagegen deutlich, dass einige Staaten alles daran setzen, aus den festgelegten Vereinbarungen möglichst billig rauszukommen.

Für die vorgesehene Klimakonferenz im Mai 2001 in Bonn bleibt nur zu hoffen, dass die EU in ihren Positionen hart bleibt. Die Industrieländer sollten sich ein Jahr vor "Rio plus 10" den Entwicklungsländern gegenüber verpflichtet fühlen, ihren Willen zur Umsetzung der Agenda 21 deutlich zu machen. Eine Aufweichung des Kyoto-Protokolls lässt nicht nur Klimaschutz zur Farce werden, es wäre auch ein Schlag ins Gesicht jener Länder, die nur 20% der weltweiten Treibhausgase produzieren, aber wesentlich von den Folgen der Klimaveränderungen betroffen sind.

Annette Littmeier

22. Atomstromboykott in Hamburg

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:23

Vor einigen Monaten stellten wir in dieser Zeitung eine Initiative zum Atomstromboykott in Hamburg vor (vgl. ak 337 und 338). Während es bundesweit bislang eher spärliche Reaktionen auf diesen Vorschlag gibt, hat sich in Hamburg inzwischen der Landesverband der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) dem Anliegen angeschlossen. Die GEW will erreichen, dass die gesamten Hamburger Schulen künftig ohne Atomstrom auskommen. Da in Hamburg die Schulen über die Stromversorgung bis jetzt nicht eigenständig entscheiden können, hat die Landesmitgliederversammlung der GEW im Oktober den Senat per Beschluss aufgefordert, künftig auf Atomstrom bei der Versorgung der Schulen zu verzichten und den Schulen die Autonomie über die Stromversorgung einzuräumen. Zur Umsetzung des Beschlusses ist inzwischen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die neben einer Veranstaltung mit dem grünen Umweltsenator Alexander Porschke eine Kampagne vorbereitet, die sich an SchülerInnen und LehrerInnen richtet und entsprechende Beschlüsse zum Atomstromboykott an den einzelnen Schulen erreichen soll. So soll der politische Druck aufgebaut werden, um den rot-grünen Senat zu einer Änderung seiner bisherigen Position zu bewegen. Bereits drei große Schulen haben sich auf ihren Lehrerkonferenzen diesem Boykott-Aufruf angeschlossen.

Ende Juni nächsten Jahres läuft der bestehende Stromvertrag zwischen der Stadt und den AKW-Betreiber HEW aus. Das es im rot-grünen Senat Bestrebungen gibt, sich vom derzeitigen Atomstromlieferanten HEW zu trennen, ist nicht erkennbar. Die Stadt ist mit noch 25 Prozent Anteilseigner bei HEW. Vermutlich liegt es daran, dass der GAL-Senator bislang sich gegen das Anliegen stellt. Schon vor einiger Zeit hatte er eine solche Initiative generell als nicht hilfreich abgelehnt. So stieß dann auch der Antrag der Bürgerschaftsgruppe REGENBOGEN - für eine neue Linke (die nach der Abspaltung von der GAL im letzten Jahr entstanden ist) in den Hamburger Haushaltsberatungen Mitte Dezember auf Ablehnung bei der SPD und GAL. Sowohl der Umweltsenator als auch die GAL-Fraktion gingen mit keinem Wort auf das Anliegen, den Atomstrom in Hamburg abzuschalten, ein.

DSe

23. Bundesregierung novelliert Strahlen

Autor: Thomas Dersee · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:26

Die rot-grüne Bundesregierung bastelt - von der Öffentlichkeit bislang ebenso wenig wie von der Anti-AKW-Bewegung beachtet - an der Novellierung der Strahlenschutzverordnung. Und so wenig der Atomkonsens den Ausstieg bringen wird, so wenig wird mit der Novellierung die Bevölkerung vor den Strahlen geschützt. In einigen wichtigen Bereichen werden die zulässigen Strahlenbelastungen sogar verschlimmert. Im Februar 2001 soll die neue Verordnung in den Bundesrat zur Beschlussfassung eingebracht werden. Die Strahlenschutzverordnung regelt, welchen radioaktiven Belastungen die Bevölkerung und beruflich strahlenexponierte Personen aus der Medizin, der Atomtechnik und anderen Bereichen ausgesetzt werden dürfen. Im folgenden bringen wir einen gekürzten Artikel aus dem Strahlentelex, der einen Überblick über die Kritik an den von der Bundesregierung angestrebten Änderungen gibt. Der Artikel basiert auf einem Treffen von unabhängigen Strahlenschutz-Experten des BUND und der Gesellschaft für Strahlenschutz (GSS) mit Vertretern des Bundesumweltministeriums (BMU), des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) und der Strahlenschutzkommission (SSK), das bereits im April 2000 stattgefunden hat. An den Kritikpunkten hat sich jedoch bis heute nichts wesentliches geändert.

Die rot-grüne Bundesregierung bastelt - von der Öffentlichkeit bislang ebenso wenig wie von der Anti-AKW-Bewegung beachtet - an der Novellierung der Strahlenschutzverordnung. Und so wenig der Atomkonsens den Ausstieg bringen wird, so wenig wird mit der Novellierung die Bevölkerung vor den Strahlen geschützt. In einigen wichtigen Bereichen werden die zulässigen Strahlenbelastungen sogar verschlimmert. Im Februar 2001 soll die neue Verordnung in den Bundesrat zur Beschlussfassung eingebracht werden. Die Strahlenschutzverordnung regelt, welchen radioaktiven Belastungen die Bevölkerung und beruflich strahlenexponierte Personen aus der Medizin, der Atomtechnik und anderen Bereichen ausgesetzt werden dürfen. Im folgenden bringen wir einen gekürzten Artikel aus dem Strahlentelex, der einen Überblick über die Kritik an den von der Bundesregierung angestrebten Änderungen gibt. Der Artikel basiert auf einem Treffen von unabhängigen Strahlenschutz-Experten des BUND und der Gesellschaft für Strahlenschutz (GSS) mit Vertretern des Bundesumweltministeriums (BMU), des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) und der Strahlenschutzkommission (SSK), das bereits im April 2000 stattgefunden hat. An den Kritikpunkten hat sich jedoch bis heute nichts wesentliches geändert.

Das Treffen fand (...) statt, nachdem am 3. April 2000 (...) der "Entwurf einer Verordnung für die Umsetzung von Euratom-Richtlinien zum Strahlenschutz" veröffentlicht worden war. Dabei handelt es sich um eine Neufassung der Strahlenschutzverordnung, die auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundesrat erlassen wird.

Der Unterabteilungsleiter der Abteilung Reaktorsicherheit II im BMU, Dr. Huthmacher, warnte einführend vor der Illusion, es könnten noch besondere Änderungen an dem Novellierungsentwurf der Strahlenschutzverordnung vorgenommen werden. Bis auf einige Teile zur Störfallplanung und zur Freigabe von Atomabfällen sei alles bereits mit den Vollzugsbehörden, dem Bundeswirtschafts- und dem -forschungsministerium sowie mit den Ländern abgestimmt. (...)

Der frühere Anti-Atom-Aktivist Christian Küppers, heute Mitglied der SSK, erklärte, es sei unrealistisch zu fordern, dass es keine so genannte Freigabe radioaktiver Materialien zur anschließenden Einführung in den normalen Wirtschaftskreislauf oder Ablagerung auf offenen Deponien geben sollte. Die geplante Regelung sei ihm lieber, weil der Bezug zur Dosis gegeben sei. Die 10 Mikrosievert Strahlenbelastung pro Jahr, die jedem Bürger daraus als zulässig aufgegeben würden, seien klein gegenüber der Schwankungsbreite der natürlichen Strahlung, würden seit den 80er Jahren im internationalen Konsens als geringfügig gelten und hätten laut Internationaler SSK ein geringes individuelles Risiko von 5 x10-7 pro Jahr zur Folge. Das sind jährlich 5 Tote pro 10 Millionen Bürger. Die Freigabewerte für die einzelnen Radionuklide seien über die jeweils möglichen Belastungspfade errechnet worden, wobei der jeweils restriktivste Wert genommen worden sei, was bereits die frühere SSK der Regierung Kohl so gemacht habe, erklärte Küppers.

Für drei Radionuklide führte Küppers vor, dass für diese jetzt wieder das Schutzniveau der Strahlenschutzverordnung von 1976 erreicht werde, nachdem es mit der vorigen Novelle von 1989 verringert worden war.

Der Kritik (...), dass zum Beispiel in Großbritannien und in den USA für die ganz überwiegende Zahl der Radionuklide schärfere Schutzbestimmungen als die jetzt für Deutschland vorgesehenen gelten, hielt Küppers entgegen, (...) dass allerneueste Bewertungen auch in den USA künftig zu höheren Freigabewerten führen würden. Zudem sei es "logisch, dass es Unterschiede gibt", weil die Risikoberechnungen von den jeweiligen "Randbedingungen" abhingen, die anderswo eben anders angenommen würden.

Herr Dr. Ritscher von den Energiewerken Nord und dort nach seiner Aussage "zuständig für den Abriss" der stillgelegten ostdeutschen Kernkraftwerke, bat dringend um die Regelung der Freisetzung wie in der Novelle vorgesehen. Andernfalls, so Ritscher, sei eine Stilllegung nicht machbar.

Der stellvertretende Vorsitzende der SSK, Dr. Wolfgang Köhnlein, emeritierter Professor am Institut für Strahlenbiologie der Universität Münster, distanzierte sich dagegen ausdrücklich von der vorliegenden Novelle der Strahlenschutzverordnung und stellte fest, sie entspreche nicht dem Stand der Wissenschaft, obwohl dies vom Atomgesetz gefordert sei. Köhnlein verwies darauf, dass das Strahlenrisiko wissenschaftlich heute zehnfach höher eingeschätzt werde und das Risiko normaler Industriearbeiter heute nur noch ein Drittel bis ein Viertel so hoch sei wie früher. Entsprechend schlechter sei daran gemessen heute das tatsächliche Schutzniveau für Strahlenbeschäftigte und die Bevölkerung. Er habe in der SSK stets erklärt, dass er eine Verschlechterung nicht mittragen könne.

Wissensstand

der 50er Jahre

Der federführende Jurist für die Strahlenschutznovelle (im) BMU, Dr. Peinsipp, gab im Laufe des Gesprächs auch offen zu, dass die von ihm und seinem Ministerium vorgelegte Strahlenschutznovelle mindestens 15 Jahre hinter dem aktuellen Wissensstand zurück sei. Denn beim Strahlenschutz, so Peinsipp, handele es sich heute um europäisches Recht. Die zu Grunde liegenden Empfehlungen der Internationalen SSK stammten von 1990 und der sich darin ausdrückende Wissensstand aus der Mitte der 80er Jahre. Mitte der 90er Jahre schließlich sei dies auch in den zuständigen Gremien Europas angekommen und 1996 in die Euratom-Norm eingeflossen, die nun auch in deutsches Recht umgesetzt würde. Das dauere nun einmal alles so lange.

Das Mitglied der SSK, Professor Dr. Wolf-Ulrich Müller von der Universität Essen, (...) meinte dagegen, der Schutzwert für die Bevölkerung werde von derzeit 1,5 auf 1 Millisievert pro Jahr gesenkt. (...)

Auf Vorhaltungen des Medizinphysikers Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, bisher seien es (...) nach § 45 der Strahlenschutzverordnung aber lediglich 0,3 Millisievert und tatsächlich handele es sich also um eine Erhöhung, meinte Peinsipp, § 45 der bisherigen Strahlenschutzverordnung regele nur die Ableitungen radioaktiver Stoffe mit Luft oder Wasser. Darüber hinaus gebe es aber noch die Direktstrahlung, um die diese Belastungen bis auf 1,5 Millisievert nach § 44 der Strahlenschutzverordnung zu erhöhen gestattet sei.

Den Einwand, dass dort nur von Personen in so genannten außerbetrieblichen Überwachungsbereichen die Rede sei, einem Gebiet etwa zwischen Innen- und Außenzaun einer Atomanlage, das eingerichtet werde, weil die 0,3 Millisievert nach § 45 überschritten werden und in dem sich die allgemeine Bevölkerung gar nicht aufhalte, wollte Peinsipp nicht gelten lassen. Den außerbetrieblichen Überwachungsbereich habe man in der Neufassung abgeschafft. Küppers begrüßte es, dass der Wert von 1 Millisievert pro Jahr nun auch für die Direktstrahlung bei Castor-Transporten gelten werde. Diese Argumentation löste bei den unabhängigen Experten Empörung aus und führte zum Vorwurf der Rosstäuscherei und Irreführung der Bevölkerung. Schließlich habe der bisherige § 45 der Strahlenschutzverordnung mit seinem 0,3-Millisievert-Konzept allen Rechtskommentaren zufolge die vollständige Belastung außerhalb der Strahlenschutzbereiche geregelt und nur dort könne sich die "allgemeine Bevölkerung" aufhalten. Dabei werde sowohl die inkorporierte Radioaktivität als auch die Direktstrahlung aus den radioaktiven Ableitungen mit Luft oder Wasser erfasst.

Tatsächlich war in der Vergangenheit in allen Fachkommentaren und Erläuterungen zur Strahlenschutzverordnung der deutsche Strahlenschutzstandard mit dem sogenannten 30-Millirem-Konzept

(0,3 Millisievert) stets als deutlich besser bezeichnet worden als der internationale Standard. So heißt es etwa (...) in der Veröffentlichung des Bundesanzeigers zur Strahlenschutzverordnung 1989 (...) in der Einführung des damaligen Richters am Verwaltungsgericht Hans-Michael Veith ausdrücklich (S.27ff): "Außerhalb der Strahlenschutzbereiche in der unbeteiligten Umgebung einer Anlage oder Einrichtung, von der radioaktive Strahlung ausgeht, dürfen sich dort aufhaltende Personen auf Grund der Tätigkeit dieser Einrichtung oder Anlage keinen höheren Körperdosen als 0,3 mSv ausgesetzt sein (sog. ‚30-Millirem-Konzept` - §45 Abs.1 Strahlenschutzverordnung)."

"Außerbetriebliche Überwachungsbereiche", beschreibt Veith, "sind die sich an den Kontrollbereich oder an den betrieblichen Überwachungsbereich anschließenden Bereiche, in denen Personen bei dauerndem Aufenthalt im Kalenderjahr höhere Körperdosen als den in § 45 Abs. 1 Strahlenschutzverordnung für die Umgebung genannten Grenzwert von 0,3 mSv erhalten können. Für den außerbetrieblichen Überwachungsbereich ist lediglich vorgeschrieben, dass der Grenzwert von 1,5 mSv im Kalenderjahr nicht überschritten werden soll." Herr Peinsipp müsste das eigentlich wissen, meint dazu Veith heute, denn der habe die Verordnung ja schon damals mitformuliert.

Dabei ist das 30-Millirem-Konzept (entsprechend heute 0,3 mSv) "im Jahre 1969 durch die Fachkommission Strahlenschutz der Deutschen Atomkommission (bei dem damaligen Bundesminister für wissenschaftliche Forschung) vorgeschlagen worden". So steht es in der offiziellen Begründung der Strahlenschutzverordnung vom 3.6.1976. Die Fachkommission selbst beruft sich laut Protokoll ihrer Sitzung vom 13.10.1969 auf eine Empfehlung der Internationalen SSK vom 17.9.1965 (ICRP-9, § 86 (4)), die wiederum auf Erkenntnissen aus den frühen 60er Jahren basiert (UNSCEAR-Report 1962) beziehungsweise lediglich das wiederholt, was die ICRP bereits 1958 ausgesprochen hatte (ICRP-1, § 19 (6)). (...) Sein Ursprung liegt also schon mehr als 40 Jahre zurück und repräsentiert den damaligen Erkenntnisstand, bei dem einzig der Schutz der Keimzellen im Zentrum der Strahlenschutzüberlegungen stand. Die jetzt beabsichtigte Erhöhung der zulässigen Strahlenbelastung der Bürger von 0,3 auf 1 Millisievert bedeutet demnach, dass im BMU und in der SSK praktisch keinerlei gesundheitliche Überlegungen eine Rolle gespielt haben können.

Das Mitglied der SSK, Dr. Gerald Kirchner, Laborleiter an der Universität Bremen, bat darum, die Beibehaltung von Teilkörperdosen zu unterstützen, wie dies zwar in der Novelle bislang vorgesehen, jedoch politisch umstritten sei und wohl noch "gekippt" werde, wenn man sich nicht dafür einsetze. Zudem müssten die effektiven Dosiswerte abgesenkt werden, wenn man den bisherigen Strahlenschutzstandard beibehalten wolle. (...)

Schwangere

im Strahlenfeld

Die Diplom-Biologin Bettina Dannheim aus Bremen, Mitglied der Strahlenkommission des BUND, forderte, dass zudem auch das Tätigkeitsverbot für Schwangere in sogenannten Kontrollbereichen, den Bereichen mit den höchsten Strahlenrisiken, beibehalten werden müsse, was in der vorgelegten Neufassung der Strahlenschutzverordnung nicht mehr vorgesehen ist. Frau Dr. Sefzig vom BMU begründete die Aufhebung des Tätigkeitsverbots für Schwangere mit einem Erlebnis aus ihrer Jugendzeit. Eine Studienkollegin habe, nachdem sie schwanger geworden war, in den verbleibenden fünf Monaten bis zur Geburt ihre Diplomarbeit nicht mehr fortsetzen können, für die ein Aufenthalt im Kontrollbereich notwendig gewesen wäre. Sie habe so vor der Entscheidung gestanden, ihr Studium abzubrechen oder ihr Kind abzutreiben, was nicht zumutbar sei. Kirchner berichtete dagegen, dass die SSK mehrheitlich für eine Beibehaltung des Tätigkeitsverbots für Schwangere in Kontrollbereichen gestimmt habe, jedoch offenbar nicht gehört worden sei. Er frage sich, wie man damit umgehen wolle, wenn eine Mutter nach andauerndem Aufenthalt im Strahlenfeld des Kontrollbereichs schließlich ein behindertes Kind gebäre.

(...) Fazit: Der amtliche deutsche Strahlenschutz verharrt auf einem Wissensniveau aus der Zeit vor Beginn der Ära Kohl. Dass jetzt damit begonnen wurde, den Stillstand der Zwischenzeit aufzuholen, ist nicht erkennbar.

Thomas Dersee

Leicht überarbeitete und gekürzte Fassung aus Strahlentelex 320-321/2000 vom 4. Mai 2000, www.strahlentelex.de. Wir bedanken uns für die Überlassung des Textes.

24. B wie Brücke

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:25

Am 3. Dezember demonstrierten ca. 600 AtomkraftgegnerInnen in Pisselberg. Die BI Lüchow-Dannenberg hatte zu der Demo aufgerufen. Pisselberg liegt direkt bei der Seerauer Brücke, die derzeit für die kommenden Castortransporte nach Gorleben in Stand gesetzt wird. Mit der Fertigstellung rechnet die Bundesbahn Anfang des kommenden Jahres. Erst dann, können die in La Hague bereit stehenden Atommülltransporte auf die Reise in das Zwischenlager Gorleben geschickt werden. Trotz massiver Polizeipräsenz gelang es den Atomkraft-GegenerInnen auf die Gleise zu gelangen, und in direkter Nähe zu der Brückenbaustelle wurde mit Händen am Schotterbett der Gleise gewerkelt. Zwar kam es dabei zu leichten Auseinandersetzungen mit der Polizei, Festnahmen hat es allerdings nicht gegeben. Von Seiten der Polizei wurde aber betont, dass man vor allem auf eine "gründliche Dokumentation" gesetzt habe. Von daher ist nicht ausgeschlossen, dass es noch zu nachträglichen Anzeigen kommen könnte.

DSe

25. Ahaus oder nicht Ahaus?

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:22

Auch der Countdown für einen Castortransport aus Neckarwestheim in das Zwischenlager Ahaus läuft. Das nordrhein-westfälische Innenministerium hat bereits im November damit begonnen, die polizeilichen Maßnahmen vorzubreiten und mitgeteilt, dass es etwa fünf Monate dauern wird, bis ein Transport aus polizeilicher Sicht durchführbar ist. Daher ist mit einem tatsächlichen Castortransport nach Ahaus etwa Ende März oder Anfang April 2001 zu rechnen. Gleich sechs beladene Behälter sollen dann auf den Weg gebracht werden. Anlass für diesen Transport ist der akute Entsorgungsnotstand im AKW Neckarwestheim, das den kommenden Brennelementewechsel nur dann durchführen kann, wenn Atommüll aus den internen Lagerbecken weggeschafft werden kann. Parallel zu der Transportelösung arbeiten die Betreiber bzw. das Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) daher an der Genehmigung für ein so genanntes Interimslager auf dem AKW-Gelände. Der Erörterungstermin zu dieser Abstellfläche für den hochradioaktiven Atommüll ist bereits im November durchgeführt worden und mit einer Entscheidung des BFS wird Anfang des nächsten Jahres gerechnet. Wird die Interimslagerung zugelassen, dann könnte der geplante Castortransport nach Ahaus vorerst auf Eis gelegt werden, denn dann könnten die AKW-Betreiber aus Neckarwestheim den Müll erst mal vor der Haustür abstellen.

DSe

26. Rot-Grüner Ausstieg: PKA wird genehmigt

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:24

Das niedersächsische Umweltministerium hat Anfang Dezember angekündigt, die Genehmigung für die Inbetriebnahme der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) Gorleben möglicherweise noch in diesem Jahr zu erteilen. Der entsprechende Genehmigungsbescheid liegt jetzt fertig vor. Bevor dieser jedoch tatsächlich erlassen wird, soll der niedersächsische Landtag die Gelegenheit bekommen, sich mit der Genehmigung zu befassen. Allerdings wies Umweltminister Wolfgang Jüttner (SPD) darauf hin, dass sich am Inhalt der Genehmigung nichts ändern wird, offenbar auch deshalb, weil diese bereits mit der Bundesregierung abgestimmt sind. "Der Landtag kann das scharf rügen, uns aber nicht die Hand führen", sagte Jüttner gegenüber der Presse. Die Kosten für den Bau der PKA belaufen sich auf knapp 800 Millionen Mark.

Jüttner teilte weiter mit, dass die Betriebsgenehmigung nicht sofort vollziehbar sei. Klagen gegen die Genehmigung haben somit aufschiebende Wirkung.

Zweck der Anlage ist es, den Atommüll für die Endlagerung zu verpacken. Dieser Zweck ist jetzt auch genehmigt worden. Allerdings spricht Jüttner davon, dass die reale Nutzung der Anlage auf Grund von Absprachen mit den Betreibern vorerst auf die Reparatur von Atommüll-Behältern beschränkt bleiben solle. Mit dem Hinweis, dass es derzeit praktisch keinen Druck gäbe, die PKA in den heißen, also hochradioaktiven Betrieb zu nehmen, versuchte er, die betroffene Bevölkerung zu beruhigen. Erst wenn Atomkraftwerke stillgelegt worden seien, könnten defekte Behälter nicht mehr zur Reparatur in die Kraftwerke zurückgebracht werden. Erst dann, so der Minister, müsste die PKA ihren Betrieb wirklich aufnehmen.

Vor allem bemühte sich der Umweltminister, Argumente der BI Lüchow-Dannenberg zu entkräften, die mit der Genehmigung der PKA ein weiteres Indiz sehen, dass Gorleben auch unter der rot-grünen Bundesregierung als Endlager für hochradioaktiven Atommüll festgeschrieben werden soll. Jüttner sagte deshalb, dass die Genehmigung für den PKA-Betrieb Auflagen enthalte, nach denen die Konditionierung abgebrannter Brennelemente erst möglich sei, wenn die Bundesregierung einen Standort für ein Atommüll-Endlager benannt habe. Außerdem müsse das Bundesamt für Strahlenschutz erst noch festlegen, in welcher Weise eine solche Verpackung tatsächlich durchzuführen sei. Daher hat für Jüttner die jetzige Genehmigung nichts mit einer Festlegung auf Gorleben als Endlagerstandort zu tun.

Als einen "schwarzen Tag für das Wendland" bezeichnete die BI Lüchow-Dannenberg die Ankündigung des Umweltministers. Für eine Konditionierungsanlage gebe es in den nächsten zehn bis 20 Jahren keinen Bedarf, aber in der PKA würden demnächst kaputte Castor-Behälter stehen.

DSe

27. Strahlende Aussichten in Gorleben

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:20

Ende März oder Anfang April ist es so weit: Nach drei castorfreien Jahren soll wieder ein "Sixpack" in das Brennelement-Zwischenlager Gorleben durchgeboxt werden. Diesmal sind es sechs Behälter mit hochradioaktiven verglasten Abfällen aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe in der französischen Plutoniumschmiede La Hague.

Niedersachsens Innenminister Bartling ist sich gewiss, dass auf die Polizei ein hartes Stück Arbeit zukommt, er hofft jedoch auf ein Abflauen des Protests, dann könnte im Jahr 2001 noch ein weiterer Transport mit sechs Behältern nach Gorleben rollen. Das zumindest wird sich der Innenminister abschminken können, unser Ziel ist es, am Umfang der Proteste vor drei Jahren anzuknüpfen. Es gibt auch ein Nahziel: Der Terminplan von Bundesregierung und Betreibern muss durcheinander gebracht werden. Nur wenn wir die Gegenseite in Verlegenheit bringen, fachen wir die festgefahrene Atomausstiegsdebatte wieder an.

Völkerrechtliche Verträge für Gorleben

Natürlich steht für uns der nächste Tag X ganz oben auf der Prioritätenliste, auch wenn die Auseinandersetzung um die Anfang Dezember vom niedersächsischen Umweltministerium genehmigte Pilot-Konditionierungsanlage weiter Kraft kosten wird. Und aus dem Moratorium auf der Endlagerbaustelle muss unbedingt ein endgültiger Baustopp werden. Der anhaltende Protest und Widerstand gegen den nächsten Castortransport hat eine enorme Bedeutung. Die rot-grüne Bundesregierung will uns diesen und folgende Transporte als notwendig verkaufen: Völkerrechtliche Verträge würden die BRD zwingen, den WAA-Müll wieder zurückzunehmen, das Atomprogramm sei ein Auslaufmodell und die Wiederaufarbeitung ende in absehbarer Zeit. Wir sollen in die Ecke der ewigen Nörgler gedrängt werden, obwohl weder das eine noch das andere, was seitens der Bundesregierung behauptet wird, stimmt. Die Wiederaufarbeitung wird nicht per Atomgesetz verboten: Bis zum Juli 2005 sollen abgebrannte Brennelemente zur WAA in der Normandie bzw. ins britische Sellafield transportiert werden.

Ein Ende der Wiederaufarbeitung ist nirgendwo datiert! Dieser Entsorgungsschritt entspricht nicht einmal den Buchstaben des bisherigen Atomgesetzes, weil er - angesichts der Verseuchung der Umgebung von La Hague und Sellafield und der drastischen Volumenerhöhung des Atommülls - nicht dem Gebot der "schadlosen Verwertung" entspricht (vgl. ak 444). Das weiß auch ein Umweltminister Jürgen Trittin, der an alte Einsichten nicht mehr gern erinnert wird. Pikant ist, dass sich mittlerweile auch in Frankreich Proteste häufen, die sich gegen die Dauerlagerung des Atommülls ausländischer Kunden auf dem WAA-Gelände richten. So sah sich der französische Staatspräsident Lionel Jospin genötigt, der deutschen Seite einen präzisen, belastbaren Termin für die Ablieferung des WAA-Mülls nach Gorleben abzuringen, vorher ginge gar nichts mehr in Richtung Frankreich. Mit dem Effekt, dass in den Atomkraftwerken Philippsburg und Stade der Entsorgungsnotstand ausgebrochen ist und die Abschaltung der Reaktoren drohte. Aber nicht doch: Rot-Grün will die - jahrelang von SPD und Grünen bekämpften und verhöhnten - Entsorgungsgrundsätze aufweichen und die Lagerung von Brennelementen und in den Abkling- und Notfallbecken der Kraftwerke erlauben. Wehe, der Notfall in einem AKW tritt ein und der Reaktor muss entladen werden, dann ist nicht einmal Platz für die heiße Ware.

Käfighaltung von Atomkraftgegnern

Mittlerweile hat sich ein Junktim entwickelt, an das in dieser Weise die Architekten des sogenannten "Atomkompromisses" im Juni 2000 bestimmt nicht gedacht hatten: Die Bahnstrecke nach Dannenberg, der Umladestation für die Castoren auf dem Weg nach Gorleben, muss befahrbar sein. Dort wird fieberhaft am Wiederaufbau der Seerauer Bahnbrücke gearbeitet. Entsprechend hart sichern Polizei und BGS die Baumaßnahmen. Die Ankündigung der Polizei, durch offensive Öffentlichkeitsarbeit auf eine Deeskalation beim geplanten Castortransport nach Gorleben im Frühjahr 2001 hinzuarbeiten, ist für die Atomkraftgegner/innen völlig unglaubwürdig. Angesichts der gegenwärtigen Praxis, zur Sicherung der Castor-Eisenbahnbrücke bei Seerau/Hitzacker Betretungsverbote und ständige Personalausweiskontrollen durchzuführen, ist zu befürchten, dass das ganze repressive Instrumentarium des niedersächsischen

Polizeigesetzes zur Anwendung kommt. So hat der künftige Gesamteinsatzleiter, Polizeidirektor Hans Reime, bereits angekündigt, er würde Treckerdemos und -blockaden wie in den Jahren zuvor unterbinden wollen. Eine "Massenkäfighaltung" von Atomkraftgegnern beim nächsten Castortransport nach Gorleben sagt der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner auf einer BI-Veranstaltung voraus. Derartige mobile vergitterte Sammelzellen hatte die niedersächsische Polizei für die mögliche Ingewahrsamnahme von Expo-Gegnern angeschafft. Zu dem Instrumentarium des niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes, das im Frühjahr 2001 Anwendung finden kann, zählen auch ein "Unterbindungsgewahrsam" von potenziellen "Störern" bis zu vier Tagen.

Rolf Gössner mahnte - auf die Glaubwürdigkeit der in Berlin mitregierenden Grünen gemünzt - es werde nicht reichen, "Deeskalation zu predigen und die Stärke des Wasserwerfereinsatzes zu reduzieren". Es reiche auch vorn und hinten nicht, sich staatstragende Gedanken zu machen, denn die Bürgerinitiativen würden angesichts der zu erwartenden 160 Behälter allein aus der Wiederaufarbeitung unverändert mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams und der Kosten-Eskalation versuchen, Castortransporte zu verhindern. Aus dem Dilemma, dass der radioaktive Zerfall der Grundrechte mit jedem weiteren Polizeieinsatz vorprogrammiert sei, könne weder die SPD noch ihr grüner Koalitionspartner entlassen werden.

Wir können dieser Einschätzung nur beipflichten. Atomkraft und Demokratie beißt sich, verhält sich zueinander wie Feuer und Wasser. Die Durchsetzung der Interessen der Atomwirtschaft schreibt sich mittlerweile auch die grüne Partei auf ihre Fahnen. Ohne Unterstützung durch eine parlamentarische Opposition, aus eigener Kraft müssen wir beweisen, dass sich im Wendland und nicht nur dort die Weisheit ausgebreitet hat: Atomausstieg - alles Lüge!

Wolfgang Ehmke

28. Atomenergie von Ost nach West. Temelin ist keine tschechische Angelegenheit

Autor: Josef Pühringer · Rubrik: Tschechien · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:21

Die internationalen Auseinandersetzungen um die Inbetriebnahme des tschechischen AKWs Temelin sind in vollem Gange. Vor allem AtomkraftgegnerInnen aus Österreich leisten seit Monaten aktiv Widerstand gegen die Pläne, den nach westlichem Standard nicht genehmigungsfähigen Atomreaktor Anfang nächsten Jahres ans Netz zu schalten. Über die wesentlichen Kritikpunkte gegen die Inbetriebnahme gibt der folgende Artikel einen Überblick.

AUS des Widerstands) rechnen kann. Am 1. Dezember 2000 stellten sich tschechische Entscheidungsträger und Experten auf einem "Hearing" im österreichischen Linz den Fragen von rund 4.000 (!!) GegnerInnen aus Österreich, Tschechien und Deutschland. Aus Sicht der AKW-GegnerInnen eine Farce, da die Verantwortlichen vor allem eine geschickte Ausweichtaktik bei allen offenen Fragen praktizierten. Eine Propaganda-Veranstaltung statt Information, die sicher nicht zur Beruhigung beigetragen hat. Zu einem politischen Spitzentreffen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Schüssel und Premier Zeman kam es am 12. Dezember (parallel zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Danach soll nun eine EU-Kommission an der Bewertung der Sicherheit in Temelin beteiligt werden.

Das AKW Temelin ist eine ungeheure Altlast für die tschechische Republik aus den frühen 80er Jahren, von der selbst Premierminister Zeman noch vor seinem Amtsantritt klar festgestellt hat: "Temelin ist ein stupides Projekt". Auch Präsident Havel hat noch im Mai 1999 festgestellt: "Warum sollte ich CEZ (tschechischer Energiekonzern und Temelin-Betreiber) glauben? CEZ hat mich neun Mal belogen, ich habe keinen Grund, ihnen ein zehntes Mal zu glauben." In Temelin wurde 1986 mit dem Bau begonnen und sollte bereits 1992 mit vier Blöcken (je 1000 MWel) und Gesamtkosten von 2 Mrd. DM ans Netz gehen. Doch daraus wurde nichts. 1990 wurden 2 Blöcke ersatzlos gestrichen. 1993 beschloss die Regierung, die Fertigstellung von zwei Blöcken mit Westinghouse-Nachrüstung auf Weststandard auszuführen. Die geplante Inbetriebnahme 1994 veranschlagte neue Gesamtkosten für zwei Blöcke: 4,9 Mrd. DM. Heute soll Temelin mit Kosten knapp 6 Mrd. DM Anfang 2001 ans Netz gehen. Die Kettenreaktion in Block 1 ist seit Anfang Oktober im Gang, eine Reihe von gravierenden technischen Problemen sind mittlerweile in der physikalischen Inbetriebnahmephase aufgetreten.

Das SUJB (Staatliches Amt für Kernsicherheit, oberste staatliche "unabhängige" Nuklearaufsichtsbehörde in Prag) hat jahrelang in seinen Berichten an die tschechische Regierung gravierende Mängel am Bau und in der Bauausführung festgestellt und auch Millionenstrafen an die Betreiber bzw. ausführenden Unternehmen am Bau verhängt. Seit Jahren wird gegen CEZ (Betreiber), Genehmigungsbehörden und Aufsichtsbehörden in Tschechien prozessiert und eine intensive Anti-Atomkampagne auf allen Ebenen in Tschechien und im benachbartem Ausland geführt. Die arrogante und ignorante Atompolitik einiger weniger Verantwortlicher in Tschechien wird auf Kosten der tschechischen Bevölkerung und zu Lasten eines ganzen Staates ohne Rücksicht auf Verluste und künftige Probleme eisern durchgezogen und Europa schaut wissend zu. Österreichische, tschechische und deutsche AtomgegnerInnen forderten, unterstützt durch Blockaden an der tschechischen Grenze, einen sofortigen Baustopp für Temelin bzw. eine Nachdenkpause von mindestens einem halben Jahr (Abschaltung der Kettenreaktion und Überprüfung der Anlage durch internationale Experten bzw. Gesamt-UVP). Ihre Argumente:

- Das AKW Temelin besitzt Prototypcharakter, da es bei diesem Reaktortyp erstmals zu einer bisher nicht erprobten Verbindung westlicher und östlicher Technologie gekommen ist. Zu den Risiken, die sich aus den bekannten Mängeln der Reaktorreihe WWER 1000 ableiten, gesellen sich zusätzliche Risiken auf Grund des Technologiemixes. Das baugleiche AKW Stendal in der ehemaligen DDR ist sofort nach der Wende abgebrochen worden, weil es nicht auf deutsches Sicherheitsniveau nachgerüstet werden konnte. Die GRS (Gesellschaft für Reaktorsicherheit) bestätigt: Temelin wäre in Deutschland nicht genehmigungsfähig.

- Immer wieder hatten die Betreiber CEZ und den Regierungsverantwortlichen in Tschechien mit drohenden Engpässen in der Energieversorgung argumentiert. Dabei produziert die Tschechische Republik bereits jetzt ohne Temelin einen erheblichen Stromüberschuss. Bereits vor dem Beginn des kommerziellen Betriebes des

ersten Blocks des AKW Temelin beträgt die Überkapazität mindestens 15.000 GWh pro Jahr. Nach der Inbetriebnahme beider Blöcke des AKW Temelin würde die Überkapazität auf mindestens 26.500 GWh oder die Hälfte des tschechischen Endverbrauches ansteigen. Die Erlöse aus dem Stromverkauf am europäischen Markt, zu mehr als 90% gehen diese nach Deutschland, decken nicht einmal die Hälfte der Produktionskosten und müssen durch überhöhte Preise für tschechische Stromkunden quersubventioniert werden. Angesichts der über dem Durchschnitt des bestehenden Kraftwerkparks liegenden Produktionskosten des AKW Temelin wäre die Fertigstellung (Block 2) und Inbetriebnahme des AKW Temelin mit weiteren Milliardenverlusten verbunden. Temelin ist somit schon vor dem Beginn des kommerziellen Betriebs ökonomisch tot und wird nur durch unfreiwillige Finanzspritzen der tschechischen Stromkunden am Leben erhalten.

- Sollte Tschechien trotz der offensichtlichen ökonomischen Nachteile auf der Inbetriebnahme des AKW Temelin bestehen, so muss die Forderung nach dem "aktuellen Stand der Technik der EU-Länder", wie im Beschluss des EU-Rates vom September 1998 festgehalten, erhoben werden. Da zur Zeit keine gemeinsamen EU-Standards definiert sind, erscheint die Heranziehung deutscher Sicherheitsstandards auf Grund der geographischen Nähe als gerechtfertigt. Es wird jedoch ausdrücklich betont, dass es sich aus österreichischer Sicht um eine Mindestforderung handelt, da auch ein Atomkraftwerk mit aktuellem Stand der Technik der EU-Länder eine beträchtliche Risikoquelle darstellt. Die Atomgegner fordern daher, die Kettenreaktion in Temelin umgehend zu beenden. Das gesamte Projekt AKW Temelin muss einer internationalen Umweltverträglichkeitsprüfung nach internationalem Standard noch vor der endgültigen Inbetriebnahme unterzogen werden.

Außerdem muss eine Bewertung der Wirtschaftlichkeit der Fertigstellung und Inbetriebnahme des AKW Temelin unter besonderer Berücksichtigung der niedrigen Exporterlöse, der Arbeitsplatzverluste in Nordböhmen (ca. 20.000 Arbeitslose sind durch die Inbetriebnahme Temelins zu erwarten) sowie der Liberalisierung des Strommarktes erfolgen. Die Ergebnisse müssen der tschechischen und der internationalen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Josef Pühringer

Der Autor ist Geschäftsführer der OÖ Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr, Linz und des Centrum ENERGIE, Budweis. Weitere Informationen: www.temelin.at

29. Interimsmäßige Zwischenlösungen

Autor: Matthias Mauser · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:29

Was den AKW-Standorten Brunsbüttel und Krümel bevorsteht, wird zumindest genehmigungstechnisch im Süden bereits mit Hochdruck verfolgt: die Interimslager an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim.

Ende 1999 stellten die Stromerzeuger für 13 Standorte Anträge auf standortnahe Zwischenlager. Um die Zeit bis zur Fertigstellung entsorgungstechnisch zu überbrücken, hatte man sich in Philippsburg und Neckarwestheim etwas einfallen lassen: Auf eine betonierte Fläche stellt man im Jahr 2000 sechs Castoren ab, stülpt Fertigbaugaragen drüber und nennt dieses "Transportbereitstellungsplatz". Gleichzeitig lässt man sich einen Sixpack-Transport nach Ahaus genehmigen.

Kann dieser Transport aus irgendwelchen Gründen nicht rollen: Macht nix, die Brennelemente sind jedenfalls schon mal aus dem engen Lagerbecken draußen. Und im Jahr 2001 will man ja sowieso das Ganze auf 24 Plätze erweitern. Aus dem Transportbereitstellungsplatz soll dann ein Interimslager werden, das später durch das Zwischenlager abgelöst werden soll. Auf den Abtransport könnte dann auch verzichtet werden.

Die politische Umsetzung ähnelte im Verlauf eines Jahres einer Provinzposse in drei Teilen. Was passiert, wenn ehrenamtliche Politiker (hier: Gemeinderat Philippsburg) auf professionelle Lobbyisten und Vernebler (EnBW) und einen atomfreundlichen Bürgermeister (Jürgen Schmidt, SPD) stoßen, konnte man in einer Ratssitzung im März erleben, Thema: das gemeindliche Einverständnis zum Transportbereitstellungsplatz. Bei aufgeheizter Stimmung, nach Befangenheitsanträgen gegen zwei Räte, die bei EnBW arbeiten und nach zwei Unterbrechungen stimmten von 18 Gemeinderäten schließlich neun dafür (Freie Wähler, ein Teil der CDU) und neun (SPD, anderer Teil der CDU) gegen die Transportbereitstellung. Dieses Patt löste der Bürgermeister als Zünglein an der Waage auf und stimmte gegen seine eigene SPD-Fraktion und für den Bauantrag; Endstand also 10:9 für die Bereitstellungsfläche.

Offenbar war sich der AKW-Betreiber EnBW über den Ausgang der Entscheidung recht sicher: Denn bereits 14 Stunden nach der Entscheidung der Gemeindeversammlung trafen auf dem Gelände in Philippsburg zwei Castorbehälter ein. Zwei Tage zuvor waren sie dafür schon auf den Weg gebracht worden Doch richtige Freunde über diesen Sieg kam bei EnBW nicht auf. Denn trotz zahlreicher Versuche gelang es der Belademannschaft nicht, auch nur den ersten der sechs vorgesehenen Behälter dicht zu bekommen. Bis jetzt stehen nur Leerbehälter auf dem Bereitstellungsplatz.

Im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für das Interimslager fand im November ein Erörterungstermin für die über 5.200 Einwender statt. Fazit nach vier Tagen: Die Antworten von EnBW und Behörden waren oftmals an Plumpheit und Einfalt nur noch durch die Konzeptlosigkeit zu überbieten. Aus dem Ausweichen und Schweigen bei einfachsten Fragen war zu schließen, dass sich das EnBW über grundlegende Sachverhalte bisher keine Gedanken gemacht hatte. Ein Problem ist beispielsweise die Handhabung der Castoren im Reparaturfall. Als Irreführung der Öffentlichkeit kann man es auch nur bezeichnen, wenn zwar Fotos von spektakulären CASTOR-Tests in den Auslegungsunterlagen gezeigt werden, diese aber nichts mit den Behältern zu tun haben, die zur Lagerung zum Einsatz kommen sollen. Die verwendeten Behälter vom Typ V-19 bzw. V-52 sind nämlich bis heute keinem einzigen Falltest unterzogen worden. Deren Sicherheit ist bislang lediglich per Computer simuliert worden.

Mit einer Genehmigung für die Interimslager in Philippsburg und in Neckarwestheim wird Anfang nächsten Jahres gerechnet. In den nächsten Wochen soll in Philippsburg vom Gemeinderat auch über den baurechtlichen Teil der Genehmigung entschieden werden.

Matthias Mauser,

AK gegen das AKW Philippsburg

Infos im Internet:

http://home.t-online/home/anti-atom. Der nächste Sonntagsspaziergang findet am 14. Januar 2001 statt. Treff:

Marktplatz in Phillippsburg, 14.30 Uhr.

30. Augen auf und durch. ver.di und die Linke

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:11

Nur knapp über 60% der Delegierten stimmten auf dem Leipziger Gewerkschaftstag der ÖTV für ver.di. Innerhalb der ÖTV ist der Fusionsprozess somit zu einer handfesten organisationspolitischen Krise eskaliert, die nicht zuletzt mit dem Rücktritt von Herbert Mai als ÖTV-Vorsitzendem dokumentiert wurde. Bis zu den Gewerkschaftstagen der fünf ver.di-Gewerkschaften im März 2001 und der anschließenden Verschmelzung wird die Zitterpartie nicht beendet sein. Welche Schlussfolgerungen sich daraus - zumindest aus Sicht von Aktiven der IG Medien - für die Gewerkschaftslinke ziehen lassen, ist Thema des folgenden Beitrages.

Der ver.di-Prozess ist außer Kontrolle geraten. Alle Anstrengungen, die Kontrolle wieder herzustellen, werden - selbst wenn sie erfolgreich sind - etwas anderes hervorbringen als das visionäre Bild der elastisch-modernen Supergewerkschaft. Was in Leipzig auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV geschehen ist, hat den KritikerInnen des ver.di-Prozesses Recht gegeben, freilich mehr, als ihnen lieb sein dürfte. Denn dem offenkundigen Kontrollverlust auf Seiten der verantwortlichen Vorstände entspricht keineswegs ein Zugewinn an demokratischer Kontrolle und Mitgliedernähe des gesamten Prozesses. Was dagegen stattfindet, ist eine verstärkte Verselbstständigung der organisationspolitischen Logik. Und das Schlimme daran ist, dass der Zeitpunkt längst verstrichen ist, an dem konkrete Alternativen, die mehr als Ausstiegsszenarien sein müssten, auf der Tagesordnung standen.

In der Bilanz von drei Jahren Verhandlungen und Debatten erweist sich der ver.di-Prozess als eine self-fullfilling-prophecy. Programmatisch angetreten, um die manifeste Krise der Gewerkschaften in strategischer Hinsicht zu überwinden, hat der Prozess selbst diese Krise beschleunigt. Um die Dringlichkeit des Problems zu verdeutlichen, hier nur der Hinweis auf die handfesten Folgen: Während sich in der Bundesrepublik ein sozialer Umbau ersten Ranges vollzieht, in dem so gut wie kein Essential gewerkschaftlicher Politik unberührt bleibt, und während in dieser sozialpolitischen Auseinandersetzung die Erosion der Gewerkschaften als Mitgliederorganisationen fortschreitet, leisten es sich fünf Gewerkschaften, in kaum noch zu übersehendem Ausmaß Ressourcen für eine organisationspolitische Reform abzuziehen. Dies wirkt sich bis tief in die Niederungen der gewerkschaftlichen Mitgliederbetreuung aus.

Was ver.di die beteiligten Gewerkschaften bislang bereits politisch gekostet hat, entzieht sich jedem Controlling. Je krisenhafter der Prozess wird und je länger er sich hinzieht, desto größer werden die so genannten "Zukunftsinvestitionen". Die Frage ist schon längst nicht mehr, wie viel ver.di überhaupt neu gewinnen oder mobilisieren kann, sondern wie viel schon am traditionellen Bestand verloren worden ist.

Die Dimension der Krisenhaftigkeit des ver.di-Prozesses bleibt zumindest ehrenamtlichen Funktionären, die aktiv an diesem Prozess teilnehmen, selten verborgen. Und wer sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren auf das sog. gewerkschaftliche "Kerngeschäft" konzentrieren musste, wird dies noch dramatischer beurteilen. Das Tempo des sozialen Umbaus, die Beschleunigung von Unternehmenszergliederungen, Neugründungen usw., also das alltägliche, aber substanzielle Handgemenge, in dem sich aktive GewerkschafterInnen befinden, hält sich nicht an den Zeitplan eines Lenkungsausschusses und der Planstellenverhandlungen auf ver.di-Ebenen.

In Gewerkschaften, in denen ver.di nicht so umstritten ist wie in der ÖTV, etwa der IG Medien, drückt sich dies als Sehnsucht nach einer Rückkehr zum alltäglichen "Handwerk" aus - frei nach dem Motto: Egal, welche Strukturen wir haben werden, wir wollen endlich wieder Strukturen und Ansprechpartner haben. In der IG Medien ist heute eine Rückverwandlung in den alten Zustand kaum noch denkbar, selbst wenn das, was heute in Gestalt von ver.di auf die Aktiven zukommt, weniger Anziehungskraft hat als die alten Strukturen. Eine Rückverwandlung in den alten Zustand würde nämlich keineswegs ein Ende der organisationspolitischen Auseinandersetzungen bedeuten, im Gegenteil. Auf absehbare Zeit wäre die IG Medien zwar nicht mehr mit ver.di und der eigenen Zukunft darin beschäftigt, wohl aber mit sich selbst. Was auch immer an Rettungsplänen für den Fall eines Scheiterns von ver.di erarbeitet worden ist oder werden wird, Perspektiven für einen langen Marsch aus der Krise werden davon in keinem Fall zu erwarten sein. Ähnliches wird auch bei den anderen Gewerkschaften festzustellen sein.

1. kommt es anders, und

2. als man lenkt

Ein Krisenfaktor waren selbst die innergewerkschaftlichen Oppositionen, wie zuletzt in dramatischer Weise durch die Sperrminorität auf dem Leipziger Gewerkschaftstag der ÖTV demonstriert. In diesem Punkt ist Michael Wendl (ÖTV-Bayern) zuzustimmen, der davor warnt, mit Sperrminderheiten den Willen einer politischen Mehrheit zu blockieren. Eine solche Mehrheit auf Gewerkschaftstagen hat wahrlich wenig zu tun mit dem politischen Willen der Mitglieder, dagegen aber durchaus mit deren Unwillen. Die Oppositionen der ver.di-Gewerkschaften waren und sind völlig im Recht, dass der gesamte ver.di-Prozess über die Köpfe selbst der interessierten Mitglieder hinweggegangen ist. Sie können aber ebenso wenig für sich beanspruchen, dass ihre eigene Position auch nur annähernd zu einer demokratischen Oppositionsbewegung in der Mitgliedschaft beigetragen hat.

Ja oder Nein: Falsche Alternativen

Pro und Contra werden in der dünnen Luft der Führungsebenen ausgetragen (und zu diesen Ebenen gehören auch Gewerkschaftstage). Mitgliedern, denen es sehr wohl um Betreuung und Organisierung vor Ort geht, werden schlecht nachvollziehen können, wie Delegierte auf Gewerkschaftstagen durch eine fatale Taktik das noch verbleibende Rahmenwerk aufs Spiel setzen. So hat man jedenfalls - links wie rechts - von außen den Gewerkschaftstag der ÖTV wahrgenommen. Dass die Oppositionen dies nicht wollen, ist die eine Sache, eine ganz andere Sache ist, dass sie selbst darüber nicht entscheiden können.

Erschwerend kommt hinzu, dass man sich in der Ablehnung von ver.di zwar einig war und ist, aber keineswegs in der Begründung und auch nicht in den Alternativen. Selbst dort, wo gleich zu Beginn der Auseinandersetzungen Alternativen genannt wurden, haben diese nicht wirklich greifen können. Dies war etwa in der IG Medien der Fall. Dort hat die Opposition 1998 vorgeschlagen, Kooperationen mit verschiedenen Gewerkschaften auszubauen und in Angriff zu nehmen, dies auch als Basis für zukünftige Zusammenschlüsse. Freilich hat es selbst im Fall einer solchen konstruktiven Opposition an einer wirklich strategischen Perspektive gefehlt. Entsprechend leicht fiel es dann den ver.di-Berfürwortern, der Opposition pauschal "Alternativlosigkeit" vorzuwerfen. Heute hat sich das Blatt schon halb gewendet. Beim Bielefelder IG Medien-Gewerkschaftstag im November 2000 mussten ausgerechnet Delegierte aus den Reihen der ver.di-KritikerInnen anmahnen, mit einem möglichen Scheitern von ver.di nicht auch die bereits vorhandenen Kooperationen aufs Spiel zu setzen.

Tatsächlich sind ja derartige Kooperationen vorhanden, und zwar auf unterschiedlichsten Ebenen. Zum einen haben in verschiedenen Regionen nicht wenige aktive Mitglieder und ehrenamtliche Funktionäre die für Fusionen typische Erfahrung gemacht, wie angenehm es sein kann, die einzelgewerkschaftliche Abschottung zu überwinden. Zum anderen gibt es ältere wie neuere Kooperationsprojekte - etwa im Bereich der "neuen Branchen" -, die zwar auch ohne ver.di hätten zu Stande kommen können, deren Fortbestand mit einem Scheitern von ver.di aber gefährdet sein dürfte.

Vieles an dem, was heute als erste positive Erfahrungen auch von Seiten ehrenamtlicher Funktionäre und aktiver Mitglieder gemeldet wird, ist schlicht der Tatsache geschuldet, über den eigenen Tellerrand hinaus geschaut zu haben. Die bisherigen Erfahrungen mit Fusionen zeigen freilich, dass dies meistens ein zeitlich begrenztes Erfolgserlebnis ist, das später von der Binnenlogik der reinen Facharbeit verdrängt wird. Doch dies ändert nichts daran, dass gerade die ver.di-KritikerInnen diese positiven Erfahrungen stärken müssen, um einer späteren Aufspaltung innerhalb der Gesamtorganisation entgegen zu wirken.

Wie wenig sich ver.di für einen Streit zwischen rechts und links oder "Gegenmacht oder Co-Managament" eignet, lässt sich an den Positionen der Gewerkschaftslinken festmachen. Im Netzwerk der Gewerkschaftslinken ist die Diskussion nicht geführt worden, maßgebliche Vertreter des Netzwerkes sind allerdings ProtagonistInnen im innerorganisatorischen Streit um ver.di. Auch hier teilen sich die Positionen und ProtagonistInnen auf alle denkbaren Varianten auf, wobei sich nicht nur Unterschiede hinsichtlich des Für und Wider ergeben, sondern auch in den jeweiligen Begründungen.

Und immer wieder:

What's left?

Versuche, so etwas wie eine "ver.di-Linke" zu konstituieren, sind bislang wenig erfolgreich gewesen. Es gab oder gibt weder eine gemeinsame Konzeption von Alternativen zu ver.di noch Überlegungen für oder innerhalb von ver.di. Daran aber muss gearbeitet werden, je früher, desto besser. Voraussetzung ist freilich, dass man sich nicht in der Binnenlogik der eigenen Organisation erschöpft oder nur eine allgemeine programmatische Diskussion führt, die ja weit über ver.di hinaus greift und letztlich bereits mit dem Netzwerk der Gewerkschaftslinken in Gang gekommen ist.

Es fehlt eine Vermittlung zwischen den Diskussionen im Netzwerk mit der alltäglichen und organisationspolitischen Praxis "vor Ort". Um dies am elendigen Streit über Vorrang von Ebenen und Fachbereichen deutlich zu machen: Es geht nicht um Vorrang von Ebene oder Fachbereich, die Linke muss sich darum kümmern, dass die gesellschaftspolitischen Inhalte in den "Niederungen" des Alltags von Fachbereichen und Fachgruppen konkret werden. Gerade mit den jetzt erreichten Vernetzungsansätzen könnte die Gewerkschaftslinke ein Gegengewicht bilden sowohl zur branchenbornierten Verselbstständigung als auch zu einer Programmdiskussion und Antragspolitik, die möglicherweise Abstimmungsmehrheiten schafft, aber sich um Umsetzungen in praktische Handlungen nicht schert.

Von Seiten ihrer Propagandisten ist ver.di gern als "Prozess" vorgestellt worden, im Sinne eines selbstlernenden Organismus, als Hyperkybernetik einer Höheren Intelligenz, die alles mit allem verbindet und dabei auch noch transparent macht. Die Energie, die ver.di mittlerweile zeigt, deutet bislang eher auf die Existenz eines Schwarzen Lochs hin, das jede Menge Kraft von einer ganzen Galaxie abzieht, nicht aber auf die Super Nova eines neu geborenen Sternenkranzes. Wie bislang wird ver.di auch in Zukunft ein "Prozess" sein, freilich keine prozessierende Krisenlösung, sondern eine prozessierende Krise. Das festzustellen und dennoch für Handlungsräume und -möglichkeiten zu kämpfen, ist ein Widerspruch in der Wirklichkeit; sich diesem Widerspruch nicht zu stellen, verdammt zur Alternativlosigkeit.

Sollte ver.di zu Stande kommen, werden die bislang zwischen und in den Einzelgewerkschaften aufgetretenen Streitfragen möglicherweise schneller als erwartet gegenstandslos werden. Dafür werden ganz andere Konflikte potenziert an die Oberfläche treten. Ob verharmlost, verschwiegen oder schlicht nicht erkannt: an solchen Konfliktherden mangelt es bereits heute nicht. Wenn sich sowohl die Linken wie die bisherigen Oppositionen in diesen Streitfragen ebenso verhalten wie bisher, werden sie mehr und mehr Teil und nicht Lösung der Krise werden. Dies kann man sich ganz konkret am Beispiel von Konkurrenzsituationen innerhalb von ver.di und zwischen ver.di und anderen Gewerkschaften vorstellen. Ob dort Linke zum Beispiel Protagonisten der Konkurrenz oder ihrer gegenseitigen Aufhebung werden, ist dann viel entscheidender als die Antwort auf die Frage, ob sie 1998, 1999, 2000 oder 2001 für oder gegen ver.di waren.

Der innergewerkschaftliche Kampf für oder gegen ver.di ist jedenfalls nicht der Kampf, der in den nächsten Jahren für mehr selbsttätige gewerkschaftliche, branchenübergreifende Bewegungen geführt werden muss. Es wird Zeit, dass sich die Linken in den ver.di-Gewerkschaften auf einen Diskussions- und Arbeitszusammenhang als ver.di-Linke verständigen.

Martin Dieckmann

Der Autor ist stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Gruner&Jahr und demnächst Sekretär beim Hauptvorstand der IG Medien. Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in express.

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Alltag der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Nachrichten aus der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:12

Nachrichten aus der bezahlten

und unbezahlten Arbeit

Keine Dildos unterm Weihnachtsbaum

Noch am 30. November konnte der Vorstand des Beate Uhse-Konzerns seinen Aktionären von respektablen Gewinnsteigerungen und Umsätzen im Umfang von 300 Mio. DM berichten. Drei Tage später war das Weihnachtsgeschäft ernsthaft gefährdet. Die Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft HBV waren gescheitert, die Gewerkschaft hatte die Konzernvorschläge für einen Haustarif und einen Sozialplan im Falle betriebsbedingter Kündigungen abgelehnt und zum Streik aufgerufen. Gewerkschaft und Betriebsrat hatten insbesondere eine Anhebung des tariflichen Mindestlohns für alle Beschäftigten um einen Festbetrag von 240 DM gefordert.

Die Tarifverhandlungen betrafen 500 von insgesamt 750 Beschäftigten des europaweit agierenden Porno-Multis, darunter auch die 200 Angestellten der Versandabteilung in Flensburg. Angesichts der Konzern-Pläne, die Logistik und den Versand in die Niederlande zu verlagern, war hier die Unruhe besonders groß. Und in der Tat waren es ca. 80 Beschäftigte aus der Logistik, die am Morgen des 4. Dezember den Versand in Flensburg lahm legten. Der Streik umfasste neben dem Versand auch die für das anrollende Weihnachtsgeschäft hochsensiblen Abteilungen Warenein- und ausgang. Bereits wenige Stunden nach Streikbeginn stapelten sich in Flensburg 15.000 Sendungen.

Die Streikenden hatten offenbar einen empfindlichen Nerv getroffen. Schon am Nachmittag des 5. Dezember erklärte sich die Geschäftsführung zu neuen Verhandlungen bereit. Und am 7. Dezember wurde der Streik beendet. Die Beschäftigten erhalten zwischen 210 DM und 310 DM mehr Geld, das entspricht prozentualen Lohnerhöhungen zwischen 6% und 12%. Außerdem verzichtet der Konzern im Falle der Verlagerung von Betriebsteilen auf betriebsbedingte Kündigungen. Den betroffenen KollegInnen werden Ersatzarbeitsplätze zugesagt.

(FAZ, taz, Hamburger Morgenpost)

Wenn Kurse fallen...

"Wir haben keine Gewerkschaft, und wir brauchen sie auch wirklich nicht. Jeder Angestellte ist ein Eigentümer, denn er besitzt Aktienanteile und kann jederzeit Fragen und Sorgen zu seinem Arbeitsplatz ansprechen." Die das sagt, ist Patty Smith, Sprecherin des elektronischen Multimedia-Versandhauses Amazon, dem Shooting Star im E-Commerce. Frau Smith reagierte damit auf die jüngsten Organisierungsversuche bei Amazon. Im November haben 400 der 1.500 Kundendienst-MitarbeiterInnen in Seattle die Gruppe Day2@amazon.com gegründet. Sie werden von WashTech unterstützt, die im Auftrag der Gewerkschaft CWA (Communications Workers of America) die New-Economy- und HighTech-Firmen im Raum Seattle organisiert. Gleichzeitig bemühen sich die United Food and Commercial Workers Union und der gewerkschaftsnahe Prewitt Organizing Fund um die Organisierung der 5.000 ArbeiterInnen in den acht Verteilungszentren von Amazon.

Die neuen Organisierungsversuche hängen mit den Kurseinbrüchen bei den neuen IT-Aktien zusammen, von denen auch Amazon betroffen ist. Von 100 US-$ vor einem Jahr ist der Wert der Amazon-Aktie inzwischen auf 30 $ gefallen und hat damit wieder sein Niveau von 1998 erreicht. Für die Beschäftigten bei Amazon bedeutet dieser Kursverlust unmittelbare Einkommensverluste. Bisher hatten die hoch qualifizierten Service-Beschäftigten die für das teure Pflaster Seattle vergleichsweise niedrigen Löhne von 11 bis 15 $ in der Stunde (24-33 DM) akzeptiert, weil sie statt dessen Optionen auf die Firmenaktien bekommen hatten; ein riskanter und wertloser Tausch, wie sich jetzt zeigt. Dazu kommt, dass Amazon seinen ArbeiterInnen untersagt, diese Aktien jederzeit einzulösen.

Aber auch mit anderen Punkten sind die Amazon-Beschäftigten unzufrieden, etwa den rigiden Arbeitszeitvorgaben, den mangelnden Karriere- und Aufstiegschancen, der langen Arbeitszeit (regelmäßig mehr als 50 Stunden), den obligatorischen unbezahlten Überstunden oder den ungenügenden Sozialversicherungsleistungen der Firma. Außerdem sind die Beschäftigten mit den ganz normalen unternehmerischen Verhaltensweisen zur Profitsteigerung konfrontiert: Auslagerungen nach Indien, wo die Arbeitskraft nur 10 DM am Tag kostet oder fristlose Kündigungen, etwa im Januar von 250 Angestellten, eine halbe Stunde nach Arbeitsbeginn.

Amazon reagiert empfindlich und rüde auf die gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen. Auf der internen Web-Seite werden leitende Angestellte auf Anzeichen aufmerksam gemacht, die auf Organisierungstätigkeiten hindeuten: "kleine Gruppen von Arbeitern, die zusammenstehen und schweigend auseinander gehen, wenn ein Aufseher kommt". Andere verdächtige Indizien sind "größere Aggressivität", "längeres Verweilen in der Kantine oder der Toilette" oder "schlechte Qualität der Arbeit". Gewerkschaften seien "raffgierige, profitorientierte Unternehmen", so Amazon. Die "Teilhaber" sollten daher lieber direkt mit der Firmenleitung verhandeln anstatt über eine "betriebsfremde Agentur".

(taz, labournet.de, Washtech.org)

... und Preise steigen

Auch wenn sie immer seltener den langen Weg in die Schlagzeilen der bürgerlichen Metropolen-Medien schaffen: Es gibt sie noch, die Hungerrevolten oder "IWF-Unruhen" in den Staaten der sog. "Dritten Welt". So etwa Ende Oktober in Zimbabwe. Ausgehend von den Armensiedlungen der Hauptstadt Harare erfassten die gewalttätigen Auseinandersetzungen trotz massiven Militäreinsatzes weitere Vororte im Süden der Hauptstadt. Aufgebrachte DemonstrantInnen verbarrikadierten die wichtigste Verbindungsstraße nach Süden, Polizei und Militär setzten Tränengas ein, auch aus Hubschraubern wurden Tränengasgranaten abgeworfen.

Auslöser der Aufstände war die Preiserhöhung bei Zucker und Brot um rund 30%. Auch die Preise für Treibstoff und Paraffin waren in den vergangenen Monaten mehrfach drastisch erhöht worden. Der hohe Ölpreis und die notorische Benzinknappheit haben inzwischen dazu geführt, dass einE ArbeiterIn durchschnittlich 30% des Lohns nur für Transportkosten aufbringen muss. Fast 80% der Bevölkerung in Zimbabwe leben mittlerweile unter der Armutsgrenze.

Generalstreik, die Dritte

Eine andere Form des IWF-Protestes wird in Argentinien schon beinahe institutionalisiert betrieben: der Generalstreik. Zum dritten Mal in diesem Jahr legten Millionen von ArgentinierInnen die Arbeit nieder aus Protest gegen das Austerität-Programm der Regierung de la Rua. De la Rua hatte Ende November einen fünfjährigen Stopp aller öffentlichen Ausgaben angekündigt, verbunden mit einer Erhöhung des Renteneintrittalters und einer Kürzung von Pensionen und Renten.

Der Generalstreik vom 23. und 24. November brachte die gesamte Wirtschaft des Landes zum Erliegen. Straßen und Autobahnen wurden blockiert, teilweise brennende Barrikaden errichtet, Schulen, Banken, Transport und andere Wirtschaftszweige waren völlig lahm gelegt. Selbst die Spiele der nationalen Fußballliga mussten ausgesetzt werden. Etliche Gewerkschaften weigerten sich, einer Regierungsanordnung zur Aufrechterhaltung von "Notdiensten" nachzukommen.

In der Provinz Chaco forderte der Streik ein Todesopfer, als ein Motorradfahrer eine Straßenblockade durchbrechen wollte und dabei einen Streikenden erschoss. In Neuquen im Süden des Landes kam es zu Plünderungen. Ein Polizist wurde dabei verletzt. Insgesamt berichtet das Innenministerium von 34 Festnahmen im Zusammenhang mit den Streikaktivitäten.

(labournet.de)

Mobbing unter dem Stern

Wie der Weltkonzern DaimlerChrysler mit kranken ArbeiterInnen umgeht, zeigt folgender Leserbrief, der in der Dezember-Ausgabe des Kollegeninfo, der Belegschaftszeitung bei DaimlerChrysler in Bremen, veröffentlicht wurde: "Es verging nicht einmal ein Tag, als ich krank war, da wurde mir ein Brief vom Personalbüro persönlich durch einen Kurier, der mit einem ‚dicken` Mercedes vor meiner Haustür stand, übergeben. Mit den Worten

‚Ich habe eine schlechte Nachricht für Sie` wurde mir der Brief in solch lautem Ton gegeben, dass am nächsten Tag das ganze Dorf wusste, was mit mir los ist. Im Brief selber wurde ich ... aufgefordert, ins Personalbüro zu kommen. Erstens war ich gar nicht in der Lage, nach Bremen zu fahren, und zweitens bin ich nicht verpflichtet hinzufahren, wenn ich krank bin. Das habe ich auch meinem Personalbetreuer mitgeteilt. (...) Am zweiten Tag meiner Krankheit kam wieder ein Brief vom Personalbüro, diesmal auf dem Postweg. Der Inhalt war der gleiche, nur von einem anderen Personalbetreuer. (...) Weil es mir immer schlechter statt besser ging, habe ich daraufhin den Betriebsrat eingeschaltet, bevor sich noch ein dritter Personalbetreuer auf den Weg nach Bremerhaven macht. Dann war es endlich vorbei mit den Briefen, und ich konnte in Ruhe meine Krankheit auskurieren.

Gerade wieder gesund zur Firma, ich hatte kaum meinen Blaumann an, da saß ich auch schon im Personalbüro ... Gesagt wurde mir, dass ich in der Hitliste der Kranken zu den Top Ten der Halle 8 gehöre. Was mir alles unterstellt worden ist, möchte ich hier nicht wiedergeben, denn es ging unter die Gürtellinie. Nachdem das Gespräch beendet war ..., fühlte ich mich wie ein Schwerverbrecher ... Dieses systematische Niedermachen ist für mich nichts anderes als modernes Mobbing gegen kranke Arbeiter. All dies zeigt mal wieder, dass wir nur eine ‚Nummer` unter vielen Tausenden sind, und wenn die ‚Nummer` ihre Arbeit getan hat, gibt es einen A...tritt und raus. (...) Ich möchte zu gerne mal einen von den hohen Herren bei uns am Nahtband arbeiten sehen. Dann haben die mit Sicherheit keine Zeit mehr, neunmalklug zu reden, geschweige denn eine Hitliste aufzustellen oder Kuriere rauszuschicken. Dann können die sich freuen, wenn sie eine gesunde Blase haben, um in der 5-Minuten-Pause schnell mal pinkeln zu gehen. In einem Dialog wurde vorgeschlagen, bei uns am Nahtband Dixi-Klos aufzustellen und jedem Mitarbeiter eine Eisenkugel ans Bein zu ketten, denn von unserer Gruppenarbeit bzw. von den ‚Freiräumen`, die wir mal hatten, ist mit der Einführung der neuen C-Klasse nichts geblieben ..."

(labournet.de)

32. Russlands informelle Ökonomie. Kai Ehlers im Gespräch mit dem Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Teodor Schanin

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:01

An der Hochschule für Soziologie und Wirtschaft in Moskau konzentriert sich die empirische Forschung auf die Formen und Funktionsweisen nachsowjetischer Wirtschaft. Für den Rektor der Hochschule, den Wirtschaftswissenschaftler Teodor Schanin, steht dabei die informelle oder "extrapolare" Ökonomie im Zentrum des Interesses. Sie sorge dafür, dass die Bevölkerung - trotz Dauerkrise und gigantischer Rückgänge der Produktion - nicht hungert. Das Gespräch mit Teodor Schanin führte Kai Ehlers im Herbst dieses Jahres in Moskau.

Kai Ehlers: Herr Schanin, Sie haben soeben das Buch "Informelle Ökonomie in Russland" veröffentlicht. Was ist "informelle Ökonomie?"

Teodor Schanin: In den letzten Jahrzehnten wurde deutlich, dass es Formen der Wirtschaft gibt, die nicht kapitalistisch, aber auch nicht vor-kapitalistisch sind, ebenso wenig sozialistisch oder staatsdirigistisch. Diese Problematik wurde zuerst in der Dritten Welt bemerkt, um genau zu sein, in Ghana, und bald wurde klar, dass es ähnliche Wirtschaftsformen nicht nur in Ghana, nicht nur in ganz Afrika, sondern in allen Ländern der Dritten Welt gibt. Italienische Forscher fanden es schließlich auch in der Wirtschaft Italiens. Das Konzept und die Tatsache von informeller Wirtschaft ist entscheidend für jedes Verstehen dafür, wie reale Wirtschaft überall in der Welt funktioniert.

Reale Wirtschaft? Ist damit dasselbe gemeint wie mit "informelle Wirtschaft"?

Der Unterschied zwischen realer Wirtschaft und der Wirtschaft der Ökonomen besteht darin, dass es viele Tatsachen im wirtschaftlichen Leben der Menschen gibt, die außerhalb der Parameter der Ökonomen liegen. Es gibt im Bereich der Wirtschaft einige Dinge, die nicht rein ökonomisch sind. Wirtschaft ist immer auch eine soziale und kulturelle Sache.

Wie sind Sie selbst auf die "informelle Ökonomie" gestoßen? Haben Sie sie in Russland gefunden?

Die fundamentalen Untersuchungen, die ich gemacht habe, sind nicht russische Bauernstudien, sondern Studien über die bäuerlichen Wirtschaften in der Dritten Welt. An ihnen wurde mir zunächst klar, dass diese Wirtschaftsformen nicht einfach zurückgebliebene Form sind, die verschwinden. Durch meine Bauernstudien kam ich zu der Erkenntnis, dass sich die sozial-wirtschaftlichen Besonderheiten, die sich in der Bauernschaft zeigen, in industrialisierten Welten wiederholen - auch in Russland.

Was ist "reale Wirtschaft" in Russland?

Man muss mit einem Paradoxon beginnen; das Paradoxon liegt in der sozialen und wirtschaftlichen Existenz der Mehrheit Russlands: Nach den meisten offiziellen Statistiken ist die Produktion innerhalb von zehn Jahren auf die Hälfte gesunken. In der Landwirtschaft ist es sogar noch schlimmer. Der Niedergang ging einher mit einer Polarisierung: Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Unter solchen Bedingungen müsste theoretisch gesehen die Hälfte der russischen Bevölkerung hungern, die Versorgung in den meisten russischen Provinzen müsste zerstört sein, die Kinder müssten barfuß laufen, ohne Schulunterricht etc. Wenn Sie aber hinkommen - nicht nach Moskau, das ist eine Insel - sondern in die Provinzen, dann sehen Sie: Es funktioniert das soziale System; die Schulen arbeiten, sie arbeiten mit unterbezahlten oder ganz unbezahlten Lehrern, aber sie arbeiten; die Polizei operiert, sie operiert nicht gut, und sie ist korrupt, aber sie arbeitet; alle Dienste funktionieren, und es gibt keine Anzeichen von Hunger - und Hunger ist nun einmal eines der wenigen Dinge, die extrem schwierig zu verstecken sind. Es ist klar, dass man in jeder Gesellschaft einen gewissen Prozentsatz von marginalisierten Menschen findet, Paupers. In den Straßen von New York kann jeder, der Augen hat, sie sehen. Diese Armen sind ein Problem, aber Fakt ist, dass diese russische Gesellschaft nach dem, was wir durch offizielle Statistiken wissen, in einem viel schlechteren sozial-wirtschaftlichen Zustand sein müsste, als sie es tatsächlich ist. Die einzige Erklärung dafür ist, dass es da eine Komponente gibt, die in unserer Analyse fehlt.

Diese Komponente ist das, was als informelle Wirtschaft definiert wurde. Das ist eine Wirtschaft, die nach anderen Prinzipien arbeitet als die kapitalistische und auch als die Staatswirtschaft, eine Wirtschaft, deren Ziel eher im Überleben besteht als in der Akkumulation von Kapital, eher in der Maximierung des Nutzens der Arbeit als in der Maximierung von Profit. Es ist ein System, in dem die Durchsetzung von Verträgen, die in normalen kapitalistischen Ländern durch Gesetz, Gerichte und Polizei vollzogen wird, ganz anders vor sich geht, etwa über Loyalitäten innerhalb der Familie, über Gefühle der Verantwortung gegenüber der ethnischen Gemeinschaft: "Ein Asari benimmt sich nicht so!" oder so ähnlich. Die ganze Logik des Funktionierens ist eine andere.

Ihre Kollegin Frau Saslawskaja hat in einem ihrer Bücher von Anfang der 90er Jahre geschrieben, dass es sich bei der russischen, damals noch sowjetischen, Wirtschaft um etwas Undefinierbares handele, was man am besten mit dem Wort "Beziehungswirtschaft" umschreiben könne, Tenor: Ich gebe, du gibst, ich merke mir das usw. Man hat ein moralisches Konto, sozusagen. Ist es das?

Ja, genau.

Wo liegen die Ursprünge dafür?

Tatsächlich existierte informelle Wirtschaft schon in der Sowjetunion und davor schon in Russland. Sie hatte unterschiedliche Namen, und sie hatte unterschiedliche Formen. Jeder Russe kennt "Blat", Beziehungen. Es gab ein russisches Sprichwort, sehr wichtig: "Blat wische Sownarkoma", Beziehungen stehen über dem obersten Rat der Volkskommissare. Die alltägliche Macht auf dem Land ist "Blat", hieß das, nicht der "Sownarkom". "Blat" ist der informelle Weg, wirtschaftliche Probleme außerhalb der offiziellen Wege zu lösen. Das ist eine Sache, welche die sowjetische Regierung niemals akzeptiert hat: Ohne "Blat" wäre sie kollabiert, denn "Blat" hat in der Tat sehr viele Probleme gelöst, so wie informelle Wirtschaft sehr viele Probleme löst. Es ist eine Methode, ein ganzes System von Methoden, dringende Probleme zu lösen, um das Leben für Menschen erträglich zu machen, die andernfalls hungern würden.

Was ist die Natur von "Blat"?

Wirtschaftliche Gefälligkeit. Man tauscht nicht Waren, man tauscht Gefälligkeiten: Ich bin Kartenverkäufer im Theater. Ich bin dir gefällig, Karten zu bekommen, du hilfst mir, meine Tochter in die Universität zu hieven, in die sie gehen möchte. Es ist oft sehr viel komplizierter, es ist natürlich nicht nur gegenseitige Gefälligkeit zwischen zwei Menschen, es ist oft ein System von gegenseitiger Gefälligkeit zwischen Dutzenden von Menschen, von denen jeder irgendetwas an jeden gibt. Die ganze Gesellschaft funktioniert so. Es gab sogar eine spezielle Bezeichnung "Tolkatsch", deutsch vielleicht: Schieber, für den Menschen, der "Blat" benutzte, um die Fabrik zum Arbeiten zu bringen. Die russische Industrie würde ohne das noch viel tiefer sinken. Das ist reale Wirtschaft, das war nirgendwo in der Verfassung geschrieben, aber es gab nicht einen Direktor, der effektiv gewesen wäre, ohne dieses System zu benutzen, denn es gab überhaupt keinen anderen Weg.

So war es in der Sowjetzeit! Heute ist es unterschiedlich. Ein großer Anteil des "Blat" hat sich in Geldaustausch verwandelt; an die Stelle von "Blat" ist Bestechung getreten. So bringen unterschiedliche Systeme unterschiedliche Formen der informellen Wirtschaft hervor. Aber informelle Wirtschaft wurde nicht durch die russische Krise geschaffen und wird nicht verschwinden, wenn sie zu Ende ist.

Im Übrigen ziehe ich es vor, das Ganze nicht "informelle Wirtschaft" zu nennen. Mein Begriff ist "extrapolare Wirtschaft": Ich sage es so: Die meisten Wirtschaftsweisen, die wir kennen, basieren auf zwei Modellen; das eine ist das der kapitalistischen Wirtschaft, Markt usw. Zur Zeit leben wir in einer Phase, in der die Krise der Staatswirtschaft eine Wirtschaft des freien Marktes fördert, aber in einer ganzen Reihe von Ländern kann man bereits eine Rückbewegung beobachten. So hat man Pole und Pendel als ein Modell. Mein Punkt ist, dass der größte Teil der realen Wirtschaft wirklicher Menschen außerhalb dieser Pole, außerhalb dieses Pendels und außerhalb dieser Skalen verläuft.

Es sind Methoden jenseits der bekannten Modelle. Kann man sie dennoch definieren?

Es ist eine eigene Wirtschaftsweise wie der Kapitalismus, wie der Sozialismus oder wie Staatswirtschaft oder wie Feudalismus. Die reale Wirtschaft ist eine Mischung von Modellen. Es ist aber auch nicht eine einfache, zufällige Mischung, es ist eine symbiotische Mischung, eine Art Überlebensmethode. Die Tatsache der symbiotischen Beziehung ist vermutlich zentral für unser Verstehen.

Was mich in Russland am meisten überrascht hat, war die Erkenntnis, dass in der sowjetischen, aber auch in der heutigen russischen Gesellschaft nur ein kleiner Teil der Wirtschaftsbeziehungen über Geld abläuft.

Nur ein kleiner Teil läuft voll über Geld, alles andere läuft nur teilweise über Geld. Richtig. Die Beziehungen sind informell, zum Teil sogar illegal, aber das Wesen der Sache ist natürlich nicht, dass sie illegal, sondern dass sie in einer anderen Weise organisiert sind. Es ist ja nicht so, dass die Menschen tun, was ihnen gerade einfällt. Ihre Beziehungen sind sehr gut organisiert.

Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach der kulturelle Faktor für die informelle bzw. extrapolare Wirtschaftsweise?

Das hängt davon ab, was man unter Kultur versteht. Wenn Kultur in den Werten besteht, nach denen Menschen leben, dann spielt sie selbstverständlich eine sehr große Rolle. Es ist die Beziehung, die durch Werte definiert ist, durch Konzeptionen von Ästhetik, von Eigentum, durch die Art, wie verschiedene Gruppen von Menschen in demselben Raum zusammenleben, wie sie gemeinsam zu handeln beginnen - das ist eben Kultur. Die jeweilige Art des Wirtschaftens wird durch kulturelle Muster verstärkt. In einer Gesellschaft, die streng familistisch ist, in der die Familie also einen extrem hohen Wert besitzt, läuft es so, in Gesellschaften, die sehr viel individualistischer sind, läuft es anders. In Russland gibt es ethnische Gruppen, nicht slawische Russen, die nach familistischen Prinzipien organisiert sind. Wenn jemand dazukommt, der kein Verwandter ist, dann wird er zum Verwandten gemacht: Entweder man heiratet ihn, oder er wird zum Verwandten definiert: "Er ist wie ein Neffe für mich", sagen die Menschen, "er ist wie ein Bruder für mich." Was tun sie? Sie nehmen ihr kulturelles Modell und packen die Dinge dort hinein. Das hilft ihnen, ihre informellen Beziehungen zu definieren.

Russlands Geschichte ist geprägt durch besondere Gemeinschaftsstrukturen, die von der russischen Dorfgemeinschaft der zaristischen Gesellschaft, russisch: Obschtschina, zu Sowchosen, Kolchosen und Betriebsgemeinschaften der Sowjetzeit führten. Welche Rolle spielen diese Strukturen Ihrer Ansicht nach für die von Ihnen beschriebenen extrapolaren Verhältnisse in Russland heute?

Die Konzeption der Obschtschina differiert sehr stark, und sie bedeutet Unterschiedliches für unterschiedliche Leute. Man muss erst einmal definieren, was das ist. Wenn man von der Obschtschina spricht, die es im 19. Jahrhundert in Russland gab, dann war sie ein System, das gut für die Bauern war, indem es sie in einer Situation, in der es extrem schwierig war, ohne die Hilfe des Nachbarn zu überleben, gegen hohe Risiken der Landwirtschaft schützte. Auf der anderen Seite hatte die Obschtschina die Funktion für die Regierung, ihre Macht ohne allzu große bürokratische Strukturen auszuweiten. Ohne jemanden vor Ort haben zu müssen, reichte es aus, dem Dorf den Befehl zu geben, Rekruten für die Armee zu stellen oder Steuern zu zahlen. Man brauchte keinen Beamten zu schicken. Das machten alles die Bauern selbst. Die Elite wiederum konnte das Dorf verlassen und unterwegs sein. So war die Obschtschina in zweierlei Hinsicht effektiv: Sie diente den Bedürfnissen der Bauern, und sie diente den Bedürfnissen der Regierung. Auf diese Weise schaffte sie Stabilität.

Heute benutzen die Russen das Wort Obschtschina in der Bedeutung von Gemeinde. Wenn Obschtschina nur Gemeinde heißt, dann ist jedes Dorf eine Obschtschina, wenn es das Instrument von gegenseitiger Unterstützung, und gemeinsamem Besitz von Land und der immer wieder vorgenommenen Neuaufteilung von Land nach dem Prinzip der Gerechtigkeit bezeichnen soll, was es vor ihrer Verstaatlichung durch Stalin war, dann existiert sie nicht mehr.

Aber es gibt doch auch heute starke Tendenzen, die Tradition der Obschtschina zu beleben.

Ja, es gibt keinen Zweifel, dass sie in einigen Gebieten noch lebt. Meine eigenen Studien in Kuban zeigen, dass die Kommunen in den dortigen kosakischen Regionen sehr stark sind und starken Einfluss auf ihre Mitglieder nehmen. Sie existieren in der Form der lokalen Kolchosen, also der kollektiven Bauernwirtschaften. Das ist die Form, welche die Obschtschina gegenwärtig annimmt. Das nennt sich meist nicht Kolchose, sondern Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Genossenschafts-Dorf. Es macht keinen Unterschied, es ist exakt dasselbe. So etwas entwickelt sich teils wegen der Krise so, teils wegen der demographischen Situation, dass nur noch alte Leute im Dorf sind. Als Einheit der gegenseitigen Hilfe ist die Obschtschina jedoch gestorben.

Ist die extrapolare Ökonomie in Russland Ausdruck der besonderen Geschichte Russlands? Eine andere Art der Globalisierung?

Ja, ich glaube, dass Globalisierung gleichbedeutend mit mehr und mehr informellen Wirtschaftsräumen ist. Zweifellos gibt es ein Wachstum globaler Verbindungen; ebenso zweifellos bringt dieser Prozess aber auch Nachteile für mehr als die Hälfte der Menschheit. Die informellen Wirtschaften sind kein Produkt der Globalisierung, aber die Globalisierung fördert sie, weil sie Polarisierungen zwischen Arm und Reich beschleunigt. Informelle Wirtschaftsräume entstehen wie Inseln im Prozess der Globalisierung! Die Zahl dieser Inseln nimmt zu und wird weiter zunehmen.

Herr Schanin, wenn Sie in Russland so sprechen - hört Ihnen die Regierung Ihres Landes dann zu? Hören Ihnen westliche Ohren zu?

Ganz klar: Die russische Regierung hört nicht zu, genauer, sie hört in einer sehr merkwürdigen Weise zu: Für sie ist die Entdeckung der extrapolaren Wirtschaft nur ein neues Feld, auf dem sie Steuern eintreiben kann. Auch der Internationale Währungsfonds, hauptsächlicher ausländischer Ratgeber für die russische Regierung, ist an diesem Thema nicht interessiert. Der IWF ist vollauf damit beschäftigt, kapitalistische Strukturen in Russland zu etablieren.

Die lokale Elite wiederum ist nicht interessiert an extrapolaren Mechanismen, sondern an der Maximierung von Profit, wie die meisten wirtschaftlichen Leitfiguren, nur ein bisschen ambitionierter. Stört sie die extrapolare Wirtschaftsweise? Nein, denn sie schafft die Menschen beiseite, die nicht gebraucht werden: Lasst sie zur Hölle gehen, sagt man sich, gut dass sie aus dem Weg sind.

www.kai-ehlers.de

33. Ein Buch für Millionen. Bankraub - Theorie, Praxis, Geschichte

"Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" (Bertold Brecht)

Autor: sk · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:46

Arizon Donnie Clark hatte eigentlich nur bei der Erziehung ihrer vier Söhne versagt. Sie ist in der Geschichtsschreibung trotzdem zu Ruhm und Ehren gekommen - und zwar gleich mehrfach, wenn auch in etwas bizarrer Art und Weise: Als schießwütige Gangstermutter, als Chef der clanartig organisierten Einbrecherbande "Barker-Karpis-Gang" und nicht zuletzt als Thema eines der größten Diskofetzer der 70er Jahre - "Ma Baker" von Boney M.

Wie es zum Mythos von Ma Barker - die am 16. Januar 1935 vom FBI erschossen wurde - und anderen Phänomen in der Geschichte des Bankraubes kam, kann nun im ersten umfassenden Werk zum Thema nachgelesen werden. In "Va banque - Bankraub, Theorie, Praxis und Geschichte", herausgegeben von Klaus Schönberger, befassen sich rund vierzig AutorInnen mit historischen, soziologischen, diskurstheoretischen, regionalen, politökonomischen oder ganz einfach praktischen Aspekten desjenigen Sektors im kriminellen Gewerbe, um den sich wohl die meisten Legenden ranken.

Dabei kann man erstaunliche Einsichten gewinnen. Zum Beispiel, dass der Fordismus verantwortlich ist für die Demontage des Bankräubers als Action- und Glamourstar. Denn das Fluchtfahrzeug ist nicht nur in praktischer Hinsicht ein zentrales Werkzeug zum Gelingen einer professionell durchgeführten Aktion, sondern war lange Zeit auch Teil des Mythos vom elegant entschwindenden, edlen Gangster. Mit dem Fordismus wurde das Auto zum Massenprodukt und der Bankräuber verlor ein Privileg.

Aber auch ohne dieses Privileg liegen oft Welten zwischen realem Tathergang und überlieferter Erzählung oder medialer Aufbereitung, wenn es sich um den Einbruch in ein Geldinstitut dreht. Franziska Roller geht diesem Verhältnis aus genderspezifischer Sicht nach. "Wenn Frauen zu sehr rauben" sind Öffentlichkeit, Presse und Polizei überfordert. Aus der raubenden Frau entstand der Topos der "Bank-Lady", die wechselweise eine Erotisierung zum Vamp oder eine Stilisierung zur zarten Geliebten erfährt je länger man nach ihr sucht, desto größer wird ihr Sex-Appeal oder ihr Florence-Nightingale-Image.

Doch die Bildermaschine kommt nicht nur in Gang, wenn Frauen sich mit der Waffe statt mit dem Auszahlungsvordruck Geld besorgen. Elisabeth Timm und Marcel Boldorf weisen nach, dass mit der Etablierung der Kriminologie als Quasiwissenschaft der Topos des Bankräubers überhaupt erst entstehen konnte. So schreibt Boldorf: "Auf der subjektiven Seite rätseln die Kriminologen über die Herkunft der Täter und deren Motivation. Noch 1960 tauchten zu ihrer Charakterisierung Vokabeln wie ‚Gewinnsucht`, ‚Vergnügungs- und Genusssucht`, und ‚arbeitsscheu` auf (S. 26)" Derartige Interpretationen verweisen nicht nur auf "urdeutsche Erklärungstraditionen, sondern entbehren auch jeder Logik." Aus sozialpsychologischer Sicht stellt sich nämlich zu recht die Frage, welche Form von Sucht Gewinnsucht oder Genusssucht denn sein soll.

"Wenn Frauen

zu sehr rauben"

Doch egal welche Mythen, Stereotypen und Bilder rund um den Bankräuber auch aufgebaut werden, eines ist klar: Mal eine "Bank zu machen" gehört zumindest zeitweise zum Traumrepertoire der meisten Menschen, sei es aus Geldmangel, weil man sich mal was Schönes leisten will oder aus politischer Motivation - um die Revolution zu bezahlen. Und so hat der Dieb nach einem gelungenen und am besten auch stilvoll ausgeführten Coup mit Sicherheit die Sympathie der Öffentlichkeit auf seiner Seite. Da helfen auch die rassistischen Einlassungen von Onkel Ede Zimmermanns "Aktenzeichen XY ... ungelöst" nicht weiter. Die 1967 zum ersten Mal ausgestrahlte Sendung beschäftigte sich im Laufe ihrer Geschichte mit insgesamt 310 Banküberfällen. Trotz Fernsehfahndung und "Mobilisierung des gesamtgesellschaftlichen Verfolgungspotenzials" konnten bis Anfang April 2000 nur 79 mutmaßliche Täter festgenommen werden. Während bei anderen Delikten in der Sendung etwa 40 Prozent Aufklärungserfolg besteht, sind es beim

Bankraub gerade mal 25 Prozent. Insofern, bemerken die Autoren richtig, dürfte der Hinweis "ungelöst" fast als Ansporn wirken. Das öffentliche Ansehen des Gangsters ist also nicht durch seine Stilisierung zur Bedrohung der öffentlichen Sicherheit zu diskreditieren, es steht und fällt mit dem Erfolg. Misslingt die Aktion, dann Gnade dem Räuber vor der Öffentlichkeit, die sich nicht selten auf ihren Status der Volksgemeinschaft besinnt. Wer einen Banküberfall in den Sand setzt, gerät zum dummen, gierigen Dilettanten, der "unsere Bank überfallen hat".

Jenseits aller Legenden und nüchtern betrachtet, wird die Volkswirtschaft durch die illegale Erleichterung eines Geldinstituts angekurbelt. Das sieht auch Marcel Boldorf so: "Der Bankräuber beschleunigt die Zirkulation des Geldes sogar, weil anzunehmen ist, dass er sein Geld schneller als andere KonsumentInnen wieder ausgibt. In diesem Sinne entsteht durch ihn kein volkswirtschatlicher Schaden, sondern er gereicht der Gemeinschaft sogar zum Nutzen" (S. 27).

sk

Schönberger, Klaus (Hg): Va banque Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte. VLA-Schwarze Risse-Rote Straße.

Berlin/Göttingen 2000. 328 Seiten.

34. Anna Seghers und die Deutschen. Zum 100. Geburtstag: Werbung für einen unterschätzten Roman

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:02

Aus Anlass ihres 100. Geburtstages wird die Jubilarin, anders als zu Lebzeiten, auch vom deutschen Feuilleton schonend behandelt. In Zeiten des Kalten Krieges galt Anna Seghers (19. November 1900 bis 1. Juni 1983) den Propagandisten des "freien Westens" als kommunistische Hardlinerin - sie hatte sich nach dem Exil in Mexiko 1947 für Ost-Berlin entschieden. In dem militant antikommunistischen Nachschlagewerk "SBZ von A bis Z" (herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und in den sechziger Jahren kostenlos an den Schulen verteilt) wurde auch ihre literarische Produktion nach 1945 für minderwertig befunden: "Nach Übersiedlung in die SBZ umfangreiche aber schwache Romane im Stil des sozialistischen Realismus (‚Die Toten bleiben jung`, 1949; ‚Die Entscheidung `, 1959)." Dass das Spätwerk mit dem 1942 veröffentlichten "Weltbestseller" (ebd.) "Das siebte Kreuz" nicht mithalten konnte, findet auch Literaturpapst Reich-Ranicki, der sein Verdikt allerdings in ein (zweifelhaftes) Lob kleidet: Es gebe nur einen einzigen deutschsprachigen Roman von "Weltgeltung", der von einer Frau geschrieben worden sei - nämlich "Das siebte Kreuz" von Anna Seghers.

Die Qualität dieses Buches steht außer Frage. Da es als in der ak-Leserschaft bekannt vorausgesetzt werden kann, soll hier für einen anderen, sehr viel weniger beachteten Roman von Anna Seghers geworben werden: den fast 700 Seiten starken Wälzer "Die Toten bleiben jung", der erstmals 1949 im Ost-Berliner Aufbau-Verlag erschien. Dieser Roman, den das Bonner Revanchismus-Ministerium zu den "schwachen" und vom "sozialistischen Realismus" inspirierten Werken zählt, ist nach Meinung des Marburger Faschismus-Forschers Reinhard Kühnl "überhaupt die beste literarische Gesamtdarstellung des deutschen Faschismus". Ob dieser Superlativ angemessen ist oder nicht, sei dahingestellt. Kühnl beschreibt allerdings richtig, was die politische Qualität des Romans ausmacht: Dass Seghers "nicht nur die einzelnen Vorgänge genau beobachtet, sondern auch die sozialen Interessen und deren Widerspiegelung im Bewusstsein und Handeln der Individuen sichtbar macht ..."

Die handelnden Personen sind Prototypen aus fast allen Segmenten der deutschen Klassengesellschaft der Jahre 1919 bis 1945. Ihre Lebensläufe, die sich an historisch entscheidenden Punkten kreuzen, beginnen mit der Niederschlagung der deutschen Revolution, dem Ende des kurzen Traums der Revolutionäre vom "neuen Leben, das mit dem vergangenen so wenig zu tun hatte, wie das Jenseits mit dem Diesseits". Die Konterrevolution siegt, auch weil sie entschlossener und skrupelloser zu Werke geht als der Gegner: Der junge Arbeiter und Spartakist Erwin wird von Freikorps-Offizieren gefangen genommen und "auf der Flucht erschossen". Zur Welt des Toten gehören seine schwangere Freundin Marie, der später geborene gemeinsame Sohn Hans, der Sozialdemokrat Geschke, der dann Marie heiratet, Geschkes Kinder aus erster Ehe. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die an Erwins Ermordung beteiligt sind bzw. vom Sieg der Konterrevolution profitieren: Industrielle, reaktionäre Offiziere und ihre ehrgeizigen Frauen, aber auch Menschen "aus dem Volk", die den Großen und Mächtigen bereitwillig dienen. Wie der Bauer Nadler, der erst zu den Freikorps und dann zu den Nazis geht, in dem Glauben, "wenn die Roten ans Ruder kommen, dann kriegst du die letzte Kuh weggenommen und das letzte Stück Feld wie in Russland."

Die Mächtigen bleiben auch nach der Niederlage im Weltkrieg mächtig, sie wollen Revanche und reibungslose Geschäfte und verbünden sich zu diesem Zweck schließlich mit den Nazis. Demgegenüber sind die Ausgebeuteten keineswegs heroisch, sondern ebenfalls auf ihren persönlichen Vorteil bedacht, etliche für die Nazi-Propaganda empfänglich. Am Ende siegen nicht sie, sondern die unaufhaltsam vorrückende Rote Armee. Hans wird kurz vor Kriegsende als Deserteur zum Tode verurteilt. Ob das Urteil vollstreckt wird, bleibt offen - während der Mörder seines Vaters im Sohn den "jung gebliebenen" Toten zu erkennen meint und sich erschießt.

Anna Seghers hat mit ihrem Roman, den sie 1945 in Mexiko begann und 1947 in Ostdeutschland abschloss, die Bilanz einer Epoche versucht und ein Urteil über die Deutschen dieser Epoche. Dass die Bilanz Lücken hat und das Urteil den wesentlichen Tatbestand ausspart, ist heute offensichtlich: Der Mord an den europäischen Juden kommt nur am Rande vor, wenn etwa der SS-Mann Lieven die Ermordung jüdischer Kinder rechtfertigt;

diese müssten sterben, damit unsere Kinder "nicht frieren und nicht hungern". So bleibt Seghers' Urteil letztlich noch zu milde, auch wenn es meilenweit entfernt ist vom falschen Faschismus-Verständnis der Komintern, dem zu Folge die proletarischen und kleinbürgerlichen "Massen" Opfer, allenfalls verführte Mittäter des Faschismus waren.

Anna Seghers' Buch muss als Zeitdokument verstanden werden: ein sehr früher Versuch, den Sieg des Nationalsozialismus zu erklären. Der Roman endet zwar, als die deutsche Niederlage besiegelt ist. Aber von Erwartungen in die "neue Zeit" ist viel weniger zu spüren als von tiefer Skepsis. Das entspricht - zumindest damals - dem Lebensgefühl der Emigrantin, die sich zwar für die Rückkehr nach Ostdeutschland entschieden hat, aber dort nicht heimisch geworden ist. Noch 1948 schrieb Anna Seghers an Georg Lukács über ihr Leben in der SBZ: "Ich habe das Gefühl, ich bin in die Eiszeit geraten, so kalt kommt mir alles vor. Nicht weil ich nicht mehr in den Tropen bin, sondern weil viele Sachen ganz beklemmend und ganz unwahrscheinlich frostig für mich sind, ob es um Arbeit, um Freundschaft, um politische, um menschliche Sachen geht." Liest man den Roman "Die Toten bleiben jung" vor dem Hintergrund dieser Aussage, dann drängt sich eine Erklärung auf, woher die von Anna Seghers empfundene "Kälte" kommt: Auch in Ostdeutschland wurde der Blick allzu schnell von der Vergangenheit weg, "der Zukunft zugewandt".

Js.

35. Popmusik im ersten Jahr des neuen Jahrhunderts. Von Trendsettern und alternden Stars

Autor: Tommy Schröder · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:15

Ist Pop Verblendung und Bejahung des Vorgegebenen? Verhindert Pop die "Bildung autonomer, selbstständiger, bewusst urteilender und sich entscheidender Individuen", wie es Adorno in seinem Resümee über Kulturindustrie Mitte der vierziger Jahre formuliert hat. Oder bietet Popmusik die Möglichkeit, das Vorgegebene zu verneinen, hedonistische Vorstellungen zu artikulieren und so Wünsche und Bedürfnisse auszusprechen, die sprachlich nicht formuliert werden können. So viel ist sicher: Die Auseinandersetzung über diese Grundsatzfragen wird weitergehen, auch nach dem Rückblick unseres Autoren auf das Popjahr 2.000.

Pop ist längst zu einer Art Verständigungsformel geworden, bei der regionale Unterschiede in globale Stile aufgelöst werden. Die Beziehung von Pop als Resultat einer sozialen Bewegung und der gestaltende Einfluss der Popkultur auf soziale Bewegungen war seit seinen Anfängen immer wieder eine wechselseitige. Doch was anhand der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts noch einfach zu belegen ist, ist am Anfang dieses neuen Jahrhunderts schon wesentlich schwieriger nachzuweisen. Vor allem da es - zumindest in der Bundesrepublik Deutschland - an fortschrittlichen sozialen Bewegungen mangelt, die über eine Verbindung zu Sub- oder Popkultur verfügen. Seit mindestens zehn Jahren spielt im Bereich der populären Subkultur in Deutschland eher die rassistische Bewegung eine dominante Rolle. Die rebellischen Künstlerinnen und Künstler, die sich einer emanzipativen Zukunft verschrieben hatten, sind heute Mainstream oder verschwunden. Wer einen Blick auf die Programmliste des Deutschlandkonzerts von MTV gegen rechte Gewalt in Leipzig wirft, findet sich in einem Register der angesagten Hip-Hop Hamburger-Schule und Post Rock Combos wieder. Es sind die Böhsen Onkelz, die es ohne Unterstützung der großen Medien bis auf Platz eins der Verkaufscharts schaffen. (1)

Eine grauslige Vorstellung, da ich es für durchaus gerechtfertigt halte, Popmusik als einen Indikator für den Zustand von sozialen Bewegungen, als Gradmesser für deren Stillstand, Innovation oder Bewegungsrichtung zu nutzen. Nachrangig ist bei dieser Betrachtung, von wo die Einflüsse ausgehen und wie die Vielschichtigkeit der Beziehungen zwischen Pop, sozialen Bewegungen und Politik hergestellt werden.

War Popmusik in ihren Anfängen, in den Sechzigern und Siebzigern des zwanzigsten Jahrhunderts, Ausdruck rebellierender Jugendlicher, so feiern heute die gealterten Stars dieser beiden Jahrzehnte in allen Jugendscenen ihr Comeback. Sei es, dass Santana mit "Supernatural" die Charts erobert, oder Metallica bei VH1 als beste Bühnenshow und Bon Jovis "Its my life" zum besten Video gewählt wurden.

Am eindruckvollsten haben in diesem Jahr The Walkabouts diesem Verschwinden des Generationskonflikts Ausdruck verliehen: "The Train leaves at eight", lässt drei Generationen von europäischen Musikern im 21. Jahrhundert ankommen. Die Band, die zu Hochzeiten des Grunge als einzige Band in Seattle galt, die Keyboards verwendete, hat mit Madonna selbstverständlich wenig gemeinsam. Während die Pop Diva die aktuellen Techniken der Musikproduktion zu einer klassischen "Madonnaproduktion" benutzt, verarbeiten die Walkabouts Lieder von Theodorakis bis Distelmeyer zu moderner Westcoast Folkmusic. (Zu ergänzen ist, das garantiert alle, die sie besitzen, ihre Don McLean Platte hervorkramen wenn sie Madonnas "American Pie" hören)

Madonna gehört zu den Veteraninnen auf dem Gebiet der Popmusik. Achtzehn Jahre liegen zwischen der ersten Single "Everybody" und der jüngsten Auskopplung aus "Music". Dennoch ist sie es, die es auch im Jahre 2000 schafft, auf allen Titelseiten der Musikillustrierten zu landen. Das bedeutet auch, im Countrylook stilprägend ins Modegeschäft einzugreifen und dennoch für sich in Anspruch zu nehmen, den sozialen Aspekt von Pop Musik zu benennen. Ihre Position zur eingangs formulierten These der Verwischung von Widersprüchen fasst sie in zwei Zeilen: Music make the people come together; music make the bourgeoisie and the rebel. Obwohl Pop durch seine Oberflächlichkeit charakterisiert ist, sind es gerade die linken Kritiker und Kritikerinnen, die das come together auch an die zweite Zeile der Refrains anhängen und so das bekommen, was sie hören wollen.

Kennzeichen der Popmusik 2001: Belanglosigkeit?

Dabei macht vor allem das Video zu "Music" deutlich, wie verkommen der Hedonismus, der einmal das Befreiende an Pop Musik war, zu reinem Partystress verkommen ist. Anders als viele andere Plattenveröffentlichungen im letzten Jahr nimmt Madonna zwar viele Techniken aktueller Strömungen der Popmusik auf, leitet daraus aber nicht ein postmodernes Sammelsurium ab, sondern legt ein glattes, schon fast klassisches Popalbum vor. Belanglos und doch von aller Welt beachtet. Alle Welt, dass ist in diesem Fall auch die Spex, die einmal "Underground und versuchte Poptheorie" (TAZ) war. Das ist die WOZ, die in der Produktion gar eine "Rückbesinnung auf soziale Funktionen der Musik" erkennen kann, oder die niederländische Grenzenlos, die - indem auch sie das Zusammenkommen des Rebellen und des Bourgeoisie bei Madonna entdeckt - ihr wenigstens Offenheit zu Gute hält. Dabei ist es gerade die Belanglosigkeit, die dieses Album für das Jahr 2000 so charakteristisch macht.

Zu den herausragendsten Ereignissen für die Popmusik dieses Jahres werden von vielen die Übernahme von Napster durch Bertelsmann und die Copy kills music Kampagne gezählt (die Übernahme der Spex durch den Münchener Verlag Piranha interessierte nur eine kleine Gemeinde). Tonbänder und später Kassetten ermöglichten das Kopieren schon vor Jahrzehnten und es wurde mitgeschnitten und kopiert, was das Zeug hielt. Doch fand diese Form der Musikaneignung nie die Beachtung wie heute das Internet. Dass Placebo ihr Album "black market music" nannte, verweist darauf, dass sie wissen, wie wichtig Napster und ähnliche Tauschprogramme sind, dass sie dazu gehören wollen, dass Verbotenes einen Reiz an sich hat. Das Neue an ihrem Album ist die Mischung von Rock mit Rap, ist die Politisierung ihrer Texte. Herausgekommen ist sicherlich eines der besten Gitarren-Rockalben dieses Jahres - ohne wirklich neue Impulse zu geben. Wenn es auf der LP beim Stück "Spite & Malice" immer wieder heißt: "Dope, guns, fucking in the streets, revolution", so geht es weniger um Ausblicke, als vielmehr um die Geschichte ausgebliebener Revolten. Es ist ein Verdienst von Placebo, dies zu benennen. Sie dokumentieren so die Hoffnungslosigkeit und Belanglosigkeit, die die Popwelt zur Zeit durchzieht. Neben Placebo ist es vor allem Radiohead, die in diesem Jahr eine Art Reifeprüfung abgelegt haben. Mit "Kid A" wollten sie deutlich machen, dass sie den kommerziellen Erfolg nicht auf Biegen und Brechen suchen. Fast ungewöhnlich, aber sie kamen tatsächlich ohne Singleauskopplung, ohne Video und ohne Tour durch die USA aus. Auch als Tanzmusik ist diese Scheibe wenig geeignet.

Anders als Placebo, die ohne das böse Wort auszusprechen im Titel auf Napster Bezug nehmen, war die Musik von Radiohead bereits einen Monat vor der offiziellen Veröffentlichung bei Napster zum kostenlosen herunterladen vorhanden. Radiohead Bassist Colin Charles kommentierte die Tatsache, dass drei Tage nach einem Konzert in Barcelona, das ganze Konzert bei Napster als Download vorhanden war: "Das gab der Band neues Leben... Als wir dann in Tel Aviv spielten, kannten die Fans jedes einzelne Lied." Der Bezug auf eine Technik des Konsums ist sicherlich nichts neues im Popgeschäft, unzählige Lieder über das Radio zeugen davon. Aber die Selbstreduzierung des rebellierenden Aspektes der Popmusik auf eine Erwerbstechnik, die der Tauschlogik des Marktes oberflächlich betrachtet widerspricht, macht die Perspektivlosigkeit dieser Musik deutlich.

Während für Radiohead und Placebo die Verarbeitung verschiedener Stile eine Weiterentwicklung bedeuten, haben die Thievery Corporation eine CD produziert, die die Vermischung der Stile zum eigenen Stil macht (auch das ist allerdings keine Neuigkeit). Was bei anderen Gruppen als Orientierungslosigkeit interpretiert werden kann, ist auf "the mirror conspiracy" Programm. Hier wird postmoderne Musikproduktion nicht zum Notnagel, sondern ist Vorgabe. Dabei wird weniger aus Rock und Techno zitiert, sondern sie bedienen sich verstärkt aus Jazz, Bossa Nova und Dub. Es ist also nicht die "weiße Musik", die sie verarbeiten, sondern deren roots. Dies ermöglicht, im Zusammenhang mit der Rückbesinnung auf urbane Strukturen der Musikaneignung, wie sie Asian Dub Foundation präsentiert, wieder die subkulturellen Elemente aufzunehmen, die die Popmusik einmal ihr eigen nannte.

Eine schwierige Aufgabe in einer Zeit, in der 70.000 Menschen bei Rock am Ring zu Freundeskreis und "Leg Dein Ohr auf die Schiene der Geschichte" abrocken, auf das Gegen-Rechte-Gewalt Konzert von MTV laufen und gleichzeitig Eminem CDs ohne Ende kaufen. Eine Scheibe, in der es vor Sexismus und Homophobie nur so strotzt und die trotzdem (oder deswegen?) von der Spex-Redaktion zur Platte des Monats gekürt wurde. Dabei soll nicht der Eindruck vermittelt werden, dass es sich bei "mirror conspiracy" um den Wegweiser zu neuen Ufern handelt. Dafür fehlt ihr die street credibility. Aber die Platte gibt Hinweise, wo etwas Neues beginnen könnte, und betont die Notwendigkeit des Neuen. Dies hat sie wiederum mit Radiohead und Placebo

gemeinsam. Alle drei Produktionen sind postmodern in dem Sinne, dass sie Pluralität als kreative Vernunft eindimensionaler Wahrheitsbehauptung entgegensetzen.

Postmoderne Popmusik

Schlimm steht es dagegen um die aktuelle Popmusik, wenn das angeblich wirklich Neue in diesem Jahr betrachtet wird. 2Step bedient sich eines Potpourris von Best-of-Zutaten einiger Musikstile des letzten Jahrhunderts. Die rhythmische Vielfalt und Verschrobenheit des Drum'n'Bass, die Tanzbarkeit von Vocal House und vor allem die Chartstauglichkeit des R'n'B sind die prägendsten Stilmerkmale von 2Step. Diese Stilrichtung hat jedoch nichts mehr mit den Ursprüngen der einzelnen Stile gemeinsam. Es ist, als wenn wir Wasserstoff und Sauerstoff zu Wasser verbinden. Die Explosivität des Wasserstoffs und die Feuerförderung des Sauerstoffs gehen unter im alles löschenden Charakter des Wassers. Zu deutlich ist die Hand der Musikindustrie bei der Genese dieser Musik. Aber vor allem markiert diese Musik die Domestizierung von Drum'n'Bass. Rythm&Blues (R'n'B) hat sich dagegen selbst zu einer Musikrichtung entwickelt, die die Grenze zwischen R'n'B und Soul verschwinden lässt. Dies machen die beiden stilsichersten Produktionen, Erykah Badus "Mamas gun" und Sades "Lovers rock", deutlich. Nicht, dass 2step auf der Popbühne erschien, ist das schmerzliche, sondern dass dieser Musikstil die Aura der konkurrenzlosen Weiterentwicklung im Pop erlangen konnte.

Wie weit die Orientierungslosigkeit geht, die als postmodernes "alles ist möglich" verkauft wird, machen z.B. Boomfunk MCs in einem MTV-Interview deutlich: Ihre nächste Produktion soll auch durch Country & Western geprägt sein. Wobei wir wieder beim Einfluss von Madonna wären. Da kommt sie im Cowboylook daher und schon wollen finnische HipHoper Countryelemente einbauen und die Crossover Band Apollo four forty trägt Cowboyhüte in ihrem Video. Dass von diesem Boom auch ein Johnny Cash mit seiner neuen Platte "American III: Solitary man" profitiert verwundert nicht. Er war es immerhin, der das Kunststück fertig brachte, an einem Tag auf einer Protestkundgebung gegen den Vietnamkrieg aufzutreten und am nächsten auf einer Wahlkampfveranstaltung von Richard Nixon. Was man damals Schizophrenie nannte, könnte heute durchaus als gelebte Postmoderne akzeptiert werden. Damit geht es dann allerdings nicht mehr um Pluralität in Sachen Vernunft, sondern um belanglose Beliebigkeit.

Tommy Schröter

1) Seit "The kids are not all right" von Dietrich Diedrichsen 1992 ist dieses Thema häufig behandelt worden, die Themenstellung dieses Beitrags bedeutet nicht, dass diese Entwicklung übersehen wird.

Discografie:

Madonna; Music; Wea

Placebo; black market music;

Radiohead; Kid A; EMI

The walkabouts; The train leaves at eight; Glitterhouse

Thievery Corporation; The mirror of Conspiracy; 4ad

36. Strategie mit und ohne Subjekt. Eine Replik auf das Antirassismus-Büro Bremen

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:14

Die antirassistische Bewegungin der Bundesrepublik ist eine Flüchtlingsunterstützungsbewegung. Diese (kritische) Feststellung hat erhebliche strategische Konsequenzen für eine radikale antirassistische Linke, die bisher kaum diskutiert werden. Der folgende Text steigt damit in die Diskussion um den Beitrag "Antirassismus 2000" des Antirassismus-Büros Bremen (ARAB) aus ak 444 ein.

Das ARAB hat ein wichtiges Diskussionspapier vorgelegt. Es handelt sich um eine der seltenen, in der (radikalen) Linken leider völlig zu Unrecht aus der Mode gekommenen strategisch orientierten Selbstreflexionen über die eigene politische Tätigkeit. Es wäre schade, wenn das Papier undiskutiert in den Archiven der Bewegung verschwindet. Ich will im Folgenden einen ersten Einstieg versuchen, wobei ich mich auf einige wenige Aspekte des Textes beschränke.

"Kritischer Rückblick auf zehn Jahre antirassistische Bewegung und Fragen an die Zukunft", so lautet der Untertitel des ARAB-Textes. Die Bilanz wie der Ausblick erfolgen dabei aus dem Blickwinkel einer antiimperialistisch-sozialrevolutionär orientierten Flüchtlingsunterstützungsinitiative. Diese Perspektive festzuhalten ist für das Verständnis des Textes entscheidend, aus ihr ergeben sich m.E. sowohl seine Stärken als auch seine Schwächen.

Als VertreterInnen eines sozialrevolutionären Theorie- und Politikansatzes verweist das ARAB auf einen tendenziell in Vergessenheit geratenen Strang der Antirassismus-Bewegung, nämlich auf die Wurzeln der linken Flüchtlingsunterstützung Anfang und Mitte der 80er Jahre. Unter dem Einfluss von Diskussionen um einen neuen, sozialrevolutionären Klassenbegriff und um einen "Neuen Internationalismus/Neuen Antiimperialismus" begannen Teile der autonomen Linken sowohl orthodoxe Vorstellungen von Klassenkämpfen als auch alte Orientierungen auf nationale Befreiungsbewegungen in Frage zu stellen. Die (neue) metropolitane Massenarmut, Häuser- und andere Aneignungskämpfe waren für die politische Orientierung genauso inspirierend wie die (scheinbar) spontanen und autonomen Hungerrevolten im Trikont gegen die Diktate von IWF, Weltbank und nationalen Entwicklungsregimes.

Vor diesem Hintergrund begann dieser Teil der Linken ein Thema zu entdecken, das bis dahin eher Tummelplatz humanitärer und kirchlicher Hilfsorganisationen war: die weltweiten Flüchtlingsbewegungen. Das berühmte, zunächst unter dem Label von Medico International publizierte "Medico-Papier" "Thesen zur Flüchtlingsfrage" aus dem Winter 1986/87 hat diese strategische Ausrichtung auf die Migrationsbewegungen der trikontinentalen Massenarmut auf den Punkt gebracht (1): Flüchtlinge waren nicht in erster Linie Opfer, sondern sie artikulierten in der Migration aktiv Einkommensansprüche an die Wohlstandsinseln in den Metropolen. Flucht und Migration waren in erster Linie autonome Organisations- und Widerstandsformen gegen den weltweiten Zugriff des Kapitals.

Strategielose Antira-Linke

Diese sozialrevolutionäre anti-kapitalistische Perspektive ist in der heutigen Antira-Szene minoritär. Paradoxerweise erfolgte dieser Perspektivwechsel bzw. Perspektivverlust in dem Maße, wie sich Antirassismus ab 1989 als eigenständige linke Teilbereichsbewegung etabliert hat. Seitdem hat eine "Neuzusammensetzung der Antira-Linken" stattgefunden. Unter dem Eindruck der Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen oder der Anschläge von Mölln und Solingen haben sich neue Leute politisiert, antinationale und antideutsche Strömungen haben an Einfluss gewonnen, gesellschaftsverändernde oder gar revolutionäre Perspektiven jedoch wurden mit der Antira-Arbeit immer weniger verbunden. Antirassistische Politik wurde zu immer kurzatmigerer (und frustrierenderer) Kampagnenpolitik.

Entgegen der heute vorherrschenden antirassistischen Praxis verteidigt das ARAB in seinem Papier einen Ansatz, der nach den strategischen Befreiungsperspektiven in der Flüchtlingsunterstützung fragt. Die Suche nach Bruchlinien, nach revolutionärer Subjektivität, nach Ansätzen für Selbstorganisation und neuen militanten Kämpfen durchzieht den gesamten Text wie ein roter Faden. Vor dem Hintergrund der allgemeinen

Selbstgenügsamkeit und Perspektivarmut der heutigen Antira-Szene ist das Beharren auf strategischen Fragen des antirassistischen Kampfes eine große Stärke des ARAB-Papiers. Es erinnert daran, dass die radikale Linke mit Antirassismus mehr verbunden hat als die moralisch-humanitäre Unterstützung von Verfolgten.

Das ARAB kritisiert völlig zu Recht die Verkürzung von Antirassismus auf Flüchtlingspolitik oder - genauer - auf Flüchtlingsunterstützungspolitik. In der Tat geht dadurch der Blick auf alltägliche rassistische Diskriminierungs- und Unterdrückungserfahrungen von MigrantInnen genauso verloren, wie der Blick auf Kampf- und Widerstandsformen von MigrantInnen selbst. Weder die Dikussionen um Einbürgerung, Antidiskriminierungsgesetz, Integration und Multikulturalismus noch die um Greencard und Einwanderungsgesetz, Leitkultur etc. sind von der Flüchtlingsunterstützungsbewegung wahrgenommen worden. Diskurse und Ansätze, wie sie etwa von Kanak Attak und anderen ausprobiert werden, spielen bei ihr keine Rolle. Etwas zugespitzt existieren z.Z. mindestens zwei antirassistische Szenen, die untereinander allerdings so gut wie keine Berührungspunkte und teilweise noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache haben.

Rassismus ist nichts Statisches. Er wandelt sich und nimmt unterschiedliche Formen an. Mit der Bezugnahme auf die "Modernisierung des Migrationsregimes" macht das ARAB als eine der ganz wenigen antirassistischen Flüchtlingsinitiativen den Versuch, die momentanen Veränderungen in der (offiziellen) Einwanderungsdiskussion analytisch in den Griff zu bekommen. Dem ARAB ist zuzustimmen, wenn es einen Kurswechsel in der Migrationspolitik konstatiert. In der Tat werden völkischer Nationalismus und Rassismus durch einen modernen Leistungsrassismus abgelöst. Die Debatte um Greencard und Einwanderungsgesetz sortiert die Menschen nicht mehr so sehr nach ihrer Hautfarbe sondern nach ihrer Verwertbarkeit.

Das eigentlich Neue in der augenblicklichen Diskussion ist die inzwischen auch diskursive Dominanz wirtschaftlicher Nützlichkeitserwägungen gegenüber einem völkischen Stammtischrassismus. Das heißt aber nicht, dass der Widerspruch zwischen Verwertungsinteresse und völkischem Rassismus nicht schon seit längerem existiert hätte. Das ARAB selbst weist auf Ideologen wie Meinhard Miegel hin, die bereits früher im Kapitalinteresse für offenere Grenzen plädieren. Bei genauerer Betrachtung ist die "Festung Europa" schon immer löcheriger, als die Flüchtlingsunterstützungsbewegung postuliert hat. Bereits 1991, anlässlich der bevorstehenden Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, ist von linker Seite der selektive Charakter der imperialistischen Flüchtlings- und Migrationspolitik betont worden. (2) Neben dem Abschottungsinstrumentarium hat es immer auch Instrumente einer selektiven Einwanderung, etwa die Möglichkeit zu befristeter Saisonarbeit, Rotationsmigration über Werkvertragsarbeit etc. gegeben. Auch wenn der Charakter der Grenzen als Regulationsinstrumente der Arbeitsmärkte erst jetzt zur offiziellen Staatsdoktrin wird: angelegt war diese Funktion schon vorher.

Antirassismus

auf einem Bein

Inzwischen ist die Interpretation der Grenzregime als reine Abschottungsinstrumente auf jeden Fall fahrlässig, und es ist das Verdienst des ARAB, darauf hinzuweisen: "Mehr denn je greift ein Antirassismus, der sich nur auf Asyl und politische Fluchtursachen im engeren Sinne beschränkt, zu kurz." Als Flüchtlingsunterstützunginitiative leistet das ARAB an dieser Stelle auch Selbstkritik. Dennoch ist diese Selbstkritik weniger radikal als sie m.E. sein müsste. Die spezifische Rolle der weißen deutschen UnterstützerInnen in der Flüchtlingsunterstützung wird nämlich auch in dem ARAB-Text nicht hinreichend reflektiert. Dabei geht es mir hier nicht um das Problem des Paternalismus und der Stellvertretung. Das wäre einen eigenständigen Text wert. Mir geht es hier um die strategische Orientierung, die als wesentliche Stärke des Textes gleichzeitig zu seiner größten Schwäche wird.

Es ist in dem Papier viel von Mobilisierung und (Selbst-)Organisation die Rede oder von dem, was man sich alles vorstellen konnte und könnte. Aber im Grunde geht es immer um die Kämpfe von anderen, von Flüchtlingen und eventuell von MigrantInnen. Die eigene Organisierung und die eigenen Kämpfe sind an keiner Stelle Thema. Das ARAB bleibt verhaftet in der eigenen Wahrnehmung als UnterstützerInnen eines (zumindest potenziell) revolutionären Subjekts und kann damit keine Perspektiven für die eigene Rolle einer antirassistischen deutschen Linken in den erhofften Auseinandersetzungen anbieten. Es reproduziert damit

einen Fehler, den bereits die sozialrevolutionären Flüchtlingsgruppen der 80er Jahre gemacht haben, wenn sie die Flüchtlinge stellenweise zur weltweiten revolutionären Avantgarde hochstilisiert haben.

Dieser Widerspruch zeigt sich exemplarisch an der sog. "sozialen Frage", die das ARAB - im übrigen völlig zu Recht - als strategische Kernfrage sowohl eines modernisierten Rassismus als auch möglicher Widerstandslinien ausmacht. "Mobilisierung auf dem sozialen Terrain setzt ein Mindestmaß an Bewegung/Selbstorganisation der Betroffenen voraus", schreibt das ARAB ganz richtig. Gemeint ist hier aber offensichtlich nur die Selbstorganisation von Flüchtlingen und MigrantInnen, nicht etwa die eigene. In den "Thesen und offenen Fragen für die Zukunft" hebt das ARAB u.a. auf die Bedeutung von Arbeit, Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbedingungen als zentrale Konfliktlinie im modernen Migrationsregime ab und gesteht: "Wir wissen kaum, was da abgeht." Dieser Satz ist nicht nur das (selbst-)kritische Eingeständnis eines verkürzten thematischen Blicks. Das eigentliche Problem besteht darin, was dieser Satz über die Wahrnehmung der eigenen sozialen Realität aussagt bzw. über die eigenen Gehversuche im "sozialen Terrain". Im Klartext heißt dieser Satz, dass die UnterstützerInnen sich ihre eigenen Arbeits- und Reproduktionsbedingungen nicht anschauen bzw. nicht zum Gegenstand ihres politischen Handelns machen.

Hilflose UnterstützerInnen

Was dem ARAB hier auf die Füße fällt, ist die unreflektierte Selbstbeschränkung antirassitischen Linken auf die Rolle von FlüchtlingsunterstützerInnen. Gerade unter strategischen Gesichtspunkten ist dies fatal, denn die Hoffnung auf eine Vernetzung unterschiedlicher Kämpfe oder auf eine "Schnittmenge" muss so lange trügerisch bleiben, so lange soziale Bewegungen auch von (weißen) Deutschen nicht sichtbar sind. Gerade die Erfahrungen der antirassistischen Kämpfe in Frankreich (Bewegung der Vorstädte, Sans Papiers) zeigen, dass Verknüpfungen, Vernetzungen und gegenseitige Bezugnahme dann funktionieren, wenn die Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen auf andere eigenständige soziale Bewegungen treffen, etwa in Gestalt der Streikbewegung im Winter 1995 oder der Kämpfe von AC ein Jahr später.

In der Tat ist das modernisierte Migrationsregime für das Kapital ein Instrument im Angriff Masseneinkommen und soziale Regulationsstandards. Und dem ARAB ist voll und ganz darin zuzustimmen, dass die Perspektive "von Links" darin besteht, "nicht um nationale Privilegien, sondern mit MigrantInnen gegen das globalisierte Unrecht zu kämpfen." Aber diese Feststellung bedeutet mindestens, dass die bundesdeutsche (antirassistische) Linke diese Angriffe auch auf sich, auf die eigene soziale Reproduktion wahrnimmt. Und sie bedeutet damit auch, dass die deutsche Linke selbst anfangen muss, auf diesem Terrain zu kämpfen: "Was die deutsche Szene tun kann, ist, ... sich in ihren eigenen Kämpfen auf die Kämpfe und Strukturen von Flüchtlingen und MigrantInnen zu beziehen: in den Kämpfen um Einkommen, um Wohnraum, gegen schikanöse und entrechtete Arbeitsbedingungen, gegen Faschisten, für ein menschenwürdiges Leben für alle. Eine Voraussetzung dafür ist auch klar: Wir müssen endlich wieder bereit sein, auch unsere eigenen Kämpfe zu führen ..." (3).

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) Das Papier ist vielfach nachgedruckt worden, u.a. in Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen (Hg.): "Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik", Duisburg 1987 oder auch in der Wildcat, Nr. 41 (Frühjahr 1987)

2) Vgl. "Zwischen Verwertung und Sozialrevolte. Flüchtlings- und Migrationspolitik im ‚neuen` Europa", in: Schwarze Katze EU-Gruppe: "Neuordnung in Europa. Materialien zur europäischen Großraumkonzeption", Hamburg 1991

3) Umut Erel, Dirk Hauer, Pia Peddinghaus: "Kritische Nachbemerkungen zum Kongress", in: Werkstatt 3 und Off Limits (Hg.): "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten. Dokumentation des internationalen Kongresses 16.-19.2.1995 in Hamburg", Hamburg 1995

37. Nietzsche und die Linke. Von den Schwierigkeiten einer Nietzsche-Lektüre

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Diskussion; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:37

Das 100. Todesjahr Friedrich Nietzsches hat auch im linken Feuilleton zu ausgedehnten, oft polemischen Debatten geführt. Trotzem scheint, zumindest in Deutschland, die Rechte ein Interpretationsmonopol auf Nietzsche zu haben. Fällt der Name Nietzsche, fällt innerhalb der Linken in der Regel auch gleich die Klappe: Übermensch und Faschismus sind die beiden Begriffe, die bei Nietzsche genannt werden. Womit klar ist, die Beschäftigung mit diesem Philosophen lohnt der Mühe nicht. Genauer: Dessen Gedankengänge sind zu bekämpfen. Detlef Hartmann hat sich, auch in ak, sehr pointiert zu Nietzsche geäußert. Hartmann will aufdecken, wie sich die Eliten der postfordistischen Modernisierung an den Nietzscheanismus der "heroischen Unternehmer" zu Beginn des 20. Jahrhunderts anschließen. Er belegt überzeugend, wie sich der Kreis um Walter Rathenau und Josef Schumpeter in der Durchsetzungsgeschichte des Fordismus bei Nietzsche aufrüstete, und wie deren "politische Ökonomie unternehmerischer Gewalt" in einer nietzscheanischen Neuen Rechten wiederkehrt, für die er Peter Sloterdijk zum Kronzeugen nehmen will. So erhellend die ideologiekritischen Ausgrabungen Hartmanns sind, so bedauerlich ist, dass seine Rezeption Sloterdijks, vor allem aber Nietzsches das Niveau nicht erreicht, auf dem die kritische Auseinandersetzung beginnen muss. Der vorliegende Beitrag will einholen, was Hartmann und andere übersprungen haben.

Eine angemessene Nietzsche-Lektüre ist wenigstens drei Schwierigkeiten ausgesetzt. Die erste wird durch Nietzsches "experimentalphilosophische" Denk- und Schreibweise bestimmt. In dieser geht es nicht um die folgerichtige Entfaltung eines "Systems" aus logisch gesicherten Grundannahmen, sondern um eine in sich vielstimmige Agonistik. (1) Diese bezieht unterschiedliche Positionen so aufeinander, dass der Sinn des jeweiligen Textstücks oft nur in unscheinbaren Nebenbemerkungen, in angehängten, bisweilen unabgeschlossenen Fragesätzen, manchmal nur durch Auslassungspunkte, Bindestriche oder Anführungszeichen artikuliert wird. Dabei kommt es vor, dass Nietzsche eine Position nur deshalb "stark" macht, um sie mitsamt ihrer im Text nicht ausgeführten Gegenposition zu verabschieden. So versucht er, sich der Macht traditioneller Oppositionen zu entziehen, in denen die Wahl der einen Position die andere ausschließt und umgekehrt, während die beiden zu Grunde liegende "Grammatik" unbemerkt in Geltung bleibt.

Wie man Fragmente

(nicht) liest

Die zweite Schwierigkeit liegt darin, dass Nietzsche seine Agonistik selbst nicht bändigen konnte. So hat er zwar nie ein "System", doch immer ein "Hauptwerk" schreiben wollen, in dem er die verschiedenen Stränge seines Denkens zusammenführen wollte. Dass dieses "Hauptwerk" nie fertig gestellt wurde, ist mehr als nur ein literarisches Scheitern. Die Unterschiede wie die Zusammenhänge zwischen dem gegenrevolutionären, dem lebensphilosophischen und dem radikal modernen bzw. damals schon postmodernen "Nietzsche" sind deshalb nie aufgehoben bzw. entwickelt worden.

Die dritte Schwierigkeit resultiert aus den beiden ersten: Isolierte Textstellen besagen bei Nietzsche wenig. Sieben der dreizehn Bände der Kritischen Studienausgabe umfassen nachgelassene Fragmente, darunter nicht wenige, in denen Nietzsche gar nicht seine eigene Position darstellt, sondern unvermerkt andere Autoren zitiert. Aus diesem Nachlass haben die Faschisten das vorgebliche "Hauptwerk" Der Wille zur Macht kompiliert. Hieraus hat sich auch Hartmann bedient und das Fragment zur "Wirthschafts-Gesammtverwaltung der Erde" gefunden, auf das er sich stützt. Dort heißt es: "Auf jenem ersten Wege (...) entsteht die Anpassung, die Abflachung, das höhere Chinesenthum, die Instinkt-Bescheidenheit, die Zufriedenheit in der Verkleinerung des Menschen - eine Art Stillstand im Niveau des Menschen. Haben wir erst jene unvermeidlich bevorstehende Wirthschafts-Gesammtverwaltung der Erde, dann kann die Menschheit in deren Diensten ihren besten Sinn finden: als ein ungeheures Räderwerk von immer kleineren, immer feiner ‚angepaßten` Rädern; als ein immer wachsendes Überflüssig-Werden aller dominirenden und commandirenden Elemente; als ein Ganzes von ungeheurer Kraft, dessen einzelne Faktoren Minimal-Kräfte, Minimal-Werthe darstellen. Im Gegensatz zu dieser Verkleinerung und Anpassung des Menschen an eine spezialisirte Nützlichkeit bedarf es

der umgekehrten Bewegung - der Erzeugung des synthetischen, des summirenden, des rechtfertigenden Menschen, für den jene Machinalisierung der Menschheit eine Daseins-Vorausbedingung ist, als ein Untergestell, auf dem er seine höhere Form zu sein sich erfinden kann." Zweifellos entwickelt Nietzsche bis hier eine zynisch anmutende Deutung der Entwicklungsdynamik des Kapitalismus. Hartmanns Zitat aber unterschlägt den letzten Absatz des Fragments, in dem Nietzsche schließlich erläutert, worauf es ihm eigentlich ankommt: "- Man sieht, was ich bekämpfe, ist der ökonomische Optimismus: wie als ob mit den wachsenden Unkosten Aller auch der Nutzen Aller nothwendig wachsen müßte. Das Gegentheil scheint mir der Fall: die Unkosten Aller summiren sich zu einem Gesammt-Verlust: der Mensch wird geringer: so daß man nicht mehr weiß, wozu überhaupt dieser ungeheure Prozeß gedient hat. Ein wozu? ein neues ‚Wozu`? - das ist es, was die Menschheit nöthig hat..." (2)

Dies ist eine für Nietzsche typische Verfahrensweise: Er wirft ein Problem auf (die Einpassung der Subjekte in den Industrialisierungsprozess), gibt ihm eine drastische, möglichst provokative Fassung (Gesetzt, dies ist nicht zu verhindern - was bleibt zu tun?), um dann beiläufig, durch einen Bindestrich eingeführt, ein zweites, sein eigentliches Problem zu benennen: den "ökonomischen Optimismus", der damals und noch lange Zeit später nicht nur die bürgerliche Ideologie, sondern auch den Fortschritts-, Technik- und Wissenschaftskult der Linken und heute die Politik der Cyber-Eliten motiviert. Diese Wendung aber nimmt Hartmann gar nicht in den Blick.

Dass seine Interpretation dennoch eine wesentliche Seite Nietzsches trifft, ergibt sich schon aus der mittlerweile mehr als hundertjährigen Geschichte einer explizit nietzscheanischen Rechten. Gleichzeitig aber gilt: Hätte Hartmann umstandslos Recht, bliebe unverständlich, wieso Nietzsche gerade radikal herrschaftskritische Linke inspirieren konnte. So haben sich Adorno, Benjamin, Bloch, Horkheimer und Marcuse immer wieder positiv auf Nietzsche bezogen, dasselbe trifft - von Sartre über Althusser bis Negri - auch für andere AutorInnen des westlichen Marxismus zu. Früh schon ist Nietzsche im Anarchismus und in den künstlerischen und literarischen Avantgarden rezipiert worden. Dort formierte sich bald eine eigenständige nietzscheanische Linke, deren bedeutendster Theoretiker Georges Bataille wurde. An Bataille - und an den Mai '68 knüpft später der Linksnietzscheanismus Foucaults, Deleuzes, Derridas und anderer Poststrukturalisten an.

Angesichts derart kontroverser Interpretationsansätze hilft zunächst nur die Einsicht, dass kein philosophischer Diskurs direkt und bruchlos in Politik übersetzt werden kann. Andererseits kann man die Widersprüche der Nietzsche-Rezeption nicht darauf reduzieren, dass in sieben Bänden nachgelassener Fragmente Rechte wie Linke allemal genug Bruchstücke für sich verwerten können. Vielmehr gilt es, die linken wie die rechten Deutungsversuche - beginnend mit denen Nietzsches selbst - nach ihrem "Wert" abzuschätzen. Den Wert eines theoretischen, religiösen, politischen, moralischen, literarischen, also im weitesten Sinn ideologischen Satzes zu bestimmen heißt für Nietzsche, den "Willen zur Macht" zu suchen, der sich in ihm maskiert. Auch wenn Nietzsche manchmal so von ihm spricht, ist der Wille zur Macht kein metaphysisches Prinzip, kein irrationaler "Lebenstrieb" und noch weniger die Formel eines imperialistischen Ermächtigungsprogramms.

Der Begriff begründet vielmehr eine Strategie der Ideologiekritik, die Nietzsche "Genealogie" nennt. Die Genealogie bewertet einen gegebenen Gegenstand nicht aus seinem "Wesen", nicht aus einer logischen Wahrheit, einem idealen Ursprung oder funktionalen Zweck, sondern aus seiner besonderen Machtökonomie - zeitgenössisch gesprochen: als ein umkämpftes ideologisch-soziales Konstrukt. Die jeweilige "Wertung" gehört in die fragliche Machtökonomie hinein und transformiert sie: Es gibt keine neutrale oder objektive Interpretation, es gibt nur aufeinander bezogene Machtwillen, die sich deutend einer Sache bemächtigen, die ihrerseits nur in ihren Machtwirkungen erfasst werden kann. In Nietzsches Genealogie der Moral (3) finden sich Machtwillen folglich auf allen Seiten der "immerwährenden Schlacht" (Foucault): in den herrschenden Ideologien, in denen der Unterdrückten - und in der des Genealogen selbst.

Mit der Dekonstruktion der idealistischen Unterscheidung von Macht und Wahrheit will Nietzsche nun aber nicht sagen, dass alle Wahrheit aus den Gewehrläufen kommt. Er will statt dessen zuallererst die methodische Möglichkeit bereitstellen, aufgeklärt um Wahrheit kämpfen zu können. Ist der Kampf der Machtwillen gar nicht zu vermeiden, kommt nämlich alles darauf an, welche Mächte, welche Machtwillen jeweils aufeinander wirken. Deshalb fragt die Genealogie stets nach dem "Rang" der Kräfte, die sich in einer Wahrheit ausdrücken, und nach dem "Wert" der Wahrheit "für das Leben": Steigert diese Wahrheit die Intensität des Lebens, oder setzt

sie es herab, setzt sie Kräfte frei oder hemmt sie deren Verausgabung, ist sie eine Wahrheit der "Herren" bzw. der "Starken" oder eine Wahrheit von "Sklaven", eine Wahrheit der "Schwachen"?

Hier hat die nietzscheanische Rechte angeknüpft und aus dem Willen zur Macht ein moralisches, politisches und ökonomisches Programm gemacht. Sie hat dabei die Begriffe des "Herren" und des "Sklaven" als soziale Kategorien interpretiert - ein Schritt, mit dem sie sich weithin auf den Wortlaut der Genealogie der Moral und vieler Äußerungen Nietzsches stützen kann. (4) Die nietzscheanische Linke wiederum hat die Lehre vom "Sklavenaufstand in der Moral" gerade als Kritik an der überlieferten inhaltlichen Bestimmung dieser Kategorien und insbesondere als Kritik an der von Hegel entwickelten Dialektik von Herr und Knecht interpretiert, auf die sich Nietzsche ausdrücklich bezieht. (5)

Nietzscheanismen und die Willen zur Macht

Für Hegel kann sich ein Selbstbewusstsein nur dann in seiner Freiheit erfahren, wenn es von einem anderen Selbstbewusstsein als ein solches anerkannt wird. Die gegenseitige Anerkennung der Selbstbewusstseine vollzieht sich als Kampf um Leben und Tod: Herr wird, wer sein Leben einsetzt, sich als frei zu erweisen, Knecht wird, wer das Überleben dem möglichen Tod im Kampf vorzieht. Im Lauf der Geschichte erweisen sich dennoch zuletzt die Knechte als überlegen: Während der Herr von der Anerkennung der Knechte abhängig bleibt, die er zur Arbeit zwingt, streben die Knechte nach der gegenseitigen Anerkennung aller in einer Gesellschaft der "Gleichen". Diese wird Hegel zufolge nicht durch den Kampf, sondern durch die zunächst erzwungene, zuletzt aber freiwillig übernommene Arbeit erreicht, in der die Knechte das Wissen und damit die Macht erwerben, sich vom Herrn und zugleich von der materiellen Not zu befreien.

Die Dialektik von Herr und Knecht ist tatsächlich die philosophische Begründung des "ökonomischen Optimismus"; sie ist deshalb auch zu einem wesentlichen Anstoß liberaler und sozialistischer Gesellschaftstheorien geworden. Die subversive Spitze der Genealogie der Moral besteht demgegenüber nicht in der gegenrevolutionären Parteinahme für die gesellschaftlichen Herren, sondern in der tieferliegenden These, dass der Kampf um Anerkennung nicht zwischen "Herren" und "Sklaven", sondern ausschließlich zwischen "Sklaven" geführt wird - die Begriffe jetzt als subjekttheoretische, nicht als soziale Kategorien genommen. Zwar ist der "Herr" auch für Nietzsche wesentlich durch die bewusste Übernahme der Todesangst und die Verachtung der Arbeit charakterisiert. (6) Ein Begehren nach Anerkennung aber kommt für Nietzsche nur den "Sklaven" zu. Mehr noch: "Sklave" ist für Nietzsche nicht, wer gesellschaftlich eine subalterne Position einnimmt, sondern wessen Denken, Fühlen und Handeln ganz unabhängig von seiner sozialen Position vom Begehren nach Anerkennung bestimmt wird. Dieses ist nicht das Gegenteil des Willens zur Macht, sondern selbst ein Machtwille: derjenige, der sich in den "demokratischen" bzw. "sozialistischen Ideen" maskiert. Deshalb ist eine auf Arbeit und gegenseitige Anerkennung der "Gleichen" gegründete Gesellschaft für Nietzsche keine Assoziation freier Individuen, sondern eine "Gesellschaft der Sklaven ohne Herrn", die Gesellschaft des "letzten Menschen": "Kein Hirt und eine Herde! Jeder will das gleiche, jeder ist gleich: wer anders fühlt, geht freiwillig ins Irrenhaus." (7)

Der moderne Nihilismus

Gegentyp zur knechtischen Subjektivität des "letzten Menschen" ist die "schaffende" Subjektivität des "Übermenschen", von der Nietzsche ausdrücklich und wiederholt sagt, dass sie weder zur "Herde" noch zu den "Hirten" gehört und "jenseits von Gut und Böse" ebenso wie "jenseits von Lohn und Vergeltung" lebt. Der "Übermensch" ist ein der Anerkennung durch die gesellschaftliche Mehrheit wie die gesellschaftlichen Eliten unbedürftiger "Anderer", der nicht die Gesellschaft der "Gleichen", sondern die Freundschaft anderer "Anderer" sucht: "Siehe die Guten und Gerechten! (...) Siehe die Gläubigen aller Glauben! Wen hassen sie am meisten? Den, der zerbricht ihre Tafeln der Werte, den Brecher, den Verbrecher: das aber ist der Schaffende. Gefährten sucht der Schaffende und nicht Leichname, und auch nicht Herden und Gläubige. Die Mitschaffenden sucht der Schaffende, die, welche neue Werte auf neue Tafeln schreiben. (...) Den Einsiedlern will ich mein Lied singen und den Zweisiedlern; und wer noch Ohren hat für Unerhörtes, dem will ich sein Herz schwer machen mit meinem Glücke." (8)

Indem Nietzsche die wirkliche Geschichte mit Hegel als Geschichte von Anerkennungskämpfen, deren Resultat aber gegen Hegel als allgemeine Knechtschaft unter der "machinalisierten" Arbeit interpretiert, kann eine freie Subjektivität für ihn keine allseits "gleiche" und deshalb allseits anerkannte, auch keine mit "sich"

identische, d.h. kein "Selbstbewusstsein" im Sinne Hegels sein. Sie kann, mit Adorno gesprochen, nur "nicht-identisch" sein, eine rebellische Subjektivität, die sich auf keiner Seite des Anerkennungskampfs findet. Dass heißt nicht, dass sie anderswo als im Aufeinanderprall der Machtwillen, d.h. in sozialen Kämpfen, ausgebildet werden kann. Doch müssen diese Kämpfe - und dies ist die wesentliche Pointe der nietzscheanischen Linken - kategorial anders interpretiert erden: nicht als Anerkennungs-, auch nicht als Verteilungskämpfe, sondern, mit Foucault gesprochen, als Kämpfe "gegen all das, was das Individuum an es selber fesselt und dadurch anderen unterwirft, Kämpfe gegen Subjektivierung, gegen Formen von Subjektivität und Unterwerfung" und "für eine neue Subjektivität". (9)

Für Nietzsche hing die Möglichkeit einer solchen Subjektivität an dem, was er zunächst als "Überwindung" und zuletzt als "Vollendung" des Nihilismus zu denken versucht. Der aus dem Lateinischen "nihil" (nichts) abgeleitete Begriff ist damals in aller Munde. Friedrich Jacobi wendet ihn Ende des 18. Jahrhunderts polemisch gegen die Aufklärung. In der romantischen Literatur bezeichnet er die Verneinung aller überlieferten Werte, Ziele, Glaubensinhalte und Erkenntnismöglichkeiten. Nietzsche bestimmt den Nihilismus durch die abgründige Formel vom "Tod Gottes" und fasst damit nicht nur die atheistische Zersetzung der christlichen Religion, sondern zugleich - wiederum mit und gegen Hegel - deren Aufhebung bzw. Verwirklichung in der durch Arbeit und gegenseitige Anerkennung bestimmten "Gesellschaft der Sklaven ohne Herrn". Für Nietzsche ist der Nihilismus also nicht das Resultat des Verfallsprozesses des Christentums, sondern dessen eigenste Konsequenz. Damit schneidet er den säkularisierenden Rückgriff auf die christliche Moral ab, die lange auch die sozialistische Ideologie inspiriert: Wenn es überhaupt eine Lösung gibt, kann sie nur in der nihilistischen Krise gefunden werden, ex nihilo: "aus dem Nichts heraus".

Eine solche Lösung hat Nietzsche sicher nicht von "heroischen Unternehmern" vom Schlage Schumpeters erwartet, im Gegenteil: Diese sind für ihn nur das, was sie selber auch sein wollen, angestellte Spitzenfunktionäre der "Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde". Der fortschreitenden Vergesellschaftung durch Arbeit und der Durchdringung aller Lebensbereiche durch den bürgerlichen (oder sozialistischen) Staat setzt Nietzsche die Gegen- und Subkultur einer Intellektuellen- und Künstlerelite entgegen, die von jeder Moral befreit neue Subjektivitäten und trans-nihilistische "Lebenskünste" erproben soll. Vorbilder fand er in der Lebensform und sozialen Position der antiken Philosophen, der Künstler und Wissenschaftler der Renaissance und schließlich im gegen die Vergesellschaftung als solche gerichteten Immoralismus des "freien Geistes", den er selbst zu verkörpern suchte. Dessen überlegenen "Rang" sah er nicht in der Ausübung politischer oder ökonomischer Herrschaft, sondern in dem "Pathos der Distanz", mit dem er sich aus überkommenen Bindungen löst, um gegen die Normalität der "Gleichen" unnachgiebig die Freiheit des "Anderen" zu behaupten. Es liegt auf der Hand, dass dies keine rechte, aber auch keine Position der klassischen Linken ist. Georges Bataille hat sie durch den Begriff der "Souveränität" zu fassen gesucht, als "Weigerung, sich subordinieren zu lassen, gebunden an die Weigerung, andere sich zu subordinieren." (10)

Es ist nur konsequent, auch an den Künstler- und Intellektuellenaristokratismus Nietzsches die Frage nach dem spezifischen Willen zur Macht zu richten, der sich in ihm maskiert. Denn eine Maskerade - ein machtstrategisches ideologisch-soziales Konstrukt - liegt hier ganz offenbar vor: Nietzsche und die meisten Nietzscheaner leb(t)en ihr "Pathos der Distanz" nicht "über" oder "jenseits" der Gesellschaft, sondern als Außenseiter des bürgerlichen Kultur- und Wissensbetriebs, deren sozialer Rang letztlich äußerst prekär war und ist. Obwohl Nietzsche eben deshalb in den Künstleravantgarden der 10er und 20er Jahre des 20. Jahrhunderts und später der kulturrevolutionären Phase des Mai '68 seine linken Interpreten gefunden hat, haben hier auch die nietzscheanische Rechten und Grenzgänger beider Linien ihre soziale Ausgangsposition - der "Fall Heidegger", aber auch der "Fall Sloterdijk" gehören hierher. Dennoch schließt sich hier auch der Kreis zur radikal herrschaftskritischenLinken: einer Linken, die im Unterschied zur Staats- und Parteilinken stets eine dissidente Minderheit ohne weitere gesellschaftliche Relevanz und Anerkennung geblieben ist. Auf Nietzsche traf und trifft sie immer dann, wenn sie sich über ihre marginalisierte Position weder durch das politische Phantasma hinwegtäuscht, Avantgarde zu sein, der bald schon die Massen folgen, noch durch das moralische Phantasma, im "selbstlosen" Engagement die eigene Erfüllung zu finden. Sie sieht sich dann dem bewusst zuerst von Nietzsche vorgelebten Dilemma einer Herrschafts- und Gesellschaftskritik ausgeliefert, die zwar theoretisch durchbuchstabiert und existenziell behauptet, politisch aber nicht praktisch werden kann. Insofern vertritt gegenwärtig paradoxerweiser gerade die antinationale Linke eine im Ansatz "nietzscheanische" Position.

In Nietzsches Texten erscheint diese Wahrheit hinter der eigenen "Wahrheit" überall dort, wo es ihm nicht mehr um die "Überwindung" des Nihilismus geht, sondern darum, den Nihilismus in sich selbst zu überdrehen. Er besetzt diese Position durch die Figur des "vollkommenen Nihilisten": "Man hat nur spät den Muth zu dem, was man eigentlich weiß. Daß ich von Grund aus bisher Nihilist gewesen bin, das habe ich mir erst seit Kurzem eingestanden: die Energie, die Nonchalance, mit der ich als Nihilist vorwärts gieng, täuschte mich über diese Grundthatsache. Wenn man einem Ziele entgegengeht, so scheint es unmöglich, daß ‚die Ziellosigkeit an sich` unser Glaubensgrundsatz ist." (11) Als Deserteur des historischen Prozesses ist der "vollkommene Nihilist" jemand, mit dem definitiv kein Staat mehr zu machen ist, jemand aber auch, der seine Position eher erleidet, als dass er sie willentlich einnimmt. Dieser Nihilismus überschreitet deshalb zuletzt sogar "die Grundthatsache des menschlichen Willens - seinen horror vacui: er braucht ein Ziel - und eher will er noch das Nichts wollen als nicht wollen. - Versteht man mich?... Hat man mich verstanden?... ‚Schlechterdings nicht! Mein Herr!` - Fangen wir also von vorne an." (12)

Thomas Seibert

Anmerkungen:

1) Agonistik, Lehre bzw. Kunde des Wettstreits, von griech. agon, der Wettstreit.

2) Kritische Studienausgabe (KSA), Bd. 12, S. 462f. (Herbst 1887); zu Hartmanns Zitierweise vgl. ak 432, S. 30, 2. Spalte.

3) Vgl. KSA, Bd. 5. Die beste Darstellung der genealogischen Methode findet sich in Michel Foucaults Aufsatz Nietzsche, die Genealogie, die Historie, dt. im Sammelband Von der Subversion des Wissens, Ffm/Berlin/Wien, 1978.

4) Die von Mehring und Lukács bis auf Hartmann fortlaufende Hauptlinie der linken Nietzsche-Kritik folgt bezeichnenderweise demselben Interpretationsansatz, wenn auch, natürlich, mit umgekehrten Vorzeichen.

5) Die Dialektik von Herr und Knecht findet sich komprimiert im Kapitel IV der Phänomenologie des Geistes (1807): Selbstständigkeit und Unselbstständigkeit des Selbstbewußtseins; Herrschaft und Knechtschaft. Der Kern des linksnietzscheanischen Interpretationsansatzes findet sich in Georges Batailles Aufsatz Die Souveränität (1956), dt. München 1978. Eine systematische Konfrontation der Herr-Knecht-Dialektik Hegels mit Nietzsches Lehre vom "Sklavenaufstand in der Moral" liefert Gilles Deleuze in Nietzsche und die Philosophie, Ffm 1985.

6) Hier genau schließen Martin Heidegger, Alexandre Kojève und dann Georges Bataille sowie die Poststrukturalisten an Nietzsche an.

7) Also sprach Zarathustra, Vorrede, 5. Vgl. KSA, Bd.4.

8) ebd.,Vorrede, 9.

9) Vgl. Michel Foucault, Warum ich die Macht untersuche: Die Frage des Subjekts. In: H. Dreyfus/P. Rabinow, Michel Foucault, Ffm 1987, S. 247. In diesem Text hat Foucault zugleich eine zentrale Schwierigkeit seiner eigenen und der Texte Nietzsches behoben, in dem er kategorial zwischen "Macht" - von der nie abgesehen werden kann - und "Herrschaft" - die beseitigt werden soll - unterschieden hat (ebd., S. 243ff.).

10) Die Souveränität, a.a.O., S. 84.

11) KSA, Bd. 12, S. 407f. (Herbst 1887).

12) Genealogie der Moral, 3. Abhandlung, 1. Vgl. KSA, Bd. 5. Die "Grundthatsache des menschlichen Willens" ist natürlich der Wille zur Macht selbst, der "horror vacui" die Angst vor der Leere, dem ‚Nichts`, d.h. dem Tod, die sich im religiösen Bedürfnis und im Begehren nach Anerkennung maskiert.

Wer Nietzsche liest, ohne zu lachen, ohne viel zu lachen, ohne oft und manchmal wie verrückt zu lachen, für den ist es, als ob er Nietzsche nicht läse. (Gilles Deleuze, Nietzsche - ein Lesebuch)

"...Nietzsche und seine Verharmloser zu bekämpfen ist Verteidigung des Besten und Wertvollsten, das unser Kontinent hervorgebracht hat."

(Robert Steigerwald, UZ vom 6.10.2000)

38. Prostitution - eine Arbeit wie jede andere? Ein Kommentar zum Berliner Prostitutions-Urteil

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Frauen; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:39

Obwohl das Thema Prostitution immer noch die Gemüter erhitzt und Huren letztlich immer noch gesellschaftlich geächtet sind, setzt sich die Sichtweise durch, dass Prostituierte endlich rechtlich bessergestellt werden müssen. Prostitution soll als normaler Beruf anerkannt werden - das ist mittlerweile Mainstream in Meinungsumfragen, bei zahlreichen Verbänden, mitunter auch kirchlichen Einrichtungen. Auch die liberale und linke Tagespresse klatschte Beifall zum Berliner Urteil über die Sittenhaftigkeit der Prostitution. Äh, aber war da nicht noch etwas?

Am 1. Dezember erklärte das Berliner Verwaltungsgericht 100 Jahre deutsche Rechtsprechung zum Thema Prostitution für überholt: Erstmals hat ein Gericht entschieden, dass Prostitution nicht grundsätzlich gegen die guten Sitten verstößt, und folgte damit nicht dem Urteil der höchsten Bundesgerichte. Konkret ging es bei der Verhandlung um das Berliner Etablissement "Psst", das von Felicitas Weigmann betrieben wird und nun weiterhin sexuelle Dienste anbieten darf.

Der Richter Percy MacLean holte 50 Stellungnahmen über die "sozialethische Bewertung der Prostitution in unserer Gesellschaft" ein. Ein Großteil der Protokolle von Sozial- und Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen weisen darauf hin, dass ein Wandel in der Bewertung der Prostitution stattgefunden habe. Tendenz: Die Rechte der Frauen müssten stärker geschützt werden. "Prostitution wird als Teil des Zusammenlebens akzeptiert", heißt es in der Urteilsbegründung.

Selbstbestimmt, aber nicht freiwillig

Die bislang postulierte Sittenwidrigkeit der Sex-Dienstleistungen aller Art für Männer führt dazu, dass Prostituierte ihren vorenthaltenen Lohn nicht einklagen und nicht einer Sozialversicherung beitreten können, auch wenn sie gleichzeitig Steuern abführen müssen. Nach dem Berliner Gerichtsurteil sollen nun auch rechtliche Konsequenzen gezogen werden: Auch wenn sich die SPD noch ziert, eine entsprechende Gesetzesinitiative der rot-grünen Regierungskoalition ist für Frühjahr 2001 angekündigt.

In anderen europäischen Ländern gab es bereits Gesetzesveränderungen im Bereich Prostitution. In den Niederlanden wurde im September dieses Jahres das seit 1912 bestehende Bordellverbot aufgehoben. Die Prostitution von Volljährigen, die ihrem Gewerbe freiwillig nachgehen, ist legalisiert worden. Gleichzeitig werden strafrechtliche Maßnahmen gegen die Ausbeutung von Prostituierten verschärft. Nach wie vor macht sich zum Beispiel strafbar, wer eine Person zwingt, der Prostitution nachzugehen, oder wer eine minderjährige Person in die Prostitution zwingt.

Ein ganz anderes Modell hat Schweden umgesetzt: Seit Januar 1999 ist der Kauf sexueller Dienste strafbar. Freiern droht eine Geldbuße oder eine Haft bis zu einem halben Jahr, Prostituierte bleiben straffrei. Laut Hydra e.V., einen Berliner Interesensverband von Huren, gab es dort 1999 59 Anzeigen, wovon 56 eingestellt wurden. Die Beweisführung sei schwierig, da bei sexuellen Handlungen meistens keine Zeugen vorhanden sind. In der Regel sei auch die Prostituierte als potenzielle Zeugin nicht an der Strafverfolgung interessiert. Eine weitere Konsequenz sei die Zunahme von versteckter Prostitution und privaten Bordellen.

Die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen ist groß und lässt sich - wie das Beispiel Schweden zeigt - auch dann nicht eindämmen, wenn die Herren höchstpersönlich mit Bestrafung rechnen müssen.

Ist Prostitution also ein Naturgesetz? Die Kommentare zum Berliner Urteil in der Tagespresse am 2. Dezember von Frankfurter Rundschau bis zum Neuen Deutschland legen das nahe. Das Ende der Doppelmoral wird begrüßt, rechtliche Besserstellung von Prostituierten gefordert. "Nicht die Prostitution ist bigott, sondern der Umgang der Gesellschaft mit ihr", schreibt Pitt von Bebenburg in der Frankfurter Rundschau. Peter Kirschey vom Neuen Deutschland freut sich, wenn mit der "verlogenen Moral der ‚Sittenwidrigkeit` Schluss gemacht wird." Und in der taz ist zu lesen: "Prostitution ist normal. Deshalb ist es auch zu begrüßen, dass das Urteil wie auch der Gesetzesentwurf das Verhältnis des Staates zu den Frauen ein weiteres Mal liberalisieren." Immerhin stellt die taz-Autorin Heide Oestreich auch fest, dass diese Art von Sex bisher nur ein Bedürfnis von Männern

ist. Sie verspürt auch die Sorge, dass mit dem Urteil die "gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, wie Männer mit Sex umgehen", verstummen könnte. Fragt sich nur, wie etwas verstummen kann, das noch gar nicht zu vernehmen ist. Fragt sich auch, ob es bei der gängigen Form der Prostitution - bis auf einen vernachlässigbaren Prozentsatz handelt es sich um weibliche Prostituierte für männliche Freier - tatsächlich um Sex geht. Ähnlich wie es bei einer Vergewaltigung nur vordergründig um Sex geht, dreht sich Prostitution nur am Rande darum, sexuelle Befriedigung für Männer zu erreichen - auch wenn dies individuell so empfunden werden mag.

Normalisierung ätzender Verhältnisse

Prostitution - im Sinne von Lust nach anonymen Sex oder Intimität bei Männern und Frauen - muss nicht notwendigerweise antiemanzipatorisch sein. Bei der vorherrschenden Form der Prostitution aber wird ein Herrschaftsverhältnis reproduziert, dessen Kennzeichen unter anderem die Verfügbarkeit des weiblichen Körpers für Männer und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung ist. Prostitution bedeutet strukturelle Macht und zuweilen handfeste Gewalt gegenüber Frauen sowie die Geringschätzung von Frauen und ihren Körpern (Wie schnell auch jede "anständige" Frau plötzlich zur Hure oder Schlampe werden kann, zeigen die immer noch üblichen Beschimpfungen männlicherseits, wenn Frauen nicht deren Bedürfnissen nachkommen, sei es auf dem Fahrradweg oder in der U-Bahn). Dabei ist Prostitution nur ein Bereich neben vielen anderen - zum Beispiel Haus- und Gefühlsarbeiten, geschlechtshierarchischer Erwerbsarbeit oder (sexueller) Gewalt gegen Frauen -, in dem sich diese patriarchale Struktur ausdrückt bzw. dort generiert wird. Zwar kann Freiern nicht als einziges und wesentliches Motiv für ihr Handeln der Wunsch unterstellt werden, Macht ausüben zu wollen. Sie passen sich in diese gewaltförmige Struktur ein, ohne konkret das Gefühl zu haben, persönlich einem Bedürfnis nach Macht nachzugehen, wenn sie Sex von einer Prostituierten kaufen. Der Prostitution und den dafür notwendigen Deutungsmustern ("Männer brauchen Sex", "Sex mit der Ehefrau ist langweilig und kompliziert") liegen Subjektivitätsstrukturen zu Grunde, die nur im Kontext patriarchaler Vergesellschaftungsprozesse entstehen und wirkungsvoll werden können.

Die vermeintliche (Natur-)Gesetzlichkeit der Prostitution und das marktliberale Glaubensbekenntnis bringt die Puffbesitzerin Felicitas Weigmann in einem Interview in der jungen Welt (2.12.2000) auf den Punkt: "Das ist ja eine Sache, die machen zwei miteinander aus in den eigenen vier Wänden. Die Frau sagt okay, ich biete dir diese Dienstleistung an. Und der Mann sagt, okay, ich bin bereit, dafür Geld zu zahlen. Und dass es Prostitution gibt und man die nicht verbieten kann, wissen wir schon längst. Es ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie ist wichtig und auch nötig. Wir erfüllen ja auch eine soziale Funktion." Strukturelle Zwänge, die es Frauen gesellschaftlich und individuell sozusagen erst "ermöglichen", sich zu prostituieren und eben nicht mehrheitlich als Kundinnen aufzutauchen, kennen Frau Weigmann und Konsorten nicht.

Ein großer Teil der Huren prostituiert sich aus individueller Sicht selbstbestimmt, keineswegs sind sie nur die "armen Opfer" - auch wenn es Frauenhandel und Zwangsprostitution gibt, deren großes Ausmaß seit Ende der 80er Jahre global gesehen eine neue Qualität erreicht hat. Angesichts der großen Nachfrage der Männer nach käuflichem Hetero-Sex, der weltweiten ökonomischen Ungleichheit und den oft schwierigen Möglichkeiten, auf andere Art und Weise Geld zu verdienen, sollte aber die Entscheidung, sich zu prostituieren, nicht mit Freiwilligkeit verwechselt werden. Genauso wenig freiwillig arbeiten MigrantInnen als ZeitungsverkäuferInnen auf der Straße, halten die Betriebskantine rein oder jobben bei McDonalds - auch wenn sie individuell glücklich sind, überhaupt eine Arbeit gefunden zu haben. Fatal für emanzipatorische Ansprüche wäre es, diese Zuweisungsmuster und hierarchischen Arbeitsteilungen als gegeben hinzunehmen. Diskriminierende gesellschaftliche Verhältnisse werden festgeschrieben und normalisiert, wenn die Arbeit, welche die verschiedenen sozialen Gruppen verrichten (müssen), als von ihnen selbstbestimmt und selbstgewählt interpretiert werden.

Huren sind keine verblendeten Geschöpfe in einem falschen Bewusstseinszustand. Es geht auch nicht darum, Prostitution von Frauen zu verbieten. Selbstverständlich muss auch die rechtliche Situation von Huren verbessert werden. Aber so zu tun, als sei dann alles in Butter, verkennt, dass Prostitution patriarchale Strukturen und hegemoniale Männlichkeitsformen verfestigt. Der selbstgefällige Jubel der liberalen und linken Presse über das Urteil übertönt den Katzenjammer angesichts der geringen Bereitschaft von (linken) Männern, ihre Beteiligung an (patriarchalen) Machtstrukturen zu demontieren.

Migrantinnen bleiben auf

der Strecke

Abgesehen davon, dass bei diesem Medienbeifall über das Urteil und die geplante rechtliche Besserstellung der Prostituierten die Rolle der Männer aus dem Blick gerät, bleiben auch Migrantinnen, die im Sex-Gewerbe tätig sind, auf der Strecke: Ein Großteil der Huren sind Arbeitsmigrantinnen, die in der Regel "illegal" ihre Dienste anbieten, da sie keine Arbeitserlaubnis haben. In Frankfurt am Main beispielsweise sind laut agisra e.V. von den rund 1.500 Prostituierten 95% Migrantinnen, vor allem aus Kolumbien, der Dominikanischen Republik, Brasilien, aber auch Thailand, Ghana, Nigeria und anderen Ländern. Für die Frauen ohne (Arbeits-)Papiere ist die Einklagbarkeit des Lohns oder die Möglichkeit, sich sozialversichern zu können, einen feuchten Dreck wert. Ein Schutz vor Polizeirazzien, Abschiebung, Zwangs- und Gewaltsituationen wird ihnen auch die geplante rechtliche Besserstellung von Prostituierten nicht bieten.

Prostitution ist eine Realität. Schätzungsweise zwischen einer und anderthalb Millionen Männer - Messebesucher, Normalos, Touristen, Alte und Junge - suchen täglich in Deutschland Huren auf. Zur Feier eines Geschäftsabschlusses, der gelungenen Gesellenprüfung, nach Überstehen der Bundeswehrzeit oder einfach nur so. Prostitution ist ein fest verankerter Wirtschaftszweig, in dem Immobilienbesitzer, Bordellchefs, Zuhälter, Rechtsanwälte, Verlage (mit Werbung und Anzeigen für Prostitution) und nicht zuletzt die Regierung über Steuern ganz sicher nicht zu kurz kommen. Der Jahresumsatz im Rotlichtmilieu wird auf 12,5 Milliarden Mark geschätzt und erreicht damit die Wirtschaftskraft eines Großunternehmens wie adidas. Normal und unabänderlich ist Prostitution deswegen noch lange nicht.

Anke Schwarzer

39. Herrschaft oder Kommunismus eine falsche Frage? (1)

Autor: Detlef Georgia Schulze · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:28

Im Rahmen der Debatte über SM hat die post-feministische Legende von den bösen 70ern, in denen böse Lesben arme Heteras unterdrückt haben sollen, nun auch ak erreicht. Einmal mehr wird mit linker, feministischer Politik als ein "repressives Klima" schaffend (Christian Klesse in: ak 443, 26) abgerechnet. Es erscheint mir deshalb notwendig, diese Debatte nicht in der bisherigen Weise fortzusetzen, sondern die grundsätzliche Frage aufzuwerfen: Welche Bedeutung kann/soll Herrschaftskritik für heutige linke Politik noch haben?

Ich werde also nicht die exegetischen Frage diskutieren, wer sich zu recht auf Foucault berufen darf. Und ich werde auch nicht auf die besonders sachliche Kritik von C.K. eingehen, mein Text in ak 441 sei "moralisierend", "identitätspolitisch", "eindimensional", "totalisierend", "entmündigend und paternalistisch" usw. (2) Denn derartige Vorwürfe, die vor zehn oder fünfzehn Jahren noch vielfach berechtigt gewesen sein mögen, können heute - wo Linksradikalismus und sog. Radikalfeminismus als relevante politische Positionen verschwunden sind - nur noch als Kompliment gelten. Was von Judith Butler (3) Anfang der 90er Jahre mit dem Ziel begonnen wurde, "den Begriff der feministischen Kritik zu radikalisieren", ist heute bei der dominierenden politischen Rezeption zum Alibi für das Einrichten im Patriarchat geworden: Nimmst Du Sexismus nicht nur zur Kenntnis, sondern bemühst Dich um praktisches Verhalten gegen Sexismus, dann bis Du zumindest "totalisierend". Gerechtfertigt wird dieses Einrichten im Patriarchat mit einem Machtbegriff, der selbst als "totalitär" bezeichnet werden kann, mit einer These von der "Unausweichlichkeit" der Macht, die nur als Abschied von linker Politik verstanden werden kann.

Jene These, so postmodern sie M. G. (ak 442) auch formuliert, sollte doch (in anderer Lesart) zumindest (ehemaligen) LeninistInnen - nicht völlig fremd sein. Lenin konzipierte die Diktatur des Proletariats als "etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist" (LW 25, 432). Er versuchte die Spannung zu formulieren, dass der Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zwar des Einsatzes von Machtmitteln (hier: der Diktatur der Proletariats) bedarf, dass das kommunistische Ziel aber eine Gesellschaft ohne Herrschaft und folglich ohne Staat ist. Wenn M.G. demgegenüber den erwähnten Satz zur Unausweichlichkeit der Macht dahingehend konkretisiert, dass es gilt, den "Glauben an den ‚richtigen Sex` und das ‚richtige politische Verhalten`" zu verabschieden, dann scheint das genannte Ziel zu verschwinden; dann scheint ein Verhalten, das Herrschaft reproduziert, genauso zu bewerten sein, genauso "links" zu sein, wie ein solches, das dies nicht tut, bzw. es wird behauptet, dass eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Arten von Verhalten gar nicht möglich ist. Bei Petra läuft die Argumentation jedenfalls auf die erste Lesart hinaus: "Jeder von uns hat bestimmte sexuelle Vorlieben, sexuelle Fantasien. Sie sind einfach da." Dies fatalistische "Sie sind einfach da" kann nicht anders als ein Abschied von linker Politik verstanden werden.

Nun macht M.G. geltend, dass die von Foucault entwickelte Kunst der Körper und Lüste versucht, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in einer Art parodistischem Spiel zu entlarven. Und Petra gesteht zu, dass die Begriffe safe, sane, consensual unterschiedlich interpretierbar sind, und sagt, dass es eine Aufgabe sei, "innerhalb" (?!) der SM-Bewegung für eine emanzipatorische Auslegung zu kämpfen.

Darüber wüsste lesbe gerne mehr: Wie wird darum innerhalb der SM-Bewegung gekämpft? Warum findet M.G. in seinem ersten Artikel sein Feindbild in "zensurwütigen Feministinnen", aber kein konkretes Wort gegen das Patriarchat? Welche Diskussionen wurden in "lesbischen, schwulen und bisexuellen ... Szenen ... über SM" (C.K.) geführt? Zu welchem Ergebnis kommen die "neuen wissenschaftlichen Studien zum Thema", auf die sich M.G. in seinem ersten Artikel beruft? Und welche Tatsachen und Argumente führen sie für diese Ergebnisse an? Wie verhält sich der "emanzipatorische" (Petra) oder "progressive" (M.G.) Teil der SM-Bewegung in konkreten Fällen dazu, wenn in SM-Beziehungen die herrschenden Machtverhältnisse nach-/mitgespielt werden? Mit welchen konkreten Mittel soll sicher gestellt werden, dass Macht parodiert statt reproduziert wird?

Und über ein weiteres Thema wüsste lesbe gerne mehr: Welchen Begriff von "Identität" und "Identitätspolitik" führt C.K. ein? Wenn C.K. für seine Verteidigung von SM geltend macht, dass nicht nur Heterosexuelle,

sondern auch Lesben, Schwule und Bisexuelle SM praktizieren ist dann nicht genau das Identitätspolitik?! Es geht in diesem Fall nicht mehr darum, ob in bestimmten (sexuellen) Beziehungen Macht und Herrschaft reproduziert werden, sondern ob auch Schwule, "Lesben" und Bisexuelle mitmachen ... starkes Argument, weiter so! "Wir müssen die Erfahrungen von alle Frauen (Schwulen, ‚Lesben`, Bisexuellen) anerkennen, egal woher sie kommen und was sie sein mögen" - genau das ist der Abschied von linker Politik im Namen von moralisch "guter" Identität.

Der Gedanke, dass bestehende Herrschaftsverhältnisse allein schon dadurch unterlaufen werden, dass "Lesben", Schwule und Bisexuelle mitmachen, ist zwar sehr beeindruckend, aber leider genau das, was Stefanie Gräfe in ak 443 zu recht an der vorherrschenden Derrida-Rezeptionen und Postmoderne-Versionen kritisiert: eine Reduktion der Dekonstruktion auf "Spiel, Sprache und Fleißkärtchen" und das Vergessen, dass es vielmehr um "philosophisch informierte Gesellschaftskritik" geht. Denn "Gesellschaft" ist durchaus kein "Spiel" ohne Regeln. Wenn die (post)strukturalistische Position richtig ist, dass der Platz, den eineR einnimmt, bestimmender ist als die Person, die ihn einnimmt (genau dies ist die De-Konstruktion des modernen Subjekts!), dann wird die Erotisierung von Macht und Gewalt nicht allein dadurch zur Infragestellung von Herrschaft, dass sie von Schwulen, "Lesben" und Bisexuellen praktiziert wird.

Noch eine Anmerkung zum Thema Political Correctness: Was passiert, wenn M.G. schreibt: "Was kann so ein Mensch [der "ein alles andere als ein ‚politisch korrektes` Sexualleben" führte] schon über moralisches Verhalten sagen oder über die Kunst des Lebens, wie er selbst das wohl lieber formuliert hätte"? Und was passiert, wenn der Artikel von Petra die Unterüberschrift trägt, "Linke Gesinnung und mein SM coming out"? Es wird das Thema der "Moral", vielleicht auch der "Doppelmoral", der "Gesinnung" eingeführt (und C.K. greift es ausdrücklich auf), das (bisher) nicht mein Thema war. Denn ich habe über Herrschaft, Politik, gesellschaftliche Strukturen und Praxis gesprochen. Es passiert das, was typisch für die Kulturalisierung von Politik ist: die "Eröffnung von Moralfeldern, auf denen dann beklagt wird, es werde moralisch argumentiert" (4), wobei es aber gerade die sind, die Moralfelder eröffnen und Politik in Moral umdeuten.

Mein Anliegen ist nicht, ein moralisches Urteil darüber zu fällen, dass Petra SM praktiziert. Vielmehr ist mein Anliegen, dass sie nicht die Frage verdrängt oder "unterdrückt", woher ihre Fantasien kommen (was impliziert, deren Existenz anzuerkennen!), die m.E. kein Grund zur Scham sind, sondern kein Wunder in Anbetracht der Welt, in der wir leben. Aber das heißt nicht, das wir uns den bestehenden Dominanzverhältnissen und den Fantasien, die sie hervorrufen, unterwerfen müssen!

Ich behaupte nicht, dass wir hier und heute in der Lage sind, eine kommunistische Gesellschaft (und sei es beim Sex) zu antizipieren, aber ich bin überzeugt, dass es möglich ist, uns zu entscheiden, ob wir die mit dem Sex verbundenen "Gefahren" "gerade zum Wesen des Sex erklären und aus ihnen den erotischen Kitzel ziehen, oder ob wir uns bemühen, diese Gefahren abzubauen und sexuelle Praktiken zu entwickeln und zu fördern, die die herrschenden Verhältnisse nicht im Bett nach/mit‚spielen`".

Mein Anliegen ist auch, darauf einzuwirken, was für eine politische Linie in einer Zeitung, der ich seit Jahren verbunden bin, propagiert: Propagiert sie die modernen (bürgerlich-patriarchalen) Phrasen von Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung und Konsens und wirbt sie unter Berufung auf die Phrasen um Sympathie für SM? (5) Oder de-konstruiert sie sie und damit auch zumindest dieses Plädoyer für SM? - Diese Anliegen verfolge ich freilich nicht um ihrer selbst Willen, sondern mit dem langfristigen Interesse, (auch) das gesellschaftliche Feld der Sexualität so zu gestalten, dass es nicht von Herrschaft strukturiert ist.

Dies wirft eine weitere Frage auf: Worauf soll es hinauslaufen, dass sich ak seit den letzten Ausgaben (wieder) verstärkt sog. "mikropolitischen" Themen zuwendet? Soll es darum gehen, diese "mikropolitischen" Themen nicht den "makropolitischen" Kriterien von Herrschaft, Subalternität und Herrschaftslosigkeit zu unterwerfen? Oder soll es gerade darum gehen, den Zusammenhang von "Mikro-" und "Makropolitik" zu denken und zu beachten? Nicht nur die SM-Artikel von M.G., Petra und C.K., auch ein Artikel aus ak 441 (S. 22), dessen Argumentation ich ansonsten zustimme, lässt mich zweifeln, wie die Antwort von ak-Redaktion auf diese Alternative ausfallen wird. Denn dort heißt es: "Normierung ist notwendig, um ein gesellschaftliches System zu stabilisieren, und funktioniert, indem ein Bereich außerhalb des Mainstream als unnormal markiert und entsprechend abgewertet wird. Ein Muster, das in rassistischen, sexistischen und homophoben Strukturen gut funktioniert: Normal-Sein ist nur denkbar in Abgrenzung zum Nicht-Normalen." Es handelt sich hier aber um zwei Sachen: 1. Die Feststellung, dass "Normierung ... notwendig [ist], um ein gesellschaftliches System zu

stabilisieren" und 2. die in der einseitigen Auswahl der Beispiele anscheinend implizierte Schlussfolgerung, dass folglich jede Normierung zu unterlassen sei. Richtig ist aber vielmehr, dass auch eine herrschaftsfreie Gesellschaft nicht umhinkommt, "Normen" zu formulieren; zu definieren, welche Praxen mit dem Anspruch auf Herrschaftsfreiheit vereinbar sind und welche nicht. In der Tat hat Zizek recht, wenn er in dem jüngst erschienen Gemeinschaftswerk von ihm selbst, Butler und Laclau (Contingency, ..., London/NY, 2000, 128, FN 2) fordert, "die Serie von Präferenzen in Frage zu stellen (oder zu ‚dekonstruieren`), die im heutigen Dekonstruktivismus als unstreitiger Background für dessen Bestrebungen gilt: die Bevorzugung von Differenz vor Gleichheit, von historischem Wandel vor Ordnung, von Offenheit vor Abgeschlossenheit".

Es scheint mir an der Zeit zu sein, eine Diskussion, die in der KB-Spaltungsdebatte vor zehn Jahren von der KB-Mehrheit zwar postuliert wurde, danach aber in ak nie geführt wurde, endlich zu beginnen: Was ist die Zukunft kommunistischer Politik (vgl. AK 317, S. 31)? Oder - ist dies auch für ak nur ein Thema der Vergangenheit, das abgelöst wird durch die Feststellung: Macht ist auf der Vielfalt der mikro- und makropolitischen Felder "einfach da"? Postkommunismus und "Postfeminismus" (M. G.) statt analyse & kritik?!

Detlef Georgia Schulze

Anmerkungen:

1) Ich hatte in ak 441 die Frage gestellt: "Gibt es außerhalb der Sexualität so wenig Grenzen, deren Überschreitung nur allzu berechtigt ist, dass wir beim Sex die Grenzen derjenigen, die wir (sadomasochistisch) ‚lieben`, überschreiten sollen? Darauf antwortete Petra, Hamburg in ak 442: "Lieber Detlef, das ist die falsche Frage."

2) Statt dessen möchte ich die ak-LeserInnen bitten, den ersten Artikel von M.G. noch einmal auf die Frage hin zu lesen, welche Themen dort eingeführt wurden (bspw. die Identifizierung von SM und Hetero/a/sexualität); zu prüfen, ob ich diese Einseitigkeit in meinem Text in ak 441 fortgeführt habe oder vielmehr bspw. um die Frage nach der Bedeutung von Altershierarchien erweitert habe; des weiteren zu prüfen, unter welchen Bedingungen ("dann" in ak 441 extra hervorgehoben!) ich mich auf MacKinnon bezogen habe und was C.K. daraus macht.

3) Das Unbehagen der Geschlechter, FfM, 1991, 13 meine Hv.

4) Etgeton/Hark (Hg.), Freundschaft unter Vorbehalt, Berlin, 1997, 78.

5) Wegen dieser von Michael explizit beanspruchten Werbung für SM habe ich in meinen Fragen zu dessen ersten Artikel das Wort "sollen" (wir die Grenzen derjenigen überschreiten, die wir lieben?) verwandt, an dem Petra in ihrer Replik Anstoß nimmt ("Es geht nicht darum, ob wir ‚Grenzen überschreiten sollen`"). Anscheinend geht es doch darum: "um für ihre Art zu lieben zu demonstrieren"; "für mehr Akzeptanz zu werben"; "weitere sexuelle Minderheit"; "Aufklärungs- und Informationsarbeit der SM-Aktiven" (so M.G. in ak 440).

40. Proteste in der rechten Hochburg

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak445/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:38

Die zu Beginn des Gipfels verkündete Grundrechte-Charta hatte im Vorfeld Kritiken auf sich gezogen, da sie vor allem auf dem Gebiet der sozialen Rechte deutlich hinter viele einzelstaatliche Verfassungen zurückfällt. Andere sehen in ihr dagegen die Garantie eines rechtsstaatlichen Minimums, das von den Beitrittsanwärtern erfüllt werden muss. Ein Risiko besteht darin, dass die europäischen Richter sich bei der Interpretation der grundlegenden Freiheits- und sozialen Rechte durch die Charta inspirieren lassen könnten, indem sie heute bestehende Rechtspositionen in Zukunft restriktiv auslegen.

So könnte künftig der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit Fragen des Streikrechts befasst werden. Etwa könnten französische Staatsbürger, die sich als "Opfer" von Streiks in den öffentlichen Diensten wähnen, den EuGH zu Hilfe rufen, um dem französischen Staat eine Einschränkung der Streikfreiheit oder zumindest die Einrichtung eines Service-Minimums aufzuerlegen. Der rechtliche Stellenwert der Charta wird jedoch in den kommenden Jahren erst geklärt werden müssen. Die deutsche Regierung fordert bereits ihre Integration in eine bis 2004 auszuarbeitende EU-Verfassung.

Bei den Protesten im Vorfeld des Gipfels - 75.000 Demonstranten marschierten am 6. Dezember, aufgerufen vom Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), durch Nizza - variierten die Parolen zwischen "mehr Europa und zugleich ein sozialeres Europa" und "Raus aus der EU, Rückkehr zum nationalstaatlichen Sozialkompromiss". Der EGB forderte auf "seiner" Demonstration explizit, die Grundrechte-Charta in die bestehenden europäischen Verträge zu integrieren und ihr somit verbindliche Rechtskraft zu verleihen. Hingegen kritisierten zahlreiche DemonstrantInnen aus den Sektionen des französischen Gewerkschaftsbunds CGT - der allein mindestens 60 Prozent der DemonstrantInnen stellte - und die linksalternativen und linksradikalen Vereinigungen, dieselbe Charta als Grundlage "flagranten sozialen Rückschritts".

Mehr inhaltliche Debatte und klare Orientierung gegenüber der EU hätten mit Sicherheit gut getan. Der kläglich gescheiterte Gegengipfel trug zur inhaltlichen Klärung bestimmt nicht bei. Geschuldet war das u.a. akustischen Problemen in einer gänzlich untauglichen Turnhalle, langwierigen Übersetzungen, Übermüdung der Teilnehmer nach diversen Demos und theoretischem Desinteresse bei einem Teil der Jüngeren.

Zuzuschreiben sind die materiellen Schwierigkeiten teilweise den Ausgangsbedingungen in Nizza. In einer Stadt, die von einem arroganten, reichen, rassistischen und stockreaktionären Klima geprägt ist und mit Jacques Peyrat einen Ex-Neofaschisten zum Bürgermeister hat, war allein der mehrtägige Aufenthalt eine schwierige Angelegenheit. Die Polizei war auf Ausnahmezustand eingestellt, und alle Hotels waren seit Wochen überbelegt. Erst in letzter Minute wurde ein ungeeigneter und zu kleiner Mehrzweck-Saal zur Verfügung gestellt - nachdem Peyrat zunächst das Motto ausgegeben hatte: "Wenn die Demonstranten die Straße wollen, dann können sie sie haben - dann sollen sie aber auch darauf schlafen."

Bernhard Schmid,

Nizza

41. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:27

Wozu ist marxistisches Denken gut?

Betr.: Geld oder Leben, ak 444

Dirk Hauer behauptet in seiner Kritik, dass "eine gesellschaftliche Befreiungsperspektive, die nicht eine Kritik der Arbeit und der Produktion beinhaltet, meilenweit zu kurz (springt)", und darum "die gesellschaftliche Utopie des Existenzgeldes faktisch zu einer Mindestsicherung bei gleichzeitiger Ein- und Unterordnung unter kapitalistische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse verkümmert". Er behauptet weiter, dass "für das Gros der prekär beschäftigten BilliglöhnerInnen - von den VerkäuferInnen in den Supermärkten über die ArbeiterInnen der Leiharbeitsfirmen bis zu den Beschäftigten der New-Economy-Klitschen ein solches Modell proletarischer Reproduktion wohl wenig utopische Ausstrahlung" habe.

Diese Behauptungen werden nicht begründet. Sie sind mir auch in keiner Weise plausibel. Ich brauche in der ak nur eine Seite zurückzublättern (auf die Seiten 22/23) und mir zu jedem einzelnen der dort dargestellten Fälle "aus der Welt der Arbeit" die Frage stellen: Wie würde sich dieser Fall gestalten unter der Voraussetzung einer garantierten "Mindestsicherung" - zu welcher Dirk Hauer das Existenzgeld ja reduziert - und das mit besonderem Augenmerk darauf, dass das Existenzgeldkonzept Bedürftigkeitsprüfungen ebenso ausschließt wie die Zwangsverfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. Nimmt man noch hinzu, dass die meisten Varianten auch eine Mindestlohnforderung beinhalten, so wird offensichtlich, in welchem Ausmaß eine solche "Mindestsicherung" die Lebensbedingungen gerade der "prekär beschäftigten BilliglöhnerInnen" verändern würde.

In diesem Zusammenhang die weiter bestehende "Ein- und Unterordnung unter kapitalistische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse" als "Verkümmerung der gesellschaftlichen Utopie" zu disqualifizieren, zeugt in meinen Augen von einer ziemlich unbedarften Ideologie, welche nur ein Alles oder nichts gelten lässt und so die konkreten alltäglichen Lebensbedingungen der Betroffenen ausblendet. Ein solches Denken ist abstrakt, unmenschlich und sektiererisch. Es zeugt nur davon, dass der Kritiker von solchen Lebensbedingungen selbst nicht betroffen ist.

Bleibst also die Frage: Was will der Kritiker? Wozu ist marxistisches Denken gut? Dient es den Interessen der Lebenden? - Und vor allem: Was wollen wir? Und wie können wir es erreichen? - "Für Mindestlohn und soziale Gerechtigkeit" (ak 443, S. 12) - das hat mit Existenzgeld wohl nichts zu tun?

Ein Hinweis auf das Buch "Existenzgeld für alle - Antworten auf die Krise des Sozialen" hrsg. von BHG SHI (AG SPAK Bücher) sei noch gestattet: dort auch weitere Argumente.

Mit freundlichem Gruß,

kh kuechle

42. Neue Orte, ein Update und eine Postkarte

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:30

Während ihr gemütlich bei Kaffee und Christstollen in dieser Ausgabe schmökert, muss unsere Vertriebsabteilung härter als seit Jahren schuften. Denn ab sofort wird ak auch über die (norddeutsche) Vertriebskette von Stilke aktuell ausgeliefert. Das bringt uns gleich 16 neue Verkauforte, darunter einige, in denen es ak bislang nicht am Kiosk bzw. in der (Bahnhofs-)Buchhandlung zu kaufen gab. In Itzehoe, Elmshorn, Husum, Lübeck, Celle, Lüneburg, Fulda, Neumünster, Gelsenkirchen, Wolfsburg und einigen anderen Städten gibt es nun erstmals seit langer Zeit ak wieder direkt zu kaufen. In einigen anderen Städten wie Hamburg, Braunschweig, Kiel, Flensburg, Recklinghausen und Bonn haben wir nun unsere Verkaufstellen mindestens verdoppelt. Damit haben wir zumindest die Voraussetzung geschafft, dass ak nicht weiter aus der Öffentlichkeit verschwindet. Denn seit Jahren bricht der Vertrieb über die linken Buchläden zusammen. Bei der Auslieferung mussten wir in der Vergangenheit drastische Rückgänge verzeichnen. Wir hoffen, dass die Ausweitung der Verkaufstellen nun auch im Buchladenverkauf zumindest den abnehmenden Einzelverkauf der Zeitung erst mal stoppen wird. Bei den AbonnentInnen konnten wir den bis Herbst letzten Jahres andauernden Trend des Rückgangs stoppen. Knapp 100 neue AbonnentInnen konnten wir seit Ende letzten Jahres dazu gewinnen. Allerdings liegen die Zahlen immer noch weit hinter dem ökonomisch Erforderlichen zurück. So schön es ist, dass wir nun insgesamt eine positive Entwicklung nehmen: Ein Blick auf den Spendenaufruf in dieser Ausgabe macht deutlich, dass es noch ein weiter Weg ist, bis sich eine Zeitung wie ak selbst tragen könnte.

Und eben deshalb kommt nun das Update der ak.Archiv CD-Rom. Unsere IT-Spezialisten haben in den letzten Wochen das Datenmaterial zusammengetragen und mit viel Handarbeit und der Unterstützung von PERL die Artikel bis zum Oktober 2000 für die neue CD bearbeitet (Dank vor allem an Jo, Renate und Klaus). Nach dem Motto: Zurück in der Vergangenheit kommt nun auch der komplette Jahrgang von 1992 zusätzlich auf die CD. Das ergibt einen Bestand von nunmehr fast 5.000 Artikeln, die (auf Windows-Rechnern) per Volltextsuche recherchierbar sind. Für Mac, Linux und Co steht die Volltextsuche zwar nicht zur Verfügung, aber auf Grund der verwendeten HTML-Technik können die Daten auch von diesen Betriebssystemen gelesen und verarbeitet werden. Und obwohl die ak.Archiv-CD II erheblich mehr enthält, als die erste Ausgabe, bleibt es dabei: Wer jetzt ak abonniert, erhält die CD als kostenlose Dreingabe dazu. (Alternativ dazu könnt ihr auch ein Buch bekommen, siehe letzte Seite). Für diejenigen, die die erste Ausgabe der ak.Archiv-CD bereits besitzen, bieten wir ein Update zum Preis von 25 DM (inklusive Porto). Diejenigen, die zwar ein Abo besitzen, aber die erste CD-Ausgabe bislang nicht gekauft haben, zahlen für die neue Ausgabe 54 DM (inklusive Porto). Und wer trotz dieser Schnäppchen-Preise immer noch kein Abo bestellt, aber dennoch die neue CD haben will, kann die zum Preis von 74 DM inklusive Porto bestellen.

Und schließlich ist die neue Werbe-Postkarte fertig. Wir bitten euch: Bestellt diese Postkarte (natürlich vollkommen kostenlos) und nehmt sie bei Kneipen- und Veranstaltungsbesuchen mit, legt sie auf Büchertischen aus, steckt sie in Kartenständer, legt sie in die Inforegale der öffentlichen Büchereien oder in Veranstaltungs- und Bildungseinrichtungen aus, lasst sie bei FreundInnen liegen oder drängt sie harmlosen PassantInnen auf. Kurz und gut: helft mit, dass möglichst viele Menschen auf ak aufmerksam werden.

DSe

ak-Redaktion, Rombergstr. 10,

20255 Hamburg, Tel: 040-40170174, Fax: 040-40170175, Email:

ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:33

Carl Diem

Dass Sport unpolitisch sei, verkünden am lautesten diejenigen, die das gemeinschaftliche Turnen, Rennen und Schwimmen in den Dienst einer vermeintlich großen Sache stellen. Zu ihnen gehört Carl Diem (1882- 1962), der erste Multifunktionär des deutschen Sports, nach dem noch heute etliche Straßen benannt sind. In ihrem Buch "Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem" stellen Achim Laude und Wolfgang Bausch klar, dass damit eine denkbar ungeeignete Persönlichkeit geehrt wird. Denn der Höhepunkt seiner mehr als fünf Jahrzehnte währenden Karriere als Sportfunktionär waren die Olympischen Spiele 1936, die er als Generalsekretär im Organisationskomitee zu einem riesigen Propaganda-Erfolg für Nazi-Deutschland machte. Für die Nazis war Diem bis zum bitteren Ende unentbehrlich: als Vortragsredner im Rahmen der Truppenbetreuung und als Einpeitscher des Volkssturms, als die Niederlage schon unausweichlich war - noch im März 1945 richtete er einen flammenden Appell an die Hitlerjugend, wie "das tapfere Volk von Sparta ... den Opfertod nicht zu scheuen und wie Helden zu sterben, denn es ist schön für das Vaterland zu sterben". Dass er in Westdeutschland erneut zum hohen Funktionär aufsteigen konnte, verdankt er nicht nur eigenhändigen Korrekturen an seinem Lebenslauf. Bekannte, Mitarbeiter und Vertraute, auch Zeithistoriker, die wohl wussten, was Diem für das NS-System geleistet hatte, machten sich zu Komplizen. Kritische Stimmen hatten es dagegen äußerst schwer. Das änderte sich erst 1995, als das Fernsehmagazin Monitor über Diems braune Vergangenheit berichtete. Das Buch von Laude und Bausch ist auch deshalb wichtig, weil es nicht nur die Person Carl Diem, sondern auch die verschworene Gemeinschaft der deutschen Sportfunktionäre anklagt, denen es angeblich "immer nur um den Sport" ging und geht. Es ergänzt die Veröffentlichungen, die in den vergangenen Jahren das braune Erbe des Deutschen Fußballbundes thematisiert haben.

Achim Laude/ Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem; Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2000; 240 Seiten, 34 DM

Antonio Gramsci

Auch wenn Gramscis "Gefängnishefte" mittlerweile in deutscher Übersetzung vollständig vorliegen - an allgemein verständlichen Einführungen in sein Denken und Handeln besteht nach wie vor Bedarf. Der Hamburger VSA-Verlag hat dankenswerterweise Domenico Losurdos vorzügliches Buch zu eben diesem Thema auf Deutsch heraus gebracht. Darin geht es um die theoretischen Einflüsse, die Gramsci prägten, aber auch um die äußeren Bedingungen, unter denen er agierte. Im Schlusskapitel mit dem Titel "Gramsci - Exponent des ‚westlichen Marxismus`?" wird insbesondere Gramscis Begeisterung für die Oktoberrevolution und seine Bewunderung für Lenin hervor gehoben. In mehrfachem Sinne habe Gramsci einen "robusteren Sinn für die historische Realität" gezeigt als Rosa Luxemburg. So billigte er - anders als Luxemburg - die Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung durch die Bolschewiki als notwendigen diktatorischen Akt; ebenso war er in der Lage, den entscheidenden Stellenwert der nationalen Frage und der Bauernfrage für das Gelingen der Revolution zu erkennen. In seiner Schrift "Die süditalienische Frage" hat Gramsci, ausgehend von einer konkreten Analyse, versucht, die Erfahrungen der russischen Revolution auf Italien anzuwenden. Damit halte "die Entgegensetzung eines auf Hegemonie gegründeten westlichen Marxismus und eines auf Diktatur gegründeten östlichen Marxismus einer kritischen Untersuchung nicht stand", folgert Losurdo. Der gängigen Umdeutung Gramscis zum genialen, aber abgehobenen Klassiker hält er entgegen: "Dieser war auch ein kommunistischer Führer ersten Ranges, und er darf nicht in eine Art italienischen Horkheimer oder Adorno verwandelt werden". Die Versuche, "Gramsci politisch zu neutralisieren, indem man ihn zur Würde eines Klassikers hochstilisiert, sind bereits Teile eines politischen Kampfes" - eines Kampfes, in dem Domenico Losurdo bemerkenswert deutlich Partei ergreift: für den revolutionären Denker und Praktiker Antonio Gramsci.

Domenico Losurdo: Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum "kritischen Kommunismus"; VSA-Verlag, Hamburg 2000; 173 Seiten, 29,80 DM

Leonard Peltier

Zumindest in der Linken ist der afroamerikanische Journalist Mumia Abu Jamal, der seit fast 20 Jahren in der Todeszelle sitzt, ein Begriff. Viel weniger bekannt ist zumindest hier zu Lande Leonard Peltier. In den USA hingegen gehört er zu den prominentesten Gefangenen. Jetzt hat der Bremer Atlantis-Verlag in seiner Reihe "Bücher gegen die Todesstrafe" ein Buch herausgebracht, das die hiesigen Wissenslücken über Peltier füllen könnte. Der Soziologe und Politikwissenschaftler Martin Ludwig Hofmann gibt zunächst eine Einführung in die Geschichte der indianischen Bürgerrechtsbewegung AIM, die parallel zu der Black-Panther-Bewegung und dem Aufbruch der Metropolenjugend Ende der 60er Jahre die Rechte der indigenen Bevölkerung des amerikanischen Kontinents einforderte. Höhepunkt ihrer Aktionen war die Besetzung von Wounded Knee, eines verlassenen Landstrichs in Süd-Dakota, der in der Geschichte der indigenen Bewegung eine fast mythische Bedeutung hat. Die Aktion wurde zu einem Medienereignis und einer moralischen Niederlage für die US-Regierung. "Für die Dauer von 72 Tagen waren wir frei. Frei aus eigener Kraft, umringt von Panzern und Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika, der mächtigsten Nation der Welt. Die mächtigste Nation der Welt musste uns 72 Tage lang zuhören. 72 Tage lang trafen wir die Entscheidungen", so brachte ein Aktivist später die Stimmung der Besetzer zum Ausdruck. Doch der Staat rächte sich an dem Besetzer Leonard Peltier, beschuldigte ihn des Mordes an zwei FBI-Beamten und verurteilte ihn zu lebenslänglicher Haft. Hofmann weist nach, dass ein Freispruch aus Mangel an Beweisen das einzig rechtsstaatliche Urteil gewesen wäre. Doch Peltier sitzt, früh gealtert und schwer krank, noch immer im US-amerikanischen Hochsicherheitsknast. Einzige Hoffnung ist jetzt eine Amnestie des Präsidenten. Nach Zeitungsberichten steht Peltier auf einer Begnadigungsliste, die Präsident Clinton zum Ende seiner Amtszeit abarbeiten will.

Martin Ludwig Hofmann: Indian War. Der Fall des Bürgerrechtlers Leonard Peltier; Atlantik-Verlag, Bremen 2000; 181 Seiten, 19,80 DM

Zigeuner-

Stereotype

Die Zigeunersauce steht auf dem Tisch, Udo Jürgens singt "Spiel, Zigan, spiel, sonst bist du als Zigeuner nur ein Dieb, ein Streuner, den man nirgendwo vermisst". Unaufhörlich tanzt die bunt gekleidete Esmeralda in der Walt-Disney-Produktion "Der Glöckner von Notre Dame". Die Frauenzeitschrift Brigitte gruppiert ihre Models im Gypsy-Look um einen schweren Mercedes, und ein Abgeordneter des schleswig-holsteinischen Landtages rechtfertigt die Unterbringung von Sinti und Roma in einer unbeheizbaren Wohnung damit, dass doch "so eine Art offene Feuerstelle" vorgesehen sei. Acht AutorInnen haben Zigeuner-Stereotype aus den Bereichen Film, Musik, Kunst, Politik, Medien und Esskultur in dem Buch "Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie" zusammengetragen. Fremd, faul und frei, mit diesen drei Adjektiven lässt sich der Alltagsrassismus gegenüber Sinti und Roma grob zusammenfassen. Der Sammelband zeigt auf, wie sich klischeehafte Bilder gerade auch bei denjenigen, die es eigentlich gut meinen, wieder einschleichen und Sinti und Roma romantisiert werden. Dabei wird das romantische Element des Zigeunerstereotyps in der Regel um ethnische und soziale Zuschreibungen ergänzt. Der Herausgeber Wolf Hund macht deutlich, dass "sich rassistische Akkorde jederzeit in einer anderen Lage spielen lassen". Als vermeintlich eigensinnige, freiheitsliebende Nomaden werden sie als Rebellen gegen die disziplinierte und entfremdete Lebensweise der Moderne halluziniert. Wer von den Sinti und Roma tatsächlich einen Wohnwagen besitzt oder am Lagerfeuer sitzt, interessiert da niemanden mehr. Wie Sinti und Roma tatsächlich in Deutschland leben, beschreibt aber auch der Sammelband nicht. Sein Verdienst ist es vielmehr, auf die wirklichkeitsfremdem Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft hinzuweisen. Leider wirkt die ausführliche Beschreibung schnell ermüdend, da die Zigeunerklischees begrenzt sind und sich dementsprechend oft wiederholen - sei es bei der Rezeption der Zigeunerbilder Otto Müllers, in der "Ziganologie", in esoterischen Kreisen oder im Restaurant.

Wulf D. Hund (Hg.): Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie. DISS, Duisburg, 2000. 143 Seiten, 18 DM

44. ak-Redakteurin gesucht!

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:44

Wir brauchen Verstärkung! Um unser Redaktionskollektiv zu erweitern und die Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen, suchen wir so schnell wie möglich eine Frau, die in Hamburg wohnt und Lust hat, jeden Monat diese Zeitung mitzugestalten.

Wir bieten eine halbe Stelle in einem Redaktionskollektiv.

Zum Aufgabenbereich der künftigen Redakteurin gehört das Schreiben und Bearbeiten von Artikeln, die Teilnahme an unseren Redaktionssitzungen, die Betreuung von AutorInnen und die Übernahme von Bürodiensten. Selbstverständlich gibt es dabei eine Einarbeitungsphase.

Es wäre wünschenswert, wenn die Themenschwerpunkte in den Bereichen Antifaschismus, Feminismus, Kultur oder Internationales liegen würden. Erfahrungen in linker Politik und im journalistischen Arbeiten setzen wir voraus.

Wir freuen uns auf interessante Bewerbungen, die bis Anfang Januar bei uns eintreffen sollten.

ak-Redaktion

Bewerbungen an:

ak-Redaktion

Rombergstr. 10

20255 Hamburg

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:45

Das Kollektiv bin ich

heißt der Titel einer Ausstellung nebst entsprechendem Buch über "Utopie und Alltag in der DDR". Nach Darstellung der Veranstalter - und gefördert durch die Bundesregierung - werden " fünf Utopisten, Träumer und Weltverbesserer gezeigt, die ein sehr ungewöhnliches Leben in der DDR führten." Z.B. die Eisbärendompteuse Ursula Böttcher oder der Rockpoet und Baggerführer Gerhard Gundermann. Umrahmt werden die Utopisten durch einen Überblick über die großen Utopien dieses Jahrhunderts. Mehr Infos unter 03364-417355 oder per Mail: info@alltagskultur-ddr.de. Wer das alles sehen will muss nach

Eisenhüttenstadt, 17.12.2000 - 26.8.2001, Di - Fr 13 -18 Uhr, Sa, So u. feiertags 10-18 Uhr, Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Erich-Weinert Allee 3

Deportation.Class

Eine Ausstellung zum Thema Abschiebungen mit vielen Informationen veranstalten verschiedene Gewerkschaften sowie die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz und das Multikulturelle Zentrum Trier. Die Ausstellung zeigt u.a. die Plakatentwürfe, die in Vorbereitung der Kampagne gegen Abschiebungen mit der Lufthansa entstanden sind. Ausstellungseröffnung ist am 5.1. um 19.30 Uhr mit dem Vortrag: "DeportationClass - gegen Abschiebungen" mit Martin Rapp (kein mensch ist illegal, Köln). Weitere Infos gibt es unter 0651-48497 oder im Internet www.multicultural-center.de. Anzusehen ist das in

Trier, 5.-28. Januar, Tuchfabrik,

Wechselstr. 4-6, Galerie 2. OG

Die drei Posträuber

zeigt das Kinderkino im Haus 3. Der Mupfer-Bande droht eine schwere Schlappe gegen die Schutzers. Ivonka ist weg, und irgendwie soll dann auch noch die Wiener Post um drei Millionen Schilling erleichtert werden. Den Kinderkrimi gib es in

Hamburg, 8. 1., 15 Uhr, Haus 3,

Im Saal oben (Eintritt 1,50/3 DM)

Israel/Palästina

Angesichts der derzeitigen Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt befindet sich auch die radikale Linke in einer verzwickten Situation. Einerseits veranstalten "propalästinensiche " Linke antizionistische Märchenstunden und wiederholen sämtliche Verschwörungstheorien der letzten 30 Jahre. Auf der anderen Seite reproduziert die "proisraelische" Linke munter rassistische Klischees.

Moshe Zuckermann dürfte der Richtige sein, um hier einige Fragen zu beantworten. Die Gruppe "dolce far niente" und das Freie Sender Kombinat Hamburg haben den Historiker eingeladen. Der Direktor des "Instituts für Deutsche Geschichte" an der Universität Tel Aviv wird die gesellschaftlichen Verhältnisse und den Friedensprozess im Nahen Osten analysieren. Er ist Marxist in der Tradition der Kritischen Theorie und Mitglied einer israelisch-palästinensischen Dialoggruppe.

Hamburg, 13.1., 19 Uhr, Hörsaal der HWP, Von-Melle-Park

Repression

Im Rahmen ihrer Reihe "Antifaschismus und Repression" lädt die Bunte Hilfe Marburg ein zur Veranstaltung "Überwachung als Teilaspekt staatlicher Repression". Die Frage ist, ob und in wieweit die Antifabewegung von staatlichen Überwachungsmaßnahmen betroffen ist. Eine anschließende Diskussion soll den Umgang mit dieser Form der Repression thematisieren.

Marburg, 18.1., 20.30 Uhr

im Café am Grün

Elfenbeinküste

Elfenbeinküste nach dem blutigen Machtwechsel: Was nun, fragen der Journalist Charles Gnaleko, Johannes Dietrich von der Woche und Kalilou Diaby vom FPI-Vertretungsbüro auf einer Veranstaltung

Hamburg, 18.1., 19.30 Uhr

in der Werkstatt 3, Nernstweg 32

(Eintritt 3 DM)

Widerstand weltweit organisieren

wollen die VeranstalterInnen des internationalen Netzwerkes Peoples Global Action (PGA) auf einem bundesweiten Treffen. PGA wollen nicht nur von London über Hannover, Prag und Nizza hinter den EU-Mächtigen herreisen, sondern sich "einmal die Zeit nehmen", um über Inhalte, Probleme und Visionen linken Widerstands nachzudenken. Dazu sind alle eingeladen, die sich einmischen wollen.

Düsseldorf, 19.-21.1., (Beginn am Freitag 18 Uhr), Fachhochschule

Kuhle Wampe

ist nicht unter zu kriegen. Den Klassiker der Lehrlingsbewegung und der selbstverwalteten Jugendzentren der 70er Jahre aus der Feder von Brecht, Ottwald und Dudow mit der Musik von Eisler, Weigel und Busch gibt es in

Bonn, 28.1., 16 Uhr, Kult 41,

Hochstadenring 41

46. Weiter so ... damit wir auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.

60.000 für die Zukunft

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:47

Der Anfang ist gemacht. Wir haben schon fast 10.000 DM auf unserem Spendenkonto. Vielen Dank den SpenderInnen. Aber wir brauchen mehr! Ihr müsst noch einmal kräftig in die Tasche greifen. Der Herausgeber von ak - analyse & kritik, der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, ist dringend auf eure Unterstützung angewiesen. Wir brauchen 60.000 DM, damit ak auch im Jahr 2001 erscheinen kann. So sehr es uns freut, dass wir bei AbonnentInnen und den Verkaufsstellen einen leicht positiven Trend zu verzeichnen haben, so bitter ist es doch, dass sich dies nicht direkt in einer finanziellen Entlastung niederschlägt. Der Grund dafür ist nahe liegend. Denn die Entwicklung neuer Werbemittel und der verstärkte Einsatz von (Austausch-)Anzeigen bringen nicht nur Mehrarbeit mit sich, sondern zunächst einmal auch Mehrkosten. Und daher wirken sich diese erfolgreich anlaufenden Aktionen nicht unmittelbar positiv auf unsere Finanzlage aus. So müssen wir euch auch in diesem Jahr bitten, das weitere Erscheinen von ak durch Spenden sicher zu stellen. Denn nur mit eurer Hilfe werden wir in der Lage sein, die Zeitung attraktiver zu gestalten und inhaltlich interessanter zu machen.

Einen wichtigen Schritt dazu stellt auch die Zukunftskonferenz dar, die wir im Februar 2001 durchführen werden. Wir haben dazu die direkt an der ak-Produktion Beteiligten sowie AutorInnen und LeserInnen eingeladen, uns bei diesem Prozess zu unterstützen. Als Redaktion stehen wir allzu häufig vor dem Problem, dass wir zu wenig Feed Back über Inhalte und Ausrichtung der Zeitung, die Qualität der Artikel oder auch über das Layout und die Optik bekommen. Mit der Zukunftskonferenz wollen wir aus diesem Dilemma ausbrechen und gemeinsam in einem größeren Kreis neue Ideen erarbeiten. Wir hoffen, dadurch Orientierungen an die Hand zu bekommen, in welche Richtungen wir verstärkt aktiv werden sollen.

Ihr seht, wir arbeiten mit allen Mitteln und Methoden daran, die Zeitung weiter zu verbessern, damit wir euch in Zukunft weniger anbetteln müssen. Aber an den 60.000 DM, die wir für das kommende Jahr brauchen, ändert sich nichts. Um euch das Spenden so leicht wie möglich zu machen, legen wir nicht nur dieser Ausgabe wieder unseren Überweisungsträger bei. Für eine Spende an den ak-Herausgeber gibt es auch eine Bescheinigung, die ihr für eure Steuererklärung nutzen könnt. Dadurch reduziert sich eure Steuerlast. Eine Spende spart euch richtig Geld, was ihr in erhöhte Spendenbereitschaft umsetzen könnt. Also, was sollte euch jetzt noch von einer schicken Weihnachtsspende abhalten? Nichts! Dann füllt doch am besten gleich das beigefügte Formular aus und noch vor Weihnachten ab zur Bank oder ran an den PC.

Eure ak-Redaktion

Konto: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto: 13150204

BLZ: 20010020

Postbank Hamburg

47. Europas Machtbalance gerät ins Wanken

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/europa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:europa

Von der "Stunde der Wahrheit", die der EU schlagen würde, war im Vorfeld des Gipfels in Nizza die Rede. Im Handelsblatt wurde ein Scheitern oder, noch schlimmer, ein hohler Formelkompromiss nicht ausgeschlossen. Aber auch Formelkompromisse sind Ergebnisse unterschiedlicher Interessen, und in Nizza prallten insbesondere die Interessen Deutschlands und Frankreichs aufeinander.

Dabei konnte sich die deutsche Delegation während des EU-Gipfels zurücklehnen und das Mittelmeerklima genießen, das allerdings zeitweise durch Tränengas, eingesetzt zur Vertreibung unliebsamer GipfelgegnerInnen, angereichert war. Es war der französische Staatspräsident Chirac, der den Polterer gab. Seine Leitlinie war klar: Frankreich muss in den EU-Gremien über den gleichen Einfluss verfügen wie sein immer stärker gewordener östlicher Nachbar. Zu groß ist die Gefahr, dass der deutsche Koloss sich in der gesamten europäischen Politik als Zuchtmeister aufspielt.

Die Folgen des Zusammenbruchs der Nachkriegsordnung müssen erst noch verarbeitet werden. Zum einen geht es um die Absicherung gegenüber Russland; zum anderen wollen die osteuropäischen Länder, die an der Auflösung des RGW maßgeblichen Anteil hatten, endlich angemessen belohnt werden: mit der Integration in das ökonomische Wundergebilde EU.

Mit der Ausweitung der EU nach Osteuropa wird Deutschland schon rein geographisch immer mehr zur europäischen Zentralmacht. Und wer nicht gänzlich von geschichtlicher Unkenntnis geschlagen ist, dem wird ob dieser Vorstellung nicht gerade froh ums Herz. Chirac agierte im Vorfeld des EU-Gipfels so unglücklich, dass Kanzler Schröder und "Europa-Visionär" Fischer sich als die wahren Sachwalter der osteuropäischen Beitrittsländer aufspielen konnten.

So kam in Nizza der deutsch-französische EU-Motor ins Stottern. Reparaturleistungen sollen nun auf einem außerordentlichen Gipfeltreffen der Regierungschefs und Außenminister Deutschlands und Frankreichs vorgenommen werden.

Dass in Nizza nebenbei noch eine Grundrechtecharta proklamiert wurde, ging bei der Stimmendealerei fast unter. Diese Charta war ein wesentlicher Gegenstand der Proteste, an denen sich mehr als 75.000 Menschen beteiligten - mit unterschiedlich weit gehender Kritik an der EU. Auch hier wurde die besondere deutsche Rolle sichtbar: "Erstmals waren auch 350 Deutsche dabei, so viele wie noch nie bei einer EGB-Demo. Klaus Zwickel, der IG-Metall-Vorsitzende, ist in der ersten Reihe mitmarschiert", schreibt der DGB-eigene Info-Service einblick. Wir sind wieder wer!

Seite 4

48. Quelldatei sp001215.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/sp001215.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:sp001215

Spendenergebnis bis zum 15.12.2000: Wir danken allen SpenderInnen!

R.Pf., Northeim 200,00

A.R., Hamburg 30,00

W.R.+ G.K.-R., Bonn 1.000,00

M.H., Göttingen 500,00

P.D., Köln 200,00

U.S., Hamburg 200,00

W.L., Nienburg 20,00

P.G., Hamburg 1.000,00

R.M., Oldenburg 100,00

A.J., Frankfurt 100,00

B.Sch., München 100,00

E.C., Braunschweig 500,00

D.M., xy 20,00

R.O., Kasseedorf 30,00

G.W., Hamburg 1.050,00

T.Sch., Bremen 200,00

U.B., Dortmund 200,00

G.+ K.S., Berlin 50,00

NN, xy 50,00

J.H.Sch.-H., xy 40,00

A.B., München 30,00

M.K., Grebenau 50,00

B.B., Hamburg 20,00

H.H., Bühlerttann 250,00

R.H., Berlin 102,00

M.K., Berlin 50,00

S.B., xy 30,00

W.Sch., Aachen 2.002,00

L.R., Berlin 100,00

I.Ä., xy 200,00

St.A., Riedering 100,00

Th.R., Göttingen 250,00

J.R., Hamburg 525,00

P.P., Hamburg 100,00

M.G., Berlin 100,00

W.H., Hamburg 100,00

V.S.M., Kusterdingen 100,00

Gesamt bis 15.12.00 9.699,00

49. Ein Büttel der Klassenjustiz

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/tarek.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:tarek

Der Vorsitzende Richter des Zweiten Strafsenats des Berliner Kammergerichts, Eckhart Dietrich, hatte das Urteil schon am ersten Verhandlungstag angekündigt. Das Gericht pflege "nicht ohne zwingende Gründe über die Strafanträge der Staatsanwaltschaft hinauszugehen". In diesem Fall hatte die Bundesanwaltschaft (BAW) für den Fall, dass Tarek Mousli sich im Prozess "voll geständig" zeigt, eine Bewährungsstrafe in Aussicht gestellt. So war es dann keine Überraschung, dass der "Zeuge der Anklage" das Gericht nach vier Verhandlungstagen mit einer Bewährungsstrafe auf zwei Jahre verlassen konnte.

Tarek Mousli hat alles dafür getan, um das Gericht und seine Freunde von BAW und BKA zufrieden zu stellen. Viel erzählte er aus seiner Zeit bei den Autonomen; was er über die RZ berichten konnte, basierte dagegen überwiegend auf Hörensagen. Um seine Haut zu retten, hat er fünf weitere Leute schwer belastet - vier davon sitzen zum Teil schon seit über einem Jahr in U-Haft. Ungestört konnte Mousli seine Beschuldigungen ausbreiten - die Bundesanwaltschaft und die Verteidigung von Tarek Mousli zogen munter an einem Strang. Auch das Gericht fügte sich in dieses Spiel. So wurden an Tarek Mousli während seiner Vernehmungen zum eigentlichen Tatgeschehen nur wenige kurze Nachfragen gerichtet.

Das Ziel dieser Showveranstaltung stand von vorneherein fest: die Darstellungen Tarek Mouslis sollten als Fakten festgeschrieben, der Kronzeuge für das kommende Verfahren gegen die vier anderen sattelfest gemacht und der Öffentlichkeit seine "Glaubwürdigkeit" präsentiert werden.

Wir dokumentieren ein Diskussionspapier aus autonomen Zusammenhängen, in dem um einen (politischen) Umgang mit Tarek Mousli und dem anstehenden Berliner RZ-Prozess gerungen wird. Seite 8

50. Immer noch kein Geld für NS-Opfer

CD-Datei: daten/aksuche/ak445/zwang.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:445:zwang

Ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen warten immer noch auf Entschädigungszahlungen. In den USA sind noch Klagen anhängig, und die Verhandlungen zwischen der deutschen Stiftung und den fünf osteuropäischen Partnerorganisationen sind ins Stocken geraten. Laut der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" können die Verträge nicht mehr in diesem Jahr abgeschlossen werden. Monat für Monat sterben ehemalige ZwangsarbeiterInnen, ohne einen Pfennig erhalten zu haben. Ansprüche gegen den Staat und gegen deutsche Unternehmen sollen nur noch nach dem Stiftungsgesetz geltend gemacht werden können. Damit sind alle weitergehenden Ansprüche von Opfern ausgeschlossen: Am 14. Dezember hat der Bundesgerichtshof die Entschädigungsklage einer ukrainischen Zwangsarbeiterin mit Verweis auf das Stiftungsgesetz abgewiesen. Seite 6